

Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan - Entwurf

2015/2016

Einzelplan 7

Behörde für Wirtschaft, Verkehr
und Innovation

Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan - Entwurf

2015/2016

Inhaltsübersicht

Einzelplan 7.0

	Seite
1 Vorwort zum Einzelplan	1
2 Ergebnis- und Finanzplan des Einzelplans	9
3 Übersicht über die Aufgabenbereiche des Einzelplans	10
4 Teilpläne der Aufgabenbereiche des Einzelplans	
4.1 Aufgabenbereich 268 Steuerung und Service mit Stabsbereich und Planfeststellung	13
4.2 Aufgabenbereich 269 Verkehr und Straßenwesen	27
4.3 Aufgabenbereich 270 Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen	53
4.4 Aufgabenbereich 271 Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft	75
4.5 Verpflichtungsermächtigungen	95
5 Ergebnis- und Finanzpläne der Aufgabenbereiche	
5.1 Aufgabenbereich 268 Steuerung und Service mit Stabsbereich und Planfeststellung	105
5.2 Aufgabenbereich 269 Verkehr und Straßenwesen	107
5.3 Aufgabenbereich 270 Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen	109
5.4 Aufgabenbereich 271 Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft	111
Anlage 1 Stellenplan (blaues Papier)	113
Anlage 2 Wirtschaftspläne (rosa Papier)	
2.1 Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer	189
2.2 Landesbetrieb Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen	235
Anlage 3 Übersicht über Zuwendungen	
3.1 Übersicht über Zuwendungen über 100.000 Euro	257
3.2 Übersicht über Zuwendungen bis zu 100.000 Euro	
Anlage 4 Übersicht über Beteiligungen	
4.1 Flughafen Hamburg GmbH (FHG)	265
4.2 Hamburger Gesellschaft für Luftverkehrsanlagen mbH (HGL)	267
4.3 Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft (HHA)	269
4.4 P+R Betriebsgesellschaft mbH	273
4.5 Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein AG (VHH)	277
4.6 HADAG – Seetouristik und Fährdienst AG	280
4.7 Hamburg Verkehrsanlagen GmbH (HHVA)	283
4.8 Hamburg Messe und Congress GmbH (HMC)	287

1 Vorwort zum Einzelplan

1. Inhaltliche Schwerpunkte des Einzelplans

Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI) will alle Chancen nutzen, um den Wirtschaftsstandort und seine Wettbewerbsfähigkeit zugunsten der in Hamburg ansässigen Betriebe und ihrer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu stärken. Über die Zukunft entscheiden vor allem die Innovationskraft und die Kreativität unserer Unternehmen, in der Industrie ebenso wie im Dienstleistungssektor. Ziel des Senats ist es deshalb, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu verbessern, z.B. durch Förderung und Optimierung staatlicher Aktivitäten im Bereich Forschung und Innovation, durch Clusterpolitik, durch die Bereitstellung von geeigneten Flächen und durch die Weiterentwicklung der Hafen- und Verkehrsinfrastruktur.

Kurz zusammengefasst bearbeiten die verschiedenen Aufgabenbereiche bzw. Ämter der BWVI folgende Themen:

Zentralverwaltung

- Unterstützung eigener und fremder Fachaufgaben sowie der Behördenleitung
- Effiziente Steuerung und Ressourcen
- Beteiligungsverwaltung, Betriebswirtschaftlicher Prüf- und Beratungsdienst

Stabsbereich Norddeutsche Zusammenarbeit, Marketing, Tourismus

- Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Metropolregion Hamburg (MRH) und Verbesserung der Norddeutschen Zusammenarbeit
- Steigerung der nationalen und internationalen Bekanntheit Hamburgs sowie Erhöhung der Wahrnehmung der Standortattraktivität
- Betrieb und Weiterentwicklung des Stadtportals hamburg.de
- Entwicklung / Unterstützung von Aktivitäten zur Steigerung der Bekanntheit Hamburgs als Tourismusdestination
- Förderung des Geschäftstourismus
- Stärkung Hamburgs im Bereich zentraler Großveranstaltungen, insbesondere auf dem Heiligengeistfeld

Recht und Planfeststellung

- Gewährleistung der Rechtmäßigkeit des Handels im Rahmen des Aufgabenspektrums der BWVI
- Durchführung von Planfeststellungsverfahren

Verkehr und Straßenwesen

- Entwicklung verkehrspolitischer Grundsätze einschließlich klimaschutzpolitischer Belange
- Vertretung hamburgischer Interessen in der Verkehrspolitik auf Bundes- und EU-Ebene
- Konzeptionelle Verkehrsplanung
- Förderung der Attraktivität des ÖPNV
- Entwicklung der Infrastruktur für den ÖPNV auf Schiene und Straße
- Gestaltung des Rechtsrahmens und der Vorgaben für den ÖPNV, Schienen- und Straßengüterverkehr (Grundsatzfragen, Tarife, Genehmigungen und Betrieb)
- Erhaltung der Funktionsfähigkeit der vorhandenen öffentlichen Anlagen der Verkehrsinfrastruktur
- Beseitigung von Engpässen und Entlastung bestehender Straßen mit hoher Wohndichte
- Erhöhung der Verkehrssicherheit für Kraftfahrzeuge, Radfahrer und Fußgänger
- Veränderung des Modal Split zu Gunsten des ÖPNV, des Radverkehrs und des Zu-Fuß-Gehens
- Entwicklung und Schaffung der notwendigen Infrastruktur für die Stadtentwicklung durch Erschließung von Wohn- und Gewerbegebieten

Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen

- Ausbau der clusterorientierten Wirtschaftspolitik
- Clusterbezogene Entwicklung des Potentials an hochqualifizierten Fach- und Führungskräften
- Ausbau und Modernisierung von Infrastrukturen sowie Verbesserung von Rahmenbedingungen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Metropolregion Hamburg insbesondere in den Bereichen Luftfahrt, Logistik, Hafen, Schifffahrt, Life Science, Erneuerbare Energien, Elektromobilität, Industrie, Mittelstand, Handwerk, Dienstleistung und Handel

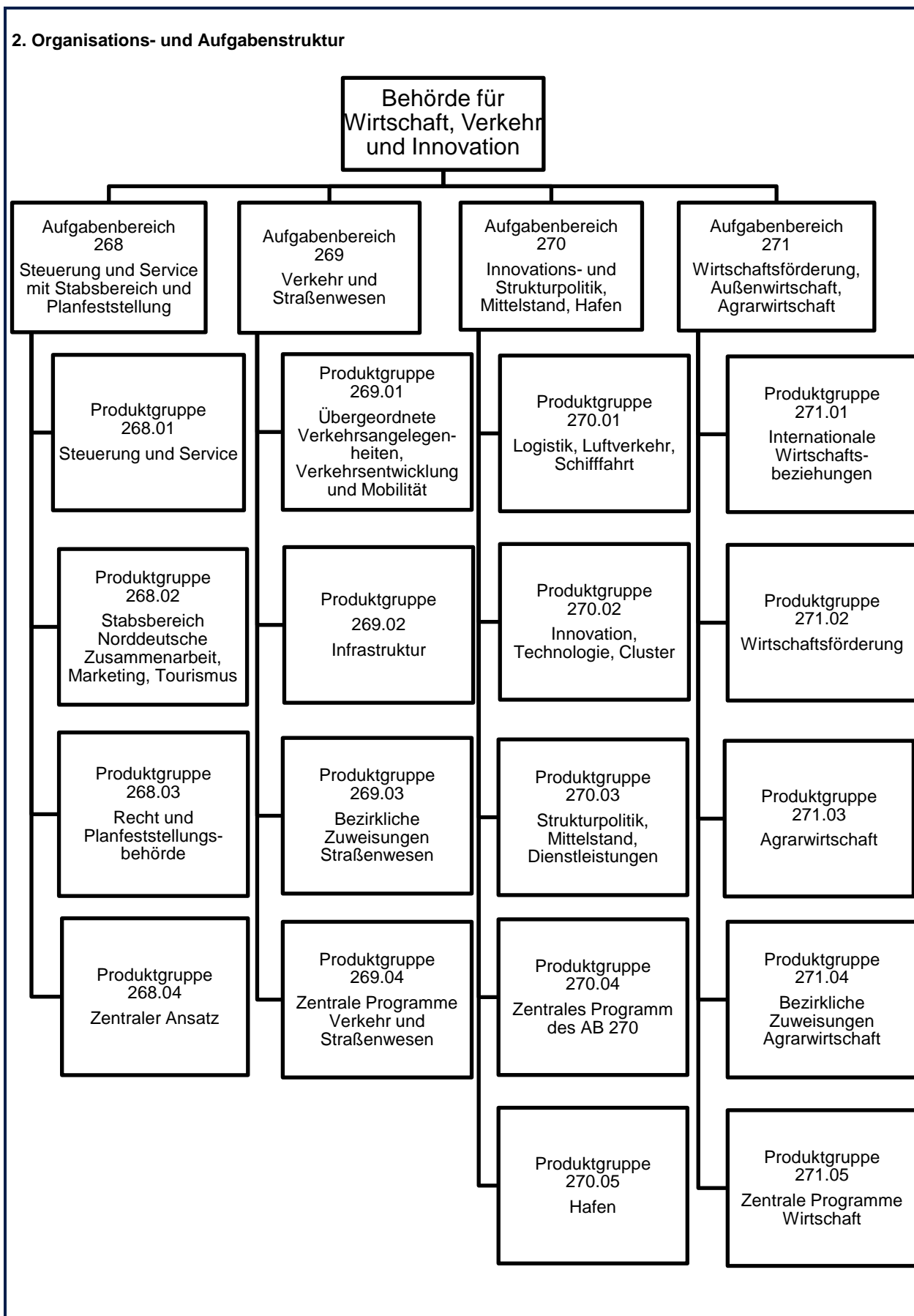
Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft

- Sicherung bestehender, wettbewerbsfähiger Unternehmen sowie Ansiedlung und Gründung von Unternehmen
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Aktivitäten im Bereich Außenhandel und im Europäischen Binnenmarkt
- Bereitstellung und Erschließung sowie Vergabe von Gewerbe- und Industrieflächen

- Nachhaltige Sicherung und Entwicklung einer multifunktionalen Land- und Forstwirtschaft, Stärkung der Verarbeitung und Vermarktung regional erzeugter Produkte
- Bereitstellung effizienter Pflanzengesundheitsdienste für den sicheren Handel mit pflanzlichen Gütern

Ausführlichere Darstellungen sind den Erläuterungen zu den einzelnen Aufgabenbereichen zu entnehmen.

2. Organisations- und Aufgabenstruktur



3. Übersicht über die ausgegliederten Bereiche

Zur BWVI gehören die folgenden Landesbetriebe:

Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer	Gesamtaufwand		Zuführung (-) aus dem / Ablieferung (+) an den Haushalt	
	in Tsd. Euro		in Tsd. Euro	
	2015	2016	2015	2016
Materialaufwand	63.200	64.200		
Personalaufwand	37.030	37.800		
Abschreibungen auf Anlagevermögen	400	430		
Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.300	8.300		
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	10	10		
Außerordentliche Aufwendungen	525	250		
Steuern	32	32		
Abführungen an den Haushalt			1.098	1.098
Gesamt	110.595	112.120	1.098	1.098

Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer	Summe investive Auszahlungen		Zuführung (-) aus dem / Haushalt	
	in Tsd. Euro		in Tsd. Euro	
	2015	2016	2015	2016
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen, davon				
- immaterielles Anlagevermögen	15	15		
- Schiffe, Fahrzeuge, Geräte	115	215		
- Werkstatt-, Betriebsausstattung	160	160		
Gesamt	290	390	-	-

Landesbetrieb Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen	Gesamtaufwand		Zuführung (-) aus dem / Ablieferung (+) an den Haushalt	
	in Tsd. Euro		in Tsd. Euro	
	2015	2016	2015	2016
Materialaufwand	10	10		
Personalaufwand	2.347	2.405		
Abschreibungen auf Anlagevermögen	1.230	1.270		
Sonstige betriebliche Aufwendungen	13.217	12.830		
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	25	25		
Außerordentliche Aufwendungen	50	50		
Steuern	544	544		
Gesamt	17.423	17.134	-	-

Landesbetrieb Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen	Summe investive Auszahlungen		Zuführung (-) aus dem / Haushalt	
	in Tsd. Euro		in Tsd. Euro	
	2015	2016	2015	2016
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen				
- Grundstücke	200	230		
- Maschinen und technische Anlagen		250		
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	150	150		
- Erneuerung Zugangssystem	200	100		
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen				
- Software ERP	130			
Gesamt	680	730	-	-

Wirtschaftspläne und Erläuterungen befinden sich in Anlage 2

4. Personalkosten

Der zu veranschlagende Personalaufwand für die Beamtenbezüge und die Entgelte der Tarifbeschäftigten ergibt sich aus dem Produkt der Plan-Vollzeitäquivalente (Plan-VZÄ) und den von der Finanzbehörde ermittelten Personalkostenverrechnungssätzen. Dabei wird individuell für jedes Planjahr ein um die folgenden Faktoren aktualisierter Verrechnungssatz angewendet:

- Ausfinanzierung der Tarif- und Besoldungsanpassungen 2013/2014,
- Berücksichtigung einer Vorsorge für Tarif- und Besoldungsanpassungen ab 2015,
- Altersstruktureffekte.

5. Stellenplan

Der Stellenplan bildet den personalwirtschaftlichen Ermächtigungsrahmen eines Haushaltsjahres ab, der von den Behörden und Ämtern im Rahmen der Budgetvorgaben ausgenutzt werden kann.

Die Stellenpläne werden als Anlage zum jeweiligen Einzelplan:

- für die Behörden und Ämter auf blauem Papier,
- für die Landesbetriebe gemäß § 106 Absatz 1 LHO und die Hochschulen auf rosa Papier in den einzelnen Wirtschaftsplänen dargestellt.

Sie sind wie folgt unterteilt und abgebildet:

1. Behörden und Ämter nach Aufgabenbereichen,
2. Landesbetrieb Straßen Brücken und Gewässer mit L10 sowie Landesbetrieb Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen mit L18

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Juni 2014) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2015/2016.

Die vom Senat beantragten Planstellenneuschaffungen, -hebungen und -umwandlungen, die dem Entscheidungsvorbehalt der Bürgerschaft unterliegen, sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten. Die betreffenden Veränderungen sind in der nachstehenden Tabelle summarisch sowie im Einzelnen als Anhang zum jeweiligen Stellenplandruck dargestellt.

Überblick über Stellenbestand und-veränderungen

Stellenplanentwurf 2015/2016 (einschließlich Landesbetriebe gemäß §106 Absatz 1 LHO des Einzelplans):

Aufgabenbereich, Landesbetrieb	Stellen- zahl*)	Neue Stellen**)		Stellenhebungen **)		Umwandlungen**)	
		2015	2016	2015	2016	2015	2016
268 – Steuerung und Service, Stabsbereich, Rechtsamt	218,37	-	-	-	-	-	-
269 – Verkehr und Straßenwesen	125,30	-	-	-	-	-	-
270 – Innovation, Strukturpolitik, Hafen	86,87	-	-	-	-	-	-
271 – Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft	111,50	-	-	-	-	-	-
L10 LSBG – LB Straßen, Brücken und Gewässer	588,04	-	-	-	-	-	-
L18 LB Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen	41,00	-	-	-	-	-	-

*) Stellenbestand gemäß Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Stellenplanverfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Juni 2014) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2015/2016

***) wie vom Senat beantragt

6. Darstellung der Verpflichtungsermächtigungen und Verrechnung interner auf externe Produkte (Ergebnis 2)

Die erforderlichen technischen Voraussetzungen, um den neuen doppischen Produkthaushalt wie vorgesehen komplett in einem BI-System zu planen und aus diesem heraus die Druckvorlage für den doppischen Einzelplan zu erzeugen, werden in mehreren Schritten (Releases) umgesetzt. Einmal jährlich wird zum Jahresende das neue, fertige Release im BI-System produktiv gesetzt. Mit dem nun vorliegenden Release SNH.1 ist die Umsetzung der Planungs- und Sollbewirtschaftungsanwendungen und -berichte für die investiven und konsumtiven Verpflichtungsermächtigungen sowie entsprechende Anwendungen und Berichte für die Verrechnung des Ergebnis 2 nicht erfolgt.

Aus diesem Grund sind im Haushaltsplan 2015/2016 die geplanten Verpflichtungsermächtigungen den Einzelplänen jeweils als gesonderte Anlage beigefügt.

Auf eine manuelle Verrechnung der Erlöse und Kosten der internen auf die der externen Produkte (Ergebnis 2) wurde verzichtet. Die entsprechenden Zeilen in den Tabellen „Kosten und Erlöse der Produkte in der Produktgruppe“ enthalten deshalb keine Werte.

7. Zuwendungen

Das Zuwendungsverfahren ist in der BWVI durch Rundschreiben des Beauftragten für den Haushalt geregelt. Darin sind die Zuständigkeiten für die Bewilligung von Zuwendungen, die Überwachung der Verwendung, die Prüfung der Verwendungsnachweise und die Erfolgskontrolle festgelegt. Außerdem sind alle mit der Bearbeitung von Zuwendungen beauftragten Mitarbeiter mit einem Merkblatt „Zuwendungen“ ausgestattet worden, in denen die wesentlichen Bestimmungen des Zuwendungsrechts sowie ihre praktische Handhabung in komprimierter Form dargestellt sind. Die Zuwendungssachbearbeitung erfolgt mit der Software INEZ.

Zuwendungen zur institutionellen Förderung werden ab einer Höhe von 50.000 Euro im Einzelfall ausschließlich vom Beauftragten für den Haushalt bewilligt. Zuwendungen zur Projektförderung werden grundsätzlich von den fachlich zuständigen Ämtern bewilligt. Musterbescheide beim Beginn neuer Förderprogramme sowie nicht zu Förderprogrammen gehörende Einzelfälle mit Beträgen ab 50.000 Euro werden mit der Abteilung Finanzen und Controlling abgestimmt. Diese grundlegende Regelung gilt, soweit nicht durch besondere Verfügungen des Beauftragten für den Haushalt die Befugnis zur Bewilligung von Zuwendungen für besondere Bereiche auf die Ämter delegiert worden ist, wie z.B. für die Abwicklung von Finanzierungshilfen nach dem Gesetz über die Kreditkommission sowie für diverse Förderprogramme im Bereich der Wirtschafts- und Technologieförderung sowie der Ernährungs- und Landwirtschaft. Der Inhalt der Zuwendungsbescheide ist aber auch in diesen Fällen mit der Abteilung Finanzen und Controlling abzustimmen.

Für Zuwendungen, die der Beauftragte für den Haushalt bewilligt hat, werden die Verwendungsnachweise zahlenmäßig von der Abteilung Finanzen und Controlling, die Sachberichte jedoch von den zuständigen Fachämtern geprüft, die generell auch die Erfolgskontrollen durchzuführen haben. In allen anderen Fällen, in denen die Fachämter selbst die Zuwendungsbescheide erlassen, sind auch die zahlenmäßigen Nachweise von den Fachdienststellen zu prüfen. Im Rahmen der vorgeschriebenen Standardprüfung ist festzustellen, ob der Verwendungsnachweis den im Zuwendungsbescheid festgelegten Anforderungen entspricht, die Zuwendung zweckentsprechend verwendet wurde und ob Rückzahlungsansprüche geltend zu machen sind. Anhand der Sachberichte ist ferner zu prüfen, ob der mit der Zuwendung beabsichtigte Zweck erreicht wurde.

Die notwendigen weitergehenden Prüfungen auf der Grundlage der Ergebnisse der Standardprüfung oder bei fortlaufenden Zuwendungen (insbesondere zur institutionellen Förderung) in einem angemessenen Prüfungsturnus werden in Form von Belegprüfungen vor Ort vom Betriebswirtschaftlichen Prüfdienst der Behörde durchgeführt.

Bei den meisten Zuwendungsempfängern werden die Jahresabschlüsse von Wirtschaftsprüfern geprüft und testiert. Ihre Berichte sind in diesen Fällen Bestandteil des Verwendungsnachweises. Sie ersetzen nicht die Prüfung durch die Behörde, auch wenn der Auftrag für eine erweiterte Prüfung der zweckentsprechenden, wirtschaftlichen und sparsamen Verwendung der Zuwendung erteilt worden ist. Nach dem Zuwendungsrecht kann die Verantwortung für die Anerkennung des Verwendungsnachweises nicht auf den Wirtschaftsprüfer delegiert werden. Die erweiterte Prüfung durch den Wirtschaftsprüfer hat ihre Bedeutung somit insbesondere in den Jahren, in denen die Behörde turnusmäßig (aus Gründen der Kostenersparnis) nur eine Standardprüfung der Verwendungsnachweise vornehmen kann.

2 Ergebnis- und Finanzplan des Einzelplans

2.1 Ergebnisplan des Einzelplans

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse aus lfd. Verwaltungstätigkeit	154.314	155.141	166.995	169.188	171.641	180.223	182.123
2. Erlöse aus Transferleistungen	144.676	148.602	161.359	157.342	160.560	161.933	165.293
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich							
4. Aktivierte Eigenleistungen							
5. Sonstige Erlöse	12.466	13.367	7.175	8.358	10.148	12.298	14.815
6. Erlöse aus Verrechnungen	247	143	20	20	19	18	18
7. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit	138.580	176.089	178.566	147.459	155.777	156.708	174.903
8. Personalkosten	32.445	33.611	33.185	35.695	35.782	36.522	37.219
a) Kosten für Entgelte	12.914	13.043	13.058	13.809	13.606	13.826	13.968
b) Kosten für Bezüge	12.475	13.225	12.790	13.673	13.917	14.257	14.642
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter	0	7	3	10	10	10	10
d) Kosten für Sozialleistungen	2.490	2.518	3.131	3.411	3.387	3.451	3.495
e) Kosten für Versorgungsleistungen	4.566	4.819	4.203	4.792	4.862	4.978	5.104
9. Kosten für Transferleistungen	168.175	194.015	243.818	273.436	267.108	268.136	254.025
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich							
11. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	119.907	148.695	136.460	199.007	197.669	200.058	204.296
12. Sonstige Kosten	2.126	2.000	603	504	504	504	504
13. Kosten aus Verrechnungen	0	0	0	147	142	142	142
14. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	-149.531	-237.158	-257.084	-321.340	-314.614	-307.598	-308.840
15. Erlöse aus Beteiligungen							
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens							
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse	12	2	0				
18. Abschreibungen auf Ausleihungen des Finanzanlagevermögens und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
19. Zinsen und ähnliche Kosten	0	534	433	422	411	399	386
20. Finanzergebnis	12	-532	-433	-422	-411	-399	-386
21. Ordentliches Ergebnis (14+20)	-149.518	-237.690	-257.517	-321.762	-315.025	-307.997	-309.226
22. Außerordentliche Erlöse							
23. Außerordentliche Kosten							
24. Außerordentliches Ergebnis							
25. Jahresergebnis (21+24)	-149.518	-237.690	-257.517	-321.762	-315.025	-307.997	-309.226
26. Globale Mehr- oder Minderkosten							
27. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (25+26)	-149.518	-237.690	-257.517	-321.762	-315.025	-307.997	-309.226

2.2 Finanzplan des Einzelplans

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit	308.814	314.298	332.461	330.988	336.678	346.635	351.895
2. Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	336.760	401.431	451.788	452.120	454.098	456.647	461.272
3. Saldo aus Verwaltungstätigkeit	-27.947	-87.133	-119.328	-121.132	-117.420	-110.012	-109.377
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuschüssen	73.475	53.375	49.596	61.121	62.201	61.398	62.548
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen							
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen							
7. Sonstige Investitionseinzahlungen	2.675	777	2.850	5.625	5.625	5.625	5.625
8. Auszahlungen für geleistete Investitionszuschüsse	81.189	55.728	71.332	168.794	166.895	178.442	180.921
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden	1.657	707	4.306	888	888	888	888
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen	73.426	72.161	104.565	98.626	99.829	81.676	101.412
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	26	44	489	515	515	515	515
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0	2.279	8.750	2.400			
13. Sonstige Investitionsauszahlungen	488	1.028	513	344	356	618	630
14. Globale Minderauszahlungen				-12.688	-13.644	-21.303	-15.713
15. Saldo aus Investitionstätigkeit	-80.636	-77.795	-137.509	-192.133	-187.013	-173.813	-200.480
16. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen	61	91	59	59	59	59	59
17. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen		115	270	200	200	400	400
18. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten							
19. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten							
20. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	61	-24	-211	-141	-141	-341	-341
21. Finanzbedarf an liquiden Mitteln	-108.522	-164.952	-257.048	-313.406	-304.574	-284.166	-310.198

3 Übersicht über die Aufgabenbereiche des Einzelplans

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Steuerung und Service (BWVI)							
Erlöse der Produktgruppe PG Steuerung und Service	863	315	541	594	610	610	610
Kosten der Produktgruppe PG Steuerung und Service	14.138	16.130	16.809	15.738	15.739	15.898	16.397
Erlöse der Produktgruppe PG Norddt.Zus.arbeit, Marketing, Tourism	-500	2.660	1.481	1.604	1.604	1.604	1.604
Kosten der Produktgruppe PG Norddt.Zus.arbeit, Marketing, Tourism	14.195	17.025	16.563	13.537	13.276	13.905	13.947
Erlöse der Produktgruppe PG Recht und Planfeststellungsbehörde	1.542	994	760	720	720	720	720
Kosten der Produktgruppe PG Recht und Planfeststellungsbehörde	3.589	5.372	2.885	3.922	4.019	4.912	4.954
Saldo aus Verwaltungstätigkeit	-30.017	-34.556	-33.475	-30.279	-30.100	-31.781	-32.364

Einzelplan der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit							
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	103	321	0	-12.680	-13.636	-21.295	-15.705
Saldo aus Investitionstätigkeit	-103	-321	0	12.680	13.636	21.295	15.705
Einzahlungen aus Darlehen							
Auszahlungen aus Darlehen							
Saldo aus Darlehen							
Verkehr und Straßenwesen							
Erlöse der Produktgruppe PG Überg.Verkehrsang,-entwickl,Mobilität	157.566	155.506	167.328	170.017	172.470	181.052	182.952
Kosten der Produktgruppe PG Überg.Verkehrsang,-entwickl,Mobilität	147.646	167.578	50.875	51.193	51.063	51.941	52.581
Erlöse der Produktgruppe PG Infrastruktur	14.759	15.671	10.048	10.586	10.606	10.643	10.681
Kosten der Produktgruppe PG Infrastruktur	216.693	250.799	262.076	269.530	273.612	269.856	283.219
Erlöse der Produktgruppe PG Bezirkliche Zuweisungen Straßenwesen				150	167	201	234
Kosten der Produktgruppe PG Bezirkliche Zuweisungen Straßenwesen	110	0	11.705	16.096	16.496	17.025	17.564
Erlöse der Produktgruppe PG Zentr. Progr. Verkehr u. Straßenwesen	130.756	133.629	146.796	144.850	148.577	152.337	156.130
Kosten der Produktgruppe PG Zentr. Progr. Verkehr u. Straßenwesen	3.142	2.810	150.092	150.982	155.247	158.528	164.199
Saldo aus Verwaltungstätigkeit	-64.509	-116.381	-150.576	-162.197	-164.598	-153.117	-167.566
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	53.429	28.327	26.570	42.345	42.345	42.345	42.345
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	128.373	103.020	145.433	136.902	139.455	131.007	151.693
Saldo aus Investitionstätigkeit	-74.944	-74.693	-118.863	-94.557	-97.110	-88.662	-109.348
Einzahlungen aus Darlehen							
Auszahlungen aus Darlehen			70				
Saldo aus Darlehen			-70				
Innovations- und Strukturpolitik							
Erlöse der Produktgruppe PG Logistik, Luftverkehr, Schifffahrt	449	388	310	315	315	315	315
Kosten der Produktgruppe PG Logistik, Luftverkehr, Schifffahrt	5.927	6.373	4.919	4.937	3.852	5.359	5.349
Erlöse der Produktgruppe PG Innovation, Technologie, Cluster	481	449	446	446	446	446	446
Kosten der Produktgruppe PG Innovation, Technologie, Cluster	11.898	27.518	20.215	7.908	7.773	8.184	8.249
Erlöse der Produktgruppe PG Strukturpolitik,Mittelstand,Dienstl.	31	0	0				
Kosten der Produktgruppe PG Strukturpolitik,Mittelstand,Dienstl.	2.845	3.087	3.400	3.163	3.349	3.588	3.579
Kosten der Produktgruppe PG Zentrales Programm des AB 270	0	0	0	160			
Erlöse der Produktgruppe PG Hafen	1.223	1.223	1.290	1.290	1.290	1.639	2.338
Kosten der Produktgruppe PG Hafen	19.553	38.460	25.992	85.934	80.791	79.799	66.193
Saldo aus Verwaltungstätigkeit	-38.038	-73.377	-52.481	-100.051	-93.714	-94.531	-80.271
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	20.422	21.504	20.963	20.963	20.963	20.963	20.963
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	24.626	24.517	30.390	124.797	123.070	124.000	124.000
Saldo aus Investitionstätigkeit	-4.205	-3.012	-9.427	-103.834	-102.107	-103.037	-103.037
Einzahlungen aus Darlehen							
Auszahlungen aus Darlehen							
Saldo aus Darlehen							

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Wirtschaftsförderung							
Erlöse der Produktgruppe PG Internationale Wirtschaftsbeziehungen	2	0	0				
Kosten der Produktgruppe PG Internationale Wirtschaftsbeziehungen	1.904	1.944	1.536	1.982	1.979	2.000	2.043
Erlöse der Produktgruppe PG Wirtschaftsförderung	427	85	11	0	0	0	0
Kosten der Produktgruppe PG Wirtschaftsförderung	9.544	7.001	12.575	15.731	15.687	15.601	15.581
Erlöse der Produktgruppe PG Agrarwirtschaft	2.026	1.937	1.551	1.520	1.535	1.544	1.563
Kosten der Produktgruppe PG Agrarwirtschaft	9.915	10.584	10.270	11.349	11.429	11.535	11.563
Kosten der Produktgruppe PG Bez. Zuweisungen Agrarwirtschaft	0	0	435	456	477	498	519
Erlöse der Produktgruppe PG Zentrale Programme Wirtschaft	2.088	4.397	4.988	2.816	4.028	3.362	4.656
Kosten der Produktgruppe PG Zentrale Programme Wirtschaft	135	266	2.719	4.054	2.605	3.840	5.538
Saldo aus Verwaltungstätigkeit	-16.955	-13.376	-20.986	-29.234	-26.613	-28.568	-29.024
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	2.299	4.321	4.913	3.438	4.518	3.715	4.865
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	3.683	4.090	14.132	9.860	5.950	7.124	8.665
Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.384	231	-9.220	-6.422	-1.432	-3.409	-3.800
Einzahlungen aus Darlehen	61	91	59	59	59	59	59
Auszahlungen aus Darlehen		115	200	200	200	400	400
Saldo aus Darlehen	61	-24	-141	-141	-141	-341	-341

4 Teilpläne der Aufgabenbereiche des Einzelplans der Behörde f. Wirtschaft, Verkehr und Innovation

4.1 Teilplan des Aufgabenbereichs 268 Steuerung und Service (BWVI)

4.1.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 268 Steuerung und Service (BWVI)

Die Zentralverwaltung der BWVI administriert die Abläufe/Verfahren einer angemessenen Ressourcenausstattung und -verwendung für die Wahrnehmung der behördlichen Fachaufgaben. Neben der Unterstützung der Behördenleitung bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben insbesondere bei der Begleitung der parlamentarischen Verfahren auf Landes- und Bundesebene sind hier alle übergreifenden Zuständigkeiten der Themen Finanzen, Personal, Controlling und Beteiligungsverwaltung gebündelt.

Der Stabsbereich Norddeutsche Zusammenarbeit, Marketing, Tourismus hat folgende Schwerpunkte:

- Tourismusförderung
- Standortmarketing
- Zusammenarbeit mit den norddeutschen Ländern
- Mitarbeit in der Metropolregion Hamburg

Das Rechtsamt übernimmt die rechtliche Beratung der übrigen Fachämter und der Behördenleitung, alle Rechtsbehelfsverfahren wie auch die rechtliche Vertretung der Behörde vor den Gerichten. Daneben obliegen dem Rechtsamt eine Reihe eigener Fachaufgaben, wie z.B.

- als Rechtsaufsicht über die HPA
- als Landeskartellbehörde und ministeriell im Bereich Wettbewerbs- und Preisrecht
- bei ministeriellen Aufgaben im Bereich des Wegerechts und der Wegenutzung
- als Verkehrsgewerbeaufsicht (Güterkraftverkehr, Omnibus- und U-Bahnverkehr, Verkehr mit Taxen und Mietwagen)
- ministerielle Aufgaben im Bereich des Gewerbe- und Handwerksrechts, einschließlich der Aufgaben als Aufsichtsbehörde über die Handwerkskammer und die Handelskammer
- als Planfeststellungsbehörde
- bei Insolvenzen und Zwangsvollstreckungen
- im Bereich des Katastrophenschutzes und der Notfallvorsorge

4.1.2 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 268 Steuerung und Service (BWVI)

4.1.2.1 Produktgruppe 26801 Steuerung und Service

4.1.2.1.1 Vorwort der Produktgruppe 26801 Steuerung und Service

Die Präsidialabteilung ist Schnittstelle zwischen den Ämtern der BWVI und der Behördenleitung. Sie koordiniert die Aufgabenwahrnehmung im Verhältnis zum Bund und den anderen Ländern sowie zu den Intendanzeinheiten des Senats.

Die Verwaltungsabteilung mit den Referaten Personal, Organisation, IT und interne Dienste unterstützt die Behörden- und Amtsleitung bei der Administration der entsprechenden Aufgaben.

Die Abteilung Finanzen und Controlling ist der interne Dienstleister in allen finanziellen Fragen. Sie unterstützt die Leitungskräfte im Hinblick auf die Planung und den Einsatz der finanziellen Ressourcen.

Die Beteiligungsverwaltung ist zuständig für das Controlling der der BWVI zugeordneten öffentlichen Unternehmen und Beteiligungen, v.a. in den Bereichen Hafen, Marketing, Verkehr und Luftverkehr. Der betriebswirtschaftliche Prüfdienst prüft als Preisüberwachungsstelle Hamburg die Zulässigkeit der Preise bei öffentlichen Aufträgen.

Die Innenrevision erstellt Risikoanalysen, analysiert und bewertet das Interne Kontrollsystem. Sie berät die Behördenleitung in allen Angelegenheiten der Wahrnehmung von Kontrollaufgaben.

4.1.2.1.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 26801 Steuerung und Service

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Erlöse	863	315	541	594	610	610	610
2. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit	6.404	7.794	6.025	6.964	7.165	7.165	7.390
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	3.067	3.635	2.773	3.525	3.723	3.723	3.948
b) davon IT-Kosten	1.763	1.723	1.536	1.695	1.695	1.695	1.695
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten	7.639	8.239	10.713	8.470	8.268	8.434	8.707
a) Kosten für Entgelte	3.411	3.386	4.358	3.712	3.475	3.528	3.660
b) Kosten für Bezüge	2.522	2.975	3.916	2.854	2.918	2.992	3.072
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter	0	7	0	7	7	7	7
d) Kosten für Sozialleistungen	658	653	1.055	872	830	844	875
e) Kosten für Versorgungsleistungen	1.048	1.217	1.384	1.025	1.038	1.063	1.093
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	28	20	9	138	140	133	134
6. Sonstige Kosten	67	77	62	166	166	166	166
7. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	-13.275	-15.815	-16.268	-15.144	-15.129	-15.288	-15.787
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0				
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis	0	0	0				
11. Ordentliches Ergebnis (7+10)	-13.275	-15.815	-16.268	-15.144	-15.129	-15.288	-15.787
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	-13.275	-15.815	-16.268	-15.144	-15.129	-15.288	-15.787
16. Globale Mehr- oder Minderkosten							
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15+16)	-13.275	-15.815	-16.268	-15.144	-15.129	-15.288	-15.787

4.1.2.1.3 Ziele der Produktgruppe 26801 Steuerung und Service

Z 1: Schaffung einer angemessenen Ressourcenausstattung und deren Nutzung für die Erledigung der Fachaufgaben in der BWVI (Kennzahlen 1 bis 3)

Z 2: Sicherstellung des angemessenen Einflusses der BWVI auf sämtliche der BWVI zugeordneten Beteiligungen (Kennzahlen 4 bis 6)

4.1.2.1.4 Kennzahlen der Produktgruppe 26801 Steuerung und Service

	Einheit	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
B_268_01_001 1. Kosten der Intendanzleistung IT pro Bildschirmarbeitsplatz	EUR	1.170,71	1.251,42	1.158,94	1.176,32	1.193,97	1.211,88	1.230,05
B_268_01_002 2. Kosten der Intendanzleistung Personalverwaltung-, -planung, -entwicklung je Mitarbeiter/in	EUR	949,68	1.056,35	1.099,11	1.119,10	1.139,47	1.160,23	1.181,37
B_268_01_003 3. Kosten der Intendanzleistung Interner Service pro Mitarbeiter/in	EUR	2.725,12	2.870,20	2.884,82	2.870,15	2.854,02	2.905,99	2.958,95
B_268_01_004 4. Zu steuernde unmittelbare Beteiligungen	ANZ	16	19	20	20	20	20	20
B_268_01_005 5. Zu steuernde mittelbare Beteiligungen	ANZ	113	113	115	115	115	115	115
B_268_01_006 6. Betreute Geschäftsführerverträge	ANZ	28	26	32	32	31	31	31

Die Kennzahlen sind ressourcenbegründend.

Kennzahl 1: Intendanzleistungen sind Verwaltungsgemeinkosten, die durch behördeninterne Dienste für interne Leistungsabnehmer entstehen.

Kennzahl 4: Unmittelbare Beteiligungen sind direkte Beteiligungen der FHH bzw. HGV ("Töchter").

Kennzahl 5: Mittelbare Beteiligungen sind direkte Beteiligungen der "Töchter", aus Sicht von FHH bzw. HGV mithin indirekte Beteiligungen bzw. "Enkel".

4.1.2.1.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 26801 Steuerung und Service

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Zentralverwaltung							
Erlöse	863	315		594	610	610	610
Kosten	14.138	16.130		15.738	15.739	15.898	16.397
Saldo Jahresergebnis 1 Zentralverwaltung	-13.275	-15.815		-15.144	-15.129	-15.288	-15.787
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Zentralverwaltung	0	0	0	0	0	0	0

4.1.2.1.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 26801 Steuerung und Service

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtanzahl VZÄ				134,10	131,10	129,10	129,10

4.1.2.2 Produktgruppe 26802 Norddt.Zus.arbeit, Marketing, Tourism

4.1.2.2.1 Vorwort der Produktgruppe 26802 Norddt.Zus.arbeit, Marketing, Tourism

Im letzten Jahrzehnt hat sich der Tourismus zu einer der zentralen Leitökonomien mit stabil über der weltwirtschaftlichen Entwicklung liegenden Wachstumsraten entwickelt. Hamburg hat daran u.a. dank einer Steigerung der Übernachtungszahlen um fast 100 % seit 2001 erheblich profitiert. Inzwischen arbeiten in unserer Stadt weit über 100.000 Menschen in der ganz überwiegend mittelständisch geprägten Tourismusbranche, Tendenz weiter steigend. Die BWVI fördert diese Entwicklung über die städtische Hamburg Tourismus GmbH und den koordinierten Ausbau des touristischen Marketings aller städtischen und privaten Akteure. Sie unterstützt private Investoren bei Ausbau oder Neu-Ansiedlung ihrer touristischen Unternehmen, so stieg z.B. die Zahl der Hotelbetten in den letzten zwei Jahren um ca. 3.000 auf aktuell rund 52.600.

Für den Senat verfolgt die BWVI das Ziel, die nationale und internationale Bekanntheit sowie die Wahrnehmung der Standortattraktivität und Internationalität Hamburgs und der Metropolregion durch ein strategisches und koordiniertes Standortmarketing unter Beteiligung aller dafür relevanten Akteure zu steigern. Nachdem die Hamburg Marketing GmbH (HMG) zur Holdingmutter mit den Töchtern Hamburg Tourismus GmbH, HWF Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung und Hamburg Convention Bureau GmbH umgebaut wurde, gilt es nun gemeinsam mit der HMG und ihren Töchtern die Ziele des Restrukturierungsprozesses zu verfolgen und insbesondere die Funktion der HMG als zentrale Steuerungsinstanz für übergreifende Marketingaspekte der Außendarstellung Hamburgs und der Metropolregion sicherzustellen.

Im Rahmen der Regionalpolitik stimmt der Stabsbereich die Zusammenarbeit mit den norddeutschen Ländern für die Freie und Hansestadt Hamburg ab. Für die BWVI betrifft dies insbesondere die Küstenwirtschafts- und Verkehrsministerkonferenzen, Treffen mit den Industrie- und Handelskammern und dem Unternehmerverband Nord. Ebenso geht es um die Prozesse und Projekte der großräumigen Projektpartnerschaft Norddeutschland sowie die bi- und multilaterale Zusammenarbeit zwischen den Ländern Norddeutschlands.

Im Weiteren koordiniert der Stabsbereich für Hamburg Grundsatzfragen der Metropolenpolitik, die Mitarbeit in der Metropolregion Hamburg (MRH) und die Teilnahme an deren Gremiensitzungen. Ebenso erfolgt die Abstimmung mit den anderen Trägern der Metropolregion (Länder Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern sowie die dazugehörigen Kreise und kreisfreien Städte) sowie der Geschäftsstelle der MRH zu wesentlichen organisatorischen und inhaltlichen Fragen.

Die bilateralen Förderfonds der Metropolregion Hamburg - Förderfonds Hamburg/Schleswig-Holstein, Hamburg/Niedersachsen und Hamburg/Mecklenburg-Vorpommern - sind das einzige Finanzierungsinstrument der regionalen Zusammenarbeit in der MRH. Gemeinsam mit den Förderfonds-Geschäftsstellen in Kiel, Lüneburg und Schwerin berät der Stabsbereich über die Förderung von beantragten Projekten der Kommunen und bereitet deren Beschlussfassung im Lenkungsausschuss der MRH vor. Auch Hamburger Behörden sind antragsberechtigt und werden bei der Antragstellung beraten.

4.1.2.2.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 26802 Norddt.Zus.arbeit, Marketing, Tourism

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Erlöse	-500	2.660	1.481	1.604	1.604	1.604	1.604
2. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit	6.097	6.410	5.284	4.998	4.998	5.498	5.498
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	2.221	2.221	2.221	2.091	2.091	2.091	2.091
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten	1.110	1.123	1.122	1.307	1.347	1.343	1.388
a) Kosten für Entgelte	416	377	457	348	365	344	364
b) Kosten für Bezüge	530	583	498	641	655	670	686
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter	0	0	0				
d) Kosten für Sozialleistungen	80	73	90	102	106	104	107
e) Kosten für Versorgungsleistungen	84	91	78	216	221	225	231
4. Kosten für Transferleistungen	6.739	9.092	9.917	6.687	6.617	6.750	6.750
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	249	247	239	237	6	6	3
6. Sonstige Kosten	0	151	0	308	308	308	308
7. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	-14.695	-14.364	-15.082	-11.933	-11.672	-12.301	-12.343
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7+10)	-14.695	-14.364	-15.082	-11.933	-11.672	-12.301	-12.343
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	-14.695	-14.364	-15.082	-11.933	-11.672	-12.301	-12.343
16. Globale Mehr- oder Minderkosten							
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15+16)	-14.695	-14.364	-15.082	-11.933	-11.672	-12.301	-12.343
Um flexibel und wirtschaftlich auf zeitliche Verschiebungen reagieren zu können, ist die Ermächtigung, Kosten für Transferleistungen zu verursachen, übertragbar.							

4.1.2.2.3 Ziele der Produktgruppe 26802 Norddt.Zus.arbeit, Marketing, Tourism

Z 1: Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Metropolregion und der Zusammenarbeit in Norddeutschland (Kennzahlen 1 und 2)
Z 2: Stärkung Hamburgs als Tourismusdestination (Kennzahlen 3 bis 9)

4.1.2.2.4 Kennzahlen der Produktgruppe 26802 Norddt.Zus.arbeit, Marketing, Tourism

	Einheit	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
B_268_02_001 1. Tatsächliches Bewilligungsvolumen/geplantes Bewilligungsvolumen (=Bewilligungsquote) an die HMG und deren Tochterunternehmen	%	106	102	100	100	100	100	100
B_268_02_002 2. Förderfonds der Metropolregion Hamburg: Anteil der bewilligten Förderanträge an der Gesamtanzahl der gestellten Anträge	%	68	73	70	70	70	70	70
B_268_02_003 3. Eigenfinanzierungsanteil der HHT	%	76	64	64	64	64	64	64
B_268_02_004 4. Teilnehmer von Kongressen und Tagungen in Hamburg mit mindestens einer Übernachtung (ab 10 Personen)	ANZ	0	0	0	0	0	0	0
B_268_02_005 5. Übernachtungen in Hamburg gesamt in Mio.	ANZ	10,6	11,6	12,2	13	13,9	14,8	15,9
B_268_02_006 6. davon ausländischer Übernachtungen in Hamburg in Mio.	ANZ	2,4	2,7	2,8	2,96	3,2	3,4	3,7
B_268_02_007 7. davon Übernachtungen in Hamburg geschäftlicher Anlass in Mio.	ANZ							
B_268_02_008 8. davon Übernachtungen in Hamburg, privater Anlass in Mio.	ANZ							
B_268_02_009 9. Veranstaltungstage auf dem Heiligengeistfeld	ANZ	198	139	149	100	140	100	140

Die Kennzahl 1: Die Kennzahl ist ressourcenbegründend. Diese Kennzahl ist eine Verhältniszahl, welche in Prozent angegeben wird. Die Bewilligungsquote ergibt sich aus den veranschlagten Haushaltsmitteln (Epl. 7) und den geplanten Wirtschaftsplanmitteln (HMG und Töchter). Die HWF wird in der Produktgruppe 271.02 veranschlagt und dort mit Kennzahlen abgebildet.

Wirkungsbezogen sind die Kennzahlen 2 bis 8.

Kennzahl 4: Zahlen liegen erst vor, sobald das HCB das entsprechende Monitoring durchführt.

Kennzahl 6: Die Daten werden durch das Statistische Landesamt erhoben.

Kennzahl 7: Die Finanzbehörde wird die Hotelsteueranmeldungen zur KTT (Kultur- und Tourismustaxe) nach "steuerbaren" und "nicht-steuerbaren" Übernachtungen auswerten. Die "nicht-steuerbaren" Übernachtungen sind allerdings nicht zu 100% mit Geschäftsreisen gleichzusetzen, da ein voraussichtlich sehr geringer Anteil von aus anderen Gründen nicht-steuerbaren Übernachtungen enthalten sein kann (z.B. Übernachtungen unter 10 Euro Kosten) und nicht ausgeschlossen werden kann, dass Geschäftsreisende auf den Nachweis ihres entsprechenden Reiseanlasses verzichten bzw. die Hotels keine Abfrage durchführen.

Kennzahlen 7 und 8: Die erstmalige Erhebung dieser Kennzahlen erfolgt zum 1. Quartal 2014 und anschließend jeweils quartalsweise. Kennzahlenwerte bezogen auf ein ganzes Jahr werden daher erst Anfang 2015 vorliegen.

Kennzahl 9: Die Anzahl der Veranstaltungstage auf dem Heiligengeistfeld beinhaltet nicht die Auf- und Abbautage. Diese Kennzahl ist ressourcenbegründend und wirkungsbezogen. Angaben vorbehaltlich des weiteren Sanierungsverlaufes des Heiligengeistfeldes.

4.1.2.2.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 26802 Norddt.Zus.arbeit, Marketing, Tourism

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Norddt. Zus.arbeit, Marketing, Tourismus							
Erlöse	-920	2.190		1.318	1.318	1.318	1.318
Kosten	13.634	16.371		13.030	12.757	13.375	13.404
Saldo Jahresergebnis 1 Norddt. Zus.arbeit, Marketing, Tourismus	-14.554	-14.180		-11.712	-11.439	-12.057	-12.086
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Norddt. Zus.arbeit, Marketing, Tourismus	0	0	0	0	0	0	0
Geschäftsst. der Metropolregion Hamburg							
Erlöse	420	470		286	286	286	286
Kosten	561	654		507	519	530	543
Saldo Jahresergebnis 1 Geschäftsst. der Metropolregion Hamburg	-141	-184		-221	-233	-244	-257
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Geschäftsst. der Metropolregion Hamburg	0	0	0	0	0	0	0

4.1.2.2.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 26802 Norddt.Zus.arbeit, Marketing, Tourism

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtanzahl VZÄ				19,35	19,35	18,35	18,35

4.1.2.3 Produktgruppe 26803 Recht und Planfeststellungsbehörde

4.1.2.3.1 Vorwort der Produktgruppe 26803 Recht und Planfeststellungsbehörde

Die Produktgruppe umfasst zum einen die Rechtsberatung und Rechtsvertretung der gesamten Behörde in allen Geschäftsfeldern der BWVI. Von übergeordnetem Interesse ist derzeit die Umsetzung des Hamburgischen Transparenzgesetzes. Einen kapazitären Schwerpunkt bildet die Beratung zu Vergabe, Bau und Finanzierung bei allen gewichtigen Infrastrukturvorhaben der Behörde (insbesondere Verkehrsausbauten).

Schwerpunkt bei den Fachaufgaben ist aktuell eine Neuordnung der Ernährungsnotfallvorsorge auf Bund-Länder-Ebene, die ministerielle Umsetzung des neuen Spielhallengesetzes, die Aufsicht über die Handelskammer und die Handwerkskammer sowie zunehmend auch die Bekämpfung von Schwarzarbeit und Geldwäsche. Von Bedeutung ist ferner die Aushandlung und Betreuung gesamtstädtischer Verträge zur Nutzung öffentlicher Wege, z.B. durch Verkehrs- und Telekommunikationsunternehmen, zur Außenwerbung, oder auch für Betreiber der Infrastruktur für Elektromobilität. Kapazitär fällt die Daueraufgabe der Rechtsaufsicht über die HPA und die Verkehrsgewerbeaufsicht (z.B. Genehmigungen und Kontrollen im Taxenverkehr, Liberalisierung der Fernbuslinien) besonders ins Gewicht.

In der aktuellen Haushaltsperiode steht schließlich die Durchführung von Planfeststellungsverfahren bzw. von Gerichtsverfahren im Hinblick auf wichtige Infrastrukturprojekte an. Dazu zählen als Verkehrsprojekte etwa der Ausbau und die Überdeckung der A 7 wie auch die Weiterführung der A 26 oder die Fahrinnenanpassung von Unter- und Außenelbe, bei den Hafeninfrastrukturen die Westerweiterung Eurogate und bei den Gewässerausbauten die Umsetzung der Wasserwirtschaftsmaßnahmen des Süderelbefonds.

4.1.2.3.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 26803 Recht und Planfeststellungsbehörde

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Erlöse	1.542	994	760	720	720	720	720
2. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit	307	409	1.040	113	113	1.013	1.013
<i>a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen</i>							
<i>b) davon IT-Kosten</i>							
<i>c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz</i>	305	406	1.035	110	110	1.010	1.010
3. Personalkosten	2.947	3.120	1.585	3.630	3.727	3.720	3.762
<i>a) Kosten für Entgelte</i>	914	990	362	1.120	1.160	1.107	1.089
<i>b) Kosten für Bezüge</i>	1.565	1.633	973	1.644	1.679	1.721	1.769
<i>c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter</i>	0	0	0				
<i>d) Kosten für Sozialleistungen</i>	176	191	113	306	316	308	306
<i>e) Kosten für Versorgungsleistungen</i>	292	305	137	560	572	584	598
4. Kosten für Transferleistungen	328	1.836	258	178	178	178	178
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	7	7	3				
6. Sonstige Kosten	0	0	0	1	1	1	1
7. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	-2.047	-4.377	-2.125	-3.202	-3.299	-4.192	-4.234
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7+10)	-2.047	-4.377	-2.125	-3.202	-3.299	-4.192	-4.234
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	-2.047	-4.377	-2.125	-3.202	-3.299	-4.192	-4.234
16. Globale Mehr- oder Minderkosten							
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15+16)	-2.047	-4.377	-2.125	-3.202	-3.299	-4.192	-4.234

Um flexibel und wirtschaftlich auf zeitliche Verschiebungen reagieren zu können, ist die Ermächtigung, Kosten für Transferleistungen zu verursachen, übertragbar.

4.1.2.3.3 Ziele der Produktgruppe 26803 Recht und Planfeststellungsbehörde

Z 1: Gewährleistung der Rechtmäßigkeit des Handelns im Aufgabenbereich der BWVI (Kennzahl 1).
Z 2: Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen durch Mitwirkung bei der Gesetzgebung auf EU-, Bundes- und Landesebene, durch Durchführung rechtssicherer Zulassungsverfahren und wettbewerbsrechtlicher Verfahren sowie durch Ausübung von Aufsichts- und Vollzugsfunktionen (Kennzahlen 2 bis 7).

4.1.2.3.4 Kennzahlen der Produktgruppe 26803 Recht und Planfeststellungsbehörde

	Einheit	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
B_268_03_001 1. Beratungen in Belangen der Rechtsberatung, Rechtsprüfung und Rechtsvertretung (inkl. Gerichtsprozesse)	ANZ	1.258	1.252	1.250	1.248	1.246	1.244	1.242
B_268_03_002 2. Verfahren im Bereich der Planfeststellungsbehörde	ANZ	145	181	140	160	160	180	180
B_268_03_003 3. davon Planfeststellungsverfahren für Hafenausbauten	ANZ	64	93	64	70	70	70	70
B_268_03_004 4. davon Planfeststellungsverfahren für Verkehrsausbauten	ANZ	22	31	17	30	30	30	30
B_268_03_005 5. davon Planfeststellungsverfahren für Hochwasserschutz/Gewässerausbauten	ANZ	59	57	59	60	60	80	80
B_268_03_006 6. Aufsichtsmaßnahmen im Bereich der Geldwäscheprävention	ANZ	225	302	250	250	250	250	250
B_268_03_007 7. Genehmigungsverfahren in der Verkehrsgewerbeaufsicht	ANZ	1.309	1.336	1.300	1.300	1.220	1.200	1.200

Die Kennzahlen sind ressourcenbegründend.

Kennzahl 3 - 5: Erfasst werden Zulassungsverfahren sowie Rechtsschutzverfahren mit dem Zähler 1. Dies bringt mit sich, dass sowohl Großverfahren als auch kleinere Änderungsverfahren mit dem gleichen Zählwert (1) erfasst werden. Gleichwohl lässt sich die Arbeit einer Zulassungsbehörde nicht anders darstellen, da sie, ohne selbst Einfluss auf Zahl und Bedeutung der Verfahren zu haben, die anstehenden Projekte zu bewältigen hat. Die Aufteilung in Tätigkeitsbereiche lässt keine Rückschlüsse zu, da die Planfeststellungsbehörde durchlässig organisiert ist, um Spitzenbelastungen gerade bei Großverfahren überhaupt zu bewältigen. Im Übrigen weist eine Vielzahl von Verfahren Überschneidungen auf (gerade im Bereich Hafen- und Gewässerausbauten). Im Bereich Gewässerausbauten sind deutliche Steigerungen absehbar infolge des anstehenden Hochwasserschutzprogramms.

Kennzahl 6: Aufsichtsmaßnahmen im Bereich der Geldwäscheprävention sind alle operativen Aktivitäten, die auf die Einhaltung der Vorschriften des Geldwäschegesetzes durch die jeweiligen Unternehmen abzielen. Hierzu gehören: Vorortkontrollen, Kontrollen im schriftlichen Verfahren, Verwaltungsanordnungen, Bußgeldverfahren aber auch Informationsmaßnahmen (Beratung der Unternehmen, Kontakte zu Multiplikatoren, Internetinformationen).

Kennzahl 7: Die Verkehrsgewerbeaufsicht ist Ansprechpartner für alle Unternehmen in Hamburg, die gewerblich Personen oder Güter befördern. Genehmigungen zum Verkehr mit Bussen, der U-Bahn, Taxen, Mietwagen und für den Güterkraftverkehr werden hier erteilt. Die Verkehrsgewerbeaufsicht achtet auf die Einhaltung der gesetzlichen Spielregeln durch die Betriebe und ahndet Verstöße.

4.1.2.3.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 26803 Recht und Planfeststellungsbehörde

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Recht							
Erlöse	0	2					
Kosten	555	597		546	560	575	592
Saldo Jahresergebnis 1 Recht	-555	-594		-546	-560	-575	-592
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Recht	0	0	0	0	0	0	0
Fachaufg. im Amt R							
Erlöse	766	722		720	720	720	720
Kosten	2.311	3.926		2.793	2.859	2.943	2.953
Saldo Jahresergebnis 1 Fachaufg. im Amt R	-1.545	-3.204		-2.073	-2.139	-2.223	-2.233
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Fachaufg. im Amt R	0	0	0	0	0	0	0
Planfeststellung							
Erlöse	776	270					
Kosten	724	849		583	600	1.394	1.409
Saldo Jahresergebnis 1 Planfeststellung	52	-579		-583	-600	-1.394	-1.409
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Planfeststellung	0	0	0	0	0	0	0

4.1.2.3.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 26803 Recht und Planfeststellungsbehörde

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtanzahl VZÄ				52,89	52,89	50,89	49,89

4.1.2.4 Produktgruppe 26804 Zentraler Ansatz

4.1.2.4.1 Vorwort der Produktgruppe 26804 Zentraler Ansatz

Für die Produktgruppe „Zentraler Ansatz“ werden keine Ziele und Kennzahlen ausgebracht. Die veranschlagten Mittel werden unterjährig per Sollveränderung in andere Aufgabenbereiche bzw. Produktgruppen übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke. Die Ist-Ergebnisse werden dort ebenfalls ausgewiesen.

4.1.2.4.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 26804 Zentraler Ansatz

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	2014	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
			Tsd. EUR				
1. Erlöse							
2. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit							
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen							
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit							
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7+10)							
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis							
16. Globale Mehr- oder Minderkosten							
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15+16)							

4.1.2.4.3 Ziele der Produktgruppe 26804 Zentraler Ansatz

4.1.2.4.4 Kennzahlen der Produktgruppe 26804 Zentraler Ansatz

Einheit	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
			2014				

4.1.2.4.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 26804 Zentraler Ansatz

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Zentraler Ansatz BWVI							
Erlöse	0	0					
Kosten	0	0					
Saldo Jahresergebnis 1 Zentraler Ansatz BWVI	0	0					
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Zentraler Ansatz BWVI	0	0	0	0	0	0	0

4.1.2.4.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 26804 Zentraler Ansatz

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtanzahl VZÄ							

4.1.3 Investitionen des Aufgabenbereichs 268 Steuerung und Service (BWVI)

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Investitionsprogramme							
Summe Investitionsprogramme							
Einzelinvestitionen							
Summe Einzelinvestitionen							
Sonstige Investitionen							
Einzahlungen sonstige Investitionen							
Auszahlungen sonstige Investitionen	103	321	0	8	8	8	8
Summe sonstige Investitionen	-103	-321	0	-8	-8	-8	-8
Globale Minderauszahlungen							
Globale Minderauszahlungen				-12.688	-13.644	-21.303	-15.713
Summe Investitionsmittel	-103	-321	0	-8	-8	-8	-8

Sonstige Investition (Kfz-Ersatzbeschaffung)

Ab 2015 ist die Kfz-Ersatzbeschaffung dezentral in allen Einzelplänen zu veranschlagen. In der BWVI sind dafür 8 Tsd. EUR p.a. vorgesehen.

4.1.4 Darlehen des Aufgabenbereichs 268 Steuerung und Service (BWVI)

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	EUR Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Summe Darlehen							

4.1.5 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 268 Steuerung und Service (BWVI)

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Summe Gesetzliche Leistungen							

4.1.6 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 268 Steuerung und Service (BWVI)

Aus der Ermächtigung der Produktgruppe 268.01 - Steuerung und Service -, Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit zu verursachen, dürfen bis zur Höhe eines Drittels des Ansatzes Kosten aus Gründen der Billigkeit verursacht werden.

Die Ermächtigung, Kosten für Transferleistungen zu verursachen, ist übertragbar, da die Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit gefördert wird.

4 Teilpläne der Aufgabenbereiche des Einzelplans der Behörde f. Wirtschaft, Verkehr und Innovation

4.2 Teilplan des Aufgabenbereichs 269 Verkehr und Straßenwesen

4.2.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 269 Verkehr und Straßenwesen

Hamburg ist das dynamische Herz einer Metropolregion mit fünf Millionen Einwohnern, mit ungebrochenem Wachstumspotenzial und hoher nationaler und internationaler Anziehungskraft. Als erfolgreicher Handels- und Hafenplatz hat Hamburg eine besondere Beziehung zu Wirtschaft und Arbeit. Über 420.000 Ein- und Auspendler/innen erwarten verlässliche und leistungsfähige Verkehrsangebote. Bedeutende Quellen und Ziele starker Verkehrsströme – wie Hafen und Flughafen, große Industrieanlagen und Gewerbebetriebe – liegen nicht an der Peripherie, sondern zentral in der Stadt. Eine vorausschauende und ausgewogene, integrierte Stadt- und Verkehrsentwicklungsplanung mit positivem Bezug zu den wirtschaftlichen Grundlagen der Stadt einerseits und den Rahmenbedingungen für eine lebenswerte attraktive Metropole für nahezu zwei Millionen Einwohner/innen und eine stets zunehmende Zahl an Besuchern/innen andererseits ist unabdingbar. Daher sind die Themenfelder Verkehr und Straßenwesen für die Wirtschaft der Freien und Hansestadt Hamburg überaus bedeutend, gleichermaßen aber auch für die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger, vor allem unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse mobilitätseingeschränkter Menschen.

Die daraus erwachsenden Herausforderungen und Chancen einer prosperierenden, sich aber auch wandelnden Stadt - in den nächsten Jahrzehnten wird die bereits heute spürbare Dynamik weiter anhalten - macht es erforderlich, die städtische Infrastruktur, und dazu gehört vorrangig das Verkehrssystem, so zu entwickeln, dass Hamburg mit fast zwei Millionen Einwohnern und mindestens einer Million sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen noch attraktiver und lebenswerter wird. Das Erfordernis, eine moderne Infrastruktur bedarfsgerecht auf der Grundlage nachhaltiger Planung zu entwickeln, zu schaffen und zu erhalten ist unbestritten.

Dies gilt vor allem für das Straßennetz. Die bisher bekannten Prognosen zum Umschlagspotenzial des Hamburger Hafens lassen einen erheblichen Anstieg des hafengebundenen Güterverkehrs erwarten – Transporte aus und in die Region werden zum größten Teil per LKW „auf der Straße“ abgewickelt. Daneben wird der Anteil des motorisierten Individualverkehrs am Modal Split auch in der nahen Zukunft weiterhin dominierend sein.

Andererseits ist beim Verkehrsverhalten und der Wahl der Verkehrsmittel innerhalb Hamburgs eine Trendwende hin zu mehr umweltorientierten Verkehrsmitteln (öffentliche Verkehrsmittel, Fahrrad, Zufußgehen) zu erkennen, deren Fortgang sich aber in den nächsten Jahren bestätigen muss. Intensive Bemühungen zur Förderung des Öffentlichen Personen Nahverkehrs (ÖPNV) - schienenengebundenen ebenso wie auf der Straße - können diesen wünschenswerten Trend ebenso stützen wie forcierte Aktivitäten zum Thema Radverkehr – Ausbau und Instandsetzung der Radverkehrsanlagen (Radwege, Radfahrstreifen, Fahrradstraßen) und Weiterentwicklung der Verknüpfungen mit dem ÖPNV (Bike & Ride).

Die Aufgabe der BWVI ist es u.a., die hierfür notwendigen Ergänzungsmaßnahmen und Verbesserungen, aber auch die erforderlichen neuen Projekte unter Berücksichtigung der heutigen und künftigen Herausforderungen zu planen und zu realisieren und den sicheren Betrieb zu gewährleisten. Schlüsselprojekte wie der Neubau der A 26 West und Ost (ehem. sogenannte Hafenquerspanne), der 6- bzw. 8-streifige Ausbau der A 7 einschl. Überdeckelungen nördlich des Elbtunnels sowie der Ausbau südlich des Elbtunnels, die Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße, Maßnahmen zur Busbeschleunigung und weitere Umsetzung der Radverkehrsstrategie und der Fahrradwerkstatt sowie das systematische, kontinuierliche Straßen-Erhaltungsmanagement (EMS) sind vorrangige Aufgaben.

Eine nicht zu unterschätzende Herausforderung dabei ist es, in einem konstruktiven und offenen Dialog mit der Bevölkerung, den Betroffenen und den Interessenträgern die Entwicklung der Infrastruktur mit ihren Vorteilen und Begleiterscheinungen zu vermitteln und den großen und beständig wachsenden Informationsbedarf zu verkehrsbezogenen Themen zu befriedigen.

Als übergeordnete Leitlinien für die Hamburger Verkehrspolitik und -planung sind im Mobilitätsprogramm 2013 formuliert:

- Erreichbarkeit der Welthandelsstadt Hamburg sichern,
- Öffentlichen Verkehr als Rückgrat für die Mobilität stärken,
- Mobilität effizient managen und vernetzen,
- Elektromobilität entwickeln, Verkehrs- und Lebensräume gestalten,
- Mobilität kontinuierlich planen

Die Arbeitsschwerpunkte des Aufgabenbereichs Verkehr und Straßenwesen liegen in folgenden Aufgabenfeldern:

- Einbindung Hamburgs in die nationale und internationale Verkehrsebene, Sicherstellung einer konstruktiven Zusammenarbeit auf Länderebene, vor allem auf der der norddeutschen Küstenländer
- Kontinuierliche Verkehrsentwicklungsplanung auf Basis einer sorgfältig aufbereiteten Datengrundlage, Aufbau eines Verkehrsmodells zur Abschätzung der Veränderungen im Verkehrsgeschehen und deren Wirkungen in der Zukunft vor dem Hintergrund ökonomischer und anderer gesellschaftlicher Entwicklungen (z.B. des demografischen Wandels), Aufzeigen der Entwicklungsziele und Handlungsoptionen für einen stadtverträglichen Verkehr und eine intakte Verkehrsinfrastruktur einschl. ÖPNV und nicht motorisiertem Verkehr (Radverkehr, Fußverkehr), dadurch Absicherung der Mobilitätsbedürfnisse zukünftiger Generationen, Stärkung der Nahmobilität in der Stadtentwicklung durch Formulierung und Vertretung der verkehrlichen Belange in der allgemeinen städtebaulichen Planung und speziell in der Bauleitplanung.
- Verkehrsuntersuchungen für Projekte des Bundes und Hamburgs einschließlich Verkehrsdatenerhebung und Auswertung, Telematik-Datengrundlagen, Prioritätsbildung bei Netzergänzungen und für bestimmte Bereiche (z.B. HafenCity), Veränderung des Modal Split, d.h.

des Nutzungsverhältnisses der Verkehrsträger, zugunsten ÖPNV / Rad- und Fußverkehr, Erstellung von Verkehrsprognosen für die einzelnen Verkehrswege im Rahmen integrierter Betrachtung sowie stadtteilbezogene Verkehrsuntersuchungen.

- Sicherstellung einer sicheren und leistungsfähigen Verkehrsabwicklung auf der bereits vorhandenen Verkehrsinfrastruktur für alle Verkehrsteilnehmer, Entwicklung und Verbesserung der Verkehrsangebote und der Infrastruktur des ÖPNV (z.B. U 4, S 4, Busbeschleunigung) sowie der Leistungsvorgaben und Tarife einschl. der Finanzierung der Maßnahmen, um alle Bereiche der Stadt durch einen hochwertigen und leistungsfähigen Öffentlichen Verkehr mit Bus und Bahn zu erschließen und den Bewohnern/innen und Besuchern/innen dieser Stadt einen einfachen Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln zu ermöglichen, Steuerung der öffentlichen Verkehrsunternehmen im Rahmen der Beteiligungsverwaltung, Überwachung der technischen Sicherheit von Bahnen als Dienstleistung.
- Förderung des Radverkehrs mit den Schwerpunkten Velorouten, markierte Radverkehrsführungen auf den Fahrbahnen, Stärkung des Radverkehrs in den Stadtteilen und Ausbau des StadtRad-Systems, Förderung des Zufußgehens und alternativer Verkehrsformen wie CarSharing und Elektromobilität, zeitliche Koordinierung von Baustellen im Netz der Hauptverkehrsstraßen.
- Prüfung und Entwicklung von Projekten, Vorbereitung, Aufstellung und Weiterentwicklung der Bauprogramme einschl. Zuweisung der erforderlichen Finanzmittel, Kosten- und Terminüberwachung für Maßnahmen und Verkehrsprojekte in der Zuständigkeit Hamburgs sowie in der Baulast des Bundes (Auftragsverwaltung Bundesfernstraßen) mit dem Ziel, eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur als eine der wesentlichen Voraussetzungen für das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben sowie eine zukunftsweisende Entwicklung in Hamburg zu schaffen und zu erhalten.
- Wahrnehmung zentraler kommunaler Aufgaben des Straßenwesens wie Erarbeitung von Grundlagen der Straßen- und Brückenbautechnik sowie der Verkehrstechnik, Abschluss von Eisenbahnkrenzungsvereinbarungen.

Wahrnehmung der Aufgaben des „Auftraggebers“ für projektbezogene Leistungen in Planung, Entwurf und Baudurchführung sowie für betriebliche Leistungen gegenüber dem Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer.

4.2.2 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 269 Verkehr und Straßenwesen

4.2.2.1 Produktgruppe 26901 Überg.Verkehrsang,-entwickl,Mobilität

4.2.2.1.1 Vorwort der Produktgruppe 26901 Überg.Verkehrsang,-entwickl,Mobilität

Die Produktgruppe „Übergeordnete Verkehrsangelegenheiten, Verkehrsentwicklung und Mobilität“ besteht aus den Produkten „Übergeordnete Verkehrsangelegenheiten“, „Verkehrsentwicklung“ und „Mobilität“.

In dem Produkt „Übergeordnete Verkehrsangelegenheiten“ werden als Dienstleistung die Einbindung Hamburgs in die nationale und internationale Verkehrsebene gewährleistet und eine konstruktive Zusammenarbeit auf Länderebene, insbesondere mit den norddeutschen Küstenländern, sichergestellt. In diesem Zusammenhang werden auch verkehrspolitische Fragestellungen betreut, vor allem im Eisenbahnwesen, und die Willensbildung hierzu auf bundes- und europäischer Ebene begleitet. In diesem Produkt ist auch die Koordination und die vorausschauende Ressourcenplanung und –sicherung erfasst.

Das Produkt „Verkehrsentwicklung“ umfasst die Beschäftigung mit den grundlegenden Zusammenhängen der Mobilität und Verkehrsentwicklung in der Stadt. Auf einer sorgfältig aufbereiteten und verlässlichen Datengrundlage werden mit dem methodischen Handwerkszeug der modernen städtischen Verkehrsentwicklungsplanung die siedlungsstrukturellen und verkehrlichen Wechselwirkungen beobachtet und analysiert. Sich auch vor dem Hintergrund der ökonomischen und anderer gesellschaftlicher Entwicklungen wie z.B. dem demographischen Wandel abzeichnende und notwendige Veränderungen im Verkehrsgeschehen werden hinsichtlich ihrer Wirkungen in der Zukunft modellmäßig abgeschätzt. Auf diesem Wissen aufbauend werden vor dem Hintergrund der allgemeinen verkehrs- und stadtentwicklungspolitischen Zielsetzungen die Entwicklungsziele und Handlungsoptionen für einen stadtverträglichen Verkehr und eine intakte Verkehrsinfrastruktur in Hamburg formuliert und aufgezeigt. Das so entwickelte Zielsystem wird neben den allgemeinen verkehrlichen und infrastrukturellen Belangen in die städtebaulichen Planverfahren sowie bei Vorhaben anderer eingebracht.

In dem Produkt „Mobilität“ wird darauf hingearbeitet, dass in Hamburg auf der bereits vorhandenen Verkehrsinfrastruktur eine sichere und leistungsfähige Verkehrsabwicklung aller Verkehrsteilnehmer möglich ist. Sie sorgt dafür, dass alle Bereiche der Stadt durch einen hochwertigen und leistungsfähigen Öffentlichen Verkehr mit Bus und Bahn erschlossen sind und dass allen Bewohnern/innen und Besuchern/innen dieser Stadt ein einfacher Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln ermöglicht wird. In diesem Produkt wird auch dafür gesorgt, dass die Angebote im Radverkehr weiter verbessert werden, dass alternative Verkehrsformen wie Carsharing und Elektrofahrzeuge ihren Platz erhalten und dass die Baustellen im Netz der Hauptverkehrsstraßen zeitlich miteinander koordiniert werden. Schließlich wird als Dienstleistung die technische Sicherheit von Bahnen überwacht.

4.2.2.1.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 26901 Überg.Verkehrsang,-entwickl,Mobilität

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Erlöse	157.562	155.506	167.328	170.017	172.470	181.052	182.952
2. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit	3.047	1.669	2.520	3.594	3.344	3.583	4.083
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	0	0	0	150	150	150	150
3. Personalkosten	5.942	6.064	5.955	6.198	6.318	6.507	6.647
a) Kosten für Entgelte	1.927	1.991	2.089	1.891	1.921	1.992	2.014
b) Kosten für Bezüge	2.608	2.639	2.472	2.825	2.886	2.959	3.043
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter	0	0	2	2	1	2	1
d) Kosten für Sozialleistungen	371	384	493	519	529	547	555
e) Kosten für Versorgungsleistungen	1.036	1.049	899	961	981	1.007	1.034
4. Kosten für Transferleistungen	138.656	159.845	42.400	41.400	41.400	41.850	41.850
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen							
6. Sonstige Kosten	0	0	0	1	1	1	1
7. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	9.916	-12.072	116.453	118.824	121.407	129.111	130.371
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit	5	0	0				
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis	5	0	0				
11. Ordentliches Ergebnis (7+10)	9.921	-12.072	116.453	118.824	121.407	129.111	130.371
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	9.921	-12.072	116.453	118.824	121.407	129.111	130.371
16. Globale Mehr- oder Minderkosten							
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15+16)	9.921	-12.072	116.453	118.824	121.407	129.111	130.371

Um flexibel und wirtschaftlich auf zeitliche Verschiebungen reagieren zu können, ist die Ermächtigung, Kosten für Transferleistungen zu verursachen, übertragbar.

4.2.2.1.3 Ziele der Produktgruppe 26901 Überg.Verkehrsang,-entwickl,Mobilität

Z 1: Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur Hamburgs zur Stärkung der Verkehrsträger im Sinne eines Modal Split, der den großstädtischen Bedingungen und dem Anspruch auf Nachhaltigkeit gerecht wird (Kennzahlen 1 bis 4).

Z 2: Sicherstellen einer optimierten Mobilität auf der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur für alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer (Kennzahlen 5 bis 8).

4.2.2.1.4 Kennzahlen der Produktgruppe 26901 Überg.Verkehrsang,-entwickl,Mobilität

	Einheit	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
B_269_01_001 1. Entwicklung der KFZ-Verkehrsstärken auf Stadtstraßen	%	95	95	95	0	0	0	0
B_269_01_002 2. Entwicklung des Radverkehrs	%	158	169	170	172	174	180	190
B_269_01_003 3. Stellplätze in P+R-Anlagen	ANZ	9.680	9.210	9.290	9.390	9.620	10.200	10.450
B_269_01_004 4. Entwicklung der Fahrgastzahlen im HVV	%	+64,5	+67,0	+69,5	+72,0	+74,6	+77,2	+79,9
B_269_01_005 5. Verbundfahrgäste in Mio.	ANZ	717,2	728,0	738,9	750,0	761,3	772,7	784,3
B_269_01_006 6. Neu hergestellte barrierefreie Bushaltestellen	ANZ	67	37	95	105	105	105	100
B_269_01_007 7. Barrierefreie schienengebundene Haltestellen	ANZ	74	80	89	96	103	110	117
B_269_01_008 8. Ausleihvorgänge für öffentliche Leihfahrräder	ANZ	2.050.000	2.055.000	2.055.000	2.055.000	2.100.000	2.150.000	2.150.000
B_269_01_009 9. Neu hergestellte gesicherte Bike + Ride – Abstellplätze	ANZ	212	154	-	-	-	-	-

Zu Kennzahl 1: Die Kennzahl weist die DTVw (= durchschnittliche tägliche Kfz-Verkehrsstärke an Werktagen) als Veränderung gegenüber dem Basisjahr 1990 aus. Ist-Werte liegen aufgrund umfassender Auswertungsaufgaben i.d.R. ca. 2 Jahre nach dem Betrachtungszeitpunkt vor. Aktuell eingetragen ist das Ergebnis 2011. Die Werte für 2012 werden im 3. Quartal 2014 erwartet. Die bevorstehende Anpassung des statistischen Bezugsjahres wird sich auf die prozentualen Entwicklungen auswirken. Als "Stadtstraßen" zählen alle Straßen, die keine Bundesautobahnen oder anbaufreie Strecken von Bundesstraßen sind. Sinnvollerweise gehen im Zusammenhang mit jährlichen und bedarfsbezogenen Verkehrszählungen nur Werte von Straßen mit übergeordneter Bedeutung in diese Kennzahl ein.

Kennzahl 2: Die Ermittlung der Kennzahl erfolgt über jährlich gezählte Fahrrad-Tageszählstellen. Sie weist die Veränderung des Radverkehrsaufkommens gegenüber dem Basisjahr 1990 aus. Die bevorstehende Anpassung des statistischen Bezugsjahres wird sich auf die prozentualen Entwicklungen auswirken.

Kennzahl 3: Die Ermittlung der Kennzahl erfolgt turnusmäßig alle 2 Jahre gemeinsam mit dem Auslastungsgrad der P+R-Anlagen. Sie weist die Veränderung der P+R-Stellplatzzahlen in Hamburg gegenüber den vorhergehenden Jahren aus. Durch die Kennzahl werden nur die Stellplätze in den P+R-Anlagen Hamburgs erfasst. Der Belegungsgrad und die Anzahl der Stellplätze in Hamburg werden bisher im Auftrag der Fachbehörde erhoben, da es keine einheitliche Zuständigkeit für die P+R-Plätze auf Betreiberbene gab. Künftig sollen alle P+R-Anlagen in den Betrieb der P+R-Betriebsgesellschaft übergehen. Der weitere Ausbau der P+R-Plätze hängt von den zur Verfügung gestellten finanziellen Mitteln und den Planungs- und Realisierungszeiten ab, die im Vorfeld nur schwer abgeschätzt werden können.

Kennzahl 4: Die Kennzahl weist die Veränderung der Fahrgastzahlen gegenüber dem Basisjahr 1990 aus. Für das Jahr 2013 ist nicht der Ist-Wert, sondern noch der Planwert ausgewiesen. Das Ist für 2013 liegt noch nicht vor.

Kennzahl 5: Die Verbundfahrgäste werden aus der HVV-Absatzstatistik ermittelt. Hierzu sind alle Fahrscheine mit Nutzungshäufigkeiten hinterlegt und werden mit der Anzahl der abgesetzten Tickets multipliziert. Die Nutzungshäufigkeiten sind das Ergebnis regelmäßiger Marktforschungen. Ein Verbundfahrgast kann auf seinem Fahrweg mehrere Linien nutzen und auch außerhalb Hamburgs unterwegs sein.

Kennzahl 6: Die Daten wurden bisher nicht erhoben. Grundsätzlich sind alle neu herzustellenden Bushaltestellen barrierefrei auszubauen. Die Daten für 2014 ff. beruhen auf einer Planung für Straßenbaumaßnahmen mit einem größeren ÖPNV-Anteil (Stand: Mitte 2014). Die Definition der Barrierefreiheit und die grundsätzliche Zielsetzung finden sich im Abschnitt 1 des Hamburgischen Gesetzes zur Gleichstellung behinderter Menschen (HmbGGbM): Nach § 4 sind bauliche und sonstige Anlagen, Verkehrsmittel, technische Gebrauchsgegenstände, Systeme der Informationsverarbeitung, akustische und visuelle Informationsquellen und Kommunikationseinrichtungen sowie andere gestaltete Lebensbereiche barrierefrei, wenn sie für behinderte Menschen ohne besondere Erschwernis und in der Regel ohne besondere Hilfe zugänglich und nutzbar sind. Ziel des HmbGGbM ist dabei nach § 1, die Benachteiligung behinderter Menschen zu beseitigen und zu verhindern sowie die gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen am Leben in der Gesellschaft zu gewährleisten und ihnen eine selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen. Dabei wird besonderen Bedürfnissen Rechnung getragen.

Kennzahl 7: Die Planzahlen für den barrierefreien bzw. stufenfreien Ausbau stellen einen gemittelten Wert für die Jahre 2015 bis 2018 dar, da die einzelnen noch auszubauenden Haltestellen jeweils mit den Behindertenverbänden und HVV abgestimmt werden müssen und die Maßnahmen im Einzelnen von weiteren Faktoren (z.B. Untersuchungen der technischen Machbarkeiten) abhängen.

Kennzahl 8: Für die Jahre ab 2016 wird mit einer Erhöhung der Nutzerzahlen aufgrund der Erweiterung des Leihsystems um 40 Stationen gerechnet.

Kennzahl 9: Die Planzahlen für 2014 ff ergeben sich auf der Grundlage des im Frühjahr 2014 abzuschließenden Bike+Ride-Entwicklungskonzeptes.

4.2.2.1.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 26901 Überg.Verkehrsang,-entwickl,Mobilität

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Übergeordnete Verkehrsangelegenheiten							
Erlöse	5	0					
Kosten	1.988	2.033		2.070	2.111	2.174	2.218
Saldo Jahresergebnis 1 Übergeordnete Verkehrsangelegenheiten	-1.984	-2.033		-2.070	-2.111	-2.174	-2.218
Übergeordnete Verkehrsangelegenheiten							
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Übergeordnete Verkehrsangelegenheiten	0	0	0	0	0	0	0
Verkehrsentwicklung							
Erlöse	0	0					
Kosten	1.981	2.017		3.044	2.833	2.884	3.432
Saldo Jahresergebnis 1 Verkehrsentwicklung	-1.981	-2.017		-3.044	-2.833	-2.884	-3.432
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Verkehrsentwicklung	0	0	0	0	0	0	0
Mobilität							
Erlöse	157.562	155.506		170.017	172.470	181.052	182.952
Kosten	143.677	163.528		46.079	46.119	46.883	46.931
Saldo Jahresergebnis 1 Mobilität	13.885	-8.022		123.938	126.351	134.169	136.021
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Mobilität	0	0	0	0	0	0	0

4.2.2.1.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 26901 Überg.Verkehrsang,-entwickl,Mobilität

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtanzahl VZÄ				83,21	82,71	82,71	81,71

4.2.2.2 Produktgruppe 26902 Infrastruktur

4.2.2.2.1 Vorwort der Produktgruppe 26902 Infrastruktur

Die Produkte „Stadtstraßen und Brücken (Hamburg)“, „Verkehrsinfrastruktur Dritter“ und „Bundesfernstraßen“ bilden den Kern der Produktgruppe „Infrastruktur“.

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist eine der wesentlichen Voraussetzungen für das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben sowie eine zukunftsweisende Entwicklung in Hamburg. In den Produkten „Stadtstraßen und Brücken (Hamburg)“ und „Verkehrsinfrastruktur Dritter“ wird der Erhalt und Ausbau von Straßen und Schienenwegen in Hamburg gestaltet. Bei der eigenen Infrastruktur agiert Hamburg dabei als Wegebausträger, bei der Infrastruktur Dritter als Veranlasser und ggf. als Finanzierungsgeber. Wesentliche Aufgaben sind beispielsweise der Erhalt der Hauptverkehrsstraßen und die Steuerung der Planung einer neuer S-Bahn (S 4). Es werden unterschiedliche Projektrealisierer beauftragt, fachliche Grundlagen bereitgestellt, die erforderlichen Finanzmittel zugewiesen und Projekte hinsichtlich Kosten und Terminen überwacht. Wichtige Akteure in diesem Zusammenhang sind die unterschiedlichen Fachbereiche der Hamburger Bauverwaltung, aber auch private Unternehmen wie z.B. die Hafen City GmbH oder die Deutsche Bahn und die Hamburger Hochbahn.

In dem Produkt „Bundesfernstraßen“ werden die Hamburg als Auftragsverwaltung des Bundes obliegenden Aufgaben der Obersten Landesstraßenbaubehörde wahrgenommen. Dazu gehören u. a. die Betreuung der Programme zur Erhaltung und zum bedarfsgerechten, umfeld- und umweltverträglichen Aus- und Neubau der Fernstraßen in der Baulast des Bundes. Dabei wird auf den LSBG und die DEGEG als Dienstleister zur Umsetzung zurückgegriffen.

4.2.2.2.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 26902 Infrastruktur

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse	14.754	15.671	10.048	10.586	10.606	10.643	10.681
2. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit	105.141	106.847	128.973	101.318	108.836	107.763	123.205
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz				0	0	0	0
3. Personalkosten	2.555	2.601	2.524	2.738	2.803	2.878	2.884
a) Kosten für Entgelte	605	625	656	630	651	675	635
b) Kosten für Bezüge	1.320	1.336	1.251	1.430	1.459	1.492	1.532
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter	0	0	2	1	2	1	2
d) Kosten für Sozialleistungen	117	120	195	200	205	212	206
e) Kosten für Versorgungsleistungen	513	520	420	477	486	498	509
4. Kosten für Transferleistungen	3.561	6.168	7.850	5.548	4.698	3.698	4.248
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	103.641	133.417	122.214	159.852	157.201	155.443	152.808
6. Sonstige Kosten	1.795	1.765	516	74	74	74	74
7. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	-201.939	-235.128	-252.028	-258.943	-263.006	-259.212	-272.538
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit	5	0	0				
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis	5	0	0				
11. Ordentliches Ergebnis (7+10)	-201.934	-235.128	-252.028	-258.943	-263.006	-259.212	-272.538
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	-201.934	-235.128	-252.028	-258.943	-263.006	-259.212	-272.538
16. Globale Mehr- oder Minderkosten							
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15+16)	-201.934	-235.128	-252.028	-258.943	-263.006	-259.212	-272.538

Um flexibel und wirtschaftlich auf zeitliche Verschiebungen reagieren zu können, ist die Ermächtigung, Kosten für Transferleistungen zu verursachen, übertragbar.

4.2.2.2.3 Ziele der Produktgruppe 26902 Infrastruktur

Z 1: Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der vorhandenen öffentlichen Anlagen der Verkehrsinfrastruktur und stadtverträglichen Ausbau in Hamburg als Bedarfsträger (Kennzahlen 1 bis 11).

Z 2: Effiziente Wahrnehmung der Auftragsverwaltung unter besonderer Berücksichtigung der Anforderungen in einer Metropolregion (Kennzahlen 12 bis 14).

4.2.2.2.4 Kennzahlen der Produktgruppe 26902 Infrastruktur

	Einheit	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
B_269_02_001 1. Stadtstraßenlänge	km	-	-	3.943	3.943	3.943	3.943	3.943
B_269_02_002 2. Fahrbahnfläche im Hauptverkehrsstraßennetz	qm	5.390.238	5.390.238	5.390.238	5.390.238	5.390.238	5.390.238	5.390.238
B_269_02_003 3. Nebenflächen im Hauptverkehrsstraßennetz	qm	5.005.742	5.005.742	5.005.742	5.005.742	5.005.742	5.005.742	5.005.742
B_269_02_004 4. Hauptverkehrsstraßen mit der Fahrbahnzustandsnote 4,5 bis 5,0	km	193	193	193	195	195	200	200
B_269_02_005 5. Hauptverkehrsstraßen mit der Fahrbahnzustandsnote 3,5 bis 4,49	km	167	167	167	170	170	175	175
B_269_02_006 6. Hauptverkehrsstraßen mit der Fahrbahnzustandsnote 1,5 bis 3,49	km	432	432	432	430	430	430	430
B_269_02_007 7. Hauptverkehrsstraßen mit der Fahrbahnzustandsnote besser als 1,5	km	172	172	172	168	169	164	164
B_269_02_008 8. Brücken mit der Zustandsnote 3,0 bis 4,0 (Brückenfläche, Land)	qm	-	32.000	32.000	33.000	34.000	35.000	36.000
B_269_02_009 9. Brücken mit der Zustandsnote 2,5 bis 2,9 (Brückenfläche, Land)	qm	-	109.000	109.000	110.000	111.000	112.000	113.000
B_269_02_010 10. Brücken mit der Zustandsnote besser als 2,5 (Brückenfläche, Land)	qm	-	170.000	170.000	168.000	166.000	164.000	162.000
B_269_02_011 11. Neubau / Erneuerung von Radverkehrsanlagen	km	22,2	17,5	20,0	24,0	25,0	26,0	27,0
B_269_02_012 12. Unterhaltung und Instandsetzung Bund: geplante Finanzmittel des Bundes im laufenden Jahr	Mio EUR			55	50	62	50	40
B_269_02_013 13. Unterhaltung und Instandsetzung Bund: eingesetzte Finanzmittel Hamburg im laufenden Jahr	Mio EUR	30,0	30,1	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
B_269_02_014 14. Investitionen Bund: geplante Baukosten Bundeshaushalt	Mio EUR	86,7	51,7	37,7	53,0	65,0	97,0	104,0

Kennzahl 1: Als "Stadtstraßen" zählen alle Straßen, die keine Bundesautobahnen oder anbaufreie Strecken von Bundesstraßen sind. Sinnvollerweise gehen im Zusammenhang mit jährlichen und bedarfsbezogenen Verkehrszählungen nur Werte von Straßen mit übergeordneter Bedeutung in diese Kennzahl ein. Ohne Straßen in der Zuständigkeit der HPA (Stand: 28.02.2014).

Kennzahlen 2 bis 7: Erfasst sind die Hauptverkehrsstraßen ohne die Hauptverkehrsstraßen im Hafengebiet (Zuständigkeit HPA) und ohne freie Strecken und Bundesautobahnen (Auftragsverwaltung Bundesfernstraßen). Die Werte der Kennzahlen 2 bis 7 wurden auf- bzw. abgerundet.

Kennzahl 2: Fahrbahnen sind Flächen, die für den Fahrzeugverkehr und ggf. Radverkehr bestimmte Teil der öffentlichen Straßenverkehrsfläche. In Hauptverkehrsstraßen ist die Fahrbahn in der Regel durch Bordsteine von den angrenzenden Flächen getrennt. Eine Abgrenzung kann auch durch Markierung erfolgen.

Kennzahl 3: Nebenflächen sind Straßenverkehrsflächen, welche nicht der Fahrbahn zu zuordnen sind (vgl. Definition Fahrbahnflächen).

Zu Kennzahlen 4 bis 7: Die Zustandsnoten beziehen sich in Fahrbahnrichtung jeweils auf den rechten Fahrstreifen. Als Zustandsnote wird der Gesamtwert gemäß ZEB (Zustandserfassung und Bewertung) ausgewiesen. Die Kennzahlenwerte stellen den Stand 2012 dar. Im Jahr 2014 findet eine erneute Befahrung statt. Auf dieser Basis werden die Kennzahlenwerte für die Jahre 2017ff angepasst. Wie in Drs. 20/10333 dargestellt, wird mit dem Erhaltungsmanagement für Hamburger Straßen angestrebt, die Verschlechterung des Zustandes bis 2018 zu stoppen. Die Fahrbahnzustandsnote folgt dem Notensystem (1= sehr gut, 5=sehr schlecht). Liegt der Wert zwischen 3,5 und 4,49 ist der Warnwert erreicht. Ab einen Wert von 4,5 befindet sich die Straße in einem schlechten Zustand.

Kennzahlen 8 bis 10: Eine rückwirkende Ermittlung der Kennzahlenwerte für das Jahr 2012 ist nicht möglich. Die BWVI beabsichtigt eine Drucksache zur Erhaltung der konstruktiven Ingenieurbauwerke zu erstellen. Durch diese Drucksache sollen Erhaltungsstrategien für die Hamburgischen Brücken, Tunnel und sonstigen Ingenieurbauwerke entwickelt werden. In einem ersten Schritt soll die stetige Verschlechterung der Bauwerkssubstanz aufgehalten werden. Dieses Umsetzungsziel wird frühestens mittelfristig erreichbar sein. Bis dahin kann voraussichtlich nicht verhindert werden, dass sich der mittlere Zustand über alle Brückenbauwerke weiter verschlechtern wird. Dadurch werden sich Veränderungen in den 3 Zustandsklassen ergeben, die aktuell nicht planbar sind. Aus Einzelbeurteilungen der Schäden ergibt sich für das Bauwerk eine Gesamtzustandsnote. Diese Note kann zwischen 1,0 und 4,0 liegen. Insgesamt gibt es sechs Zustandsnotenbereiche, die nach der Richtlinie zur einheitlichen Erfassung, Bewertung, Aufzeichnung und Auswertung von Ergebnissen der Bauwerksprüfungen nach DIN 1076 (RI-EBW-PRÜF) wie folgt definiert sind und einen globalen Bauwerkzustand beschreiben: 1,0 bis 1,4 sehr guter Zustand, 1,5 bis 1,9 guter Zustand, 2,0 bis 2,4 befriedigender Zustand, 2,5 bis 2,9 ausreichender Zustand, 3,0 bis 3,4 nicht ausreichender Zustand, 3,5 bis 4,0 ungenügender Zustand.

Kennzahl 11: Die Werte der Kennzahl 11 wurden auf- bzw. abgerundet. Die Daten sind der Radverkehrsstrategie für Hamburg – Fortschrittsbericht entnommen. (Der Ist-Wert 2012 ist aus dem Fortschrittsbericht 2013 -S. 5 Tab.1.1 und der Ist-Wert 2013 und der Plan-Wert 2014 aus der aktuellen Statistik zum Fortschrittsbericht 2015 entnommen. Für die Plan-Werte von 2015 bis 2018 werden 20 km angestrebt.) Radverkehrsanlagen ist der in der Fachsprache verwendete Oberbegriff für die verschiedenen Führungsformen des Radverkehrs, die durch bauliche Maßnahmen, Markierung und/oder durch verkehrsregelnde Maßnahmen (Anordnung nach VwV-StVO) geschaffen werden. Hierzu gehören straßenbegleitende und selbstständig geführte Radwege, gemeinsame Geh- und Radwege, Radfahrstreifen, Schutzstreifen sowie Fahrradstraßen.

Kennzahlen 12 – 14: Die Mittel für 2014 sind als vorläufige Werte anzusehen, da sie im Rahmen der Vorläufigen Haushaltsführung des Bundes bereitgestellt wurden. Die Planzahlen für die Folgejahre sind abhängig vom jeweiligen Baurecht der Maßnahmen und der Bedarfsgerechten Finanzierung durch den Bund. Die Anmeldungen zum Bundeshaushalt – Straßenbauplan 2015 befinden sich in der Vorbereitung.

Kennzahl 12: Gem. Art. 90 (2) GG in Verb. m § 20 (1), Satz 2 FStG obliegt die Straßenbauverwaltung der Bundesfernstraßen den Bundesländern (Auftragsverwaltung). Die Lastenverteilungsregelung nach Art. 104a (2 u. 5) GG sieht vor, dass der Bund die Zweckausgaben und die Länder die Verwaltungsausgaben tragen. Die Zweckausgaben werden direkt aus dem Bundeshaushalt gezahlt; die Verwaltungsausgaben aus dem Landeshaushalt Hamburg. Zu den Verwaltungsausgaben gehören die erforderlichen Personal- und Sachkosten für die Ausführung der Projekte. Im Wesentlichen sind es die Kosten für Planung, Entwurf und Bauüberwachung. Für schwer abgrenzbare Zweckausgaben erstattet der Bund gem. § 6 FStG den Ländern pauschal 3 % der Bauausgaben. In der Regel betragen die von Hamburg zu tragenden Verwaltungskosten rd. 20 % der Zweckausgaben. Damit werden die Honorare und Entgelte für den LSBG, die Verwaltungskosten für die DEGES und alle weiteren Planungsaufwendungen abgegolten.

4.2.2.2.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 26902 Infrastruktur

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Stadtstraßen und Brücken (Hamburg)							
Erlöse	5.098	951		2.014	2.033	2.071	2.108
Kosten	180.536	209.126		165.053	164.543	162.280	164.231
Saldo Jahresergebnis 1 Stadtstraßen und Brücken (Hamburg)	-175.439	-208.175		-163.039	-162.509	-160.209	-162.123
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Stadtstraßen und Brücken (Hamburg)	0	0	0	0	0	0	0
Verkehrsinfrastruktur Dritter							
Erlöse	266	49		875	875	875	875
Kosten	3.676	3.464		63.807	62.379	61.308	58.920
Saldo Jahresergebnis 1 Verkehrsinfrastruktur Dritter	-3.410	-3.414		-62.932	-61.505	-60.433	-58.046
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Verkehrsinfrastruktur Dritter	0	0	0	0	0	0	0
Bundesfernstraßen							
Erlöse	8.298	6.946		6.600	6.600	6.600	6.600
Kosten	32.481	37.958		39.962	45.982	45.560	59.360
Saldo Jahresergebnis 1 Bundesfernstraßen	-24.183	-31.012		-33.362	-39.382	-38.960	-52.760
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Bundesfernstraßen	0	0	0	0	0	0	0
LB Straßen, Brücken und Gewässer							
Erlöse	1.098	7.724		1.098	1.098	1.098	1.098
Kosten	0	252		708	708	708	708
Saldo Jahresergebnis 1 LB Straßen, Brücken und Gewässer	1.098	7.472		390	390	390	390
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 LB Straßen, Brücken und Gewässer	0	0	0	0	0	0	0

4.2.2.2.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 26902 Infrastruktur

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtanzahl VZÄ				34,75	34,75	34,75	33,75

4.2.2.3 Produktgruppe 26903 Bezirkliche Zuweisungen Straßenwesen

4.2.2.3.1 Vorwort der Produktgruppe 26903 Bezirkliche Zuweisungen Straßenwesen

Für die Produktgruppe „Bezirkliche Zuweisungen Straßenwesen“ werden keine Ziele und Kennzahlen ausgebracht. Die veranschlagten Mittel werden per Sollveränderung in die Bezirke übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke. Die Ist-Ergebnisse werden dort ebenfalls ausgewiesen.

4.2.2.3.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 26903 Bezirkliche Zuweisungen Straßenwesen

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Erlöse				150	167	201	234
2. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit		0	11.705	16.096	16.243	16.250	16.250
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen					253	775	1.314
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit		0	-11.705	-15.946	-16.329	-16.824	-17.329
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7+10)		0	-11.705	-15.946	-16.329	-16.824	-17.329
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis		0	-11.705	-15.946	-16.329	-16.824	-17.329
16. Globale Mehr- oder Minderkosten							
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15+16)		0	-11.705	-15.946	-16.329	-16.824	-17.329

4.2.2.3.3 Ziele der Produktgruppe 26903 Bezirkliche Zuweisungen Straßenwesen

4.2.2.3.4 Kennzahlen der Produktgruppe 26903 Bezirkliche Zuweisungen Straßenwesen

Einheit	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018

4.2.2.3.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 26903 Bezirkliche Zuweisungen Straßenwesen

--

4.2.2.3.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 26903 Bezirkliche Zuweisungen Straßenwesen

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtanzahl VZÄ							

4.2.2.4 Produktgruppe 26904 Zentr. Progr. Verkehr u. Straßenwesen

4.2.2.4.1 Vorwort der Produktgruppe 26904 Zentr. Progr. Verkehr u. Straßenwesen

Für die Produktgruppe „Zentrale Programme Verkehr und Straßenwesen“ werden keine Ziele und Kennzahlen ausgebracht. Die veranschlagten Mittel werden unterjährig per Sollveränderung in andere Aufgabenbereiche bzw. Produktgruppen übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke. Die Ist-Ergebnisse werden dort ebenfalls ausgewiesen.

4.1.2.4.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 26904 Zentr. Progr. Verkehr u. Straßenwesen

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Erlöse	130.756	133.629	146.796	144.850	148.577	152.337	156.130
2. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.872	2.776	4.921	3.111	3.861	3.520	5.545
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	289	114	500				
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen	269	34	145.146	142.409	144.553	146.730	148.940
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen				5.422	6.793	8.238	9.674
6. Sonstige Kosten	0	0	25	40	40	40	40
7. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	127.615	130.819	-3.296	-6.132	-6.670	-6.191	-8.070
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7+10)	127.615	130.819	-3.296	-6.132	-6.670	-6.191	-8.070
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	127.615	130.819	-3.296	-6.132	-6.670	-6.191	-8.070
16. Globale Mehr- oder Minderkosten							
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15+16)	127.615	130.819	-3.296	-6.132	-6.670	-6.191	-8.070

Um flexibel und wirtschaftlich auf zeitliche Verschiebungen reagieren zu können, ist die Ermächtigung, Kosten für Transferleistungen zu verursachen, übertragbar.

4.2.2.4.3 Ziele der Produktgruppe 26904 Zentr. Progr. Verkehr u. Straßenwesen

--

4.2.2.4.4 Kennzahlen der Produktgruppe 26904 Zentr. Progr. Verkehr u. Straßenwesen

Einheit	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018

4.2.2.4.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 26904 Zentr. Progr. Verkehr u. Straßenwesen

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Förd. v. Maßn. aus Fördermitteln Dritter							
Erlöse	130.180	133.148		144.850	148.577	152.337	156.130
Kosten	269	34		147.206	150.669	154.165	157.693
Saldo Jahresergebnis 1 Förd. v. Maßn. aus Fördermitteln Dritter	129.911	133.114		-2.356	-2.092	-1.828	-1.564
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Förd. v. Maßn. aus Fördermitteln Dritter	0	0	0	0	0	0	0
Sonderprogramm Verkehr u. Straßenwesen							
Erlöse	576	481					
Kosten	2.872	2.776		3.776	4.578	4.363	6.506
Saldo Jahresergebnis 1 Sonderprogramm Verkehr u. Straßenwesen	-2.296	-2.295		-3.776	-4.578	-4.363	-6.506
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Sonderprogramm Verkehr u. Straßenwesen	0	0	0	0	0	0	0

4.2.2.4.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 26904 Zentr. Progr. Verkehr u. Straßenwesen

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtanzahl VZÄ							

4.2.3 Investitionen des Aufgabenbereichs 269 Verkehr und Straßenwesen

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Investitionsprogramme							
Öffentliche Straßen und Wege I							
Einzahlungen	1.569	734	2.850	1.425	1.425	1.425	1.425
Auszahlungen	29.970	30.865	38.205	22.703	27.621	23.665	28.191
Saldo für Öffentliche Straßen und Wege I	-28.400	-30.131	-35.355	-21.278	-26.196	-22.240	-26.766
konstruktive Ingenieurbauwerke I							
Einzahlungen	0	0	0				
Auszahlungen	8.038	4.182	4.367	10.087	10.657	8.425	6.800
Saldo für konstruktive Ingenieurbauwerke I	-8.038	-4.182	-4.367	-10.087	-10.657	-8.425	-6.800
Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen							
Einzahlungen	0	0	0				
Auszahlungen	70	0	421	1.000	1.000	1.000	1.500
Saldo für Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen	-70	0	-421	-1.000	-1.000	-1.000	-1.500
Erschließung Hafencity							
Einzahlungen	0	0	0				
Auszahlungen	3.430	5.732	4.750				
Saldo für Erschließung Hafencity	-3.430	-5.732	-4.750				
Jenfeld 23 (Lettow-Vorbeck-Kaserne)							
Auszahlungen	4.909	2.447	0				
Saldo für Jenfeld 23 (Lettow-Vorbeck-Kaserne)	-4.909	-2.447	0				
Flächenentwicklung Bahnflächen Altona							
Einzahlungen	0	0	0				
Auszahlungen	0	541	5.544	4.932	6.282	6.282	6.732
Saldo für Flächenentwicklung Bahnflächen Altona	0	-541	-5.544	-4.932	-6.282	-6.282	-6.732
Busbeschleunigungsprogramm I							
Auszahlungen	3.902	11.134	24.000	24.000	24.000	16.000	16.000
Saldo für Busbeschleunigungsprogramm I	-3.902	-11.134	-24.000	-24.000	-24.000	-16.000	-16.000
barrierrefr. Ausb. Schnellbahnhaltest.							
Auszahlungen	2.945	5.909	8.740			9.500	9.500
Saldo für barrierrefr. Ausb. Schnellbahnhaltest.	-2.945	-5.909	-8.740			-9.500	-9.500
Aufhebung der Bahnübergänge Wandsbek							
Einzahlungen	-269	1.260	0				
Auszahlungen	1.884	1.065	2.115	750	750	750	750
Saldo für Aufhebung der Bahnübergänge Wandsbek	-2.152	195	-2.115	-750	-750	-750	-750
Ausbau der AKN, 2. und 3. Bauabschnitt							
Auszahlungen	5.736	1.520	0				
Saldo für Ausbau der AKN, 2. und 3. Bauabschnitt	-5.736	-1.520	0				
Verlängerung der U4							
Auszahlungen	1.029	2.581	4.750				
Saldo für Verlängerung der U4	-1.029	-2.581	-4.750				
Bau Linie S4 von Altona nach Bad Oldeslo							
Auszahlungen	0	0	0				
Saldo für Bau Linie S4 von Altona nach Bad Oldeslo	0	0	0				
Verbindungsbauwerk U-S-Bahn Elbrücken							
Auszahlungen	0	143	0				
Saldo für Verbindungsbauwerk U-S-Bahn Elbrücken	0	-143	0				
Anlagen des Parkraummanagements							
Auszahlungen	514	1.837	0				

Einzelplan der Behörde f. Wirtschaft, Verkehr und Innovation

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Saldo für Anlagen des Parkraummanagements	-514	-1.837	0				
Bike+Ride und Anlagen zum Fahrradparken							
Auszahlungen	-4	92	0				
Saldo für Bike+Ride und Anlagen zum Fahrradparken	4	-92	0				
P+R-Anlage mit Parkhaus in Poppenbüttel							
Auszahlungen	0	86	0				
Saldo für P+R-Anlage mit Parkhaus in Poppenbüttel	0	-86	0				
Umbau des ZOB Barmbek							
Auszahlungen	2.089	3.150	0				
Saldo für Umbau des ZOB Barmbek	-2.089	-3.150	0				
ZOB Bergedorf							
Auszahlungen	4.191	2.879	0				
Saldo für ZOB Bergedorf	-4.191	-2.879	0				
RABT, Ausstat. Brücken- u. Straßentunnel							
Auszahlungen	0	770	6.740	6.262			
Saldo für RABT, Ausstat. Brücken- u. Straßentunnel	0	-770	-6.740	-6.262			
Harburger Schlossinsel							
Auszahlungen	795	125	0				
Saldo für Harburger Schlossinsel	-795	-125	0				
Hohenfelder Bucht							
Auszahlungen	0	0	0			4.275	14.725
Saldo für Hohenfelder Bucht	0	0	0			-4.275	-14.725
Veloroute 11 - Harburger Chaussee							
Auszahlungen	0	0	0	5.000	7.000	2.000	2.000
Saldo für Veloroute 11 - Harburger Chaussee	0	0	0	-5.000	-7.000	-2.000	-2.000
Inv. i. Zusammenh. m. Bundesfernstraßen							
Auszahlungen	444	895	128	950	475	475	475
Saldo für Inv. i. Zusammenh. m. Bundesfernstraßen	-444	-895	-128	-950	-475	-475	-475
RZ FA MR-Neu-, Ausb Grundinst. Straße							
Auszahlungen	0	0	9.287	13.487	13.487	13.487	13.487
Saldo für RZ FA MR-Neu-, Ausb Grundinst. Straße	0	0	-9.287	-13.487	-13.487	-13.487	-13.487
ZZ FA MR-Förderung Radverkehr							
Auszahlungen	0	0	1.350	1.349	1.349	1.349	1.349
Saldo für ZZ FA MR-Förderung Radverkehr	0	0	-1.350	-1.349	-1.349	-1.349	-1.349
RZ FA MR-Erschließung							
Einzahlungen				1.350	1.350	1.350	1.350
Auszahlungen	0	0	0	3.994	5.310	5.310	5.310
Saldo für RZ FA MR-Erschließung	0	0	0	-2.644	-3.960	-3.960	-3.960
ZZ FA MR - EMS							
Auszahlungen	0	0	0	1.400	1.400	1.400	1.400
Saldo für ZZ FA MR - EMS	0	0	0	-1.400	-1.400	-1.400	-1.400
Förd. v. Maßn. aus Fördermitteln Dritter							
Einzahlungen	51.786	26.291	23.720	39.570	39.570	39.570	39.570
Auszahlungen	5.156	704	17.120	32.970	32.970	32.970	32.970
Saldo für Förd. v. Maßn. aus Fördermitteln Dritter	46.630	25.587	6.600	6.600	6.600	6.600	6.600
Sonderprogramm Verkehr u. Straßenwesen							
Auszahlungen	1.728	780	5.918	3.016	4.294	2.525	9.000
Saldo für Sonderprogramm Verkehr u. Straßenwesen	-1.728	-780	-5.918	-3.016	-4.294	-2.525	-9.000
Summe Investitionsprogramme	-23.736	-49.153	-106.865	-89.555	-94.250	-87.068	-107.844

Einzelplan der Behörde f. Wirtschaft, Verkehr und Innovation

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Einzelinvestitionen							
Schnellbahnanbindung Flughafen							
Auszahlungen	56	-144	0				
Saldo für Schnellbahnanbindung Flughafen	-56	144	0				
Bau der U-Bahn Linie 4 in die Hafencity							
Auszahlungen	22.990	4.819	884				
Saldo für Bau der U-Bahn Linie 4 in die Hafencity	-22.990	-4.819	-884				
Barrierefr. Gestalt. Anlage Poppenbüttel							
Auszahlungen	408	2.127	0				
Saldo für Barrierefr. Gestalt. Anlage Poppenbüttel	-408	-2.127	0				
GI Brücke Deelböge							
Auszahlungen	2.633	1.504	0				
Saldo für GI Brücke Deelböge	-2.633	-1.504	0				
GI Brücke Hannoversche Straße							
Auszahlungen	0	12	0				
Saldo für GI Brücke Hannoversche Straße	0	-12	0				
GI Ericusbrücke							
Einzahlungen	0	0	0				
Auszahlungen	1.467	2.038	2.864				
Saldo für GI Ericusbrücke	-1.467	-2.038	-2.864				
GI Hoheluftbrücke							
Auszahlungen	5	54	0				
Saldo für GI Hoheluftbrücke	-5	-54	0				
Umgehung Finkenwerder							
Auszahlungen	11.219	6.590	0				
Saldo für Umgehung Finkenwerder	-11.219	-6.590	0				
GI Billhorner Brückenstraße							
Auszahlungen	1.288	427	0				
Saldo für GI Billhorner Brückenstraße	-1.288	-427	0				
GI Meiendorfer Straße							
Auszahlungen	0	0	0				
Saldo für GI Meiendorfer Straße	0	0	0				
GI Unterer Landweg							
Auszahlungen	0	0	945				
Saldo für GI Unterer Landweg	0	0	-945				
GI Borsigstraße							
Auszahlungen	0	0	3.330	1.800			
Saldo für GI Borsigstraße	0	0	-3.330	-1.800			
GI Straßburger Straße							
Auszahlungen	0	0	3.510	1.332			
Saldo für GI Straßburger Straße	0	0	-3.510	-1.332			
GI Alte Landstraße							
Auszahlungen	0	0	0	1.800	2.790	1.274	1.184
Saldo für GI Alte Landstraße	0	0	0	-1.800	-2.790	-1.274	-1.184
Summe Einzelinvestitionen	-40.066	-17.427	-11.533	-4.932	-2.790	-1.274	-1.184

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Sonstige Investitionen							
Einzahlungen sonstige Investitionen	342	42	0				
Auszahlungen sonstige Investitionen	11.484	8.156	465	70	70	320	320
Summe sonstige Investitionen	-11.142	-8.113	-465	-70	-70	-320	-320
Globale Minderauszahlungen							
Globale Minderauszahlungen							
Summe Investitionsmittel	-74.944	-74.693	-118.863	-94.557	-97.110	-88.662	-109.348

Erläuterungen zu den Investitionsprogrammen

Öffentliche Straßen und Wege I

Um die Funktionsfähigkeit des Straßennetzes zu sichern, ist bei einer Anzahl von Straßen die Durchführung von Grundinstandsetzungen erforderlich. Wesentliche Ursachen des schlechten Straßenzustandes ist neben unzureichender Unterhaltung in früheren Jahren auch die gestiegene Verkehrsbelastung (Verkehrsmengen und insbesondere Achslasten), die von den vorhandenen Straßenkonstruktionen bei den bestehenden Untergrundverhältnissen nicht aufgenommen werden können. Veranschlagt sind daher Maßnahmen des Neu-, Um- und Ausbaues von Hauptverkehrsstraßen mit Baukosten von bis zu 6.000 Tsd. Euro im Einzelfall sowie Erschließungsmaßnahmen im Bereich von Hauptverkehrsstraßen.

Die Maßnahmen ergeben sich aus dem Dringlichkeitsprogramm unter Berücksichtigung des akuten Zustandes einzelner Straßen.

Großflächige Erneuerungen der Fahrbahndecke erhöhen den Wert der Verkehrsinfrastruktur nachhaltig und können ebenfalls als Investitionsmaßnahmen aus diesem Programm finanziert werden.

Ein weiterer Bestandteil im Straßenbauprogramm bildet die Verbesserung der Verkehrssicherheit sowie ergänzend den erforderlichen Um-, Ausbau von Bushaltestellen soweit diese nicht anderen Bereichen / Programmen zugeordnet werden können. Die Verbesserung zur Verkehrssicherheit wird im Rahmen eines Mehrjahresprogramms und in Abstimmung mit der Unfallkommission durchgeführt.

Ebenfalls Bestandteil dieses Programms ist der Ausbau der Alltagsrouten, die Einrichtung von Radfahr- und Schutzstreifen sowie die Erneuerung von Radwegen sowie der Um- und Ausbau von Radwegen zur Verbesserung des baulichen und verkehrlichen Zustandes, insbesondere durch Verbreiterung und unbehinderte, geradlinige Führung im Streckenbereich sowie sichere und komfortable Führung in Knoten- und Einmündungsbereichen an Hauptverkehrsstraßen. Veranschlagt sind Maßnahmen mit Baukosten bis zu 6.000 Tsd. Euro im Einzelfall.

Um im Zuge der Bewirtschaftung flexibel auf kurzfristig auftretende Bedarfe reagieren zu können, sind die Investitionsprogramme "öffentliche Straßen und Wege I" und "konstruktive Ingenieurbauwerke I" gegenseitig deckungsfähig.

Konstruktive Ingenieurbauwerke I

Ein großer Teil der hamburgischen Brücken hat ein Alter erreicht, in dem durch Zeitschäden, Überbelastungen usw. ihre Funktionsfähigkeit erheblich eingeschränkt ist. Die Schäden sind durch reine Instandsetzungsmaßnahmen nicht zu beheben, so dass die Bauwerke in wesentlichen Teilen erneuert werden müssen, um sie den gesteigerten Belastungen anzupassen.

Erhöhte verkehrliche Anforderungen machen es erforderlich, einige Brücken umzubauen, zu erweitern oder sie in ihrer Tragfähigkeit zu erhöhen. Auch erfordern neue Verkehrsbeziehungen in einigen Fällen die erstmalige Erstellung neuer Brückenbauwerke.

Veranschlagt sind Maßnahmen an hamburgischen Brücken, Tunneln und sonstigen Ingenieurbauwerken außerhalb des Hafens mit Baukosten bis zu 6.000 Tsd. Euro im Einzelfall, soweit sie nicht im Zusammenhang mit anderen Straßenbaumaßnahmen veranschlagt werden.

Aus Mitteln dieses Bereichs / Programm wird auch der Abbau von Anlagen finanziert, soweit dies zur Einsparung von Erhaltungskosten (Konsumtivkosten) oder aus anderem Anlass notwendig ist.

Um im Zuge der Bewirtschaftung flexibel auf kurzfristig auftretende Bedarfe reagieren zu können, sind die Investitionsprogramme "öffentliche Straßen und Wege I" und "konstruktive Ingenieurbauwerke I" gegenseitig deckungsfähig.

Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen

Die in diesem Investitionsprogramm veranschlagten Kostenbeiträge leistet Hamburg gemäß Eisenbahnkreuzungsgesetz (EBKrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.03.1971, zuletzt geändert durch Art. 281 der Verordnung vom 31. Oktober 2006, oder aufgrund von vertraglichen Verpflichtungen. Hierzu gehören

- Verwaltungskosten,
- Kostenbeiträge, die nicht im Zusammenhang mit hamburgischen Baumaßnahmen stehen,
- Sicherungseinrichtungen und Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit an Bahnübergängen und Eisenbahnüberführungen einschließlich kleiner Baumaßnahmen, die von Hamburg im Zusammenhang mit den Baumaßnahmen der Bahnunternehmen durchgeführt werden,
- Zuschüsse gem. § 17 EBKrG und
- Ablösebeträge.

Flächenentwicklung Bahnflächen Altona

Anlass der Planungen zur Mitte Altona sind die Überlegungen der Deutschen Bahn AG, den Fernbahnhof Altona aus betrieblichen Erwägungen an den Standort Diebsteich zu verlegen, wobei der entsprechende Vorstandsbeschluss hierzu noch aussteht. Gleichzeitig befindet sich mit dem aufgegebenen Güterbahnhof und brachliegenden Brauereiflächen im unmittelbaren Umfeld schon heute ein Areal, das für eine vorgezogene Entwicklung unabhängig vom Zeitpunkt der Bahnhofsverlagerung genutzt werden kann. Der Senat hat daher am 18.12.2007 die Einleitung vorbereitender Untersuchungen für eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme nach §165 BauGB (VU§165) beschlossen. Der Bericht zur VU §165 BauGB liegt vor.

Die freiwerdenden Bahn- und Industrieflächen an der Harkortstraße stehen unabhängig von der Verlagerung der Fernbahn bereits heute für eine Neuentwicklung zur Verfügung, befinden sich jedoch räumlich in direkter Nachbarschaft zu den heute noch in Betrieb befindlichen Bahnanlagen nördlich des Bahnhofs Altona. Daher wurde für den Bereich der VU§165 südlich der Stresemannstraße im Jahr 2010 ein städtebaulich-landschaftsplanerischer Wettbewerb durchgeführt und der Siegerentwurf zu einem Masterplan weiterentwickelt, der die Grundlage für die Entwicklung des neuen Stadtteils bildet und der einen ersten Entwicklungsabschnitt an der Harkortstraße sowie einen späteren zweiten Entwicklungsabschnitt ermöglicht. Mit dem Masterplan ist somit die Basis für eine langfristige und nachhaltige Steuerung der Entwicklung südlich der Stresemannstraße gegeben. Nach derzeitigem Planungsstand können im ersten Entwicklungsabschnitt ca. 1.600 und im zweiten Entwicklungsabschnitt weitere rund 1.900 Wohneinheiten realisiert werden. Ein ergänzender Nutzungsmix mit wohnungsnahen Dienstleistungen, Nahversorgung, einer Stadteilschule, weiterer sozialer Infrastruktur etc. ist ebenso wie die Realisierung eines ca. 8 ha großen Stadtteilparks geplant.

Die Flächen nördlich der Stresemannstraße am Standort Diebsteich können langfristig nach erfolgter Verlagerung der Fern- und Regionalbahn ebenfalls mit dem Schwerpunkt Wohnen neu entwickelt werden.

Vor diesem Hintergrund ergibt sich ein zeitlicher Entwicklungshorizont von mindestens 15 Jahren, in dem zur Umsetzung der Planungen sowohl für den vorgezogenen südlichen Teil, als auch für die Flächen nördlich der Stresemannstraße umfangreiche Infrastrukturmaßnahmen zu realisieren sind. Nach Beschluss des Masterplans soll für den ersten Entwicklungsabschnitt an der Harkortstraße zügig mit der Bauleitplanung (Funktions- und Bebauungsplanung, Änderung Flächennutzungsplan) begonnen werden. Die Grundeigentümer werden im Rahmen der zu schließenden Abwendungsverträge an den Entwicklungskosten beteiligt.

Seit Frühjahr 2010 wird die Entwicklung der Mitte Altona durch einen intensiven Kommunikations- und Beteiligungsprozess begleitet, der auch künftig weiter fortgesetzt werden soll. Im Rahmen verschiedener Veranstaltungsformate (Bürgerforen, Workshops usw.) sowie durch Medienangebote (online und print) und das Infozentrum Mitte Altona (eröffnet im November 2011) werden vielseitige und umfassende Informations- und Mitwirkungsmöglichkeiten eröffnet.

In diesem Investitionsprogramm sind die Mittel für die Erschließung der Flächen veranschlagt. Die Mittel für Planung, Kommunikation sowie weitere Investitionsmaßnahmen sind im Einzelplan 6 der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt veranschlagt.

Busbeschleunigungsprogramm I

Veranschlagt sind Mittel für die erforderlichen Voruntersuchungen und Planungen einschließlich aller projektbezogenen Aufwendungen (Ingenieur- und Architektenleistungen, Vermessungsleistungen, usw.). Des Weiteren dient dieses Programm zur Abdeckung der für die Durchführung notwendigen Vorarbeiten sowie der Ausführungskosten (einschließlich der Kosten für die Bauüberwachung und das Controlling) bis zu 10.000 Tsd. Euro im Einzelfall. Größere Vorhaben werden in Einzelmaßnahmen veranschlagt. Näheres ist der Drucksache 20/2508 vom 06.12.2011 zu entnehmen.

Barrierefreier Ausbau von Schnellbahnhaltestellen

In diesem Bereich werden Zuwendungen an Verkehrsunternehmen zum behindertengerechten Umbau vorhandener oder zum Neubau zusätzlicher Zugänge von Schnellbahnhaltestellen gezahlt. Mittel werden nach Bedarf aus dem zentralen Ansatz „Förderung von Maßnahmen aus Fördermitteln Dritter“ („Zuweisungen des Bundes gem. § 5 Regionalisierungsgesetz für Investitionen“ oder „Zuschüsse und Darlehen aus Ausgleichsbeträgen für Zwecke nach § 49 Abs. 4 der Hamburgischen Bauordnung“) im Wege der Sollübertragung bereitgestellt.

Aufhebung Bahnübergänge Wandsbek

Mit der Drucksache 13/5583 – Aufhebung der beschränkten Bahnübergänge an der Bundesbahnstrecke Hamburg-Lübeck im Bezirk Wandsbek – wurde die Bürgerschaft am 05.04.1990 über die bauliche Konzeption unterrichtet. Sie hat dem Abschluss einer Rahmenvereinbarung über die Aufhebung der Bahnübergänge mit der Deutschen Bundesbahn zugestimmt.

Zur Ausführung kommen Einzellösungen, für die jeweils Kostenunterlagen aufgestellt und Eisenbahnkreuzungsvereinbarungen abgeschlossen werden. Soweit Straßen zu unterführen sind, werden deren Tunnel und Tröge so ausgerichtet, dass der nachträgliche Bau einer Gleichstrom-S-Bahn möglich bleibt. Der darauf entfallende Kostenanteil ist in den Gesamtkosten der Maßnahme berücksichtigt.

RABT, Ausstattung von Brücken- und Straßentunnel

Die EU hat die technischen Bestimmungen für den Betrieb von Straßenverkehrstunneln nach den Unglücken insbesondere in den Alpentunneln deutlich verschärft. Die Umsetzung der EU-Tunnelrichtlinie „Europäische Richtlinie über Mindestanforderungen an die Sicherheit von Tunneln im transeuropäischen Straßennetz“ hat die Anforderungen deutlich verschärft. Die sicherheitstechnische Nachrüstung erfordert in Hamburg Aufwendungen am Wallringtunnel. Die investiven Kosten betragen 30,809 Mio. Euro (einschließlich der Vorplanungskosten von 547 Tsd. Euro). Im Weiteren die technische Nachrüstung ab ihrer Inbetriebnahme zu laufenden Betriebskosten und höherem personellen Aufwand u.a. zur lfd. Überwachung aus einer Betriebszentrale führt.

GI Hohenfelder Bucht

Beide Brücken über die Hohenfelder Bucht bedürfen einer Grundinstandsetzung. Dabei sind nicht nur die Brückenüberbauten, sondern auch die Widerlager zu erneuern, da nach Eurocode zukünftig auch mit einer stärkeren Belastung der Brücken zu rechnen ist. In diesem Zusammenhang ist es sinnvoll, auch den parallelen Fußgängertunnel zu ersetzen um den neuen Verkehrslasten zu genügen.

Die Hohenfelder Brücken sind ebenfalls vom Busbeschleunigungsprogramm betroffen, sodass zusätzliche Anpassungen im Straßenraum erforderlich werden. Gleichzeitig soll mit der Maßnahme eine Verbesserung für den Rad- und Fußgängerverkehr (Barrierefreiheit) erreicht werden. Weitere Anpassungserfordernisse ergeben sich aufgrund von Unfallhäufigkeiten für den stark frequentierten innerstädtischen Knoten Schwanenwik/Sechslingspforte.

Der Baubeginn für die Herstellung einer provisorischen Brücke ist in 2015 geplant. Nach Fertigstellung des Provisoriums kann mit dem Abriss der Hohenfelder Brücken begonnen werden.

Veloroute 11 – Harburger Chaussee

Die Radverkehrsstrategie Hamburgs sieht vor, bessere Voraussetzungen für ein attraktives, sicheres und komfortables Radfahren zu schaffen. Eines der fünf Hauptziele der Strategie ist der Ausbau der stadtteilübergreifenden Velorouten. Die Finanzmittel in Höhe von rd. 16,3 Mio. Euro dienen der Umsetzung der Radverkehrsstrategie Hamburgs für den Ausbau der Veloroute 11 im Bereich der Harburger Innenstadt zur Verbesserung des baulichen und verkehrlichen Zustandes. Diese Maßnahme beinhaltet ebenfalls Verbesserungen des Fußverkehrs, motorisierten Individualverkehrs, öffentlichen Personennahverkehrs, der öffentlichen Beleuchtung und der Lichtsignalanlagen.

Investitionen im Zusammenhang mit Bundesfernstraßen

Das Netz der Stadtstraßen und Bundesfernstraßen ist als Einheit zu betrachten. Der Bau von städtischen Entlastungsstraßen ermöglicht flankierende Maßnahmen vorrangig in den entlasteten Straßen. Ebenso führt das Bauprogramm für die Bundesfernstraßen zu Folgemaßnahmen (Anpassung des Stadtstraßennetzes an die veränderten Verkehrsströme) und flankierenden Maßnahmen (z. B. Rückbau in den entlasteten Straßen). Veranschlagt werden hier Maßnahmen mit Baukosten von bis zu 6.000 Tsd. Euro im Einzelfall, soweit sie nicht im Zusammenhang mit anderen Straßenbaumaßnahmen stehen. Größere Vorhaben werden als Einzelmaßnahmen veranschlagt.

Bei Baumaßnahmen in der Baulast des Bundes ist der Bund der Initiativträger. Höhe und Zeitpunkt der fälligen Kostenanteile werden aufgrund von Verträgen und Vereinbarungen festgelegt. Veranschlagt sind die von Hamburg zu tragenden Kostenanteile zu Fernstraßenbaumaßnahmen. Im Laufe des Haushaltsjahres können sich Änderungen der bisher bekannten Bauprogramme im Fernstraßennetz ergeben, die es notwendig machen, im Rahmen der bereitstehenden Haushaltsmittel Kostenanteile für weitere Bundesfernstraßen zu leisten.

Über den Ansatz hinaus dürfen Ausgaben von bis zu 15 Mio. Euro für Baumaßnahmen des Bundes während des laufenden Haushaltsjahres bis zu einem Zeitraum von sechs Monaten zwischenfinanziert werden. Die geleisteten Ausgaben sollen vor Abschluss des Haushaltsjahres durch entsprechende Erstattungen des Bundes ausgeglichen werden. Sofern die Bundesmittel des laufenden Jahres hierfür nicht ausreichen, sind sie vorrangig durch Bundesmittel des Folgejahres auszugleichen.

RZ FA MR-Neu-, Ausbau und Grundinstandsetzung Straße

Großflächige Erneuerungen der Fahrbahndecke erhöhen den Wert der Verkehrsinfrastruktur nachhaltig und werden als Investitionsmaßnahme aus diesen Mitteln finanziert.

Veranschlagt sind die Mittel für Neu-, Um- und Ausbaumaßnahmen sowie Grundinstandsetzung an Straßen und Wegen an Bezirksstraßen (ohne Hauptverkehrsstraßen) einschließlich Baumaßnahmen zur Schulwegsicherung und Absenkungen von Bordsteinen. Der Ansatz berücksichtigt die Änderungen im Netz der Hauptverkehrsstraßen entsprechend den Entscheidungen im Rahmen der Verwaltungsreform.

Aus diesem Programm werden künftig auch Maßnahmen zur Beseitigung von Winterschäden in Bezirksstraßen finanziert.

ZZ FA MR-Förderung Radverkehr

Die Mittel in den jährlichen Bauprogrammen dienen schwerpunktmäßig dem Ausbau der Alltagsrouten, der Einrichtung von Radfahr- und Schutzstreifen sowie der Erneuerung von Radwegen sowie dem Um- und Ausbau von Radwegen zur Verbesserung des baulichen und verkehrlichen Zustandes, insbesondere durch Verbreiterung und unbehinderte, geradlinige Führung im Streckenbereich sowie sichere und komfortable Führung in Knoten- und Einmündungsbereichen an Bezirksstraßen.

RZ FA MR-Erschließung

Die Bezirksämter erhalten für Erschließungsmaßnahmen (Wohnungsbau, Gemeinbedarf und Gewerbeflächen) auf Antrag privater Investoren Komplementärmittel. Zu den sog. Privaterschließungen gehören der Neu-, Um- und Ausbau öffentlicher Straßen, Brücken, Siele und Gewässer sowie Grünausgleichsmaßnahmen einschließlich der Kosten – auch Dritter – für Planung, Entwurf, Statik, Bauvorbereitung, Baudurchführung und Sonderleitungen einschl. Vermessung. Weiterhin fällt darunter die Erstattung von Kosten für Erschließungen, die durch private Bauträger als Vorleistungen erbracht wurden (z.B. Ingenieurkosten). Sofern bei einzelnen Bauvorhaben aufgrund besonderer Umstände weiterhin öffentliche Mittelbedarfe ausgelöst werden, können diese ebenfalls aus der RZ finanziert werden. Sofern bei Wohnungsbauvorhaben größer 100 Wohneinheiten öffentliche Mittelbedarfe ausgelöst werden, da eine Entwicklung aus stadtentwicklungs- oder wohnungspolitischen Gründen erfolgen soll, werden die Kosten – nach Einzelfallentscheidung – aus dem „Finanzierungsprogramm Wohnungsbauentwicklung“ der BSU finanziert.

ZZ FA MR-EMS

Um die einzelbezirklichen Maßnahmen und verfügbaren Haushaltsmittel wirtschaftlicher einzusetzen und mit den gesamtstädtischen Zielen abzustimmen, wird mit der Aufstellung des Haushaltsplans 2015/2016 ein Erhaltungsmanagement für die Bezirksstraßen mit einer zusätzlichen Zweckzuweisung Straßenerhaltung in Höhe von 1,4 Mio. Euro zusätzlich neu veranschlagt.

Förderung von Maßnahmen aus Fördermitteln Dritter sowie Sonderprogramm Verkehr und Straßenwesen

Die Sonderprogramme werden in Anlage xx näher erläutert.

Erläuterungen zu den Einzelinvestitionen

Die im Aufgabenbereich 269 - Verkehr und Straßenwesen - veranschlagten Einzelmaßnahmen werden in der Anlage xx näher erläutert.

Erläuterungen zu den sonstigen Investitionen

Bei den sonstigen Investitionen sind Anlagen der Verkehrslenkung, fachbezogene IT-Ausstattung (Hard- und Software) und Anlagen der Betriebs- und Geschäftsausstattung veranschlagt. Die Anlagegüter der Sonstigen Investitionen zeichnen sich im Gegensatz zu den Anlagen der Verkehrsinfrastruktur durch relativ geringe Investitionssummen und Abschreibungsdauern aus.

Aufgabenbereich 269 – Erläuterungen zu Einzelinvestitionen

GI Borsigstraße

Die Borsigstraße sowie die Wöhlerstraße liegen im Gewerbe- und Industriegebiet Billbrook und nehmen damit eine wichtige Funktion für den Wirtschafts- und Schwerverkehr war. Sie münden in dem Knoten Borsigstraße / Grusonstraße / Werner-Siemens-Straße / Wöhlerstraße.

Aufgrund des insgesamt sehr schlechten Straßenzustands ist eine Grundinstandsetzung einschließlich des Knotenbereichs bis zur Wöhlerbrücke dringend geboten. Die Fahrbahn erhält einen Fahrstreifen je Fahrtrichtung sowie einen Fahrstreifen zum Ein- und Abbiegen der dort ansässigen Unternehmen mit überwiegendem Schwerverkehr. Außerdem wird eine Neuordnung des ruhenden Verkehrs vorgenommen.

Im Rahmen der Grundinstandsetzung ist zu prüfen, ob das bestehende Entwässerungssystem aufgrund gewässerschutzrechtlicher Vorgaben an den aktuellen Stand der Technik angepasst werden muss.

Kostendefinition		Kostenbestandteile	Kostenermittlungsstufe (Kosten einschl. USt.)				
			Kostenrahmen Kontrakt in Tsd. EUR	Kostenschätzung (HU-Bau) in Tsd. EUR	Kostenberechnung (AU-Bau) in Tsd. EUR	Kostenanschlag in Tsd. EUR	Kostenfeststellung in Tsd. EUR
Gesamtkosten	Gesamtbaukosten	„Baukosten“					
		Basiskosten:	5.815	5.815	5.815		
		Ansatz für Kostenvarianz:					
		Preissteigerungen:					
		Baunebenkosten (Planungskosten):	1.250	1.250	1.250		
	Gesamtbaukosten (Summe Baukosten + Baunebenkosten):		7.065	7.065	7.065		
		Grunderwerbskosten:					
	Einrichtungskosten:						
	Besondere Kostenrisiken:						
Summe:			7.065	7.065	7.065		

Von den Gesamtbaukosten sind bis einschl. 2014 insgesamt bereitgestellt **5.065.000 EUR**
 Davon dem
 investiven Bereich **4.558.000 EUR**
 konsumtiven Bereich **507.000 EUR**
 zugeordnet

Ansatz investiv 2015 **1.800.000 EUR**
 Ansatz konsumtiv 2015 **200.000 EUR**

Der konsumtive Anteil ist in der Produktgruppe 269.02 – Infrastruktur – veranschlagt.

GI Straßburger Straße

Die Straßburger Straße ist eine wichtige innerstädtische Verbindung in nordöstliche Richtung mit einer durchschnittlichen täglichen Verkehrsstärke (werktags) von 20.000 Fahrzeugen in 2009. Die Grundinstandsetzung der Straßburger Straße zwischen Nordschleswiger Straße und einschließlich des Knoten Krausestraße / Dehnhaide / Straßburger Straße sieht einen Vollausbau und eine Neuordnung der Nebenflächen vor. Um bestehende Defizite bei der Radverkehrsführung insbesondere für den östlichen Straßenabschnitt zu beseitigen, wird in Teilbereichen der Straßenquerschnitt neu eingeteilt.

Durch den Umbau des Knoten Straßburger Straße / Krausestraße / Dehnhaide kann eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit und eine Entschärfung der Unfalllage erreicht werden.

Kostendefinition		Kostenbestandteile	Kostenermittlungsstufe (Kosten einschl. USt.)				
			Kosten- rahmen Kontrakt in Tsd. EUR	Kosten- schätzung (HU-Bau) in Tsd. EUR	Kosten- berechnung (AU-Bau) in Tsd. EUR	Kosten- anschlag in Tsd. EUR	Kosten- feststellung in Tsd. EUR
Gesamtkosten	Gesamtbaukosten	„Baukosten“					
		Basiskosten:	5.550	5.550			
		Ansatz für Kostenvarianz:					
		Preissteigerungen:					
		Baunebenkosten (Planungskosten)	1.193	1.195			
	Gesamtbaukosten (Summe Baukosten + Baunebenkosten):		6.743	6.745			
		Grunderwerbskosten:	35	35			
	Einrichtungskosten:						
	Besondere Kostenrisiken:						
Summe:			6.778	6.780			

Von den Gesamtbaukosten sind bis einschl. 2014 insgesamt bereitgestellt: 5.300.000 EUR
 Davon dem
 investiven Bereich 4.770.000 EUR
 konsumtiven Bereich 530.000 EUR
 zugeordnet

Ansatz investiv 2015 1.332.000 EUR
 Ansatz konsumtiv 2015 148.000 EUR

Der konsumtive Anteil ist in der Produktgruppe 269.02 – Infrastruktur – veranschlagt.

GI Alte Landstraße

Die Alte Landstraße ist eine Hauptverkehrsstraße im Stadtteil Poppenbüttel. Der Abschnitt zwischen Poppenbüttler Weg und Emekesweg hat in den letzten Jahren deutlich an baulicher Substanz verloren. Zudem hat die Beschwerdelage von betroffenen Anwohnern und Autofahrern aufgrund des schlechten Straßenzustandes stetig zugenommen. Um einen weiteren baulichen Zerfall zu verhindern, ist die Maßnahme schnellstmöglich zu realisieren.

Zur Ermittlung eines geeigneten Sanierungsverfahrens ist eine ingenieurtechnische Bewertung vorgenommen worden. Demnach wird z.T. ein Vollausbau erforderlich. Die Nebenflächen, die Bushaltestellen Hinsbleek sowie der gesamte Knotenbereich Alte Landstraße / Poppenbütteler Weg / Ulzburger Straße einschließlich Bushaltestelle Alte Landstraße (Nord) im Poppenbütteler Weg (Richtung Sasel) werden in die Überplanung mit einbezogen.

Kostendefinition		Kostenbestandteile	Kostenermittlungsstufe (Kosten einschl. USt.)				
			Kosten- rahmen Kontrakt in Tsd. EUR	Kosten- schätzung (HU-Bau) in Tsd. EUR	Kosten- berechnung (AU-Bau) in Tsd. EUR	Kosten- anschlag in Tsd. EUR	Kosten- feststellung in Tsd. EUR
Gesamtkosten	Gesamtbaukosten	„Baukosten“					
		Basiskosten:	2.500	6.445			
		Ansatz für Kostenvarianz:					
		Preissteigerungen:					
		Baunebenkosten (Planungskosten)	537	1.387			
	Baunebenkosten (Planungskosten):						
	Gesamtbaukosten (Summe Baukosten + Baunebenkosten):		3.037	7.831			
		Grunderwerbskosten:					
		Einrichtungskosten:					
		Besondere Kostenrisiken:					
Summe:							

Davon sind insgesamt veranschlagt

in 2015	2.000.000 EUR
in 2016	3.100.000 EUR
in 2017	1.415.000 EUR
in 2018	1.415.000 EUR

zusammen 7.930.000 EUR

Der konsumtive Anteil in Höhe von 10 % der Ausgaben ist in der Produktgruppe 269.02 – Infrastruktur – veranschlagt.

4.2.4 Darlehen des Aufgabenbereichs 269 Verkehr und Straßenwesen

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Darlehen Verkehr und Straßenwesen							
Auszahlungen			70				
Saldo Darlehen Verkehr und Straßenwesen			-70				
Summe Darlehen			-70				

4.2.5 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 269 Verkehr und Straßenwesen

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
135-Ausgleichszahlung §16 AEG							
Kosten	952	1.093	1.100	1.100	1.100	1.100	1.100
Saldo 135-Ausgleichszahlung §16 AEG	-952	-1.093	-1.100	-1.100	-1.100	-1.100	-1.100
136-Ausgleichszahlung Ausbildungsverkehr							
Kosten	37.000	37.000	37.000	37.000	37.000	37.000	37.000
Saldo 136-Ausgleichszahlung Ausbildungsverkehr	-37.000	-37.000	-37.000	-37.000	-37.000	-37.000	-37.000
Summe Gesetzliche Leistungen	-37.952	-38.093	-38.100	-38.100	-38.100	-38.100	-38.100

4.2.6 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 269 Verkehr und Straßenwesen

Die Ermächtigung, Kosten für Transferleistungen zu verursachen, ist übertragbar, um flexibel und wirtschaftlich auf zeitliche Verschiebungen reagieren zu können.

Die Investitionsprogramme „öffentliche Straßen und Wege“ und „konstruktive Ingenieurbauwerke“ sind gegenseitig deckungsfähig.

4 Teilpläne der Aufgabenbereiche des Einzelplans der Behörde f. Wirtschaft, Verkehr und Innovation

4.3 Teilplan des Aufgabenbereichs 270 Innovations- und Strukturpolitik

4.3.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 270 Innovations- und Strukturpolitik

In diesem Aufgabenbereich werden für die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation folgende Produktgruppen abgebildet:

270.1 Logistik, Luftverkehr

Mit dem intensiven Schiffsverkehr im Hafen und einer Vielzahl von Unternehmen sind See- und Binnenschifffahrt von großer wirtschaftlicher und verkehrlicher Bedeutung. Die Kreuzschifffahrt in Hamburg befindet sich auf einem langfristigen Wachstumspfad. Neben den tourismuswirtschaftlichen Umsätzen für die Hamburger Wirtschaft induziert die Kreuzschifffahrt positive Beschäftigungseffekte für die vor- und nachgelagerten Unternehmen der Branche.

Der Senat wird sich für die Stärkung und den Ausbau des Schifffahrtsstandortes Hamburg einsetzen, um die bestehenden Potenziale optimal zu nutzen.

Die Metropolregion Hamburg verfügt heute über einen leistungsfähigen, modernen Flughafen als einen maßgeblichen Standortfaktor für die wirtschaftlich erfolgreiche Entwicklung Hamburgs als Zentrum Norddeutschlands. Der Fokus des Flughafens liegt auf einem dichten Netz von innereuropäischen Direktflügen und einer hervorragenden Anbindung an die deutschen Drehkreuze als Bindeglied zum weltweiten Luftverkehr. Dieses Netz soll zukünftig gestärkt werden, um das Angebot für die Kunden sowohl im Personenverkehr als auch im Frachtbereich noch attraktiver zu gestalten. Für den Flughafen und den Standort Hamburg ergibt sich aus einer solchen Entwicklung eine dauerhaft gesicherte Zukunftsperspektive.

Hamburg zählt heute zu den dynamischsten Logistik-Standorten in Europa. Hierzu hat die Logistik-Initiative Hamburg wesentlich beigetragen. Sie hat sich seit ihrer Gründung im Jahr 2006 zum bundesweit größten Standortnetzwerk der Branche entwickelt. Die Standort-Kompetenzen werden weltweit vermarktet, die Logistik-Akteure am Standort weiter vernetzt, die Aus- und Weiterbildungsangebote verbessert, Innovationen sowie Forschungs- und Entwicklungsprojekte gefördert, Forschungsinfrastrukturen aufgebaut, neue Unternehmen in Hamburg angesiedelt und für vorhandene und neue Logistikbetriebe werden Expansionsmöglichkeiten in Hamburg geschaffen.

270.2 Innovation, Technologie, Cluster

Die Fähigkeit, Innovationen hervorzubringen, ist eine notwendige Voraussetzung für nachhaltigen ökonomischen Erfolg. Im globalen Wettbewerb können Unternehmen am hochentwickelten Standort Hamburg mit seinem vergleichsweise hohen Einkommensniveau ihre Wettbewerbsposition nur durch ständige Produkt- und Prozessinnovationen behaupten. Diese sind eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass nachhaltiges Wirtschaftswachstum und hochwertige Arbeitsplätze entstehen können. Empirischen Studien zufolge ist technischer Fortschritt für etwa ein Drittel des Wirtschaftswachstums verantwortlich. Hamburg verfügt als Technologiestandort über eine gute Ausgangsbasis, um Innovationen zu generieren, liegt in einigen Bereichen im bundesweiten Vergleich jedoch im Mittelfeld. Beispielhaft genannt seien hier die Höhe der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen der Unternehmen, die Höhe der Drittmittelannahmen Hamburger Hochschulen, das Zusammenwirken von Wissenschaft und Wirtschaft am Standort und auch die vergleichsweise fragmentierte Förder- und Technologietransfer-Landschaft.

Mit Blick auf die oben skizzierte hohe Bedeutung von Innovationen und die in Hamburg zu konstatierenden Handlungsbedarfe wurde das von der InnovationsAllianz formulierte Ziel, Hamburg zu einer Innovationshauptstadt für Europa zu entwickeln, im Arbeitsprogramm des Senates bekräftigt. Aufgabe des Bereiches Innovation, Technologie, Cluster ist es, günstige Rahmenbedingungen für die erfolgreiche Entstehung und Umsetzung von Innovationen im Sinne der obigen Zielsetzung zu gestalten.

Cluster sind ein bedeutendes Element des Innovationssystems. Der Hamburger Clusterpolitik kommt daher ein hoher Stellenwert zu.

Die Industrie ist Ausgangspunkt der Wertschöpfungskette und damit wichtiger Partner für Unternehmen nachfolgender Stufen wie Handel, Logistik und Dienstleistungen. Mit einem Umsatz in Höhe von 88,4 Mrd. Euro (2012), einem Anteil von 13,8 % an Hamburgs Bruttowertschöpfung (2010) und rd. 93 Tsd. Beschäftigten (2011) ist die Industrie eine tragende Säule der Hamburger Wirtschaft und war insbesondere in konjunkturell schwierigen Zeiten ein stabilisierender Faktor. Um die Rahmenbedingungen für die Industrie weiter zu verbessern, wurde die Fortschreibung des Masterplans Industrie Anfang 2014 verabschiedet. Nunmehr gilt es, die in der Fortschreibung des Masterplan Industrie vereinbarten Maßnahmen umzusetzen.

270.3 Strukturpolitik, Mittelstand, Dienstleistungen

Die Globalisierung, eine fortschreitende Digitalisierung der Wirtschaft, die Herausforderungen des demografischen Wandels, der ungebrochene Trend zur Wissensgesellschaft und eine sich verstärkende Internationalisierung verändern die Bedeutung von Standortfaktoren und machen Anpassungen der Unternehmen an den Strukturwandel erforderlich. Strukturpolitik setzt an der intelligenten Verknüpfung lokaler Infrastrukturen und Initiativen an und fördert die Innovationsfähigkeit der Hamburger Wirtschaft.

Mittelständische Unternehmen in den gewerblichen Branchen, im Handwerk und in den freien Berufen sowie die dort Beschäftigten leisten einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung Hamburgs. Selbständigkeit und Unternehmertum sind Garanten für Wohlstand, Wachstum und Beschäftigung in der Stadt. Die Mittelstandspolitik des Senats hat zum Ziel, gemeinsam mit Betrieben, Kammern und Verbänden die Wettbewerbsfähigkeit und Leistungskraft des Mittelstands zu fördern und Hamburgs Position als attraktiver Standort für Selbständige und mittelständische Unternehmen zu festigen und auszubauen.

Mit dem „Bündnis für den Mittelstand“ werden die Standortbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen sowie deren Entwicklungsperspektiven

am Standort Hamburg verbessert. Ziele sind u.a. die Weiterentwicklung mittelstandsfreundlicher Rahmenbedingungen und einer mittelstandsfreundlichen Verwaltung, die Unterstützung der Anstrengungen des Mittelstands zur beruflichen Aus- und Weiterbildung und zur Sicherung des Fachkräftepotentials, die Erhöhung der Innovationsfähigkeit bei der Entwicklung und Markteinführung neuer Produkte, Dienstleistungen und Verfahren sowie die Pflege einer Kultur der Selbständigkeit bei Gründung, Unternehmensentwicklung und Unternehmensnachfolge.

Mit der Handwerkskammer Hamburg wurde eine Strategie zur Stärkung des Handwerks vereinbart und ein „Masterplan Handwerk 2020“ entwickelt, der Handlungsfelder wie z.B. Fachkräftesicherung und Qualifizierung, Handwerksförderung und Innovation, öffentliche Vergabe, Existenzgründung und Betriebsnachfolge umfasst. Ziel des „Masterplan Handwerk 2020“ ist es, eine erfolgreiche Entwicklung des Handwerks in Hamburg zu fördern, den Handwerksbetrieben attraktive Rahmenbedingungen zu bieten und damit den Standort Hamburg insgesamt zu stärken.

270.05 Hafen

Der Hamburger Hafen ist der größte deutsche Seehafen und einer der bedeutendsten Faktoren der wirtschaftlichen Entwicklung in Hamburg. Die aktuellen Prognosen bescheinigen dem Hamburger Hafen weiterhin hervorragende Wachstumsperspektiven. Um die damit verbundenen Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte realisieren zu können, ist ein bedarfsgerechter Ausbau sowie ein effektiver Betrieb des Hamburger Hafens notwendig. Die Hamburg Port Authority (HPA) übernimmt die dafür notwendigen Planungen und Umsetzungen von Maßnahmen gemäß HPA-Gesetz. Nach Verbrauch der Erlöse aus den Teilbörsengang der HHLA wird ab dem Haushalt 2015/2016 die Finanzierung der HPA auch wieder aus dem Haushalt erforderlich.

4.3.2 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 270 Innovations- und Strukturpolitik

4.3.2.1 Produktgruppe 27001 Logistik, Luftverkehr, Schifffahrt

4.3.2.1.1 Vorwort der Produktgruppe 27001 Logistik, Luftverkehr, Schifffahrt

Voraussetzung für die positive wirtschaftliche Entwicklung des Flughafens ist die Absicherung von infrastrukturellen Anpassungsmaßnahmen durch rechtssichere Zulassungsverfahren ebenso wie die Überwachung der Einhaltung von Sicherheitsanforderungen an den Betrieb eines Flughafens. Gleichzeitig ist die politische Positionierung auf nationaler und europäischer Ebene zur nachhaltigen Standortentwicklung erforderlich.

Auf Initiative des Senats wurde im Jahre 2006 die Logistik-Initiative Hamburg (LIHH) als Public-Private-Partnership ins Leben gerufen. Hierzu werden im Cluster Logistik Maßnahmen und Aktivitäten in den Handlungsfeldern „Kompetenznetzwerk“, „Gewerbeflächen und Verkehrsinfrastruktur“, „Arbeitskräfte“, „Innovation und Technologie“, „Nachhaltigkeit“ und „Standortprofilierung“ konzipiert und durchgeführt (vgl. Drs. 18/2651). Als wichtiges Instrument für die strategische Weiterentwicklung der Logistik-Initiative Hamburg hat sich die Identifikation und Bearbeitung eines Jahresthemas etabliert.

Der Senat fördert die Schifffahrt u.a. auch durch den Zuschuss Hamburgs an den Verein zur Förderung des Kurzstreckenseeverkehrs (Short Sea Shipping Inland Waterway Promotion Center (SPC)). Darüber hinaus wird die Seemannsmission „Duckdalben“ (vgl. Drs. 19/2334 und Drs. 19/3871) und die Kreuzschifffahrtsinitiative (vgl. Drs. 20/10414) unterstützt.

4.3.2.1.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 27001 Logistik, Luftverkehr, Schifffahrt

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Erlöse	449	388	310	315	315	315	315
2. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit	106	166	252	281	281	293	293
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	74	23	67	56	56	68	68
3. Personalkosten	2.258	2.481	2.437	2.509	2.424	2.421	2.414
a) Kosten für Entgelte	747	842	806	789	691	658	620
b) Kosten für Bezüge	1.005	1.086	1.085	1.124	1.149	1.175	1.204
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	156	176	220	213	196	192	186
e) Kosten für Versorgungsleistungen	350	377	325	383	388	396	404
4. Kosten für Transferleistungen	2.894	3.134	1.638	1.438	438	1.938	1.938
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	670	592	592	708	708	706	703
6. Sonstige Kosten	0	0	0	1	1	1	1
7. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	-5.478	-5.985	-4.609	-4.622	-3.537	-5.044	-5.034
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7+10)	-5.478	-5.985	-4.609	-4.622	-3.537	-5.044	-5.034
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	-5.478	-5.985	-4.609	-4.622	-3.537	-5.044	-5.034
16. Globale Mehr- oder Minderkosten							
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15+16)	-5.478	-5.985	-4.609	-4.622	-3.537	-5.044	-5.034

Um flexibel und wirtschaftlich auf zeitliche Verschiebungen reagieren zu können, ist die Ermächtigung, Kosten für Transferleistungen zu verursachen, übertragbar.

4.3.2.1.3 Ziele der Produktgruppe 27001 Logistik, Luftverkehr, Schifffahrt

Z 1: Schaffung von Arbeitsplätzen und Erhöhung der Wertschöpfung bei bestehenden Unternehmen und Neuansiedlungen aus den Bereichen Logistik und Schifffahrt (Kennzahlen 1 bis 3).
Z 2: Wachstum des Hamburg Airport und Ausbau der internationalen Verbindungen ab Hamburg Airport (Kennzahlen 4 bis 10).

4.3.2.1.4 Kennzahlen der Produktgruppe 27001 Logistik, Luftverkehr, Schifffahrt

	Einheit	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
B_270_01_001 1. Passagieraufkommen in der Kreuzschifffahrt im Hafen Hamburg	ANZ	430.329	552.459	600.000	677.000	801.000	835.200	870.900
B_270_01_002 2. Anläufe von Kreuzfahrtschiffen in Hamburg	ANZ	160	178	186	187	207	215	223
B_270_01_003 3. Logistikerwerbstätige in Hamburg	ANZ	-	-	-	-	-	-	-
B_270_01_004 4. Flugpassagiere ab Hamburg Airport	ANZ	13,7 Mio.	13,5 Mio.	14,0 Mio.	14,15 Mio.	14,3 Mio.	14,45 Mio.	14,6 Mio.
B_270_01_005 5. Flugbewegungen am Hamburg Airport	ANZ	152.890	143.802	145.302	146.802	148.302	149.802	151.302
B_270_01_006 6. Frachtaufkommen am Hamburg Airport	Mio t	63.858	65.833	65.850	65.900	65.950	66.000	66.050
B_270_01_007 7. Destinationen vom Hamburg Airport	ANZ	115	115	120	121	122	123	125
B_270_01_008 8. davon Destinationen interkontinental	ANZ	7	9	9	9	9	9	10
B_270_01_009 9. davon Destinationen innereuropäisch	ANZ	97	95	101	102	103	104	105
B_270_01_010 10. davon Destinationen innerdeutsch	ANZ	11	11	10	10	10	10	10

Die Kennzahlen sind im Wesentlichen wirkungsbezogen.

Zu 3: Die Anzahl der Logistikerwerbstätigen wird durch das Arbeitsmarktmonitoring geliefert, welches von der Süderelbe AG/Logistik-Initiative Hamburg veröffentlicht wird. Das Arbeitsmarktmonitoring basiert auf einem von der Nürnberger Fraunhofer-Arbeitsgruppe für Supply Chain Services (SCS) entwickelten Modell, welches viele Faktoren einbezieht. Aufgrund von Änderungen im Erhebungsverfahren bei der Bundesagentur für Arbeit muss die von Fraunhofer SCS verwendete Methodik ebenfalls angepasst werden. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen und es liegen demnach noch keine aktuellen Zahlen vor.

4.3.2.1.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 27001 Logistik, Luftverkehr, Schifffahrt

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Schifffahrt							
Erlöse	1	1					
Kosten	4.055	3.984		1.967	967	2.470	2.485
Saldo Jahresergebnis 1 Schifffahrt	-4.054	-3.984		-1.967	-967	-2.470	-2.485
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Schifffahrt	0	0	0	0	0	0	0
Luftverkehr							
Erlöse	410	372		315	315	315	315
Kosten	1.380	1.541		1.457	1.384	1.394	1.417
Saldo Jahresergebnis 1 Luftverkehr	-970	-1.169		-1.142	-1.069	-1.079	-1.102
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Luftverkehr	0	0	0	0	0	0	0
Logistik							
Erlöse	39	15					
Kosten	492	848		1.513	1.501	1.495	1.447
Saldo Jahresergebnis 1 Logistik	-453	-833		-1.513	-1.501	-1.495	-1.447
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Logistik	0	0	0	0	0	0	0

4.3.2.1.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 27001 Logistik, Luftverkehr, Schifffahrt

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtanzahl VZÄ				35,59	35,59	34,59	33,59

4.3.2.2 Produktgruppe 27002 Innovation, Technologie, Cluster

4.3.2.2.1 Vorwort der Produktgruppe 27002 Innovation, Technologie, Cluster

Die Innovationspolitik des Senats konzentriert sich auf Maßnahmen in den fünf von der InnovationsAllianz Hamburg identifizierten Handlungsfeldern (1. Transparenz, Innovationsklima, Vermarktung, 2. Lehre, Ausbildung, Weiterbildung, 3. Vernetzung, Kooperation, Transfer, 4. Fördersystem und 5. Infrastruktur). Besondere Schwerpunkte liegen auf der Verbesserung der FuE-Infrastruktur (Errichtung von Forschungs- und Innovations-Parks, Fraunhofer-Instituten und Weiterentwicklung von Anwendungszentren) sowie der Optimierung des Innovationsfördersystems. Die Umsetzung von Maßnahmen wird durch die neu gegründete Innovationsagentur in der Hamburgischen Investitions- und Förderbank unterstützt.

Die Weiterentwicklung der Clusterpolitik bleibt gerade bei begrenzten öffentlichen Ressourcen ein wichtiges politisches Handlungsfeld. Die wirtschaftliche Entwicklung in den etablierten Clusterinitiativen Luftfahrt, Logistik, IT & Medien sowie Life Sciences hat gezeigt, dass die Clusterpolitik in Hamburg ein erfolgreiches wirtschaftspolitisches Instrument ist, um privatwirtschaftliche Initiativen mit städtischen Aktivitäten der Wirtschafts-, Struktur- und Innovationspolitik zu verknüpfen.

Die Metropolregion Hamburg ist weltweit der drittgrößte Standort der zivilen Luftfahrtindustrie. Das Luftfahrtcluster mit seinen Kompetenzen deckt den gesamten Lebenszyklus eines Flugzeuges ab: von der Entwicklung, Herstellung und Montage über das Lufttransportsystem, die Wartung, Reparatur und Überholung bis hin zum Recycling. Neben den beiden Schlüsselunternehmen Airbus und Lufthansa Technik sowie dem Flughafen Hamburg tragen über 300 kleine und mittelständische Unternehmen sowie Hochschulen und weitere, vielfältige technologisch-wissenschaftliche Institutionen zum Know-how bei. Um den Standort zielgerichtet zu fördern, haben sich Unternehmen, Hochschulen, Verbände, Wirtschaftsbehörde und weitere Partner im Netzwerk Hamburg Aviation zusammengeschlossen. Gemeinsam verfolgen sie das Ziel vernetzter Forschung und Entwicklung hochwertiger Produkte und Dienstleistungen für die Luftfahrt der Zukunft.

Das Cluster Life Science Nord (LSN) ist ein Public- Private- Partnership unter Beteiligung des Fördervereins Life Science Nord e.V. sowie der Bundesländer Hamburg und Schleswig-Holstein. LSN bündelt, vernetzt und koordiniert die Aktivitäten für ein international wettbewerbsfähiges Cluster in den Bereichen Biotechnologie, Medizintechnik und Pharmazie. Die im Jahr 2013 gemeinsam mit zentralen Clusterakteuren erarbeitete Strategie soll in den kommenden Jahren umgesetzt werden. Für die Zukunft strebt das LSN an, sich als eines der führenden Life Science-Netzwerke in Europa zu etablieren, aus dem weltweit anerkannte Best-Practice-Produkte hervorgehen. Die Entwicklung des Clusters ist geprägt durch globale Megatrends sowie durch Marktentwicklungen und -potentiale in der Medizin. Treiber für Innovationen in der Medizin sind die alternde Gesellschaft, die Personalisierung von Therapien sowie der Kostendruck im Gesundheitswesen.

In 2013 wurde von den Ländern Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein die neue Verwaltungsvereinbarung zum Maritimen Cluster Norddeutschland (MCN) unterzeichnet. Sie ist die Basis für die Fortführung des Projektes im Rahmen einer zweiten Förderphase für den Zeitraum 2014 bis 2016. Die stetig zunehmende Zahl der organisierten Unternehmen belegt das Interesse der maritimen Wirtschaft an den Aktivitäten des MCN, verbunden mit dem Ziel, den Stellenwert der maritimen Industrie länderübergreifend insbesondere auch im internationalen Vergleich zu stärken. Durch das Aufsetzen eines maritimen Forschungsprogramms wird das Maritime Cluster zukünftig weiter gestärkt.

Das Cluster Erneuerbare Energien vernetzt und entwickelt die Potentiale der Branche am Standort Hamburg. Die Schwerpunkte des Clusters liegen vor allem in den Bereichen Windkraft und Solarenergie sowie Biomasse. Zahlreiche Unternehmen haben ihren Hauptsitz in der Hansestadt, insbesondere mit den Schwerpunkten Management, Marketing, Vertrieb und Projektentwicklung. Die "Erneuerbare Energien Hamburg Clusteragentur GmbH" als Kern der operativen Clusterarbeit ist vollständig implementiert.

Als eine von acht Modellregionen betreibt Hamburg seit Jahren erfolgreich den Ausbau der Elektromobilität und verfügt darüber hinaus über ein ausgeprägtes Know-how und eine gute Ausgangsbasis für einen weiteren Ausbau der batterieelektrischen wie auch der wasserstoffbasierten Elektromobilität. Sowohl bei der Anzahl der eingesetzten batterieelektrischen Kraftfahrzeuge als auch bei der Dichte der Ladeinfrastruktur - mit derzeit rund 138 Ladepunkten im öffentlichen Raum - gehört Hamburg in Deutschland zu den Vorreitern. Um dieses Thema in Hamburg weiterzuentwickeln, will der Senat u.a. die Ladeinfrastruktur weiter ausbauen. Die Bürgerschaft wird hierüber mit einer gesonderten Drucksache unterrichtet.

4.3.2.2.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 27002 Innovation, Technologie, Cluster

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Erlöse	481	449	446	446	446	446	446
2. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.437	17.659	12.325	856	850	1.274	1.274
<i>a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen</i>							
<i>b) davon IT-Kosten</i>							
<i>c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz</i>	87	26	78	64	64	78	78
3. Personalkosten	1.256	1.393	1.356	1.355	1.340	1.401	1.466
<i>a) Kosten für Entgelte</i>	629	709	679	662	641	680	720
<i>b) Kosten für Bezüge</i>	354	382	382	396	404	414	426
<i>c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter</i>							
<i>d) Kosten für Sozialleistungen</i>	121	137	152	150	146	154	162
<i>e) Kosten für Versorgungsleistungen</i>	152	165	143	147	149	153	158
4. Kosten für Transferleistungen	8.241	7.753	5.871	5.034	4.920	4.846	4.846
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	963	713	663	663	663	663	663
6. Sonstige Kosten	0	0	0				
7. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	-11.416	-27.069	-19.770	-7.463	-7.328	-7.739	-7.804
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7+10)	-11.416	-27.069	-19.770	-7.463	-7.328	-7.739	-7.804
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	-11.416	-27.069	-19.770	-7.463	-7.328	-7.739	-7.804
16. Globale Mehr- oder Minderkosten							
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15+16)	-11.416	-27.069	-19.770	-7.463	-7.328	-7.739	-7.804

Um flexibel auf zeitliche Verschiebungen reagieren zu können, ist die Ermächtigung, Kosten für Transferleistungen zu verursachen, übertragbar.

4.3.2.2.3 Ziele der Produktgruppe 27002 Innovation, Technologie, Cluster

Z 1: Steigerung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit innovativer Unternehmen (Kennzahlen 1 bis 10, 18 bis 21).

Z 2: Erhöhung der privaten Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen (Kennzahlen 11 bis 17).

4.3.2.2.4 Kennzahlen der Produktgruppe 27002 Innovation, Technologie, Cluster

	Einheit	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
B_270_02_001 1. Beschäftigte in Unternehmen, Forschungseinrichtungen etc. im Cluster Erneuerbare Energie Hamburg	FTE	-	14.500	15.000	15.500	16.000	16.500	17.000
B_270_02_002 2. Beschäftigte in Unternehmen, Forschungseinrichtungen etc. im Cluster Hamburg Aviation	FTE	38.000	40.000	40.500	41.000	41.500	42.000	42.500
B_270_02_003 3. Beschäftigte in Unternehmen, Forschungseinrichtungen etc im Maritimen Cluster Norddeutschland	FTE	-	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000
B_270_02_004 4. Beschäftigte in Unternehmen, Forschungseinrichtungen etc. im Cluster Life Sciences Nord	FTE	-	13.000	13.500	14.000	14.500	15.000	15.500
B_270_02_005 5. Volumen der eingesetzten FuE Fördermittel der BWVI (einschließlich der Investitions- und Förderbank)	Tsd. EUR	10.770	10.013	13.842	8.965	9.515	9.515	9.515
B_270_02_006 6. davon im Cluster Logistikinitiative Hamburg	Tsd. EUR	0	0	350	350	650	650	650
B_270_02_007 7. davon im Maritimen Cluster Norddeutschland	Tsd. EUR	1.557	650	350	350	650	650	650
B_270_02_008 8. davon im Cluster Hamburg Aviation	Tsd. EUR	3.545	3.955	3.347	2.115	2.115	2.115	2.115
B_270_02_009 9. davon im Cluster Erneuerbare Energien Hamburg	Tsd. EUR	638	486	400	550	650	650	650
B_270_02_010 10. davon im Cluster Life Science Nord	Tsd. EUR	1.565	1.376	1.450	950	750	750	750
B_270_02_011 11. Anteil privatwirtschaftlich generierter Finanzierungsbeiträge zu geförderten Projekten	%	40	39	35	39	37	37	37
B_270_02_012 12. Volumen der generierten privaten FuE Mittel	Tsd. EUR	7.212	6.515	7.492	5.660	5.660	5.660	5.660
B_270_02_013 13. davon im Cluster Logistikinitiative Hamburg	Tsd. EUR	0	0	275	275	350	350	350
B_270_02_014 14. davon im Maritimen Cluster Norddeutschland	Tsd. EUR	0	1.198	275	275	350	350	350
B_270_02_015 15. davon im Cluster Hamburg Aviation	Tsd. EUR	2.363	2.636	2.331	1.410	1.410	1.410	1.410
B_270_02_016 16. davon im Cluster Erneuerbare Energien Hamburg	Tsd. EUR	872	501	275	275	350	350	350
B_270_02_017 17. davon im Cluster Life Science Nord	Tsd. EUR	1.317	122	800	400	375	375	375
B_270_02_018 18. Im Berichtszeitraum angemeldete Patente	ANZ	0	0	0	0	0	0	0
B_270_02_019 19. In Hamburg zugelassene reine Elektro-Kfz und Plug-In Hybride	ANZ	389	743	0	0	0	0	0
B_270_02_020 20. davon Zahl der im öffentlichen Fuhrpark eingesetzten reinen Elektro-Kfz und Plug-In Hybride	ANZ	11	30	0	0	0	0	0
B_270_02_021 21. Öffentlich zugängliche Ladepunkte für Elektro-Kfz und Plug-In Hybride	ANZ	138	138	239	422	592	650	700

Die Kennzahlen 1-10 dienen der Messung der Zielerreichung von Ziel 1:

Eine Erhöhung der Zahl der Beschäftigten in innovativen Unternehmen und Forschungseinrichtungen in den Kompetenzclustern trägt zur Zielerreichung von Ziel 1 bei.

Die Kennzahlen 11-16 geben Auskunft über die Zielerreichung von Ziel 2.

Die Kennzahlen 1, 3 und 4 wurden für das Berichtsjahr 2013 erstmalig erhoben. Die Kennzahlen 5 bis 7 und 9 bis 10 beinhalten zum Teil auch eine Kofinanzierung aus EFRE-Mitteln. Die Kennzahlen 6 und 12 beinhalten das Volumen der eingesetzten FuE-Mittel, die in Maßnahmen der IFB eingesetzt oder durch diese Maßnahmen generiert wurden. Die Kennzahlen 13, 15 und 16 beinhalten das Volumen der durch Maßnahmen der IFB generierten privaten FuE-Mittel.

Kennzahl 1: Die Erneuerbare Energien Hamburg Clusteragentur GmbH wurde im Januar 2011 durch die Stadt Hamburg gemeinsam mit Vertretern aus Wirtschaft und Wissenschaft gegründet, um die zukunftssträchtige Branche der Erneuerbaren Energien richtungweisend zu fördern. Die Metropolregion Hamburg ist Firmensitz für viele Unternehmen der Industrie und gleichzeitig wichtiges Dienstleistungszentrum. Nahezu alle wichtigen Energieversorger und Dienstleistungsunternehmen, aber auch Projektentwickler, Banken und Versicherer mit Schwerpunkt Regenerative Energiewirtschaft sind hier angesiedelt oder betreiben in Hamburg ihre Kompetenzzentren. Das Clusternetzwerk zählt derzeit nahezu 200 Mitglieder aus Unternehmen sowie Dienstleistungs- und Forschungseinrichtungen, in der Metropolregion sind ca. 25.000 Beschäftigte in der Branche tätig. Das Clustermanagement organisiert und bündelt die weitgefächerten Kompetenzen der Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Institutionen der regenerativen Energiewirtschaft, fördert Schnittstellen zu anderen Branchen und unterstützt Vernetzung, Qualifizierung, (internationales) Standortmarketing und Innovationsförderung.

Kennzahl 2: Das Luftfahrtcluster der Metropolregion Hamburg ist weltweit der drittgrößte Standort der zivilen Luftfahrtindustrie. Mit seinen Kompetenzen deckt das Cluster den gesamten Lebenszyklus eines Flugzeuges ab: von der Entwicklung, Herstellung und Montage über das Luftransportsystem, die Wartung, Reparatur und Überholung bis hin zum Recycling. Neben den beiden Schlüsselunternehmen Airbus und Lufthansa Technik sowie dem Flughafen Hamburg tragen über 300 kleine und mittelständische Unternehmen sowie Hochschulen und weitere, vielfältige technologisch-wissenschaftliche Institutionen zum Know-how bei. Um den Standort zielgerichtet zu fördern, haben sich Unternehmen, Hochschulen, Verbände, Wirtschaftsbehörde und weitere Partner im Netzwerk Hamburg Aviation zusammengeschlossen. Gemeinsam verfolgen sie das Ziel vernetzter Forschung und Entwicklung hochwertiger Produkte und Dienstleistungen für die Luftfahrt der Zukunft.

Kennzahl 3: In 2013 wurde von den Ländern Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein die neue Verwaltungsvereinbarung zum Maritimen Cluster Norddeutschland (MCN) unterzeichnet. Sie ist die Basis für die Fortführung des Projektes im Rahmen einer zweiten Förderphase für den Zeitraum 2014 bis 2016. Die stetig zunehmende Zahl der organisierten Unternehmen belegt das Interesse der maritimen Wirtschaft an den Aktivitäten des MCN, verbunden mit dem Ziel, den Stellenwert der maritimen Industrie länderübergreifend insbesondere auch im internationalen Vergleich zu stärken. Durch das Aufsetzen eines maritimen Forschungsprogramms wird das Maritime Cluster zukünftig weiter gestärkt.

Kennzahl 4: Das Cluster Life Science Nord (LSN) ist eine Public- Private- Partnership unter Beteiligung des Fördervereins Life Science Nord e.V. sowie der Bundesländer Hamburg und Schleswig-Holstein. LSN bündelt, vernetzt und koordiniert die Aktivitäten für ein international wettbewerbsfähiges Cluster in den Bereichen Biotechnologie, Medizintechnik und Pharmazie. Die im Jahr 2013 gemeinsam mit zentralen Clusterakteuren erarbeitete Strategie soll in den kommenden Jahren umgesetzt werden. Für die Zukunft strebt LSN an, sich als eines der führenden Life Science-Netzwerke in Europa zu etablieren, aus dem weltweit anerkannte Best-Practice-Produkte hervorgehen. Die Entwicklung des Clusters ist geprägt durch globale Megatrends sowie durch Marktentwicklungen und -potentiale in der Medizin. Treiber für Innovationen in der Medizin sind die alternde Gesellschaft, die Personalisierung von Therapien sowie der Kostendruck im Gesundheitswesen.

Die Kennzahlen 5 bis 17 werden jährlich im Rahmen des noch in der Aufbauphase befindlichen Fördermittelmonitorings der Hamburgischen Investitions- und Förderbank (IFB) erhoben. Für nach Clustern differenzierte Kennzahlen zu Fördermaßnahmen, die nicht über die IFB abgewickelt werden, sind eigene jährliche Erhebungen in den Clustern bzw. den von der BWVI betreuten Clustermanagements durchzuführen, die in vergleichbarer Form erstmalig für das Berichtsjahr 2014 vorliegen werden.

Kennzahl 5: FuE-Fördermittel (Fördermittel für Forschung und Entwicklung) sind Transfers der FHH die mit der Zielsetzung gewährt werden, bei den Mittlempfängern die Durchführung von Maßnahmen zur Entwicklung und Verwertung neuer Produkte, Verfahren, Anwendungen und Dienstleistungen zu ermöglichen. Die FuE-Maßnahmen wären dabei aufgrund des mit ihnen behafteten Risikos ohne eine öffentliche Beteiligung nicht durchgeführt worden. Aufgrund des mit ihnen verbundenen positiven Effektes auf die Wettbewerbsfähigkeit der jeweiligen Unternehmen und damit auf die Erhaltung bzw. Entstehung neuer Arbeitsplätze besteht ein öffentliches Interesse an ihrer Umsetzung. Die FuE-Fördermittel werden in Form von Zuschüssen, Darlehen oder Beteiligungen gewährt.

Kennzahl 6: Ziel der 2006 auf Initiative des Senats in Form einer Public- Private- Partnership gegründeten Logistik-Initiative Hamburg ist es, die Rolle Hamburgs als führende Logistikmetropole Nordeuropas weiter auszubauen und logistiknahe Unternehmen und Institutionen zu unterstützen, um Arbeitsplätze und Wertschöpfung am Standort Hamburg zu generieren. Konkrete Zielsetzung bei Gründung ist es, bis zum Jahr 2015 rund 14.000 zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Hierzu werden im Cluster Logistik Maßnahmen und Aktivitäten in den Handlungsfeldern „Kompetenznetzwerk“, „Gewerbeflächen und Verkehrsinfrastruktur“, „Arbeitskräfte“, „Innovation und Technologie“, „Nachhaltigkeit“ und „Standortprofilierung“ konzipiert und durchgeführt. Die Logistik- Initiative Hamburg wurde 2013 mit dem „Gold Label“ der der European Cluster Excellence Initiative (ECEI) ausgezeichnet und gehört somit zu den Top 40 in Europa. Mit konstant über 500 Mitgliedern gehört das Logistik-Netzwerk zum größten Logistik-Branchennetzwerk in Deutschland.

Kennzahl 11: Bei den geförderten Projekten handelt es sich um FuE-Projekte.

Die Kennzahl 18 wurde in der Vergangenheit nicht erhoben. Die erste Erhebung durch die IFB wird für das Berichtsjahr 2014 erfolgen.

Zu den Kennzahlen 19 und 20 können derzeit nur die Ist Zahlen 2012 und 2013 angegeben werden. Aktuelle Planzahlen werden im Zusammenhang mit dem Konzept zur Ladeinfrastruktur erarbeitet. Die Kennzahl 20 umfasst die Fahrzeuge der Kernverwaltung und der Landesbetriebe.

Kennzahl 19: Ein Plug-in-Hybrid ist ein Kraftfahrzeug mit Hybridantrieb, dessen Batterie zusätzlich über das Stromnetz extern geladen werden kann.

Kennzahl 21: Öffentlich zugängliche Ladepunkte umfassen sowohl Ladepunkte im öffentlichen Raum als auch private Standorte wie Park&Ride-Flächen, Parkhäuser, Tankstellen etc., die aber öffentlich zugänglich sind. Ladepunkte bezeichnen die Lademöglichkeit für jeweils ein Fahrzeug. Ladesäulen enthalten je nach Typ ein oder mehrere Ladepunkte, Wallboxes jeweils einen.

4.3.2.2.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 27002 Innovation, Technologie, Cluster

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Förderung von Innovationen, Technologien							
Erlöse	446	446		446	446	446	446
Kosten	5.234	21.530		3.699	3.597	4.096	4.128
Saldo Jahresergebnis 1 Förderung von Innovationen, Technologien	-4.788	-21.084		-3.254	-3.152	-3.651	-3.683
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Förderung von Innovationen, Technologien	0	0	0	0	0	0	0
Förderung von Clustern							
Erlöse	36	3					
Kosten	6.664	5.988		4.209	4.176	4.088	4.121
Saldo Jahresergebnis 1 Förderung von Clustern	-6.629	-5.985		-4.209	-4.176	-4.088	-4.121
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Förderung von Clustern	0	0	0	0	0	0	0

4.3.2.2.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 27002 Innovation, Technologie, Cluster

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtanzahl VZÄ				18,30	17,30	17,30	17,30

4.3.2.3 Produktgruppe 27003 Strukturpolitik,Mittelstand,Dienstl.

4.3.2.3.1 Vorwort der Produktgruppe 27003 Strukturpolitik,Mittelstand,Dienstl.

Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Mobilität von Arbeitskräften und Unternehmen spielt die Sicherung und Entwicklung eines die Bildungssektoren übergreifenden Know-hows eine zunehmende Rolle. Dabei werden Megatrends aufgegriffen und die bestehenden Strukturen regionaler Netzwerke clusterübergreifend genutzt und bei Bedarf auch international ausgerichtet. Im Rahmen zukunftsorientierter Projekte werden gemeinsam mit Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung Perspektiven, Strategien und Programme für neue wissenschaftsfördernde Angebote und Infrastrukturen entwickelt, um Hamburg als attraktiven Standort im internationalen Wettbewerb zu profilieren. Gefördert werden Pilotprojekte, die entweder in einer neuartigen Form erstmalig umgesetzt werden, neue thematische und standortpolitische Felder besetzen oder mit innovativen Strukturen die Erreichung strukturpolitischer Ziele in Hamburg unterstützen.

Hamburg gehört zu den führenden Finanz- und Börsenplätzen Deutschlands. Im Finanzplatz Hamburg e.V., eine von Handelskammer und Finanzwirtschaft gebildete Branchen-Initiative, werden gemeinsam mit der Wirtschaft Perspektiven für den Ausbau des hiesigen Finanzplatzes entwickelt. Vernetzung der regionalen Akteure sowie Marketing für den Finanz- und Börsenplatz Hamburg stehen dabei im Vordergrund. Hamburg ist ein bedeutender Binnen- und Einzelhandelsstandort. Die Nähe zu Hafen und Logistikunternehmen beschleunigt den Umschlag des Großhandels und gewährleistet die effiziente Belieferung der Kunden. Der Einzelhandel ist ein wesentlicher Bestandteil der Attraktivität Hamburgs für Einwohner, Besucher aus der Metropolregion und Touristen. In Zusammenarbeit mit den Einzelhandelsunternehmen und ihren Interessenvertretungen werden in den Quartieren Projekte wie z.B. das Citymanagement gefördert.

Existenzgründungen leisten einen wichtigen Beitrag für Innovation, Wachstum und Beschäftigung einer Volkswirtschaft. Mit neuen Ideen und Geschäftsmodellen sorgen sie für wirtschaftliche Dynamik. Die Unterstützungsangebote zielen darauf ab, die unternehmerische Selbständigkeit zu fördern und ein gründungsfreundliches Klima zu schaffen. Eine der zentralen, vom Senat geförderten Beratungseinrichtungen in Hamburg für angehende Unternehmerinnen und Unternehmer ist die H.E.I. Hamburger ExistenzgründungsInitiative, die das Coaching-Programm „Selbständigkeit kann man lernen“ anbietet. H.E.I. motiviert zum Schritt in die Selbständigkeit, fördert die Weiterbildung von Gründungswilligen und die Qualitätssicherung in den jungen Unternehmen, vernetzt wichtige Fördereinrichtungen in Hamburg und bietet Informations- und Erfahrungsaustausch.

4.3.2.3.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 27003 Strukturpolitik,Mittelstand,Dienstl.

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Erlöse	31	0	0				
2. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit	407	345	423	535	535	549	549
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	87	26	78	64	64	78	78
3. Personalkosten	1.146	1.270	1.237	1.395	1.428	1.468	1.466
a) Kosten für Entgelte	551	621	595	581	596	614	598
b) Kosten für Bezüge	343	371	371	498	508	521	535
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	106	120	135	139	143	148	144
e) Kosten für Versorgungsleistungen	145	158	136	177	181	185	189
4. Kosten für Transferleistungen	860	1.043	1.308	1.024	1.184	1.384	1.384
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	432	429	432	209	202	187	180
6. Sonstige Kosten	0	0	0				
7. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	-2.814	-3.086	-3.400	-3.163	-3.349	-3.588	-3.579
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7+10)	-2.814	-3.086	-3.400	-3.163	-3.349	-3.588	-3.579
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	-2.814	-3.086	-3.400	-3.163	-3.349	-3.588	-3.579
16. Globale Mehr- oder Minderkosten							
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15+16)	-2.814	-3.086	-3.400	-3.163	-3.349	-3.588	-3.579

Um flexibel und wirtschaftlich auf zeitliche Verschiebungen reagieren zu können, ist die Ermächtigung, Kosten für Transferleistungen zu verursachen, übertragbar.

4.3.2.3.3 Ziele der Produktgruppe 27003 Strukturpolitik,Mittelstand,Dienstl.

Z 1: Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung der gewerblichen Wirtschaft am Standort Hamburg durch strukturpolitische Maßnahmen insbesondere im Bereich Wissenstransfer sowie Förderung und Stärkung des Binnengroß- und Einzelhandels, der Finanzwirtschaft, der Freien Berufe und sonstiger Dienstleistungsbereiche am Standort Hamburg (Kennzahlen 1 und 2).

Z 2: Verbesserung der Rahmenbedingungen für kleinere und mittlere Unternehmen (KMU), des Gründungsklimas und der Kultur der Selbständigkeit im Rahmen von Brancheninitiativen (Kennzahlen 3).

4.3.2.3.4 Kennzahlen der Produktgruppe 27003 Strukturpolitik,Mittelstand,Dienstl.

	Einheit	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
B_270_03_001 1. Zahl der Beschäftigten in der gewerblichen Wirtschaft	ANZ	850 Tsd.	860 Tsd.	860 Tsd.	860 Tsd.	860 Tsd.	860 Tsd.	860 Tsd.
B_270_03_002 2. Neu gegründete Unternehmen in der gewerblichen Wirtschaft	ANZ	17,7 Tsd.	17,7 Tsd.*	17,7 Tsd.	18 Tsd.	18 Tsd.	18 Tsd.	18 Tsd.
B_270_03_003 3. Beschäftigte im Handwerk nach Angaben der Handwerkskammer	ANZ	129 Tsd.	129 Tsd.	129 Tsd.	129 Tsd.	129 Tsd.	129 Tsd.	129 Tsd.

Zu Kennzahl 1:

Die Gewerbliche Wirtschaft umfasst

- Produzierendes Gewerbe
- Handel, Verkehr, Gastgewerbe
- Information und Kommunikation
- Finanz- und Versicherungsdienstleistungen
- Grundstücks- und Wohnungswesen
- Unternehmensdienstleister
- Reparatur von Gebrauchsgütern
- Erbringung von sonstigen überwiegend persönlichen Dienstleistungen

Zu Kennzahl 2:

Gewerbliche Wirtschaft wie Kennzahl 1 ohne Reparatur von Gebrauchsgütern und Erbringung von sonstigen überwiegend persönlichen Dienstleistungen. Hierzu werden keine Zahlen veröffentlicht.

Neu gegründete Unternehmen umfassen Betriebsgründung (Haupt- und Zweigniederlassungen) sowie sonstige Gründungen (darunter auch Nebenerwerb)

Zu Kennzahl 3:

Mit Brancheninitiativen wie dem „Masterplan Handwerk 2020“, dem „Bündnis für den Mittelstand“ und der Steuerung der „Hamburger Existenzgründungsinitiative“ (H.E.I.) sollen die Rahmenbedingungen für KMU verbessert werden. Das Ergebnis spiegelt sich in der Anzahl der Beschäftigten wider.

Handwerk definiert sich über die in der Handwerksordnung ausgewiesenen Bereiche (Positivliste) mit:

- Anlage A: Verzeichnis der Gewerbe, die als zulassungspflichtige Handwerke betrieben werden können (§ 1 Abs. 2)
- Anlage B1 + B2: Verzeichnis der Gewerbe, die als zulassungsfreie Handwerke oder handwerksähnliche Gewerbe betrieben werden können (§ 18 Abs. 2).

Zu den Beschäftigten im Hamburger Handwerk zählen alle Personen, die in den Gewerken der Anlage A, B1 und B2 tätig sind:

- Unternehmer,
- sozialversicherungspflichtig Beschäftigte,
- geringfügig entlohnte Beschäftigte,
- Praktikanten,
- mithelfende Familienangehörige,
- Leiharbeiter.

4.3.2.3.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 27003 Strukturpolitik, Mittelstand, Dienstl.

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Strukturpolitik							
Erlöse	0	0					
Kosten	1.585	1.733		1.561	1.740	1.976	1.956
Saldo Jahresergebnis 1 Strukturpolitik	-1.585	-1.732		-1.561	-1.740	-1.976	-1.956
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Strukturpolitik	0	0	0	0	0	0	0
Mittelstand und Handwerk							
Erlöse	31	0					
Kosten	783	799		1.280	1.282	1.278	1.282
Saldo Jahresergebnis 1 Mittelstand und Handwerk	-752	-799		-1.280	-1.282	-1.278	-1.282
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Mittelstand und Handwerk	0	0	0	0	0	0	0
Handel und Dienstleistungen							
Erlöse	0	0					
Kosten	477	555		322	327	334	341
Saldo Jahresergebnis 1 Handel und Dienstleistungen	-477	-555		-322	-327	-334	-341
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Handel und Dienstleistungen	0	0	0	0	0	0	0

4.3.2.3.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 27003 Strukturpolitik, Mittelstand, Dienstl.

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtanzahl VZÄ				17,70	17,70	17,70	17,20

4.3.2.4 Produktgruppe 27004 Zentrales Programm des AB 270

4.3.2.4.1 Vorwort der Produktgruppe 27004 Zentrales Programm des AB 270

Für die Produktgruppe „Zentrales Programm des AB 270“ werden keine Ziele und Kennzahlen ausgebracht. Die veranschlagten Mittel werden unterjährig per Sollveränderung in andere Aufgabenbereiche bzw. Produktgruppen übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke. Die Ist-Ergebnisse werden dort ebenfalls ausgewiesen.

4.3.2.4.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 27004 Zentrales Programm des AB 270

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit							
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen	0	0	0	160			
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen							
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	0	0	0	-160			
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7+10)	0	0	0	-160			
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	0	0	0	-160			
16. Globale Mehr- oder Minderkosten							
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15+16)	0	0	0	-160			

Um flexibel auf zeitliche Verschiebungen reagieren zu können, ist die Ermächtigung, Kosten für Transferleistungen zu verursachen, übertragbar.

4.3.2.4.3 Ziele der Produktgruppe 27004 Zentrales Programm des AB 270

--

4.3.2.4.4 Kennzahlen der Produktgruppe 27004 Zentrales Programm des AB 270

Einheit	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018

4.3.2.4.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 27004 Zentrales Programm des AB 270

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Strukturpolitische Sollüberträge							
Erlöse	0	0					
Kosten	0	0		160			
Saldo Jahresergebnis 1 Strukturpolitische Sollüberträge	0	0		-160			
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Strukturpolitische Sollüberträge	0	0	0	0	0	0	0

4.3.2.4.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 27004 Zentrales Programm des AB 270

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtanzahl VZÄ							

4.3.2.5 Produktgruppe 27005 Hafen

4.3.2.5.1 Vorwort der Produktgruppe 27005 Hafen

Der HPA obliegt gemäß HPA-Gesetz die Unterhaltung sowie Planung und Umsetzung von Ausbaumaßnahmen im Hamburger Hafen. Nach dem Verbrauch der so genannten „HHLA-Milliarde“ sind auch wieder Finanzmittel in den Haushalt einzustellen und werden von der BWVI der HPA zur Verfügung gestellt. Dies betrifft neben investiven Ausgaben auch Ausgaben für den Hafenbetrieb (u. a. die Wassertiefenhaltung) sowie für hafenfremde Leistungen.

Der BWVI obliegt die fachliche Zuständigkeit für die HPA.

4.3.2.5.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 27005 Hafen

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Erlöse	1.223	1.223	1.290	1.290	1.290	1.639	2.338
2. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit	11.309	30.207	250	250	250	250	250
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten	421	458	454	480	424	436	450
a) Kosten für Entgelte	62	70	67	65	66	69	70
b) Kosten für Bezüge	259	281	280	291	249	256	264
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	0		15	29	27	27	29
e) Kosten für Versorgungsleistungen	99	107	92	95	82	84	87
4. Kosten für Transferleistungen	0		17.550	58.168	53.235	49.905	31.505
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	7.824	7.794	7.738	27.036	26.882	29.208	33.988
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	-18.330	-37.237	-24.703	-84.644	-79.501	-78.160	-63.855
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7+10)	-18.330	-37.237	-24.703	-84.644	-79.501	-78.160	-63.855
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	-18.330	-37.237	-24.703	-84.644	-79.501	-78.160	-63.855
16. Globale Mehr- oder Minderkosten							
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15+16)	-18.330	-37.237	-24.703	-84.644	-79.501	-78.160	-63.855

Um flexibel und wirtschaftlich auf zeitliche Verschiebungen reagieren zu können, ist die Ermächtigung, Kosten für Transferleistungen zu verursachen, übertragbar.

4.3.2.5.3 Ziele der Produktgruppe 27005 Hafen

Z 1: Sicherung von Umschlagwachstum, Wertschöpfung und Beschäftigung im Hamburger Hafen durch Ausbau und Ertüchtigung der Hafeninfrastuktur (Kennzahlen 1 bis 13).

4.3.2.5.4 Kennzahlen der Produktgruppe 27005 Hafen

	Einheit	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
B_270_05_001 1. Gesamtumschlag Hafen Hamburg	Mio t	130,9	139,0	141,0	142,2	145,2	149,7	158,1
B_270_05_002 2. Gesamtumschlag Hafen Hamburg	TEUR	8,7 Mio.	9,3 Mio.	9,4 Mio.	9,6 Mio.	9,9 Mio.	10,3 Mio.	11,1 Mio.
B_270_05_003 3. Binnenschiffsumschlag Hafen Hamburg	Mio t	10,4	11,0	11,2	11,3	11,5	11,9	12,6
B_270_05_004 4. Volumen auf Hafeneisenbahn	Mio t	39,6	41,5	42,1	42,5	43,4	44,7	47,2
B_270_05_005 5. Hauptverkehrsstraßen im Hafengebiet mit der Fahrbahnzustandsnote 4,5 bis 5,0	km	9,0	9,0	8,5	8,5	8,0	8,0	8,0
B_270_05_006 6. Hauptverkehrsstraßen im Hafengebiet mit der Fahrbahnzustandsnote 3,5 bis 4,49	km	5,0	5,0	5,5	5,5	6,0	6,0	6,0
B_270_05_007 7. Hauptverkehrsstraßen im Hafengebiet mit der Fahrbahnzustandsnote 1,5 bis 3,49	km	16,0	16,0	16,5	16,5	17,0	17,0	17,0
B_270_05_008 8. Hauptverkehrsstraßen im Hafengebiet mit der Fahrbahnzustandsnote besser als 1,5	km	16,0	16,0	15,5	15,5	15,0	15,0	15,0
B_270_05_009 9. Gleise im Hafengebiet mit der Zustandsnote 4,5 bis 5,0	km	36,0	36,0	34,0	34,0	32,0	32,0	32,0
B_270_05_010 10. Gleise im Hafengebiet mit der Zustandsnote 3,5 bis 4,49	km	29,4	29,4	31,4	31,4	33,4	33,4	33,4
B_270_05_011 11. Gleise im Hafengebiet mit der Zustandsnote 1,5 bis 3,49	km	76,2	76,2	80,5	80,5	84,8	84,8	84,8
B_270_05_012 12. Gleise Hafengebiet mit der Zustandsnote besser als 1,5	km	137,3	137,3	133,0	133,0	128,7	128,7	128,7
B_270_05_013 13. Hafeneisenbahnabhängige (direkt und indirekt) Beschäftigung in Hamburg	ANZ	121.900	120.000	120.000	120.000	120.000	120.000	120.000

Die Kennzahlen sind im Wesentlichen wirkungsbezogen.

Kennzahl 5-12: Auf den Hauptverkehrsstraßen und den Gleisen im Hafengebiet werden in regelmäßigen Abständen die Strecken abgefahren. Neben der Aufnahme von sichtbaren Schäden oder Abnutzungen, werden dabei insbesondere automatisierte Messungen vorgenommen, deren Ergebnisse nach FHH weit geltenden, festgelegten Prüfmustern ausgewertet und bewertet werden. Die Zustandsnoten entsprechen dem Schulnotensystem. Zustandsnote besser als 1,5 entspricht einem Neubau, 1,5 bis 3,49 guter Zustand, keine Aktion erforderlich, 3,5 bis 4,49 Warnwert zur intensiven Beobachtung ist erreicht, Planung von Maßnahmen, 4,5 bis 5,0 Schwellenwert zum schlechten Zustand ist erreicht, Einleitung von Maßnahmen.

Kennzahl 13: Für alle Jahre 2013 bis 2018 wurde die Zahl der direkt und indirekt hafeneisenbahnabhängigen Beschäftigten in Hamburg auf rd. 120.000 grob geschätzt. Angesichts des kontinuierlichen Produktivitätsfortschritts scheint das Halten des bestehenden Beschäftigungsniveaus realistisch.

4.3.2.5.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 27005 Hafen

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Hafen							
Erlöse	1.223	1.223		1.290	1.290	1.639	2.338
Kosten	19.553	38.460		85.934	80.791	79.799	66.193
Saldo Jahresergebnis 1 Hafen	-18.330	-37.237		-84.644	-79.501	-78.160	-63.855
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Hafen	0	0	0	0	0	0	0

4.3.2.5.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 27005 Hafen

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtanzahl VZÄ				5,98	5,98	5,98	5,98

4.3.3 Investitionen des Aufgabenbereichs 270 Innovations- und Strukturpolitik

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Investitionsprogramme							
Straßen im Hafen							
Einzahlungen	0	0	0				
Auszahlungen	0	0	0	14.382	12.137	20.880	25.928
Saldo für Straßen im Hafen	0	0	0	-14.382	-12.137	-20.880	-25.928
Hafenbahn							
Auszahlungen				12.188	24.709	40.293	31.369
Saldo für Hafenbahn				-12.188	-24.709	-40.293	-31.369
AllgemeineHafeninfrastruktur							
Auszahlungen				72.567	62.224	38.827	42.703
Saldo für AllgemeineHafeninfrastruktur				-72.567	-62.224	-38.827	-42.703
Inv. i.Z.m. Zuw. Seehäfen - Hafenlasten							
Einzahlungen	20.422	21.504	20.963	20.963	20.963	20.963	20.963
Auszahlungen	24.626	24.517	24.000	24.000	24.000	24.000	24.000
Saldo für Inv. i.Z.m. Zuw. Seehäfen - Hafenlasten	-4.205	-3.012	-3.037	-3.037	-3.037	-3.037	-3.037
Summe Investitionsprogramme	-4.205	-3.012	-3.037	-102.174	-102.107	-103.037	-103.037
Einzelinvestitionen							
Altern.Energievers. Kreuzschiff i.Hafen							
Auszahlungen			6.390	1.660			
Saldo für Altern.Energievers. Kreuzschiff i.Hafen			-6.390	-1.660			
Summe Einzelinvestitionen			-6.390	-1.660			
Sonstige Investitionen							
Einzahlungen sonstige Investitionen							
Auszahlungen sonstige Investitionen							
Summe sonstige Investitionen							
Globale Minderauszahlungen							
Globale Minderauszahlungen							
Summe Investitionsmittel	-4.205	-3.012	-9.427	-103.834	-102.107	-103.037	-103.037

Erläuterungen zu den Investitionsprogrammen

Allgemeine Hafeninfrastruktur

In diesem Investitionsprogramm sind Mittel für die allgemeine Hafeninfrastruktur veranschlagt. Hierzu zählen etwa die Herstellung neuer Flächen, die Anpassung von Wassertiefen sowie Sanierung, Ausbau oder Neubau verschiedener Infrastrukturen, wie etwa Schleusen, Richtfeuer oder Uferwände.

Wegen der hohen rechtlichen, planerischen und technischen Komplexität derartiger Infrastrukturprojekte ist die dazugehörige Zeitplanung mit hoher Unsicherheit behaftet und erfahrungsgemäß treten planerisch nicht antizipierbare Verzögerungen auf. Welche Projekte, in welchem Umfang und zu welchem Zeitpunkt umgesetzt werden können, lässt sich daher nicht abschließend und verlässlich konkretisieren und damit im Haushalt maßnahmenscharf veranschlagen. Dies gilt gleichermaßen auch für die anderen drei hafenbezogenen Investitionsprogramme.

In der Haushaltsperiode 2015/16 sollen von HPA insbesondere folgende Projekte realisiert bzw. weiter umgesetzt werden:

Ausbau innerer Hafen (Europakai) – Anpassung Einfahrt Vorhafen: Für den Gewässerbereich Norderelbe/Vorhafen bestehen aufgrund der gegebenen Strömungssituationen Einschränkungen für die Passage von großen Schiffen. Zur Gewährleistung der Sicherheit und der Leichtigkeit des Schiffsverkehrs, insbesondere vor dem Hintergrund der Schiffsgrößenentwicklung, ist die Aufweitung des Zufahrtbereiches von der Norderelbe in den Vorhafen erforderlich. Durch die weitere Verfüllung des Kohlenschiffhafens entstehen zusätzliche Hafensflächen. Die durch den Rückbau der Höftspitze neugeschaffene Gewässersituation bietet die Möglichkeit, benötigte öffentliche Warteplätze für Feederschiffe einzurichten.

Ausbau östlicher Hafen (Steinwerder Hafen): Durch die Verfüllung des südlichen Teils des Steinwerder Hafens werden zusätzliche Flächen (ca. 4 ha) geschaffen zur Steigerung des Umschlags von konventionellem Stückgut und Projektladung sowie zur Bereitstellung zusätzlicher Lagerfläche. Der Verfüllbereich wird durch eine senkrechte, rückverankerte Uferwand abgeschlossen. Der Hochwasserschutz wird durch eine deutliche Verkürzung der Hochwasserschutzlinie neu geordnet.

Fahrrinnenanpassung von Unter- und Außenelbe: Mit Hilfe dieser Maßnahme wird die seewärtige Erreichbarkeit des Hamburger Hafens für moderne Großcontainerschiffe erleichtert. Planung und Realisierung des Vorhabens liegen im Verantwortungsbereich des Bundes und – im Bereich ihres Hoheitsgebietes – der Freien und Hansestadt Hamburg. Die HPA wird die in diesem Zusammenhang auf der Hamburger Delegationsstrecke notwendigen Arbeiten ausführen, wenn der Planfeststellungsbeschluss vollziehbar ist.

Tideelbe(Spadenlander Busch/Kreetsand): Durch den Umbau des Altspülfeldes Spadenlander Busch /Kreetsand zu einem tidebeeinflussten Flachwassergebiet mit Verbindung zur Norderelbe wird das erste Pilotprojekt des Tideelbepjektes umgesetzt. Neben der Schaffung von ca. 1 Mio. m³ zusätzlichem Tidevolumen entstehen mit der Durchführung auf einer Fläche von etwa 30 ha neue, hochwertige Biotope, z.B. für Tideröhricht, Auwald sowie den Schierlings-Wasserfenchel. Das Projekt dient zusätzlich als Ausgleichsmaßnahme gemäß Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie für die geplante Fahrrinnenanpassung. Im Zuge der Projektdurchführung ist der Aushub von etwa 2 Mio. m³ Boden im Planungsbereich vorgesehen.

Planung und Vorbereitung des Projektes „Westerweiterung“ des Container Terminal Hamburg (CTH): Das Projekt umfasst die Erweiterung des bestehenden CTH nach grundlegender Umstrukturierung der Flächen um den Petroleumhafen. Es ist beabsichtigt ca. 40 ha Terminfläche und Liegeplätze für 2 Großcontainerschiffe sowie ein Feederschiff (Kaimauerlänge ca. 1.050 m) zu schaffen. Außerdem soll der vorhandene Drehkreis von 480 m auf 600 m erweitert werden.

Planung „Central Terminal Steinwerder“ (CTS): CTS ist ein langfristig angelegtes, strategisches Entwicklungsprojekt, bei dem perspektivisch eine zusammenhängende Landfläche von bis zu 125 ha geschaffen werden kann durch die Anpassung von Kaifingern und die Zuschüttung dazwischenliegender Hafenbecken. Nach der Entscheidung, am Kronzprinzkei einen dritten Kreuzfahrtterminal als Interimsnutzung anzusiedeln, befindet sich das Konzept für die langfristige Nutzung des Areals in Überplanung durch die HPA.

Landseitige Zufahrt Burchardkai – Anteil Schleusen und Brücken: Siehe Erläuterung des gesamten Projektes im Investitionsprogramm „Straßen im Hafen“.

Sanierung St. Pauli Elbtunnel: Die Gesamtmaßnahme umfasst die Sanierung der beiden Tunnelröhren sowie des (bereits fertiggestellten) Schachtgebäudes St. Pauli. Derzeit laufen die Arbeiten an der östlichen Tunnelröhre.

Wasserwirtschaftliche Neuordnung Altenwerder: Im Bereich Altenwerder werden die weiterführenden Entwicklungsperspektiven stark durch die vorherrschenden wasserwirtschaftlichen Verhältnisse beeinflusst. So wird über die unterschiedlichen Entwässerungsanlagen die Entwässerung eines Gebietes von mehr als 7 km² geregelt. Mit der Neuordnung wird diese Gewässersituation (Vorfluter, Gewässerführung, Gewässerökologie, Hydraulik, etc.) neu gestaltet, um weitere Entwicklungsmöglichkeiten zu eröffnen. Bestandteil sind Einzelmaßnahmen, wie die Schaffung von Retentionsräumen innerhalb und außerhalb des Hafengebietes Altenwerder sowie der Neubau von Siel – und Schöpfbauwerken.

Reiherstiegstromschleuse: Diese Strömungsschleuse dient dazu, die Strömungsverhältnisse und damit das Sedimentationsverhalten im Hamburger Hafen zu beeinflussen. Sie wird stark genutzt und stellt damit den Reiherstieg als wichtige Alternative/ Bypass zur Süderelbe/ Köhlbrand für die Hafenwirtschaft bereit. Aufgrund ihres Alters ist ihre bauliche Substanz jedoch mittlerweile stark beeinträchtigt. Da die Reiherstiegstromschleuse weiterhin eine wichtige hafenwirtschaftliche, nautische und strombauliche Bedeutung besitzt, besteht die Notwendigkeit zum Neubau bzw. zur Grundinstandsetzung der Schleuse. Nur so kann eine Entzerrung des Schiffverkehrs über beide Schifffahrtsstraßen gewährleistet werden.

Privater Hochwasserschutz (HWS): Die privaten HWS-Anlagen im Hafen wurden überwiegend zwischen 1977 und 1981 auf Grundlage der damaligen Bemessungskriterien genehmigt, gebaut und funktionsfähig instandgehalten. Inzwischen entsprechen die privaten HWS-Anlagen im Hafen nicht mehr den heute gültigen Bemessungsansätzen. Im Rahmen der Maßnahme privater Hochwasserschutz sind (Teil-) Anpassungen der privaten HWS-Anlagen im Hafen an die heute gültigen Bemessungswasserstände und Bemessungsansätze vorgesehen. Die Polder wurden einzeln auf ihre Defizite hin untersucht und es wurden die jeweils nötigen Maßnahmen zu deren Beseitigung ermittelt (z. B. Neubau, Erhöhung, Verstärkung, Sicherung der Standfestigkeit, etc.).

Straßen im Hafen

In diesem Investitionsprogramm sind Mittel für Investitionen in das öffentliche Straßennetz im Hafengebiet veranschlagt. Konkret umfasst dies den Neubau und die Erneuerung von Straßen, inklusive der Nebenflächen und der Lichtanlagen, sowie den Neubau und die Erneuerung von festen und beweglichen Brücken. In der Haushaltsperiode 2015/16 zählen hierzu insbesondere folgende Maßnahmen:

Landseitige Zufahrt Burchardkai – Anteil Straßen: Zur Ertüchtigung und Steigerung der Leistungsfähigkeit der überalterten Verkehrsinfrastruktur wird die Straßen- und Schienenanbindung des Container Terminal Burchardkai (CTB) erneuert und neu konzipiert. Hierzu ist vorgesehen, die Waltershofer Brücken (1. Anbindung CTB) sowie die Nordkammer der Rugenberger Schleuse (2. Anbindung CTB) und die Straßen Rugenberger und Altenwerder Damm zu erneuern sowie ein 3. Verbindungsgleis über die Waltershofer Brücken zu bauen.

Neubau Rethelbrücke – Anteil Straße: Der Neubau der Rethelbrücke als zweiflügelige Klappbrücke ist als Ersatz für die alte Hubbrücke vorgesehen und berücksichtigt den zu erwartenden Anstieg im Straßen- und Bahnbetrieb ohne Einschränkung der nautischen Durchfahrts Höhe. Das Bauwerk mit getrennten Brücken für den Straßen- und Eisenbahnverkehr wird eine Spannweite von über 100 Metern haben.

Planungsleistungen für die südliche Bahnanbindung Altenwerder (SBA): Die SBA soll Züge für das Containerterminal Altenwerder, die Gleisgruppe Altenwerder Ost, den Nordkopf Alte Süderelbe, sowie von der Strecke „Alte Süderelbe-Hausbruch“ übernehmen. Ohne diese Maßnahme wird auf Basis der Umschlag- und Modal Split-Prognosen spätestens 2020 im westlichen Hafen kein Zuwachs für den Bahnverkehr mehr möglich sein.

Neue Bahnbrücke Kattwyk – Anteil Straße: Siehe Erläuterung des gesamten Projektes im Investitionsprogramm „Hafenbahn“.

Nördliche und Südliche Straßenanbindung Altenwerder: In den letzten Jahren haben die Verkehre zu den Terminalbereichen in Altenwerder (CTA) und dem Güterverkehrszentrum (GVZ) stark zugenommen, wodurch die bestehenden Verkehrswege stark beansprucht werden. Zur Vermeidung von Verkehrsbehinderungen und Staus in diesem Bereich des Hafens sollen die bestehenden Straßenanbindungen in Norden und Süden an die tatsächliche Verkehrsentwicklung angepasst werden. Mit dem Bau der nördlichen Straßenanbindung wird der straßenseitige Anschluss an das GVZ durch die Schaffung einer höhenfreien Gleiskreuzung optimiert und zugleich der Verkehr zum CTA und zum GVZ entflochten. Dies ermöglicht darüber hinaus, die bisherige, nur über einen ungesicherten Bahnübergang führende Zuwegung für die Altenwerder Kirche, durch eine kurze, kreuzungsfreie Anbindung zu ersetzen.

Grundinstandsetzung Straßen und Straßenbrücken: Hierzu zählen zustandserhaltende und -verbessernde Maßnahmen für das Straßen- und Brückennetz im Hafengebiet zur Gewährleistung seiner Verkehrssicherheit und Aufrechterhaltung seiner Leistungsfähigkeit. Dies betrifft insbesondere auch die Instandhaltung der Köhlbrandbrücke.

Hafenbahn

In diesem Investitionsprogramm sind Mittel für Investitionen in das Schienennetz der Hafenbahn veranschlagt. Konkret umfasst dies Investitionen in Bahnanlagen wie u.a. Gleise, Weichen, Oberleitung, Ingenieurbauwerke und Leit- und Sicherungstechnik. In der Haushaltsperiode 2015/16 zählen hierzu insbesondere folgende Maßnahmen:

Neue Bahnbrücke Kattwyk – Anteil Bahn: Neubau einer beweglichen Eisenbahnbrücke über die Süderelbe zur Entlastung der Kattwykbrücke und zur Entflechtung der Verkehrsbänder Schiene und Straße. Die alte Kattwykbrücke wird zukünftig allein dem Straßenverkehr zur Verfügung stehen. Mit dem Neubau der Brücke sind der Umbau des Verkehrsknotens Kattwykdamm / Kattwykstraße, der Umbau der Richtfeuerstrecke Hohe Weide sowie Anpassungsmaßnahmen an Bestandsbauwerken an beiden Ufern der Süderelbe verbunden.

Landseitige Anbindung Burchardkai – Anteil Bahn: Landseitige Zufahrt Burchardkai – Anteil Schleusen und Brücken: Siehe Erläuterung des gesamten Projektes im Investitionsprogramm „Straßen im Hafen“.

Neubau Rethelbrücke – Anteil Bahn: Siehe Erläuterung des gesamten Projektes im Investitionsprogramm „Straßen im Hafen“.

Ausbau der Hafenbahn: Um die stetig wachsenden Transportmengen auf dem Netz der Hafenbahn bewältigen zu können sind verschiedene Investitionen in den Ausbau der Schieneninfrastruktur beabsichtigt. Mit dem Bau einer Lokservicestelle (Bau einer Abstellanlage mit 24 Abstellgleisen inkl. Schiebebühne, eines Sozialgebäudes und einer Tankstelle) kann im Westhafen die Möglichkeit einer Lokomotivabstellung geschaffen werden, die kapazitätsbelastende Leerfahrten aus und in das Netz der Hafenbahn verringern würde. Nach Fertigstellung der 1. Stufe des Umbaus Bahnhof Waltershof erfolgt in der 2. Stufe der Neubau des Stellwerkes. Zur Anbindung der neuen Rethelbrücke an den Bahnhof Hohe Schaar erfolgt der Umbau des Nordkopfes Hohe Schaar mit der Schaffung zusätzlicher Fahrtbeziehungen, der Erhöhung von Nutzlängen und Elektrifizierung weiterer Gleise sowie der Anpassung der Leit- und Sicherungstechnik.

Hafeninvestitionen im Zusammenhang mit Zuwendungen Seehäfen (Hafenlasten)

Nach dem „Gesetz über Finanzhilfen des Bundes nach Artikel 104a Absatz 4 Grundgesetz an die Länder Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen sowie Schleswig-Holstein für Seehäfen“ fördert der Bund Investitionen in die Infrastruktur des Hamburger Hafens mit bis zu 20.963 Tsd. Euro p.a. (sog. Hafenlasten). Zusammen mit dem Eigenanteil der FHH beträgt der Ansatz 24.000 Tsd. Euro p.a..

Die Förderung durch den Bund erfolgt, wenn eine Investition als getätigt nachgewiesen ist. Welche Maßnahmen beim Bund als förderungsfähig geltend gemacht werden, ergibt sich daher üblicherweise aus dem tatsächlichen Projektverlauf erst während der laufenden Haushaltsperiode. Es wird sich dabei um eine derzeit noch nicht feststehende Auswahl von Maßnahmen aus den Investitionsprogrammen „allgemeine Hafeninfrastruktur“, „Straßen im Hafen“ und „Hafenbahn“ handeln.

Um im Zuge der Bewirtschaftung flexibel auf kurzfristig auftretende Bedarfe zur sachgerechten Erhaltung der Infrastruktur reagieren zu können,

sind die Investitionsprogramme "Hafenlasten", "Straßen im Hafen", "Hafenbahn" und "Allgemeine Infrastruktur" bis zur Höhe von 25% des abgebenden Bereichs gegenseitig deckungsfähig.

4.3.4 Darlehen des Aufgabenbereichs 270 Innovations- und Strukturpolitik

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Summe Darlehen							

4.3.5 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 270 Innovations- und Strukturpolitik

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Summe Gesetzliche Leistungen							

4.3.6 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 270 Innovations- und Strukturpolitik

Die Ermächtigung, Kosten für Transferleistungen zu verursachen, ist übertragbar.

Die Investitionsprogramme „Hafenlasten“, „Straßen im Hafen“, „Hafenbahn“ und „Allgemeine Infrastruktur“ sind bis zur Höhe von 25 Prozent des abgebenden Bereichs gegenseitig deckungsfähig.

4 Teilpläne der Aufgabenbereiche des Einzelplans der Behörde f. Wirtschaft, Verkehr und Innovation

4.4 Teilplan des Aufgabenbereichs 271 Wirtschaftsförderung

4.4.1 Vorwort zum Aufgabenbereich 271 Wirtschaftsförderung

Im Zuständigkeitsbereich des Amtes Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft liegt eine Vielzahl unterschiedlicher Aufgaben, die in den Vorworten zu den einzelnen Produktgruppen ausführlich beschrieben werden. Genannt seien hier als Schwerpunkte die weitere Stärkung der Internationalität des Wirtschaftsstandortes Hamburg, neue Konzepte zum Umgang mit den knapper werdenden Gewerbeflächen, die Verwaltung der Hamburger EFRE-Mittel und die Umsetzung des Agrarpolitischen Konzepts.

Ferner obliegt dem Amt die fachliche Steuerung folgender öffentlicher Unternehmen, die aus Haushaltssicht jeweils unterschiedlich zu betrachten sind:

Die Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH (HWF) wird im Wesentlichen über einen Basiszuschuss aus der Produktgruppe Wirtschaftsförderung sowie über Projektförderungen finanziert. Sie hat aber auch einen kleineren marktorientierten Bereich mit dem Schwerpunkt des Hamburger Auftritts auf Immobilienmessen, der in der zum 1. Januar 2014 gegründeten Tochtergesellschaft „HWF Service GmbH“ angesiedelt ist.

Zur Hamburg Messe- und Congress GmbH (HMC) bestehen seitens der BWVI keine direkten Finanzbeziehungen. Sie ist über einen Gewinnabführungsvertrag (bzw. Verlustausgleich) mit ihrer Muttergesellschaft, der Hamburgischen Gesellschaft für Beteiligungsverwaltung (HGV) verbunden, die im Einzelplan 9.2. abgebildet wird

Mit dem Bereich Wirtschaft und Umwelt der neu geschaffenen Hamburgischen Investitions- und Förderbank (IFB) werden seitens der Abteilung Wirtschaftsförderung Programmverträge über die einzelnen Wirtschaftsförderungsprogramme geschlossen, in denen sowohl die notwendigen Zweckausgaben (die „Subvention“ selbst) als auch die für die Durchführung notwendigen Sach- und Personalausgaben der IFB geregelt sind. Ebenfalls zum Bereich des Amtes gehört der Landesbetrieb Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen, der - ebenso wie die zuvor genannten Gesellschaften - an anderer Stelle über seinen Wirtschaftsplan dargestellt ist.

4.4.2 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 271 Wirtschaftsförderung

4.4.2.1 Produktgruppe 27101 Internationale Wirtschaftsbeziehungen

4.4.2.1.1 Vorwort der Produktgruppe 27101 Internationale Wirtschaftsbeziehungen

Die ausgeprägte Internationalität Hamburgs ist ein maßgeblicher Standortfaktor. Hamburg befindet sich heute mit zahlreichen deutschen und europäischen Großstädten in starkem Wettbewerb um Investoren und qualifizierte Arbeitskräfte. Es ist deshalb wichtig, die einzigartige Außenwirtschaftsstruktur Hamburgs, zu der u.a. die konsularischen- und Handelsvertretungen sowie die Ländervereine, Unternehmen und (Fach-) Verbände gehören, zu pflegen und Hamburg als attraktiven Standort international weiter auszubauen. Mit Blick auf die Hamburger Unternehmen sind zusätzliche Haushaltsmittel vorgesehen, um sie bei der Erschließung der Märkte in den internationalen Wachstumsregionen sowie den traditionell wichtigen europäischen Märkten noch besser als bisher zu unterstützen.

Im Rahmen des europäischen Binnenmarktes ist für Hamburg die interessengerechte Umsetzung europarechtlicher Vorgaben in den Bereichen Wirtschaft, Hafen und Verkehr sowie die Vertretung wichtiger Hamburger Interessen aus diesen Bereichen auf Europäischer Ebene von weiter wachsender Bedeutung. Dieses gilt insbesondere für alle Hamburger Wirtschaftsfördermaßnahmen und -programme sowie für Zollangelegenheiten, zunehmend aber auch für die Bereiche der Hafen- und Infrastrukturfinanzierung.

Eine angemessene Umwelt- und Klimapolitik sowie eine sichere und bezahlbare Energieversorgung sind zentrale Voraussetzungen, damit Hamburg auch langfristig ein attraktiver und wettbewerbsfähiger Industriestandort bleibt. Die Wirtschaft wird vor allem in Rechtssetzungsverfahren und mit zielgerichteter Beratung zur Verbesserung der Standortqualität und der Rahmenbedingungen im Interesse des Wirtschaftsstandortes Hamburg unterstützt.

4.4.2.1.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 27101 Internationale Wirtschaftsbeziehungen

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Erlöse	2	0	0				
2. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit	205	294	147	243	243	224	224
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	5	10	1	1	1	1	1
3. Personalkosten	1.671	1.627	1.337	1.685	1.682	1.723	1.766
a) Kosten für Entgelte	336	316	275	371	350	362	373
b) Kosten für Bezüge	916	902	727	896	912	931	953
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	65	61	93	120	118	121	124
e) Kosten für Versorgungsleistungen	354	348	241	298	302	309	316
4. Kosten für Transferleistungen	27	22	52	53	53	52	52
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen							
6. Sonstige Kosten	0	0	0	1	1	1	1
7. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	-1.901	-1.943	-1.536	-1.982	-1.979	-2.000	-2.043
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7+10)	-1.901	-1.943	-1.536	-1.982	-1.979	-2.000	-2.043
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	-1.901	-1.943	-1.536	-1.982	-1.979	-2.000	-2.043
16. Globale Mehr- oder Minderkosten							
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15+16)	-1.901	-1.943	-1.536	-1.982	-1.979	-2.000	-2.043

Um flexibel und wirtschaftlich auf zeitliche Verschiebungen reagieren zu können, ist die Ermächtigung, Kosten für Transferleistungen zu verursachen, übertragbar.

4.4.2.1.3 Ziele der Produktgruppe 27101 Internationale Wirtschaftsbeziehungen

Z 1: Förderung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen der Freien und Hansestadt Hamburg durch Unterstützung für Unternehmen beim Zugang zu ausländischen Märkten (Kennzahl 1).

Z 2: Sicherstellung EU-beihilferechtskonformer Vergabe staatlicher Mittel an Unternehmen, insbesondere im Auftrage anderer Fachbehörden, diesbezügliche zentrale Vertretung Hamburgs gegenüber dem Bund und der Europäischen Union, z.B. im Rahmen der Notifizierung Hamburger Vorhaben bei der Europäischen Kommission, allgemeine Interessenvertretung gegenüber der EU und Beratung in Zollangelegenheiten (Kennzahl 2).

Z 3: Einflussnahme auf die Umwelt- und Energiepolitik insbesondere des Bundes und der EU zwecks Verbesserung der Standortbedingungen und der Wettbewerbsfähigkeit der Hamburger Unternehmen (Kennzahl 3).

4.4.2.1.4 Kennzahlen der Produktgruppe 27101 Internationale Wirtschaftsbeziehungen

	Einheit	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
B_271_01_001 1. Unterstützung von Unternehmen bei der Markterschließung im Ausland	ANZ	-	-	400	400	400	400	400
B_271_01_002 2. Beihilfeprüfungen und Beratungen	ANZ	524	364	360	360	360	360	360
B_271_01_003 3. Beratung von Unternehmen/Verbänden und Stellungnahmen zu Rechtsetzungsverfahren in der Umwelt- und Energiepolitik	ANZ	-	-	345	345	345	345	345

Die Kennzahlen sind ressourcenbegründend.

Die Ist-Werte für die Jahre 2012 und 2013 wurden bei den Kennzahlen 1 und 3 nicht erhoben.

Kennzahl 1: Ziel ist es durch verschiedene Maßnahmen, wie Markterkundungs-/ Markterschließungsreisen, Wirtschaftsveranstaltungen, Termine/ Beratungsgespräche oder (indirekt) durch inhaltliche Vorbereitung der politischen Leitung zu den vorgenannten Zwecken, die Unternehmen zu erreichen.

Weitere wesentliche Hauptaufgaben der Produktgruppe sind die Ausübung ministerieller Tätigkeiten, z.B. Bundesratsverfahren, insbesondere Mitwirkung an EU-Gesetzgebung gem. Art. 23 GG o.ä. Hierfür können keine aussagekräftigen Kennzahlen gebildet werden, zumal keine Steuerungsmöglichkeiten bestehen.

4.4.2.1.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 27101 Internationale Wirtschaftsbeziehungen

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Internationale Wirtschaftsbeziehungen							
Erlöse	2	0					
Kosten	1.904	1.944		1.982	1.979	2.000	2.043
Saldo Jahresergebnis 1 Internationale Wirtschaftsbeziehungen	-1.901	-1.943		-1.982	-1.979	-2.000	-2.043
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Internationale Wirtschaftsbeziehungen	0	0	0	0	0	0	0

4.4.2.1.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 27101 Internationale Wirtschaftsbeziehungen

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtanzahl VZÄ				21,59	20,84	20,84	20,84

4.4.2.2 Produktgruppe 27102 Wirtschaftsförderung

4.4.2.2.1 Vorwort der Produktgruppe 27102 Wirtschaftsförderung

Die BWVI fördert im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftsförderung die Standortbedingungen für eine Wirtschaftsentwicklung mit starken, innovativen und wachstumsorientierten Betrieben in der Industrie, in technologisch fortschrittlichen Clustern, aber auch im Handwerk und betreibt eine konsequente Politik zugunsten kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), die das Rückgrat der Hamburger Wirtschaft bilden.

Im Bereich der finanziellen Wirtschaftsförderung wurde diesem Ziel im Jahr 2013 mit der Gründung der Hamburgischen Investitions- und Förderbank (IFB) (siehe Drucksache 20/6335) Rechnung getragen. Sämtliche Förderaktivitäten der Wirtschaftsförderung, der Innovationsförderung, aber auch des Wohnungsbaus, des Umwelt- und des Klimaschutzes wurden dort gebündelt und so ein zentraler Ansprechpartner geschaffen. Es wurden zudem bei der IFB neue Instrumente eingeführt, die z.T. ohne einen zusätzlichen Einsatz von Haushaltsmitteln der BWVI umgesetzt werden können, weitere sind in Planung. Die vorhandenen Aufholpotentiale in darlehensbasierten Förderprogrammen für KMU insbesondere in der Existenzgründungsförderung und der Unternehmensnachfolge, sollen mit neuen, zinsvergünstigten Produkten genutzt werden. Dies spiegelt sich in den steigenden Kennzahlen für die Jahre ab 2014 bei den Zuschüssen an Existenzgründungen durch die IFB wider.

Die Aufgabe der Betreuung und Beratung in Hamburg ansässiger Unternehmen bei der Verwirklichung von Expansions-, Restrukturierungs-, oder sonstigen stadtwirtschaftlich wichtigen Investitionsvorhaben wird von der HWF Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH wahrgenommen. Zudem akquiriert die HWF geeignete Unternehmen für den Standort Hamburg. Sie begleitet Unternehmensprojekte, die von besonderer Bedeutung für Hamburg sind und wirkt mit bei der Vergabe städtischer Arbeitsstättenflächen. Die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen durch Förderung und Entwicklung bestehender Unternehmen, sowie die Ansiedlung neuer Unternehmen stehen in einem engen Zusammenhang mit den vorhandenen städtischen Flächen. Aufgrund des sich verknappenden Flächenangebotes in Hamburg sind die Ansiedlungs- und Arbeitsplatzeffekte trotz zusätzlicher für die HWF eingeplanter Haushaltsmittel rückläufig.

Mit ihrem Einsatz für die Bereitstellung ausreichender gewerblicher Bauflächen bzw. Gewerberäume in vielfältiger Qualität und stadtvträglicher Lage will die BWVI im Rahmen des gesamtstädtischen strategischen Flächenmanagements ein aktives Gewerbeflächenmanagement betreiben, in dem die Neuausweisung von Flächen, das Flächenrecycling, die Nutzungsintensivierung und die Brachflächenentwicklung ebenso eine Rolle spielen wie die Qualifizierung bestehender Gewerbeflächen. In diesem Zusammenhang hochbaureif zu erschließende größere Flächenareale werden aus Haushaltsmitteln der BWVI hergerichtet.

Unter den Entwicklungsmaßnahmen, die 2015 und 2016 vollendet bzw. vorbereitet werden sollen, ist die Herrichtung des neuen Logistikstandortes in Neuland, westlich der Autobahnanschlussstelle Harburg, hervorzuheben. Dabei wird erstmals der Einsatz eines externen Projektentwicklers erprobt, um die Entwicklung zu beschleunigen. Als Projektentwickler wurde die HWF mit den Planungs- und Steuerungsaufgaben beauftragt. Sie wird im bautechnischen Bereich durch die ReGe Hamburg Projekt-Realisierungsgesellschaft mbH unterstützt. 2015 und 2016 sind haushaltsmäßig die Vertiefung der Erschließungsplanung und der Baubeginn abgesichert, sodass ab 2018 mit der Fertigstellung einer größeren ersten Teilfläche gerechnet werden kann.

Mit der Steuerung der Umsetzung der Mittel aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) durch die EFRE-Verwaltungsbehörde wird in der Förderperiode 2014 - 2020 die „Strategie Europa 2020“ der EU für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum in Hamburg verwirklicht. Im Fokus des in Zusammenarbeit aller Fachbehörden entwickelten Operationellen Programms der FHH für das EFRE-Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ stehen zentrale Themen der Hamburger Wirtschaftspolitik, wie die „Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation“ sowie die „Förderung der Bestrebungen zur Verringerung der CO₂-Emissionen in allen Branchen der Wirtschaft“. Insgesamt werden der FHH von der EU in der Förderperiode zur Verfolgung dieser Ziele EFRE-Mittel in Höhe von fast 55,5 Mio. Euro zur Verfügung gestellt, die mit Hamburger Haushaltsmitteln oder privaten Mitteln in mindestens gleicher Höhe kofinanziert werden müssen. Die Umsetzung erfolgt durch die jeweils zuständigen Fachbehörden, bei denen auch die ggf. erforderlichen Kofinanzierungsmittel veranschlagt werden.

4.4.2.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 27102 Wirtschaftsförderung

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Erlöse	427	85	11	0	0	0	0
2. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit	193	92	3.504	8.019	8.017	8.292	8.292
<i>a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen</i>							
<i>b) davon IT-Kosten</i>							
<i>c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz</i>	10	21	1	3	1	1	1
3. Personalkosten	1.631	1.564	1.317	1.741	1.739	1.802	1.873
<i>a) Kosten für Entgelte</i>	757	711	619	834	821	857	895
<i>b) Kosten für Bezüge</i>	513	505	407	524	535	549	566
<i>c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter</i>							
<i>d) Kosten für Sozialleistungen</i>	146	137	142	190	187	195	204
<i>e) Kosten für Versorgungsleistungen</i>	215	211	149	193	196	201	208
4. Kosten für Transferleistungen	2.935	1.561	4.944	3.170	3.240	3.107	3.107
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	4.785	3.784	2.810	2.800	2.690	2.399	2.308
6. Sonstige Kosten	0	0	0	1	1	1	1
7. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	-9.117	-6.916	-12.564	-15.731	-15.687	-15.601	-15.581
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0				
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis	0	0	0				
11. Ordentliches Ergebnis (7+10)	-9.117	-6.916	-12.564	-15.731	-15.687	-15.601	-15.581
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	-9.117	-6.916	-12.564	-15.731	-15.687	-15.601	-15.581
16. Globale Mehr- oder Minderkosten							
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15+16)	-9.117	-6.916	-12.564	-15.731	-15.687	-15.601	-15.581

Um flexibel auf zeitliche Verschiebungen reagieren zu können, ist die Ermächtigung, Kosten für Transferleistungen zu verursachen, übertragbar.

4.4.2.2.3 Ziele der Produktgruppe 27102 Wirtschaftsförderung

Z 1: Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen durch Förderung bestehender Unternehmen und Existenzgründungen sowie Ansiedlung neuer Unternehmen in Hamburg (Kennzahlen 1 bis 13)

Z 2: Bereitstellung von Gewerbe- und Industrieflächen und anderen Arbeitsstättenflächen (Kennzahl 14)

Z 3.: Stärkung des Messe- und Kongressstandortes Hamburg (Kennzahlen 15 bis 17)

Z 4: Steuerung der Umsetzung der von der EU zur Verfügung gestellten Mittel aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) (Kennzahl 18)

4.4.2.2.4 Kennzahlen der Produktgruppe 27102 Wirtschaftsförderung

	Einheit	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
B_271_02_001 1. Bewilligungsvolumen für Zuschüsse der IFB an Existenzgründungen	Tsd. EUR	21	81	860	860	860	850	850
B_271_02_002 2. Bewilligungsvolumen für Zuschüsse der IFB an sonstige Unternehmen	Tsd. EUR			400	400	400	400	400
B_271_02_003 3. Durch Zuschüsse der IFB an Existenzgründungen geschaffene und gesicherte Arbeitsplätze in Hamburg	FTE		31	760	760	760	760	760
B_271_02_004 4. Durch Zuschüsse der IFB an sonstige Unternehmen geschaffene und gesicherte Arbeitsplätze in Hamburg	FTE			265	265	265	265	265
B_271_02_005 5. Insgesamt geförderte Existenzgründungen im Rahmen des Gründungsprogramms	ANZ	3	12	30	30	30	21	0
B_271_02_006 6. davon geförderte Existenzgründungen von Gründerinnen im Rahmen des Gründungsprogramms	ANZ	1	1	8	8	8	6	0
B_271_02_007 7. Bewilligtes Bürgschafts-/Beteiligungsgarantievolumen der FHH und der BG an Unternehmen/ Existenzgründungen	Tsd. EUR	64.242	71.090	85.000	90.000	90.000	90.000	90.000
B_271_02_008 8. Durch Bürgschaften und Beteiligungsgarantien der FHH und der BG an Unternehmen/ Existenzgründungen geschaffene und gesicherte Arbeitsplätze in Hamburg	FTE	7.397	5.792	6.600	7.000	7.000	7.000	7.000
B_271_02_009 9. Betreute Unternehmen im Rahmen von Unternehmensansiedlungen durch die HWF	ANZ	75	69	52	51	50	49	48
B_271_02_010 10. Betreute Unternehmen im Rahmen von Unternehmensumsiedlungen und -erweiterungen durch die HWF	ANZ	22	27	26	25	25	24	24
B_271_02_011 11. Durch die Betreuung von Unternehmensansiedlungen durch die HWF geschaffene und gesicherte Arbeitsplätze	FTE	466	260	195	191	187	183	180
B_271_02_012 12. Durch die Betreuung von Unternehmensumsiedlungen und -erweiterungen durch die HWF geschaffene und gesicherte Arbeitsplätze	FTE	4.792	4.770	3.300	3.250	3.170	3.100	3.040
B_271_02_013 13. Im Bezugsjahr vergebene städtische Industrie- und Gewerbeflächen	ha netto	6,30	7,94	7,00	6,50	6,00	5,50	5,00
B_271_02_014 14. Im Bezugsjahr neu erschlossene bzw. nutzbar gemachte städtische Industrie- und Gewerbeflächen	ha netto	1,0	1,0	2,1	7,3	8,1	9,6	13,3
B_271_02_015 15. Teilnehmer an Kongressen und Tagungen im CCH	ANZ	192.156	196.010	160.000	135.000	140.000	20.000	20.000
B_271_02_016 16. Aussteller bei Messeveranstaltungen auf dem Gelände der Hamburg-Messe	ANZ	12.547	9.913	12.500	10.000	13.000	10.500	13.500
B_271_02_017 17. Belegte Bruttofläche in den Messehallen	qm	850.265	815.998	860.000	820.000	870.000	830.000	880.000
B_271_02_018 18. Grad der Zielerreichung des zur Vermeidung des Mittelverfalls erforderlichen Abrufs der Jahrestanchen des EFRE	%	0	0	0	2	40	120	110

Die Kennzahlen sind im Wesentlichen ressourcenbegründend. Die Kennzahlen 3 bis 6 sind eher wirkungsbezogen.

Zu Kennzahl 1: Die Hamburgische Investitions- und Förderbank AöR (IFB) wurde 2013 errichtet (Drs. 20/6335), um die finanzielle Wirtschaftsförderung nach Maßgabe der Fachbehörde durchzuführen. Zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen fördert sie bestehende Unternehmen, Existenzgründungen sowie die Ansiedlung neuer Unternehmen in Hamburg. In Kennzahl 1 werden nur Werte für Existenzgründungen, Existenzsicherungen (Unternehmen ist nicht länger als drei Jahre am Markt) und Übernahmen von bestehenden Unternehmen im Rahmen einer Existenzgründung bzw. -sicherung erfasst.

Zu Kennzahl 2: „Sonstige Unternehmen“ bezeichnet bestehende Unternehmen, die keine Existenzgründer sind.

Zu den Kennzahlen 3, 4, 8, 11 und 12: Sofern ein Unternehmen mehrere Förderungen parallel oder aufeinanderfolgend erhält (z.B. BG-Bürgschaft und Zuschuss), erfolgt ein Ausweis der Arbeitsplätze bei allen Förderungen (Mehrfachzählung), da eine eindeutige Zuordnung der Verursachung in diesem Fall nicht möglich ist.

Zu Kennzahl 3: Die Einheit Full Time Equivalent (FTE) entspricht dem Vollzeitäquivalent. Um die geschaffenen und gesicherten Voll- und Teilzeitarbeitsplätze zu einer Kennzahl addieren zu können, werden alle in das FTE umgerechnet, wobei 1 FTE einem Vollzeitarbeitsplatz entspricht.

Zu Kennzahl 5: Mit Gründungsprogramm ist ausschließlich das Gründungsprogramm für Meisterinnen und Meister des Handwerks gemeint.

Zu Kennzahl 6: Die Anzahl weiblicher Existenzgründer wird hier gesondert ausgewiesen.

Zu Kennzahl 7: Hier werden die Landesbürgschaften der FHH und die Bürgschaften sowie Beteiligungsgarantien der Bürgschaftsgemeinschaft Hamburg (BG) in einer Kennzahl (Volumen übernommene Bürgschaften sowie Volumen übernommene Beteiligungsgarantien) zusammen dargestellt. Die BG ist eine Selbsthilfeeinrichtung der Hamburger Wirtschaft, die als Bürgschaftsbank Ausfallbürgschaften sowie Garantien für von der Beteiligungsgesellschaft Hamburg mbH (BTG) eingegangene Beteiligungen an Hamburger Unternehmen übernimmt. Die BG bürgt für maximal 80 % des Kreditbetrags – dieses Bürgschaftsvolumen der BG wird durch eine 39 %-ige Rückbürgschaft des Bundes und eine 26 %-ige Rückbürgschaft der FHH abgesichert. Die BG gewährleistet für maximal 70 % der BTG-Beteiligung eine Garantie – dieses Garantievolumen wird durch eine 39 %-ige Rückgarantie des Bundes und eine 31 %-ige Rückgarantie der FHH abgesichert. Die Bewilligung einzelner Bürgschaften der BG an Unternehmen und Existenzgründungen erfolgt durch Bewilligungsausschüsse, denen jeweils ein Vertreter der für die Finanzen zuständigen Behörde und ein Vertreter der für die Wirtschaft zuständigen Behörde angehören. Landesbürgschaften und die Rückbürgschaft und Rückgarantie der FHH für die BG werden durch die Kreditkommission gemäß dem Gesetz über die Kreditkommission bewilligt. Die Ermächtigung hierfür ist im Haushaltsbeschluss zu finden, die Abwicklung von Ausfallzahlungen erfolgt über den Haushalt der Finanzbehörde.

Zu Kennzahl 9: Die Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH (HWF) betreut und berät in Hamburg ansässige Unternehmen bei der Verwirklichung von Expansions-, Restrukturierungs-, oder sonstigen stadtwirtschaftlich wichtigen Investitionsvorhaben. Zudem akquiriert die HWF geeignete Unternehmen für den Standort Hamburg und betreut diese Unternehmen im Ansiedlungsprozess. Sie begleitet Unternehmensprojekte, die von besonderer Bedeutung für Hamburg sind und wirkt mit bei der Vergabe städtischer Arbeitsstättenflächen.

Zu Kennzahl 13: Die Kennzahl umfasst die von der HWF der Dispositionsrunde vorgestellten Flächen sowie ggf. die nach einer beabsichtigten Vollmachtserteilung von der HWF verkauften städtischen Gewerbeflächen. Nicht erfasst sind andere Vergaben städtischer Gewerbeflächen, insbesondere im Wege von Ausschreibungen des LIG. Bei der Dispositionsrunde Gewerbe handelt es sich um ein regelmäßig tagendes behördenübergreifendes Gremium bestehend aus Vertretern der BWVI, BSU, HWF und des örtlich zuständigen Bezirksamtes unter Vorsitz des LIG. Einzelfallbezogen wird über zeitlich befristete Reservierungen städtischer Gewerbeflächen zugunsten einer Unternehmensansiedlung, -umsiedlung bzw. -erweiterung beraten und entschieden. Nach der Disposition ist die Fläche für das jeweilige Unternehmen reserviert, um die Planungen zu erstellen und beim zuständigen Bezirksamt einzureichen. Die endgültige Entscheidung über einen Flächenverkauf liegt bei der KfB. Nach der Entflechtungsdrucksache sollen Flächen von nicht gesamtstädtischer Bedeutung durch den Bezirk oder die HWF direkt vermarktet werden können. Die Bezirke und die HWF erhalten dazu ein Vortragsrecht vor der KfB. Um die notwendigen Verhandlungen im Auftrag der Bezirke führen zu können soll die HWF von diesen entsprechend bevollmächtigt werden (der entsprechende Drucksachentwurf ist derzeit in der Abstimmung).

Zu Kennzahl 14: Um Gewerbe- und Industrieflächen und andere Arbeitsstättenflächen bereitstellen zu können, muss zunächst die Ausweisung entsprechender Arbeitsstättenflächen im Flächennutzungsplan (Zuständigkeit der BSU) und den entsprechenden Bebauungsplänen (Zuständigkeit der Bezirke) vorhanden sein. Hieran wirkt die BWVI im Sinne der Hamburger Unternehmen mit. Anschließend können die Flächen erschlossen werden. Die ausgewiesene Kennzahl bezieht sich auf die Erschließung bzw. hochbaureife Entwicklung größerer städtischer Gewerbe- und Industrieflächen, die aufbauend auf den planungsrechtlichen Festlegungen durch die BWVI gesteuert und finanziert wird.

Zu Kennzahl 15: Für die Jahre 2017/18 ist, entsprechende politische Beschlüsse vorausgesetzt, die Revitalisierung des CCH geplant. Während der Bauphase wird es eine Ersatzlösung in den Messehallen geben, die jedoch geringere Kapazitäten als das CCH aufweist. Die Anzahl der Kongressteilnehmer wird daher in diesen beiden Jahren sinken.

Zu Kennzahl 18: Die Zuweisung der EFRE-Mittel erfolgt in Jahrestanchen. Diese müssen nach drei Jahren durch den Nachweis von tatsächlich getätigten und belegten Ausgaben bei der EU-Kommission abgerufen werden. Das heißt, für das EFRE-Programm 2014 - 2020 konnte ein Mittelverfall erstmals nach Ende des Jahres 2017 eintreten. Für die Jahre 2015 - 2017 würde dann im Nenner jeweils der Betrag der Jahrestanche 2014 stehen, im Zähler der von der EFRE-Verwaltungsbehörde mit den Zahlungsanträgen 2015-2017 jeweils angestrebte Betrag der nachgewiesenen Ausgaben. Das Ergebnis der Kennzahl ist in hohem Maße von der Umsetzung der Förderung in den jeweils zuständigen Fachbehörden und ggf. der IFB abhängig. Die Kennzahl ist ein Maß dafür, ob die Verausgabung der EFRE-Mittel und der entsprechende Nachweis in den Zahlungsanträgen gegenüber der EU-Kommission planmäßig erfolgt oder ob in Folge von Verzögerungen bei der Programmumsetzung ein Mittelverfall zu befürchten ist. Der im Nenner stehende Bezugspunkt ist das zum nächsten für den Mittelverfall relevanten Stichtag abzurufenden Finanzvolumen. Im Zähler stehen das angestrebte bzw. erreichte kumulierte Volumen der Zahlungsanträge an die EU-Kommission. Das Ergebnis der Kennzahl ist in hohem Maße von der Umsetzung der Förderung in den jeweils zuständigen Fachbehörden und ggf. der IFB abhängig.

4.4.2.2.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 27102 Wirtschaftsförderung

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Wirtschaftsförderung							
Erlöse	427	85		0	0	0	0
Kosten	9.544	7.001		15.731	15.687	15.601	15.581
Saldo Jahresergebnis 1 Wirtschaftsförderung	-9.117	-6.916		-15.731	-15.687	-15.601	-15.581
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Wirtschaftsförderung	0	0	0	0	0	0	0

4.4.2.2.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 27102 Wirtschaftsförderung

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtanzahl VZÄ				23,21	22,21	22,21	22,21

4.4.2.3 Produktgruppe 27103 Agrarwirtschaft

4.4.2.3.1 Vorwort der Produktgruppe 27103 Agrarwirtschaft

Zu Hamburgs Charakter als „grüne Metropole“ gehören insbesondere die Flächen der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft. Die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit einer multifunktionalen Agrarwirtschaft, die insbesondere durch Garten- und Obstbau geprägt ist, soll entsprechend des „Agrarpolitischen Konzepts 2020“ des Senats nachhaltig gestärkt werden. Der Gartenbau wird durch ein „Zukunftskonzept Gartenbau Hamburg“ vorangebracht. Im Alten Land wird ein Gebietsmanagementplan mit Niedersachsen zur Fortführung des pflanzenschutzrechtlichen Sondergebietes erarbeitet. Zur Förderung regional erzeugter Produkte wird ein Regionalvermarktungskonzept entwickelt und umgesetzt. Zudem wird ein Öko-Schwerpunkt in der Agrarproduktion angestrebt. Die für diese neuen Projekte vorgesehenen Mittel werden durch Umschichtungen innerhalb der Produktgruppe bereitgestellt.

Für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Rahmen eines notwendigen Strukturwandels ist zur nachhaltigen Existenzsicherung leistungsfähiger Betriebe eine gezielte Agrarförderpolitik notwendig. Der Verzicht auf die Kofinanzierung der Förderung aus dem EU-Agrarfonds ELER ist eingeleitet. An ihre Stelle tritt ein verstärktes Engagement der „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK). Förderschwerpunkte bilden dabei u.a. die Unterstützung von Rationalisierungsmaßnahmen in bestehenden Produktionsanlagen sowie Erweiterungsinvestitionen. Weiter sollen Maßnahmen zur Einkommensdiversifizierung gefördert werden, die es den Betrieben ermöglichen sollen, ihre Einkommen durch außerlandwirtschaftliche Einkünfte zu stabilisieren. Daneben sollen Wirtschaftsweisen und -verfahren mit besonders positiven Umweltwirkungen gefördert und im Hinblick auf ihre negativen Auswirkungen auf die Betriebserträge unterstützt werden. Für die genannten Ziele sollen Maßnahmen zur Weiterbildung initiiert werden, welche neben einem betriebswirtschaftlichen Aspekt einen Schwerpunkt auf den Bereich umweltgerechter Bewirtschaftungsverfahren legen. Hinzu kommen Maßnahmen zur Unterstützung der Ländlichen Räume, die gemeinsam mit den zuständigen Bezirken und den bisherigen Akteuren im Prozess der regionalen Entwicklung konzipiert werden sollen.

Mit dem Neubau des Kompetenz- und Beratungszentrum für Gartenbau und Landwirtschaft am *Brennerhof* wurden der Pflanzenschutzdienst der BWVI und die Landwirtschaftskammer Hamburg (LWK) an einem Standort konzentriert. Mit dem Pflanzenschutzdienst, der Beratung, Versuchswesen, Diagnose und angewandte Forschung anbietet, und den Aufgaben der LWK wird das Kompetenz- und Beratungszentrum zum Nutzen der Hamburger Agrarwirtschaft nachhaltig gestärkt und das Gesamtangebot optimiert.

Die Pflanzengesundheitskontrolle im Hamburger Hafen ist eine der größten Einlassstellen der EU für Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse. Sie hat die Aufgabe, die Einschleppung und Ausbreitung nicht heimischer Pflanzenkrankheiten und -schädlinge zu verhindern. Hamburg als zentraler Umschlagshafen im Südostasien-Verkehr ist auch Anlaufstelle gefälschter Pflanzenschutzmittel. Daher kommt den Pflanzenschutzmittel-Verkehrskontrollen in Hamburg auch im Rahmen der Kooperation mit anderen EU-Einlassstellen eine zentrale Bedeutung zu.

Als oberste Fischerei- und Jagdbehörde fördert die BWVI durch die zweckgebundenen Mittel der Fischereiabgabe und Jagdscheingebühren die Fischerei u.a. durch Maßnahmen zur Verbesserung der fischereilichen Gewässer sowie zum Schutz gefährdeter Fischarten und die Jagd u.a. durch Maßnahmen zur Erhaltung eines gesunden, artenreichen Wildbestandes sowie durch jagdliche Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen.

Die BWVI wird einen Waldfunktionenplan erarbeiten, auf dessen Grundlage Planungsvorhaben in Hamburger Forsten geprüft werden können. Die Rahmenczuweisung an die Revierförstereien sichert die ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeit bei der Bewirtschaftung des Landeswaldes.

Da Hamburg in der Förderperiode 2014 - 2020 nicht mehr am ELER teilnimmt, sind hier nur noch Restmittel aus der Förderperiode 2007 - 2013 zu bewirtschaften. Neue Ansätze werden nicht ausgebracht.

4.4.2.3.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 27103 Agrarwirtschaft

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Erlöse	2.023	1.935	1.551	1.520	1.535	1.544	1.563
2. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit	811	1.155	662	536	546	539	542
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	36	83	4	61	3	3	3
3. Personalkosten	3.869	3.671	3.147	4.187	4.282	4.389	4.396
a) Kosten für Entgelte	2.558	2.404	2.093	2.806	2.869	2.940	2.930
b) Kosten für Bezüge	538	530	427	550	563	577	592
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	494	467	427	571	584	599	597
e) Kosten für Versorgungsleistungen	279	271	200	260	266	273	277
4. Kosten für Transferleistungen	3.664	3.526	4.266	4.291	4.239	4.227	4.227
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	1.308	1.691	1.761	1.855	1.898	1.928	1.959
6. Sonstige Kosten	264	5	0	58	53	53	53
7. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	-7.893	-8.115	-8.286	-9.406	-9.483	-9.592	-9.614
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit	3	2	0				
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit	0	534	433	422	411	399	386
10. Finanzergebnis	3	-532	-433	-422	-411	-399	-386
11. Ordentliches Ergebnis (7+10)	-7.890	-8.647	-8.719	-9.828	-9.894	-9.991	-10.000
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	-7.890	-8.647	-8.719	-9.828	-9.894	-9.991	-10.000
16. Globale Mehr- oder Minderkosten							
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15+16)	-7.890	-8.647	-8.719	-9.828	-9.894	-9.991	-10.000

Um flexibel und wirtschaftlich auf zeitliche Verschiebungen reagieren zu können, ist die Ermächtigung, Kosten für Transferleistungen zu verursachen, übertragbar.

4.4.2.3.3 Ziele der Produktgruppe 27103 Agrarwirtschaft

Z 1: Agrarwirtschaftliche Unternehmen erhalten und ihre Wettbewerbsfähigkeit sichern (Kennzahlen 1, 2 und 4 bis 6)
Z 2: Erhaltung der agrarwirtschaftlich genutzten Fläche (Kennzahl 3)
Z 3: Schutz von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen vor Schadorganismen sowie pflanzenschutzrechtliche Kontrollen (Kennzahlen 7 bis 9)
Z 4: Regionale Vermarktung von Agrarprodukten stärken (Kennzahl 10)

4.4.2.3.4 Kennzahlen der Produktgruppe 27103 Agrarwirtschaft

	Einheit	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
B_271_03_001 1. Wirtschaftende Erzeugerbetriebe gesamt	ANZ	776	680	680	680	680	680	680
B_271_03_002 2. davon ökologisch wirtschaftende Erzeugerbetriebe	ANZ	33	33	34	37	40	42	44
B_271_03_003 3. Bewirtschaftete Fläche der Erzeugerbetriebe gesamt	ha	14.334	14.440	14.440	14.440	14.440	14.440	14.440
B_271_03_004 4. Bewirtschaftete Fläche der ökologisch wirtschaftenden Erzeugerbetriebe	ha	1.000	1.100	1.150	1.200	1.250	1.300	1.350
B_271_03_005 5. Mit öffentlichen Mitteln gefördertes Investitionsvolumen in landwirtschaftlichen Unternehmen	Tsd. EUR	5.087	7.241	6.500	6.500	6.500	6.500	6.500
B_271_03_006 6. Höhe der Fördermittel des Bundes (GAK) für agrarwirtschaftliche Unternehmen	Tsd. EUR	725	410	740	710	1.200	1.350	1.500
B_271_03_007 7. Anzahl der über die EU-Einlassstelle Hamburg phytosanitär abgefertigten Importsendungen, Exportkontrollen sowie Pflanzengesundheitszeugnisse	ANZ	48.303	35.976	43.000	43.500	44.000	44.500	45.000
B_271_03_008 8. durchgeführte Pflanzenschutzmittelkontrollen	ANZ	744	876	1.000	1.100	1.100	1.200	1.200
B_271_03_009 9. durchgeführte Pflanzenschutzberatungen	ANZ	3758	3085	3850	3850	3850	3850	3850
B_271_03_010 10. Erzeuger/Produzenten aus der Metropolregion, die auf dem Großmarkt ihre Produkte handeln	ANZ	222	220	218	210	205	200	200

Die Kennzahlen sind im Wesentlichen wirkungsorientiert.

Die Kennzahlen 1 und 3 sind Zahlen vom Statistikamt Nord.

Zu Kennzahl 1: Als Erzeugerbetriebe werden solche Betriebe bezeichnet, die landwirtschaftliche Erzeugnisse des Gemüse-, Obst-, Garten- und der Imkerei oder Fischerei herstellen.

Zu Kennzahl 3: Hierin enthalten sind auch bewirtschaftete Flächen von Hamburger Betrieben in Nachbarländern.

Zu den Kennzahlen 2 und 4: Die Erzeugungsvorschriften für ökologisch wirtschaftende Betriebe sind in Art. 3 der EU-Öko-Verordnung VO (EG) Nr. 834/2007 vom 28. Juni 2007 festgelegt. Es werden darin insbesondere spezielle Anforderungen an die Gesunderhaltung von Boden, Wasser, Pflanzen und Tieren definiert.

Zu Kennzahl 5: Die Höhe des geförderten Investitionsvolumens setzt sich aus öffentlichen und privaten Mitteln zusammen.

Zu Kennzahl 6: Hierbei handelt es sich ausschließlich um Bundesmittel, die die BWVI zur Förderung der Agrarwirtschaft und ihrer Betriebe akquiriert. Nach dem Ausstieg aus dem ELER und dem Wegfall von EU-Mitteln wird sich die Inanspruchnahme von Bundesmitteln ab 2016 signifikant erhöhen.

Bei den Bundesmitteln handelt es sich um Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) (dargestellt im Rahmen des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK-Gesetz – GAKG)).

Zu Kennzahl 7: Phytosanitäre oder auch pflanzengesundheitliche Kontrollen dienen der Auffindung bzw. Feststellung von pflanzlichen Schadorganismen in Im- und Exportsendungen und sollen deren Einschleppung und Ansiedelung verhindern. Im Falle des Exportes werden nach erfolgter Untersuchung der Exportsendung Pflanzengesundheitszeugnisse ausgestellt, wenn die Ware für exportfähig befunden wurde. Wegen einer temporären Gesetzeslücke (Pflanzenbeschauverordnung § 7b) konnten der Pflanzengesundheitskontrolle in 2013 deutlich weniger Sendungen mit geregelter Verpackungsholz zugeleitet werden. Durch eine erneute Änderung der Pflanzenbeschauverordnung konnte diese Lücke geschlossen werden, so dass es seit Ende 2013 bereits wieder zu einem deutlichen Anstieg der phytosanitären Abfertigungen gekommen ist.

Zu Kennzahl 8: Die Pflanzenschutzmittelkontrollen umfassen alle Kontrollen des Inverkehrbringens (Einfuhr, Verkauf) und der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln.

Zu Kennzahl 9: Enthält die Beratung von Gartenbaubetrieben und den Bereich Garten und Öffentliches Grün.

4.4.2.3.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 27103 Agrarwirtschaft

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Agrarwirtschaft							
Erlöse	738	802		948	960	967	986
Kosten	6.598	6.023		7.421	7.428	7.511	7.620
Saldo Jahresergebnis 1 Agrarwirtschaft	-5.860	-5.221		-6.472	-6.468	-6.545	-6.634
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Agrarwirtschaft	0	0	0	0	0	0	0
Fischerei							
Erlöse	0	0		26	26	26	26
Kosten	299	166		158	159	160	161
Saldo Jahresergebnis 1 Fischerei	-299	-166		-132	-133	-134	-135
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Fischerei	0	0	0	0	0	0	0
Forstwirtschaft, Jagd							
Erlöse	256	209		246	249	251	251
Kosten	313	1.216		102	114	117	119
Saldo Jahresergebnis 1 Forstwirtschaft, Jagd	-56	-1.007		144	135	134	132
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Forstwirtschaft, Jagd	0	0	0	0	0	0	0
Pflanzenschutzamt							
Erlöse	1.032	926		300	300	300	300
Kosten	2.443	3.174		3.668	3.728	3.747	3.663
Saldo Jahresergebnis 1 Pflanzenschutzamt	-1.411	-2.249		-3.368	-3.428	-3.447	-3.363
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 Pflanzenschutzamt	0	0	0	0	0	0	0
LB Großmarkt Obst, Gemüse, Blumen							
Erlöse	0	0					
Kosten	263	5					
Saldo Jahresergebnis 1 LB Großmarkt Obst, Gemüse, Blumen	-263	-5					
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 LB Großmarkt Obst, Gemüse, Blumen	0	0	0	0	0	0	0

4.4.2.3.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 27103 Agrarwirtschaft

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtanzahl VZÄ				65,37	64,62	63,62	61,12

4.4.2.4 Produktgruppe 27104 Bez. Zuweisungen Agrarwirtschaft

4.4.2.4.1 Vorwort der Produktgruppe 27104 Bez. Zuweisungen Agrarwirtschaft

Für die Produktgruppe „Bezirkliche Zuweisungen Agrarwirtschaft“ werden keine Ziele und Kennzahlen ausgebracht. Die veranschlagten Mittel werden per Sollübertragung in die Bezirke übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke. Die Ist-Ergebnisse werden dort ebenfalls ausgewiesen.

4.4.2.4.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 27104 Bez. Zuweisungen Agrarwirtschaft

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Erlöse							
2. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0	0	435	445	445	445	445
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz							
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen							
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen				11	32	53	74
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	0	0	-435	-456	-477	-498	-519
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7+10)	0	0	-435	-456	-477	-498	-519
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	0	0	-435	-456	-477	-498	-519
16. Globale Mehr- oder Minderkosten							
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15+16)	0	0	-435	-456	-477	-498	-519

4.4.2.4.3 Ziele der Produktgruppe 27104 Bez. Zuweisungen Agrarwirtschaft

4.4.2.4.4 Kennzahlen der Produktgruppe 27104 Bez. Zuweisungen Agrarwirtschaft

Einheit	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018

4.4.2.4.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 27104 Bez. Zuweisungen Agrarwirtschaft

--

4.4.2.4.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 27104 Bez. Zuweisungen Agrarwirtschaft

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtanzahl VZÄ							

4.4.2.5 Produktgruppe 27105 Zentrale Programme Wirtschaft

4.4.2.5.1 Vorwort der Produktgruppe 27105 Zentrale Programme Wirtschaft

Für die Produktgruppe „Zentrale Programme Wirtschaft“ werden keine Ziele und Kennzahlen ausgebracht. Die veranschlagten Mittel werden unterjährig per Sollveränderung in andere Aufgabenbereiche bzw. Produktgruppen übertragen und dienen dort zur Erfüllung der veranschlagten Leistungszwecke. Die Ist-Ergebnisse werden dort ebenfalls ausgewiesen.

4.4.2.5.2 Ergebnisplan der Produktgruppe 27105 Zentrale Programme Wirtschaft

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Erlöse	2.088	4.397	4.988	2.816	4.028	3.362	4.656
2. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit	135	266	100	100	50	50	50
a) davon Kosten für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen							
b) davon IT-Kosten							
c) davon Kosten für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	0	0	0				
3. Personalkosten							
a) Kosten für Entgelte							
b) Kosten für Bezüge							
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen							
e) Kosten für Versorgungsleistungen							
4. Kosten für Transferleistungen	0	0	2.619	3.876	2.353	3.471	5.000
5. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen				78	202	319	488
6. Sonstige Kosten							
7. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	1.954	4.131	2.269	-1.237	1.423	-478	-882
8. Erlöse aus Finanzierungstätigkeit							
9. Kosten aus Finanzierungstätigkeit							
10. Finanzergebnis							
11. Ordentliches Ergebnis (7+10)	1.954	4.131	2.269	-1.237	1.423	-478	-882
12. Außerordentliche Erlöse							
13. Außerordentliche Kosten							
14. Außerordentliches Ergebnis							
15. Jahresergebnis	1.954	4.131	2.269	-1.237	1.423	-478	-882
16. Globale Mehr- oder Minderkosten							
17. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (15+16)	1.954	4.131	2.269	-1.237	1.423	-478	-882

Um flexibel auf zeitliche Verschiebungen reagieren zu können, ist die Ermächtigung, Kosten für Transferleistungen zu verursachen, übertragbar.

4.4.2.5.3 Ziele der Produktgruppe 27105 Zentrale Programme Wirtschaft

--

4.4.2.5.4 Kennzahlen der Produktgruppe 27105 Zentrale Programme Wirtschaft

Einheit	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018

4.4.2.5.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 27105 Zentrale Programme Wirtschaft

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
EFRE, Förderperiode 2007-2013							
Erlöse	661	2.782		2.550	1.633	160	160
Kosten	66	184		2.714	106	106	106
Saldo Jahresergebnis 1 EFRE, Förderperiode 2007-2013	595	2.598		-164	1.527	54	54
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 EFRE, Förderperiode 2007-2013	0	0	0	0	0	0	0
EFRE, Förderperiode 2014-2020							
Erlöse	0	0		266	2.395	3.202	4.496
Kosten	0	0		1.289	2.499	3.733	5.431
Saldo Jahresergebnis 1 EFRE, Förderperiode 2014-2020	0	0		-1.023	-103	-531	-935
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 EFRE, Förderperiode 2014-2020	0	0	0	0	0	0	0
ELER, Förderperiode 2007-2013							
Erlöse	1.428	1.615					
Kosten	69	82		50			
Saldo Jahresergebnis 1 ELER, Förderperiode 2007-2013	1.358	1.533		-50			
Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	0	0	0	0	0	0	0
Saldo Jahresergebnis 2 ELER, Förderperiode 2007-2013	0	0	0	0	0	0	0

4.4.2.5.6 Vollzeitäquivalente der Produktgruppe 27105 Zentrale Programme Wirtschaft

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Gesamtanzahl VZÄ							

4.4.3 Investitionen des Aufgabenbereichs 271 Wirtschaftsförderung

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Investitionsprogramme							
Erschließung v. Industrie- u. Gewerbefl.							
Auszahlungen	823	27	1.501	1.879	1.879	1.924	1.924
Saldo für Erschließung v. Industrie- u. Gewerbefl.	-823	-27	-1.501	-1.879	-1.879	-1.924	-1.924
ZZ FA MR-Aufforstungsmaßnahmen							
Auszahlungen	0	0	0				
Saldo für ZZ FA MR-Aufforstungsmaßnahmen	0	0	0				
RZ FA MR-Inv. in der Forstverwaltung							
Auszahlungen	0	0	147	147	147	147	147
Saldo für RZ FA MR-Inv. in der Forstverwaltung	0	0	-147	-147	-147	-147	-147
Förderung aus Mitteln des EFRE 2007-2013							
Einzahlungen	661	2.782	2.600	2.500	1.503		
Auszahlungen	0	0	2.619	2.661			
Saldo für Förderung aus Mitteln des EFRE 2007-2013	661	2.782	-19	-161	1.503		
Förderung aus Mitteln des EFRE 2014-2020							
Einzahlungen	0	0	353	260	2.337	3.037	4.187
Auszahlungen	0	0	0	1.214	2.353	3.470	4.999
Saldo für Förderung aus Mitteln des EFRE 2014-2020	0	0	353	-954	-16	-433	-812
Förderung aus Mitteln des ELER 2007-2013							
Einzahlungen	1.168	1.321	1.665				
Auszahlungen	0	0	0				
Saldo für Förderung aus Mitteln des ELER 2007-2013	1.168	1.321	1.665				
Summe Investitionsprogramme	1.006	4.076	350	-3.141	-539	-2.504	-2.883
Einzelinvestitionen							
Summe Einzelinvestitionen							
Sonstige Investitionen							
Einzahlungen sonstige Investitionen	471	217	295	678	678	678	678
Auszahlungen sonstige Investitionen	2.860	4.063	9.865	3.959	1.571	1.583	1.595
Summe sonstige Investitionen	-2.390	-3.845	-9.570	-3.281	-893	-905	-917
Globale Minderauszahlungen							
Globale Minderauszahlungen							
Summe Investitionsmittel	-1.384	231	-9.220	-6.422	-1.432	-3.409	-3.800

Erläuterungen zu den Investitionsprogrammen

Erschließung v. Industrie- u. Gewerbeflächen

Mit den veranschlagten Mitteln sollen geplante Erd-, Straßen-, Wasser- und Brückenbauarbeiten sowie weitere Maßnahmen der inneren und äußeren Erschließung einschließlich Schallschutzmaßnahmen, Gleisbauten und anteiliger Kosten für den Erwerb und die Herrichtung von Flächen für Ausgleichsmaßnahmen, die die Erschließung betreffen, im Interesse der Zielsetzung einer wachsenden Metropole Hamburg finanziert werden. Im Einzelfall können auch andere investive Maßnahmen zur Entwicklung von Industrie- und Gewerbeflächen im Rahmen dieses Programms durchgeführt werden.

RZ FA MR-Investitionen in der Forstverwaltung

Da Wald eine große Kohlenstoffsенke ist, erfüllt er bei der Bewältigung der Folgen der Klimaänderung in dem Ballungsraum Hamburg eine wichtige Aufgabe. Durch Aufforstung wird die Waldentwicklung beschleunigt, so dass die CO₂-Bindungsfunktion früher einsetzt und insgesamt deutlich verbessert wird.

Zusätzlich werden Infrastrukturmaßnahmen unterstützt.

Förderung aus Mitteln des EFRE 2007-2013

Hamburg wurden für die derzeit laufende Förderperiode 2007-2013 EFRE-Mittel in Höhe von rd. 34,621 Mio. Euro zugesagt, die in mindestens gleicher Höhe national kofinanziert werden und bis spätestens 31.12.2015 ausgezahlt sein müssen. In diesem Investitionsprogramm sind die EU-Mittel veranschlagt. Sie werden auf entsprechende Maßnahmen in dem Einzelplan übertragen, der für die Durchführung und Kofinanzierung eines EFRE-Projekts zuständig ist.

Förderung aus Mitteln des EFRE 2014-2020

Hamburg wurden für die Förderperiode 2014-2020 EFRE-Mittel in Höhe von rd. 55,472 Mio. Euro zugesagt, die in mindestens gleicher Höhe national kofinanziert werden und bis spätestens 31.12.2023 ausgezahlt sein müssen.

In diesem Investitionsprogramm sind die EU-Mittel veranschlagt. Sie werden auf entsprechende Maßnahmen in dem Einzelplan übertragen, der für die Durchführung und Kofinanzierung eines EFRE-Projekts zuständig ist.

Förderung aus Mitteln des ELER 2007-2013

Auf der Grundlage der EU-Verordnung Nr. 1698/2005 hat die EU-Kommission den für den Förderzeitraum 2007- 2013 vorgelegten Plan zur ländlichen Entwicklung „Stadt, Land, Fluss“ genehmigt, der damit die rechtsverbindliche Grundlage zur Umsetzung der vorgesehenen Einzelmaßnahmen darstellt, die aus dem europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung der ländlichen Räume (ELER) kofinanziert werden. Die Einzelmaßnahmen werden unter Berücksichtigung der Programmschwerpunkte der EU-Verordnung „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft, Verbesserung der Umwelt und der Landschaft und Lebensqualität im ländlichen Raum sowie Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft“ angeboten.

Die Fördermittel, die den EU-Mitgliedsstaaten zur Verfügung gestellt werden, müssen mit nationalen Mitteln (Bund/Land) ergänzt werden. Aus diesem Zentraltopf überträgt die BWVI die zugewiesenen EU-Mittel auf die jeweiligen Behörden.

Erläuterungen zu den sonstigen Investitionen

CCH - Hamburgische Beteiligung an der Objektgesellschaft zur Revitalisierung des CCH

Für die Planung der Revitalisierung des CCH bis zur HOAI Phase 4 wurden mit der Drs. 20/8916 Planungsmittel eingeworben. Die Abwicklung erfolgt über die für die Revitalisierung gegründete Objektgesellschaft CCH Immobilien GmbH & Co. KG.

LEADER-Projekte investiv

Im Rahmen der Umsetzung des Hamburger Programmplans zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums werden bis Ende 2015 ausschließlich bereits bewilligte Maßnahmen und Projekte der Förderperiode 2007-2013, die unter Berücksichtigung der Aspekte Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, der Umweltverbesserung sowie der Förderung der Diversifizierung neu und innovativ sind, gefördert. Insbesondere Infrastrukturmaßnahmen wie bspw. die „Funktionserweiterung Zollenspieker Fährhaus“ bilden diesen Ansatz ab.

GAK/ELER-Projekte

Zur Unterstützung einer wettbewerbsfähigen, nachhaltigen, umweltschonenden, tiergerechten und multifunktionalen Landwirtschaft werden investive Maßnahmen zur Verbesserung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe auf der Erzeugungs-, Verarbeitungs- und Vermarktungsstufe gefördert. Daneben werden auch Maßnahmen zur Erzielung außerlandwirtschaftlicher Einkommen gefördert. Das Förderangebot umfasst auch Investitionen, die auf agrar- und infrastrukturell optimierte Bewirtschaftungsbedingungen abzielen und zur Sicherung und Weiterentwicklung der landwirtschaftlich geprägten Gebiete beitragen.

Brennerhof

Veranschlagt sind die ab Abnahme des Baus (2013) erforderlichen Kassenmittel für den Werklohnanteil für die Errichtung des Kompetenz- und Beratungszentrums (Leistungsentgelt 1 Werklohnanteil) für die Dauer des Lebenszyklus (25 Jahre).

Die zu zahlenden Raten sind vertraglich festgelegt (Bauvertrag und Vertrag zum Facility-Management).

Geräte, Ausstattung Forstbetrieb

Veranschlagt sind die investiven Neu- und Ersatzbeschaffungen von Geräten, Fahrzeugen und weiterer Ausstattungen für die Revierförsterei Alt Erfrade bzw. für die Forstverwaltung der BWVI.

Geräte, sonstige bewegliche Sachen Pflanzenschutzamt

Veranschlagt sind Mittel insbesondere zur Beschaffung von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen für das Pflanzenschutzamt, die Amtliche Pflanzenbeschau und die Bewirtschaftung des Versuchsfeldes (Außenflächen und Gewächshäuser) und Untersuchungsgeräten im Rahmen der Labor- und Untersuchungstätigkeit zur Wahrnehmung der hoheitsrechtlichen Aufgaben und Dienstleistungen für Dritte. Die durch die EU vorgeschriebenen Untersuchungsobjekte und die Methodik muss durch eine den aktuellen Verhältnissen angepasste Technik erfolgen.

Grunderwerb für Wald

Veranschlagt sind Einnahmen aus dem Verkauf von Grundflächen im Eigentum der Forstverwaltung der BWVI. Die Mittel sollen für die Arrondierung und Ergänzung von Waldflächen der Revierförsterei Alt-Erfrade sowie besondere Aufforstungsprojekte der BWVI verwendet werden. Die investiven Mittel werden wegen der inzwischen erfolgten Übertragung der Waldflächen an die Bezirke zu 100% an die Bezirksverwaltungen zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung übertragen.

4.4.4 Darlehen des Aufgabenbereichs 271 Wirtschaftsförderung

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Vorfinanzierung Leitungsverlegung							
Einzahlungen	14	53	50	50	50	50	50
Auszahlungen		115	200	200	200	400	400
Saldo Vorfinanzierung Leitungsverlegung	14	-62	-150	-150	-150	-350	-350
Landwirtschaftsdarlehen							
Einzahlungen	48	38	9	9	9	9	9
Saldo Landwirtschaftsdarlehen	48	38	9	9	9	9	9
Summe Darlehen	61	-24	-141	-141	-141	-341	-341

Vorfinanzierung Leitungsverlegung

Die Industrie- und Gewerbeflächen werden auf Vorrat erschlossen, um jederzeit stadtwirtschaftlich bedeutsame Firmen mit Flächen bedienen zu können (siehe Erläuterungen zu den Investitionen zur Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen). Die stadt-eigenen Hamburger Versorgungsunternehmen können jedoch nicht auf Vorrat Leitungen herstellen, da die finanzielle Ausstattung der Unternehmen dies nicht zulässt. Daher wurde vereinbart, dass die BWVI die Baukosten als Darlehen übernimmt und das jeweilige Versorgungsunternehmen das gewährte Darlehen über Anschlussgebühren refinanziert und zurückzahlt; die Laufzeit beträgt 20 Jahre.

Darlehen i.R.d. Wirtschaftsförderung

Es handelt sich um Darlehen, die Wirtschaftsförderungsinstitutionen zur Durchführung von Wirtschaftsförderungsmaßnahmen zugunsten von kleinen und mittleren Hamburger Unternehmen gewährt wurden. Es ist nicht geplant, neue Darlehen zu gewähren.

Landwirtschaftsdarlehen

Es handelt sich um Rückflüsse der Tilgungsanteile für ehemals an landwirtschaftliche Betriebsinhaber gewährte öffentliche Darlehen zur Finanzierung investiver Fördervorhaben. Es ist nicht geplant, neue Darlehen zu gewähren.

4.4.5 Wesentliche Gesetzliche Leistungen des Aufgabenbereichs 271 Wirtschaftsförderung

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
Summe Gesetzliche Leistungen							

4.4.6 Haushaltsrechtliche Regelungen des Aufgabenbereichs 271 Wirtschaftsförderung

Die Ermächtigung, Kosten für Transferleistungen zu verursachen, ist übertragbar.

4.5 Verpflichtungsermächtigungen der Teilpläne des Einzelplans Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

4.5.1 Teilplan des Aufgabenbereichs 268

4.5.1.1 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 268

4.5.1.1.1 Konsumtive VE der Produktgruppe 268.02

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit			1.650	1.650	1.650	1.650	1.650
VE für Kosten für Transferleistungen			511	2.500	2.500	2.500	2.500
VE für Sonstige Kosten			0	0	0	0	0

Erläuterungen zu den Verpflichtungsermächtigungen:

Die Verpflichtungsermächtigungen für Kosten aus Verwaltungstätigkeit dienen vorrangig dazu mehrjährige vertragliche Verpflichtungen im Rahmen des Förderfonds der Metropolregion Hamburg eingehen zu können.

Die Verpflichtungsermächtigungen für Kosten für Transferleistungen werden für mehrjährige Projektförderungen an die HMG und deren Tochterunternehmen benötigt.

Es ist ebenfalls eine Verpflichtungsermächtigung an das HCB für die Durchführung der Rotary Convention enthalten.

4.5.2 Teilplan des Aufgabenbereichs 269

4.5.2.1 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 269

4.5.2.1.1 Konsumtive VE der Produktgruppe 269.01

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit			10.250	10.130	8.130	8.130	8.130
VE für Kosten für Transferleistungen			0	0	0	0	0
VE für Sonstige Kosten			0	0	0	0	0

Erläuterungen zu den Verpflichtungsermächtigungen:

Die Verpflichtungsermächtigungen werden für mehrjährige Vertragsvergaben benötigt. Diese dienen vor allem der Einrichtung und dem Betrieb eines öffentlichen Fahrradleihsystems sowie Maßnahmen zur Förderung des nicht motorisierten Verkehrs und der Umsetzung der EU-Richtlinie Umgebungslärmschutz (Verkehrslärm).

4.5.2.1.2 Konsumtive VE der Produktgruppe 269.02

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit			126.824	156.188	148.880	150.000	150.000
VE für Kosten für Transferleistungen			9.013	12.498	6.498	6.500	6.500
VE für Sonstige Kosten			0	0	0	0	0

Erläuterungen zu den Verpflichtungsermächtigungen:

Die Verpflichtungsermächtigungen für Kosten aus Verwaltungstätigkeit dienen zur Beauftragung von freiberuflich Tätigen (Architekten, Ingenieure u.a.) v.a. für Bundesfernstraßen sowie für Maßnahmen auf Straßen, Brücken, Tunneln sowie der öffentlichen Beleuchtung und Lichtsignalanlagen.

Die Verpflichtungsermächtigungen für Transferleistungen werden für mehrjährige Zuwendungsverfahren benötigt. Sie beziehen sich vor allem auf die Umsetzung des Busbeschleunigungsprogramms sowie auf Zuwendungen an die Verkehrsunternehmen.

4.5.2.1.3 Konsumtive VE der Produktgruppe 269.03

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit			12.396	16.752	16.752	16.752	16.752
VE für Kosten für Transferleistungen			0	0	0	0	0
VE für Sonstige Kosten			0	0	0	0	0

Erläuterungen zu den Verpflichtungsermächtigungen:

Die Verpflichtungsermächtigungen gewährleisten einen flexiblen und jahresübergreifenden Mitteleinsatz der Zuweisungen für die Bezirke.

4.5.2.1.4 Konsumtive VE der Produktgruppe 269.04

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit			9.594	8.060	8.060	8.060	8.060
VE für Kosten für Transferleistungen			142.979	140.123	142.300	144.510	146.752
VE für Sonstige Kosten			0	0	0	0	0

Erläuterungen zu den Verpflichtungsermächtigungen:

Die Verpflichtungsermächtigungen für Kosten aus Verwaltungstätigkeit dienen zur Beauftragung von freiberuflich Tätigen (Architekten, Ingenieureaktivierbare u.a.).

Die Verpflichtungen für Kosten für Transferleistungen werden für Maßnahmen benötigt, die ganz oder zum Teil mittels Zuweisungen des Bundes gemäß Regionalisierungsgesetz finanziert werden.

4.5.2.2 Investive VE des Aufgabenbereichs 269

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Investitionsprogramm							
Verpflichtungsermächtigung für Öffentliche Straßen und Wege I			50.687	38.225	37.305	37.000	37.000
Verpflichtungsermächtigung für konstruktive Ingenieurbauwerke			9.229	17.383	8.500	8.500	8.500
Verpflichtungsermächtigung für Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen			2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
Verpflichtungsermächtigung für Flächenentwicklung Bahnflächen Altona			6.732	6.732	6.732	6.732	6.732
Verpflichtungsermächtigung für Busbeschleunigungsprogramm I			24.000	24.000	24.000	24.000	24.000
Verpflichtungsermächtigung für barrierefr. Ausb. Schnellbahnhaltest.			5.035	14.250	14.250	14.250	14.250
Verpflichtungsermächtigung für Aufhebung der Bahnübergänge Wandsbek			1.500	2.250	0	0	0
Verpflichtungsermächtigung für Bau Linie S4 von Altona nach Bad Oldesloe			0	54.000	0	0	0
Verpflichtungsermächtigung für Veloroute 11 - Harburger Chaussee			0	13.000	0	0	0
Verpflichtungsermächtigung für Inv. i. Zusammenh. M. Bundesfernstraßen			128	475	475	475	475
Verpflichtungsermächtigung für RZ FA MR-Neu-, Ausb Grundinst. Straße			18.000	22.194	22.194	22.194	22.194
Verpflichtungsermächtigung für ZZ FA MR-Förderung Radverkehr			1.350	1.350	1.350	1.350	1.350
Verpflichtungsermächtigung für RZ FA MR-Erschließung			0	5.310	5.310	5.310	5.310
Verpflichtungsermächtigung für ZZ FA MR - EMS			0	1.400	1.400	1.400	1.400
Verpflichtungsermächtigung für Sonderprogramm Verkehr u. Straßenwesen			11.750	8.250	8.250	8.250	8.250
Verpflichtungsermächtigungen für Investitionsprogramme	0	0	130.411	210.819	131.766	131.461	131.461
Einzelinvestition							
Verpflichtungsermächtigung für GI Alte Landstraße			0	5.247	0	0	0
Verpflichtungsermächtigungen für Einzelinvestitionen	0	0	0	5.247	0	0	0
Sonstige Investitionen							
Verpflichtungsermächtigung für Sonstige Investitionen			0	70	70	70	70
Erläuterungen :							
Die Verpflichtungsermächtigungen ermöglichen das Eingehen von mehrjährigen Verpflichtungen bei Baumaßnahmen. Des Weiteren dienen die Verpflichtungsermächtigungen zur frühzeitigen Zusicherung von Zuweisungen an die Verkehrsunternehmen für investive Maßnahmen.							
Zudem werden die Verpflichtungsermächtigungen für investive Maßnahmen benötigt, die ganz oder zum Teil mittels Zuweisungen des Bundes gemäß § 3 Abs. 1 Entflechtungsgesetz, mittels Zuweisungen des Bundes gemäß § 5 Regionalisierungsgesetz sowie mittels Zuweisungen des Bundes gemäß dem GVFG-Bundesprogramm finanziert werden.							

4.5.3 Teilplan des Aufgabenbereichs 270

4.5.3.1 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 270

4.5.3.1.1 Konsumtive VE der Produktgruppe 270.01

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit			50	65	65	65	65
VE für Kosten für Transferleistungen			180	315	315	315	315
VE für Sonstige Kosten			0	0	0	0	0

Erläuterungen zu den Verpflichtungsermächtigungen:

Die Verpflichtungsermächtigungen für Kosten aus Verwaltungstätigkeit werden für mehrjährige Auftragsvergaben vor allem für Beratungsleistungen auf den Gebieten der Logistik, Dienstleistungen und Wirtschaftsinfrastruktur benötigt.

Die Verpflichtungsermächtigungen für Kosten für Transferleistungendiensten werden für mehrjährige Zuwendungsverfahren im Rahmen des Clusters Logistik benötigt.

4.5.3.1.2 Konsumtive VE der Produktgruppe 270.02

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit			1.625	1.610	1.610	1.610	1.610
VE für Kosten für Transferleistungen			5.025	5.425	5.025	5.025	5.025
VE für Sonstige Kosten			0	0	0	0	0

Erläuterungen zu den Verpflichtungsermächtigungen:

Die Verpflichtungsermächtigungen für Kosten aus Verwaltungstätigkeit werden für mehrjährige Auftragsvergaben für die Innovationsregion Hamburg sowie eine Innovations- und Clusterorientierte Wirtschaftspolitik benötigt.

Die Verpflichtungsermächtigungen für Kosten für Transferleistungen ermöglichen mehrjährige Zuwendungsverfahren innerhalb der Clusterpolitik und der Weiterentwicklung der Elektromobilität.

4.5.3.1.3 Konsumtive VE der Produktgruppe 270.03

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit			148	211	211	211	211
VE für Kosten für Transferleistungen			337	1.204	1.204	1.204	1.204
VE für Sonstige Kosten			0	0	0	0	0

Erläuterungen zu den Verpflichtungsermächtigungen:

Die Verpflichtungsermächtigungen für Kosten aus Verwaltungstätigkeit werden für mehrjährige Auftragsvergaben für strukturpolitische Belange sowie Mittelstand und Handwerk benötigt.

Die Verpflichtungsermächtigungen für Kosten für Transferleistungen dienen mehrjährigen Zuwendungsverfahren im Bereich der Strukturpolitik, dem Mittelstand und Handwerk.

4.5.3.1.4 Konsumtive VE der Produktgruppe 270.05

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit			0	0	0	0	0
VE für Kosten für Transferleistungen			1.000	930	0	0	0
VE für Sonstige Kosten			0	0	0	0	0

Erläuterungen zu den Verpflichtungsermächtigungen:

Die Verpflichtungsermächtigungen werden für Zuwendungen an die HPA benötigt.

4.5.3.2 Investive VE des Aufgabenbereichs 270

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Investitionsprogramm							
Verpflichtungsermächtigung für Hafenstrassen			25.000	25.000	25.000	25.000	25.000
Verpflichtungsermächtigung für Hafenbahn			50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
Verpflichtungsermächtigung für sonstige allgemeine Hafeninfrastruktur			124.000	124.000	125.000	125.000	125.000
Verpflichtungsermächtigung für Hafeninvestitionen i.Z.m. Zuw. Seehäfen			0	0	0	0	0
Verpflichtungsermächtigungen für Investitionsprogramme	0	0	199.000	199.000	200.000	175.000	175.000

Erläuterungen :

Des Weiteren dienen die Verpflichtungsermächtigungen zur frühzeitigen Zusicherung von Zuweisungen an die HPA für Baumaßnahmen im Hafen.

4.5.4 Teilplan des Aufgabenbereichs 271

4.5.4.1 Produktgruppen des Aufgabenbereichs 271

4.5.4.1.1 Konsumtive VE der Produktgruppe 271.01

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit			100	73	73	73	73
VE für Kosten für Transferleistungen			0	0	0	0	0
VE für Sonstige Kosten			0	0	0	0	0

Erläuterungen zu den Verpflichtungsermächtigungen:

Die Verpflichtungsermächtigungen werden für mehrjährige Auftragsvergaben für Maßnahmen zur Erschließung ausländischer Märkte benötigt.

4.5.4.1.2 Konsumtive VE der Produktgruppe 271.02

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit			26.466	27.110	26.800	26.800	26.800
VE für Kosten für Transferleistungen			0	0	0	0	0
VE für Sonstige Kosten			0	0	0	0	0

Erläuterungen zu den Verpflichtungsermächtigungen:

Die Verpflichtungsermächtigungen dienen für mehrjährige Auftragsvergaben für Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft sowie für Erschließungsmaßnahmen von Industrie- und Gewerbeflächen.

4.5.4.1.3 Konsumtive VE der Produktgruppe 271.03

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit			230	200	210	210	210
VE für Kosten für Transferleistungen			1.000	780	780	780	780
VE für Sonstige Kosten			0	0	0	0	0

Erläuterungen zu den Verpflichtungsermächtigungen:

Die Verpflichtungsermächtigungen für Kosten aus Verwaltungstätigkeit werden für mehrjährige Auftragsvergaben im Rahmen der Agrarwirtschaft benötigt. Sie beziehen sich im Wesentlichen auf kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie Sach- und Fachausgaben des Pflanzenschutzamtes und Betriebsausgaben für die Waldbewirtschaftung.

Die Verpflichtungsermächtigungen für Kosten für Transferleistungen dienen mehrjährigen Zuwendungsverfahren, in den Bereichen Sicherung der "Leistungsprüfungen für Pferdezucht", der Verwendung zweckgebundener Einnahmen aus der Fischereiabgabe, der Förderung der Landwirtschaft, Erstattungen von Bewirtschaftungs- und Bauunterhaltungskosten sowie Zuweisung an die Bundesforschungsanstalt für Fischerei und Erstattung von Geläufpflegekosten an den Hamburger Renn-Club e. V.

4.5.4.1.4 Konsumtive VE der Produktgruppe 271.04

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit			113	113	113	113	113
VE für Kosten für Transferleistungen			0	0	0	0	0
VE für Sonstige Kosten			0	0	0	0	0

Erläuterungen zu den Verpflichtungsermächtigungen:

Die Verpflichtungsermächtigungen gewährleisten einen flexiblen und jahresübergreifenden Mitteleinsatz für die Bezirke für die Rahmenzuweisung Betriebsausgaben der Forstverwaltung.

4.5.4.1.5 Konsumtive VE der Produktgruppe 271.05

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
VE für Kosten aus Verwaltungstätigkeit			0	40	30	30	30
VE für Kosten für Transferleistungen			5.000	15.000	15.000	10.000	10.000
VE für Sonstige Kosten			0	0	0	0	0

Erläuterungen zu den Verpflichtungsermächtigungen:

Die Verpflichtungsermächtigungen für Kosten aus Verwaltungstätigkeit werden für mehriährige Auftragsvergaben im Rahmen der Technischen Hilfe für das EFRE-Programm der Förderperiode 2014 - 2020 benötigt.

Die Verpflichtungsermächtigungen für Kosten für Transferleistungen dienen mehriährigen Zuwendungsverfahren im Rahmen des EFRE-Programms in der Förderperiode 2014 - 2020.

4.5.4.2 Investive VE des Aufgabenbereichs 271

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Investitionsprogramm							
Verpflichtungsermächtigung für Erschließung v. Industrie- u. Gewerbefl.			4.756	4.756	4.756	4.756	4.756
Verpflichtungsermächtigung für RZ FA MR-Inv. In der Forstverwaltung			36	36	36	36	36
Verpflichtungsermächtigung für Förderung aus Mitteln des EFRE 2014-2020			5.000	15.000	15.000	10.000	10.000
Verpflichtungsermächtigungen für Investitionsprogramme	0	0	4.792	19.792	19.792	4.792	4.792
Sonstige Investitionen							
Verpflichtungsermächtigung für Sonstige Investitionen			48	60	60	60	60

Erläuterungen :
 Die Verpflichtungsermächtigungen ermöglichen das Eingehen von mehrjährigen Verpflichtungen bei Baumaßnahmen, vor allem im Rahmen der Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen. Zudem dienen die Verpflichtungsermächtigungen der Anschaffung von beweglichen Anlagevermögen im Forstbetrieb sowie für das Pflanzenschutzamt.
 Die Verpflichtungsermächtigungen werden zudem zur frühzeitigen Zusicherung von Zuweisungen im Rahmen des EFRE-Programms in der Förderperiode 2014 - 2020 benötigt.

4.5.4.3 VE der Darlehen des Aufgabenbereichs 271

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Verpflichtungsermächtigung für Vorfinanzierung Leitungsverlegung			256	256	256	256	256
Gesamtsaldo Darlehen	0	0	256	256	256	256	256

Erläuterungen :
 Die Verpflichtungsermächtigungen ermöglichen das Eingehen von mehrjährigen Verpflichtungen für die Verlegung von Versorgungsleitungen im Rahmen der Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen.

5 Ergebnis- und Finanzpläne der Aufgabenbereiche

5.1 Ergebnis- und Finanzpläne des Aufgabenbereichs 268 Steuerung und Service (BWVI)

5.1.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 268 Steuerung und Service (BWVI)

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-1.136	1.925	1.974	2.068	2.068	2.068	2.068
2. Erlöse aus Transferleistungen							
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich							
4. Aktivierte Eigenleistungen							
5. Sonstige Erlöse	2.794	1.902	788	830	847	848	848
6. Erlöse aus Verrechnungen	247	143	20	20	19	18	18
7. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit	12.807	14.614	12.349	12.075	12.276	13.676	13.901
8. Personalkosten	11.696	12.482	13.420	13.407	13.342	13.497	13.857
a) Kosten für Entgelte	4.741	4.753	5.177	5.180	5.000	4.979	5.113
b) Kosten für Bezüge	4.617	5.192	5.387	5.139	5.252	5.383	5.527
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter	0	7	0	7	7	7	7
d) Kosten für Sozialleistungen	914	917	1.258	1.280	1.252	1.256	1.288
e) Kosten für Versorgungsleistungen	1.424	1.613	1.599	1.801	1.831	1.872	1.922
9. Kosten für Transferleistungen	7.068	10.928	10.175	6.865	6.795	6.928	6.928
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich							
11. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	284	274	251	375	146	139	137
12. Sonstige Kosten	67	229	62	386	386	386	386
13. Kosten aus Verrechnungen	0	0	0	89	89	89	89
14. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	-30.017	-34.556	-33.475	-30.279	-30.100	-31.781	-32.364
15. Erlöse aus Beteiligungen							
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens							
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse	0	0	0				
18. Abschreibungen auf Ausleihungen des Finanzanlagevermögens und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
19. Zinsen und ähnliche Kosten							
20. Finanzergebnis	0	0	0				
21. Ordentliches Ergebnis (14+20)	-30.017	-34.556	-33.475	-30.279	-30.100	-31.781	-32.364
22. Außerordentliche Erlöse							
23. Außerordentliche Kosten							
24. Außerordentliches Ergebnis							
25. Jahresergebnis (21+24)	-30.017	-34.556	-33.475	-30.279	-30.100	-31.781	-32.364
26. Globale Mehr- oder Minderkosten							
27. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (25+26)	-30.017	-34.556	-33.475	-30.279	-30.100	-31.781	-32.364

5.1.2 Finanzplan des Aufgabenbereichs 268 Steuerung und Service (BWVI)

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit	1.903	3.970	2.782	2.918	2.934	2.934	2.934
2. Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	30.214	36.639	34.147	30.739	30.769	32.407	32.936
3. Saldo aus Verwaltungstätigkeit	-28.311	-32.669	-31.365	-27.821	-27.835	-29.473	-30.002
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuschüssen							
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen							
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen							
7. Sonstige Investitionseinzahlungen							
8. Auszahlungen für geleistete Investitionszuschüsse							
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden							
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen							
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0	0	0	8	8	8	8
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen							
13. Sonstige Investitionsauszahlungen	103	321	0				
14. Globale Minderauszahlungen				-12.688	-13.644	-21.303	-15.713
15. Saldo aus Investitionstätigkeit	-103	-321	0	12.680	13.636	21.295	15.705
16. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
17. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
18. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten							
19. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten							
20. Saldo aus Finanzierungstätigkeit							
21. Finanzbedarf an liquiden Mitteln	-28.415	-32.990	-31.365	-15.141	-14.199	-8.178	-14.297

5 Ergebnis- und Finanzpläne der Aufgabenbereiche

5.2 Ergebnis- und Finanzpläne des Aufgabenbereichs 269 Verkehr und Straßenwesen

5.2.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 269 Verkehr und Straßenwesen

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse aus lfd. Verwaltungstätigkeit	153.729	151.773	164.128	166.317	168.770	177.352	179.252
2. Erlöse aus Transferleistungen	142.276	143.936	155.996	154.209	156.353	158.530	160.740
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich							
4. Aktivierte Eigenleistungen							
5. Sonstige Erlöse	7.067	9.097	4.048	5.078	6.697	8.351	10.005
6. Erlöse aus Verrechnungen							
7. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit	111.170	111.292	148.119	124.119	132.284	131.116	149.083
8. Personalkosten	8.497	8.665	8.478	8.936	9.121	9.385	9.531
a) Kosten für Entgelte	2.532	2.616	2.745	2.521	2.572	2.667	2.649
b) Kosten für Bezüge	3.929	3.975	3.723	4.255	4.345	4.451	4.575
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter	0	0	3	3	3	3	3
d) Kosten für Sozialleistungen	488	504	689	719	734	759	761
e) Kosten für Versorgungsleistungen	1.549	1.569	1.319	1.438	1.467	1.505	1.543
9. Kosten für Transferleistungen	142.486	166.047	195.396	189.357	190.651	192.278	195.038
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich							
11. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	103.641	133.417	122.214	165.274	164.247	164.456	163.796
12. Sonstige Kosten	1.795	1.765	541	115	115	115	115
13. Kosten aus Verrechnungen							
14. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	-64.518	-116.381	-150.576	-162.197	-164.598	-153.117	-167.566
15. Erlöse aus Beteiligungen							
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens							
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse	9	0	0				
18. Abschreibungen auf Ausleihungen des Finanzanlagevermögens und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
19. Zinsen und ähnliche Kosten							
20. Finanzergebnis	9	0	0				
21. Ordentliches Ergebnis (14+20)	-64.509	-116.381	-150.576	-162.197	-164.598	-153.117	-167.566
22. Außerordentliche Erlöse							
23. Außerordentliche Kosten							
24. Außerordentliches Ergebnis							
25. Jahresergebnis (21+24)	-64.509	-116.381	-150.576	-162.197	-164.598	-153.117	-167.566
26. Globale Mehr- oder Minderkosten							
27. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (25+26)	-64.509	-116.381	-150.576	-162.197	-164.598	-153.117	-167.566

5.2.2 Finanzplan des Aufgabenbereichs 269 Verkehr und Straßenwesen

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit	302.419	304.045	323.372	323.999	328.596	339.355	343.465
2. Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	262.399	286.200	351.056	320.855	330.465	331.144	351.973
3. Saldo aus Verwaltungstätigkeit	40.019	17.845	-27.684	3.144	-1.869	8.211	-8.508
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuschüssen	50.754	27.551	23.720	36.720	36.720	36.720	36.720
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen							
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen							
7. Sonstige Investitionseinzahlungen	2.675	776	2.850	5.625	5.625	5.625	5.625
8. Auszahlungen für geleistete Investitionszuschüsse	54.027	29.934	37.673	38.902	40.252	49.752	50.702
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden	706	533	3.263				
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen	73.394	72.149	103.947	97.630	98.833	80.635	100.371
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0	0	300	300	300	300	300
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen							
13. Sonstige Investitionsauszahlungen	246	405	250	70	70	320	320
14. Globale Minderauszahlungen							
15. Saldo aus Investitionstätigkeit	-74.944	-74.693	-118.863	-94.557	-97.110	-88.662	-109.348
16. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
17. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen			70				
18. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten							
19. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten							
20. Saldo aus Finanzierungstätigkeit			-70				
21. Finanzbedarf an liquiden Mitteln	-34.925	-56.848	-146.616	-91.413	-98.979	-80.451	-117.856

5 Ergebnis- und Finanzpläne der Aufgabenbereiche

5.3 Ergebnis- und Finanzpläne des Aufgabenbereichs 270 Innovations- und Strukturpolitik

5.3.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 270 Innovations- und Strukturpolitik

	Ist 2012	Ist 2013	Fortg. Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Erlöse aus lfd. Verwaltungstätigkeit	417	376	310	315	315	315	315
2. Erlöse aus Transferleistungen	59	0	0				
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich							
4. Aktivierte Eigenleistungen							
5. Sonstige Erlöse	1.709	1.684	1.735	1.735	1.735	2.085	2.783
6. Erlöse aus Verrechnungen							
7. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit	13.259	48.376	13.250	1.922	1.916	2.366	2.366
8. Personalkosten	5.080	5.602	5.484	5.739	5.616	5.726	5.796
a) Kosten für Entgelte	1.989	2.242	2.148	2.097	1.994	2.021	2.008
b) Kosten für Bezüge	1.962	2.120	2.118	2.309	2.310	2.366	2.429
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	383	432	523	531	512	521	521
e) Kosten für Versorgungsleistungen	746	807	696	802	800	818	838
9. Kosten für Transferleistungen	11.995	11.930	26.366	65.824	59.777	58.073	39.673
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich							
11. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	9.889	9.529	9.425	28.615	28.455	30.765	35.534
12. Sonstige Kosten	0	0	0	1	1	1	1
13. Kosten aus Verrechnungen							
14. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	-38.038	-73.377	-52.481	-100.051	-93.714	-94.531	-80.271
15. Erlöse aus Beteiligungen							
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens							
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse							
18. Abschreibungen auf Ausleihungen des Finanzanlagevermögens und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
19. Zinsen und ähnliche Kosten							
20. Finanzergebnis							
21. Ordentliches Ergebnis (14+20)	-38.038	-73.377	-52.481	-100.051	-93.714	-94.531	-80.271
22. Außerordentliche Erlöse							
23. Außerordentliche Kosten							
24. Außerordentliches Ergebnis							
25. Jahresergebnis (21+24)	-38.038	-73.377	-52.481	-100.051	-93.714	-94.531	-80.271
26. Globale Mehr- oder Minderkosten							
27. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (25+26)	-38.038	-73.377	-52.481	-100.051	-93.714	-94.531	-80.271

5.3.2 Finanzplan des Aufgabenbereichs 270 Innovations- und Strukturpolitik

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit	516	391	310	315	315	315	315
2. Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	29.588	65.102	44.297	72.557	66.383	65.217	46.865
3. Saldo aus Verwaltungstätigkeit	-29.072	-64.710	-43.987	-72.242	-66.068	-64.902	-46.550
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuschüssen	20.422	21.504	20.963	20.963	20.963	20.963	20.963
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen							
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen							
7. Sonstige Investitionseinzahlungen							
8. Auszahlungen für geleistete Investitionszuschüsse	24.626	24.517	30.390	124.797	123.070	124.000	124.000
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden							
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen							
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen							
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen							
13. Sonstige Investitionsauszahlungen							
14. Globale Minderauszahlungen							
15. Saldo aus Investitionstätigkeit	-4.205	-3.012	-9.427	-103.834	-102.107	-103.037	-103.037
16. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
17. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
18. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten							
19. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten							
20. Saldo aus Finanzierungstätigkeit							
21. Finanzbedarf an liquiden Mitteln	-33.277	-67.723	-53.414	-176.076	-168.175	-167.939	-149.587

5 Ergebnis- und Finanzpläne der Aufgabenbereiche

5.4 Ergebnis- und Finanzpläne des Aufgabenbereichs 271 Wirtschaftsförderung

5.4.1 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs 271 Wirtschaftsförderung

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Erlöse aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.304	1.067	583	488	488	488	488
2. Erlöse aus Transferleistungen	2.341	4.665	5.363	3.133	4.207	3.403	4.553
3. Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich							
4. Aktivierte Eigenleistungen							
5. Sonstige Erlöse	896	685	604	716	868	1.014	1.179
6. Erlöse aus Verrechnungen							
7. Kosten aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.344	1.807	4.848	9.343	9.301	9.550	9.553
8. Personalkosten	7.171	6.863	5.801	7.613	7.703	7.914	8.035
a) Kosten für Entgelte	3.651	3.431	2.988	4.011	4.040	4.159	4.198
b) Kosten für Bezüge	1.968	1.938	1.562	1.970	2.010	2.057	2.111
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter							
d) Kosten für Sozialleistungen	704	665	662	881	889	915	925
e) Kosten für Versorgungsleistungen	848	830	589	751	764	783	801
9. Kosten für Transferleistungen	6.627	5.110	11.881	11.390	9.885	10.857	12.386
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich							
11. Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	6.093	5.475	4.571	4.742	4.821	4.698	4.829
12. Sonstige Kosten	264	6	0	2	2	2	2
13. Kosten aus Verrechnungen	0	0	0	58	53	53	53
14. Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	-16.958	-12.843	-20.553	-28.812	-26.202	-28.169	-28.638
15. Erlöse aus Beteiligungen							
16. Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens							
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse	3	2	0				
18. Abschreibungen auf Ausleihungen des Finanzanlagevermögens und Wertpapiere des Umlaufvermögens							
19. Zinsen und ähnliche Kosten	0	534	433	422	411	399	386
20. Finanzergebnis	3	-532	-433	-422	-411	-399	-386
21. Ordentliches Ergebnis (14+20)	-16.955	-13.376	-20.986	-29.234	-26.613	-28.568	-29.024
22. Außerordentliche Erlöse							
23. Außerordentliche Kosten							
24. Außerordentliches Ergebnis							
25. Jahresergebnis (21+24)	-16.955	-13.376	-20.986	-29.234	-26.613	-28.568	-29.024
26. Globale Mehr- oder Minderkosten							
27. Jahresergebnis inkl. der globalen Mehr- oder Minderkosten (25+26)	-16.955	-13.376	-20.986	-29.234	-26.613	-28.568	-29.024

5.4.2 Finanzplan des Aufgabenbereichs 271 Wirtschaftsförderung

	Ist 2012 Tsd. EUR	Ist 2013 Tsd. EUR	Fortg. Plan 2014 Tsd. EUR	Plan 2015 Tsd. EUR	Plan 2016 Tsd. EUR	Plan 2017 Tsd. EUR	Plan 2018 Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit	3.975	5.891	5.997	3.756	4.833	4.031	5.181
2. Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	14.558	13.490	22.289	27.969	26.481	27.879	29.498
3. Saldo aus Verwaltungstätigkeit	-10.583	-7.598	-16.292	-24.213	-21.648	-23.848	-24.317
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuschüssen	2.299	4.320	4.913	3.438	4.518	3.715	4.865
5. Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen							
6. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen							
7. Sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	0				
8. Auszahlungen für geleistete Investitionszuschüsse	2.536	1.278	3.269	5.095	3.573	4.690	6.219
9. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden	951	175	1.043	888	888	888	888
10. Auszahlungen für Baumaßnahmen	32	12	618	996	996	1.041	1.041
11. Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	26	44	189	207	207	207	207
12. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0	2.279	8.750	2.400			
13. Sonstige Investitionsauszahlungen	138	302	263	274	286	298	310
14. Globale Minderauszahlungen							
15. Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.384	231	-9.220	-6.422	-1.432	-3.409	-3.800
16. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen	61	91	59	59	59	59	59
17. Auszahlungen aus gegebenen Darlehen		115	200	200	200	400	400
18. Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten							
19. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten							
20. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	61	-24	-141	-141	-141	-341	-341
21. Finanzbedarf an liquiden Mitteln	-11.906	-7.391	-25.653	-30.776	-23.221	-27.598	-28.458

**Haushaltsplan
Freie und Hansestadt Hamburg**

Haushaltsjahr 2015/2016

Stellenplan und Stellenübersichten

Einzelplan 7

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Einzelplan	7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
-------------------	----------	---

I. Stellenbestand

kw 2015/ 16	kw 2017	kw 2018	kw 2019	kw >2019	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen
						7,00: Bereich der Beamtinnen/ Beamten
						11,50: Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	18,50	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte
						1,00: Summe der kw-Leerstellen

EPL	Bezeichnung	Jahr	Senatorinnen/ Senatoren Richterinnen/Richter Beamtinnen/ Beamte		Beamtinnen/ Beamte ¹⁾	Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer		Gesamt
			Planstellen	andere Amtsstellen	Stellen- nachwuchs*	Stellen	Stellen- nachwuchs*	ohne *
1	2	3	4	5	6	7	8	9
268	Steu&Serv,Stab,Planf	2015/16	108,40			109,97		218,37
		2014	0,00			0,00		0,00
269	Verkehr & Straßew.	2015/16	79,00			46,30		125,30
		2014	0,00			0,00		0,00
270	In.-Strkt,MiSt,Hafen	2015/16	41,50			45,37		86,87
		2014	0,00			0,00		0,00
271	Wiför, AußWi, AgWi.	2015/16	40,50			71,00	2,00	111,50
		2014	0,00			0,00	0,00	0,00
7000	Zentralverwaltung	2015/16	0,00			0,00		0,00
		2014	60,80			83,50		144,30
7100	Nd.Zusarb., Market., Tour.	2015/16	0,00			0,00		0,00
		2014	11,60			9,80		21,40
7200	Verkehr und Straßenwesen	2015/16	0,00			0,00		0,00
		2014	90,00			44,30		134,30
7300	Innov-Stkt,Mittelst,Hafen	2015/16	0,00			0,00		0,00
		2014	43,50			48,37		91,87
7400	Wiför, AußWi, AgWi.	2015/16	0,00			0,00	0,00	0,00
		2014	39,00			75,65	2,00	114,65
7500	Rechtsamt	2015/16	0,00			0,00		0,00
		2014	33,00			22,50		55,50
	gesamt:	2015/16	269,40	0,00	0,00	272,64	2,00	542,04
		2014	277,90	0,00	0,00	284,12	2,00	562,02

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Juni 2014) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2015/16.

Die vom Senat beantragten Stellenveränderungen, die dem Entscheidungsvorbehalt der Bürgerschaft unterliegen, sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten; sie werden im Einzelnen als Anhang zum Stellenplandruck für den jeweiligen Einzelplan bzw. Wirtschaftsplan dargestellt.

Mit vorgesehenen Einsparungen konkret verbundene Stellenabgänge werden - soweit sie im vorliegenden Druck nicht bereits vollzogen sind - jeweils in Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Freiwerdens der Stellen im folgenden Stellenplan nachgewiesen. Stellen, deren Streichung aus haushaltsrechtlichen Gründen (z.B. Stellen noch besetzt) bis zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung nicht vollzogen werden können, werden entsprechend §§ 21 und 47 LHO mit kw-Vermerken versehen.

Einzelplan	7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
-------------------	----------	---

II. Erläuterungen

Stellenzugänge/Stellenabgänge

E P L	Kap./AufgBer.	Anzahl der Stellen 2014	Vollzug kw	Art der Änderungen gegenüber dem Stellenplan des Haushaltsplans 2014				Stellenplan 2015/ 16	Diffe- renz
				Verlagerung		Neue Stellen	Stellen- abgänge	Anzahl der Stellen 2015/ 16	2015/ 16/ 2014
				Zugang	Abgang				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
7	268 Steu&Serv,Stab,Planf	0,00		221,12	-3,00	0,25		218,37	218,37
	269 Verkehr & Straßenw.	0,00	-2,00	127,30				125,30	125,30
	270 In.-Strkt,MiSt,Hafen	0,00		87,87	-1,00			86,87	86,87
	271 Wiför, AußWi, AgWi.	0,00		114,15	-2,50		-0,15	111,50	111,50
	7000 Zentralverwaltung	144,30		7,00	-147,80		-3,50	0,00	-144,30
	7100 Nd.Zusarb., Market., Tour.	21,40		3,00	-23,82	0,55	-1,13	0,00	-21,40
	7200 Verkehr und Straßenwesen	134,30	-3,00	4,00	-133,30	1,00	-3,00	0,00	-134,30
	7300 Innov-Stkt,Mittelst,Hafen	91,87	-1,00	8,00	-96,87	1,00	-3,00	0,00	-91,87
	7400 Wiför, AußWi, AgWi.	114,65	-1,00	8,50	-118,15	2,00	-6,00	0,00	-114,65
	7500 Rechtsamt	55,50	-1,50	4,50	-59,50	2,00	-1,00	0,00	-55,50
	Summe:	562,02	-8,50	+585,44	-585,94	+6,80	-17,78	542,04	-19,98

Einzelplan 7 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber. 268 Steuerung und Service mit Stabsbereich und Planfeststellung

I. Stellenbestand

kw 2015/ 16	kw 2017	kw 2018	kw 2019	kw >2019	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen 2,00: Bereich der Beamtinnen/ Beamten 4,50: Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	6,50	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte
					1,00	Summe der kw-Leerstellen

Wertigkeit	2015/ 16			Vermerk Nr.	2014 Anzahl	Vermerke
	Anzahl	davon				
Beamtinnen/ Beamte Planstellen						
B 4	1,00				0,00	
B 3	1,00				0,00	
A 16	4,00				0,00	
A 15	10,00				0,00	
A 14	11,50				0,00	
A 13	11,00	1,00		1)	0,00	<i>ku: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat nach EntgGr. E 13</i>

Einzelplan 7 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ AufgBer. 268 Steuerung und Service mit Stabsbereich und Planfeststellung

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 4				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; SNH
B 3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7500; SNH
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; SNH
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7100; SNH
A 16				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 7500; SNH
A 16						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 16									-1,00	Verlagerung an Kapitel 271; Stellentausch ZPMWF
A 15				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 7000; SNH
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7100; SNH
A 15				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 7500; SNH
A 14				5,50					5,50	Verlagerung von Kapitel 7000; SNH
A 14				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 7500; SNH
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; SNH
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; SNH
A 14									-1,00	Verlagerung an Kapitel 271; Aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 13				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 7000; SNH
A 13				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 7100; SNH
A 13				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 7500; SNH
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 270; Stellentausch
A 13									-1,00	gem. Art. 11 Nr. 6 Haushaltsbeschluss
A 13									1,00	gem. Art. 11 Nr. 3 Haushaltsbeschluss
A 13									-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 271; Aus personalwirtschaftlichen Gründen

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
A 13	1); ku: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat nach EntgGr. E 13	

Einzelplan	7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber.	268	Steuerung und Service mit Stabsbereich und Planfeststellung

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/ 16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
A 13	7,00			0,00	
A 12	14,00	1,00	2)	0,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt</i>
		1,00	3)		<i>ku: 1,00 BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt nach BesGr. E 12</i>
A 11	20,60			0,00	
A 10	8,50	1,00	4)	0,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor</i>
A 9	3,50			0,00	
A 9	6,30			0,00	
A 8	5,00			0,00	
A 7	2,00			0,00	
A 6	3,00	1,00	6)	0,00	<i>ku: 1,00 BesGr. A 6 Regierungsssekretärin/ Regierungsssekretär nach BesGr. E 8</i>

Einzelplan 7 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber. 268 Steuerung und Service mit Stabsbereich und Planfeststellung

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				40,50	-2,00				38,50	
A 13				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 7000; SNH
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7100; SNH
A 13				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 7500; SNH
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; SNH
A 12				8,00					8,00	Verlagerung von Kapitel 7000; SNH
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7100; SNH
A 12				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 7500; SNH
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; SNH
A 11				13,00					13,00	Verlagerung von Kapitel 7000; SNH
A 11				2,60					2,60	Verlagerung von Kapitel 7100; SNH
A 11				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 7500; SNH
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; SNH
A 10				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 7000; SNH
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7100; SNH
A 10				4,50					4,50	Verlagerung von Kapitel 7500; SNH
A 9				3,50					3,50	Verlagerung von Kapitel 7000; SNH
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7500; SNH
A 9				5,30					5,30	Verlagerung von Kapitel 7000; SNH
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7100; SNH
A 8				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 7000; SNH
A 8				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 7500; SNH
A 7				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; SNH
A 7				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7100; SNH
A 6				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 7000; SNH

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
A 12	2) kw: 1,00 BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt	
A 12	3) ku: 1,00 BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt nach BesGr. E 12	

Einzelplan 7 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber. 268 Steuerung und Service mit Stabsbereich und Planfeststellung

I. Stellenbestand

2015/ 16			2014		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
Summe:	108,40			0,00	

- B 4 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
- B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
- A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (4,00)
- A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (10,00)
- A 14 Akademische Oberrätin/ Akademischer Oberrat (1,00), Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (10,50)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (11,00)
- A 13 Baurätin/Baurat (1,00), Regierungsrätin/Regierungsrat (6,00)
- A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (13,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (1,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (19,60), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (1,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (8,50)
- A 9 Regierungsinpektorin/ Regierungsinpektor (3,50)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (6,30)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (5,00)
- A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (2,00)
- A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (3,00)

2015/ 16			2014		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 15	1,00	1,00	7)	0,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor nach Beendigung der Tätigkeit im Hanse-Office</i>
A 11	1,00			0,00	
A 10	1,00			0,00	
A 6	1,00			0,00	
Summe:	4,00			0,00	

- A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
- A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (1,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)
- A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (1,00)

Einzelplan	7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber.	268	Steuerung und Service mit Stabsbereich und Planfeststellung

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2015/ 16			2014	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 15	1,00	1,00	7)	0,00	Nr. 7 Nr. 6 Nr. 6	B.Beschl.
A 11	1,00			0,00		
A 10	1,00			0,00		
A 6	1,00			0,00		
gesamt:	4,00			0,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				109,40	-2,00				107,40	
A 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7100; SNH
A 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7500; SNH
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	0,00	0,00	111,40	-2,00	0,00	0,00	0,00	109,40	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	111,40	-2,00	-1,00	0,00	0,00	108,40	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
A 15	7) kw: 1,00 BesGr. A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor nach Beendigung der Tätigkeit im Hanse-Office	

Einzelplan	7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber.	268	Steuerung und Service mit Stabsbereich und Planfeststellung

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/ 16			2014	Vemerke	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
Arbeitnehmer						
E 15 ü	1,00			0,00		
E 15	3,00			0,00		
E 14	6,50	1,00	9)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Freiwerden der Stelle</i>	
		1,00	10)			<i>kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasser-</i>
		1,50	11)			<i>schutz</i>
E 13	8,47			0,00	<i>ku: 1,50 EntgGr. E 14 nach BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat</i>	
E 12	3,00			0,00		
E 11	11,00	2,00	12)	0,00	<i>ku: 2,00 EntgGr. E 11 nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann</i>	

Einzelplan 7 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber. 268 Steuerung und Service mit Stabsbereich und Planfeststellung

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15 ü				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; SNH
E 15 ü						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 15 ü				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 271; Stellentausch WF/ZP
E 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; SNH
E 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7100; SNH
E 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7500; SNH
E 14				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 7000; SNH
E 14				2,50					2,50	Verlagerung von Kapitel 7500; SNH
E 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 270; Stellentausch
E 14						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 13				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 7000; SNH
E 13				3,22					3,22	Verlagerung von Kapitel 7100; SNH
E 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7500; SNH
E 13						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 6 Haushaltsbeschluss
E 13						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 3 Haushaltsbeschluss
E 13							1,00		1,00	Stellenbewertung 20.11.13
E 12				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 7000; SNH
E 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7500; SNH
E 12							-1,00		-1,00	Stellenbewertung 20.11.13
E 11				9,00					9,00	Verlagerung von Kapitel 7000; SNH
E 11				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 7500; SNH

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
E 14	9)	kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Freiwerden der Stelle	
E 14	10)	kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz	
E 14	11)	ku: 1,50 EntgGr. E 14 nach BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat	
E 11	12)	ku: 2,00 EntgGr. E 11 nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann	

Einzelplan 7 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
 Kap./ Aufg.Ber. 268 Steuerung und Service mit Stabsbereich und Planfeststellung

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/ 16			2014	Vemerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 10	1,00			0,00	
E 9	12,00	1,00	13)	0,00	<i>ku: 1,00 EntgGr. E 9 nach BesGr. A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor</i> <i>ku: 1,00 EntgGr. E 9 nach BesGr. A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär</i>
		1,00	14)		
E 9	1,00			0,00	
E 8	25,00	1,00	16)	0,00	<i>ku: 1,00 EntgGr. E 8 nach BesGr. A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär</i>
E 6	14,50	1,00	17)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 6 nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)</i> <i>ku: 1,00 EntgGr. E 6 nach BesGr. A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär</i>
		1,00	18)		
E 5	5,50	0,50	19)	0,00	<i>kw: 0,50 EntgGr. E 5 nach Freierwerden der Stelle</i>
E 4	7,00			0,00	
E 3	5,00			0,00	
E 2 ü	3,00	1,00	20)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 2 ü nach Freierwerden der Stelle</i>
E 2	3,00			0,00	
Summe:	109,97			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	218,37			0,00	

Einzelplan 7 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
 Kap./Aufg.Ber. 268 Steuerung und Service mit Stabsbereich und Planfeststellung

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				33,72	-1,00				32,72	
E 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; SNH
E 9				7,00					7,00	Verlagerung von Kapitel 7000; SNH
E 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7100; SNH
E 9				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 7500; SNH
E 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; SNH
E 8				13,00					13,00	Verlagerung von Kapitel 7000; SNH
E 8				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 7100; SNH
E 8				10,00					10,00	Verlagerung von Kapitel 7500; SNH
E 6				12,50					12,50	Verlagerung von Kapitel 7000; SNH
E 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7500; SNH
E 5				4,50					4,50	Verlagerung von Kapitel 7000; SNH
E 5				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7100; SNH
E 4				7,00					7,00	Verlagerung von Kapitel 7000; SNH
E 3				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 7000; SNH
E 2 ü				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 7000; SNH
E 2				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 7000; SNH
<i>Summe Arbeitnehmer</i>	0,00	0,00	0,00	109,72	-1,00	0,00	0,00	0,00	108,72	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	0,00	0,25	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,25	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	1,00	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>	0,00	0,25	0,00	109,72	-1,00	1,00	0,00	0,00	109,97	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00	0,25	0,00	221,12	-3,00	0,00	0,00	0,00	218,37	

Einzelplan 7 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber. 269 Verkehr und Straßenwesen

I. Stellenbestand

kw 2015/ 16	kw 2017	kw 2018	kw 2019	kw >2019	kw o.T.	Vermerke
					3,00	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Beamtinnen/ Beamten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2015/ 16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 6	1,00			0,00	
B 3	1,00			0,00	
A 16	3,00			0,00	
A 15	11,00			0,00	
A 14	19,00	1,00	1)	0,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung des Bauprogramms Bundesfernstraßen, spätestens zum 31.12.2017</i>
A 13	10,00	1,00 1,00	2) 3)	0,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach BesGr. E 13 nach Freiwerden der Stelle kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung des Bauprogramms Bundesfernstraßen, spätestens zum 31.12.2017</i>
A 13	7,00			0,00	
A 12	12,00			0,00	
A 11	12,00			0,00	
A 10	2,00			0,00	
A 8	1,00	1,00	4)	0,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär nach Freiwerden der Stelle</i>
Summe:	79,00			0,00	

- B 6 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (1,00)
- B 3 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (1,00)
- A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (3,00)
- A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (9,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (2,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (18,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
- A 13 Baurätin/ Baurat (8,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (2,00)
- A 13 Baurätin/Baurat (5,00), Regierungsrätin/Regierungsrat (2,00)
- A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (4,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (8,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (4,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtman (8,00)
- A 10 Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (2,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)

2015/ 16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 16	1,00			0,00	
A 14	1,00			0,00	

Einzelplan 7 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
 Kap./ AufgBer. 269 Verkehr und Straßenwesen

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7200; SNH
B 3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7200; SNH
A 16				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 7200; SNH
A 15				9,00					9,00	Verlagerung von Kapitel 7200; SNH
A 15				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 7200; SNH
A 14				18,00					18,00	Verlagerung von Kapitel 7200; SNH
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7200; SNH
A 13				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 7200; SNH
A 13				7,00					7,00	Verlagerung von Kapitel 7200; SNH
A 13						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 7200; SNH
A 13				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 7200; SNH
A 12				9,00					9,00	Verlagerung von Kapitel 7200; SNH
A 12	-1,00								-1,00	Vermerkvollzug, Beendigung des Projekts Umbau des Zentralen Omnibusbahnhofs
A 12				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 7200; SNH
A 11				8,00					8,00	Verlagerung von Kapitel 7200; SNH
A 11				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 7200; SNH
A 10				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 7200; SNH
A 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7200; SNH
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	-1,00	0,00	0,00	79,00	0,00	1,00	0,00	0,00	79,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
A 14	1) kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung des Bauprogramms Bundesfernstraßen, spätestens zum 31.12.2017	
A 13	2) ku: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach BesGr. E 13 nach Freiwerden der Stelle	
A 13	3) kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung des Bauprogramms Bundesfernstraßen, spätestens zum 31.12.2017	

Einzelplan	7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber.	269	Verkehr und Straßenwesen

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/ 16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 13	1,00			0,00	
Summe:	3,00			0,00	

- A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (1,00)
- A 13 Baurätin/Baurat (1,00)

Einzelplan	7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber.	269	Verkehr und Straßenwesen

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2015/ 16				2014	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 16	1,00			0,00	Nr. 5	
A 14	1,00			0,00	Nr. 7	
A 13	1,00			0,00	Nr. 7	
gesamt:	3,00			0,00		

Einzelplan 7 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
 Kap./ Aufg.Ber. 269 Verkehr und Straßenwesen

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/ 16			2014	Vemerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15 ü	1,00	1,00	5)	0,00	ku: 1,00 EntgGr. E 15 ü nach BesGr. A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor
E 15	3,00	1,00	6)	0,00	ku: 1,00 EntgGr. E 15 nach BesGr. A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor
		2,00	7)		ku: 2,00 EntgGr. E 15 nach BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor
E 14	7,00	1,00	8)	0,00	ku: 1,00 EntgGr. E 14 nach BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat
E 13	3,00	1,00	9)	0,00	ku: 1,00 EntgGr. E 13 nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann
E 12	11,80	3,00	10)	0,00	ku: 3,00 EntgGr. E 12 nach BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann
		2,00	11)		ku: 2,00 EntgGr. E 12 nach BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat
		1,00	12)		ku: 1,00 EntgGr. E 12 nach BesGr. A 10 Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor
		1,00	13)		ku: 1,00 EntgGr. E 12 nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann
E 11	4,00	1,00	14)	0,00	ku: 1,00 EntgGr. E 11 nach BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann
E 10	1,00	1,00	15)	0,00	ku: 1,00 EntgGr. E 10 nach BesGr. A 10 Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor
E 9	4,50			0,00	
E 8	6,50			0,00	
E 6	3,50			0,00	

Einzelplan 7 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
 Kap./ Aufg.Ber. 269 Verkehr und Straßenwesen

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15 ü				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7200; SNH
E 15				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 7200; SNH
E 14				8,00					8,00	Verlagerung von Kapitel 7200; SNH
E 14						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 13				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 7200; SNH
E 12				11,80					11,80	Verlagerung von Kapitel 7200; SNH
E 11				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 7200; SNH
E 11	-1,00								-1,00	Stellenstreichungen 2004 (BSU)
E 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7200; SNH
E 9				4,50					4,50	Verlagerung von Kapitel 7200; SNH
E 8				6,50					6,50	Verlagerung von Kapitel 7200; SNH
E 6				3,50					3,50	Verlagerung von Kapitel 7200; SNH

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
E 15 ü	5) ku: 1,00 EntgGr. E 15 ü nach BesGr. A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor	
E 15	6) ku: 1,00 EntgGr. E 15 nach BesGr. A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor	
E 15	7) ku: 2,00 EntgGr. E 15 nach BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor	
E 14	8) ku: 1,00 EntgGr. E 14 nach BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat	
E 13	9) ku: 1,00 EntgGr. E 13 nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann	
E 12	10) ku: 3,00 EntgGr. E 12 nach BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann	
E 12	11) ku: 2,00 EntgGr. E 12 nach BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt	
E 12	12) ku: 1,00 EntgGr. E 12 nach BesGr. A 10 Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor	
E 12	13) ku: 1,00 EntgGr. E 12 nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann	
E 11	14) ku: 1,00 EntgGr. E 11 nach BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann	
E 10	15) ku: 1,00 EntgGr. E 10 nach BesGr. A 10 Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor	

Einzelplan	7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber.	269	Verkehr und Straßenwesen

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 5	1,00			0,00	
Summe:	46,30			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	125,30			0,00	

Einzelplan 7 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber. 269 Verkehr und Straßenwesen

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-1,00			47,30		-1,00			45,30	
E 5				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7200; SNH
<i>Summe Arbeitnehmer</i>	-1,00	0,00	0,00	48,30	0,00	-1,00	0,00	0,00	46,30	
Summe (ohne *) insgesamt	-2,00	0,00	0,00	127,30	0,00	0,00	0,00	0,00	125,30	

Einzelplan	7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber.	270	Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen

I. Stellenbestand

kw 2015/ 16	kw 2017	kw 2018	kw 2019	kw >2019	kw o.T.	Vermerke
					6,00	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	6,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2015/ 16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 6	1,00			0,00	
B 2	1,00			0,00	
A 16	2,00			0,00	
A 15	7,00			0,00	
A 14	7,50			0,00	
A 13	5,00	2,00	1)	0,00	<i>ku: 2,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat nach BesGr. E 13</i>
A 12	8,00			0,00	
A 11	3,00			0,00	
A 10	1,00			0,00	
A 9	1,00			0,00	
A 9	3,00			0,00	
A 8	1,00			0,00	
A 7	1,00			0,00	
Summe:	41,50			0,00	

- B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
 B 2 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (2,00)
 A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (7,00)
 A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (7,50)
 A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (5,00)
 A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (8,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (3,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)
 A 9 Regierungsinpektorin/ Regierungsinpektor (1,00)
 A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (3,00)
 A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)
 A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (1,00)

2015/ 16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
B 6	1,00			0,00	
A 15	1,00			0,00	
A 14	1,00			0,00	
A 13	1,00			0,00	
Summe:	4,00			0,00	

- B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
 A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
 A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
 A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)

Einzelplan	7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ AufgBer.	270	Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen

II. Erläuterungen**Übersicht über die Leerstellen**

2015/ 16				2014	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
B 6	1,00			0,00	Nr. 5	
A 15	1,00			0,00	Nr. 5	
A 14	1,00			0,00	Nr. 5	
A 13	1,00			0,00	Nr. 7	
gesamt:	4,00			0,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7300; SNH
B 2				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7300; SNH
A 16				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 7300; SNH
A 15				7,00					7,00	Verlagerung von Kapitel 7300; SNH
A 14				7,50					7,50	Verlagerung von Kapitel 7300; SNH
A 13				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 7300; SNH
A 13						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 268; Stellentausch
A 13							1,00		1,00	gem. Art. 11 Nr. 3 Haushaltsbeschluss
A 12				8,00					8,00	Verlagerung von Kapitel 7300; SNH
A 11				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 7300; SNH
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7300; SNH
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7300; SNH
A 9				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 7300; SNH
A 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7300; SNH
A 7				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7300; SNH
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	0,00	0,00	41,50	-1,00	1,00	0,00	0,00	41,50	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
A 13	1) ku: 2,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat nach BesGr. E 13	

Einzelplan 7 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
 Kap./ Aufg.Ber. 270 Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/ 16			2014	Vemerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	6,00	1,00	2)	0,00	ku: 1,00 EntgGr. E 15 nach BesGr. A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor
E 14	5,82			0,00	
E 13	7,40	1,00	3)	0,00	ku: 1,00 EntgGr. E 13 nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann
		0,50	4)		kw: 0,50 EntgGr. E 13 nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
E 12	1,00	1,00	5)	0,00	ku: 1,00 EntgGr. E 12 nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann
E 11	6,00			0,00	
E 10	3,00	1,00	6)	0,00	ku: 1,00 EntgGr. E 10 nach BesGr. A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär
		1,00	7)		ku: 1,00 EntgGr. E 10 nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann
E 9	3,00	1,00	8)	0,00	kw: 1,00 EntgGr. E 9 nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
E 8	4,65	2,00	9)	0,00	ku: 2,00 EntgGr. E 8 nach BesGr. A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär
E 6	3,00	1,00	10)	0,00	kw: 1,00 EntgGr. E 6 nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
E 5	2,00			0,00	
E 3	1,00	1,00	11)	0,00	kw: 1,00 EntgGr. E 3 nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
E 2 ü	2,50	1,50	12)	0,00	kw: 1,50 EntgGr. E 2 ü nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
		1,00	13)		kw: 1,00 EntgGr. E 2 ü nach Freierwerden der Stelle (Beschäftigung von Schwerbehinderten aus den Werkstätten für Behinderte)
Summe:	45,37			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	86,87			0,00	

Einzelplan 7 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
 Kap./ Aufg.Ber. 270 Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 7300; SNH
E 14				4,82					4,82	Verlagerung von Kapitel 7300; SNH
E 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 268; Stellentausch
E 13				8,40					8,40	Verlagerung von Kapitel 7300; SNH
E 13						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 3 Haushaltsbeschluss
E 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7300; SNH
E 11				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 7300; SNH
E 10				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 7300; SNH
E 9				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 7300; SNH
E 8				4,65					4,65	Verlagerung von Kapitel 7300; SNH
E 6				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 7300; SNH
E 5				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 7300; SNH
E 3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7300; SNH
E 2 ü				2,50					2,50	Verlagerung von Kapitel 7300; SNH
<i>Summe Arbeitnehmer</i>										
	0,00	0,00	0,00	46,37	0,00	-1,00	0,00	0,00	45,37	

Summe (ohne *) insgesamt	0,00	0,00	0,00	87,87	-1,00	0,00	0,00	0,00	86,87	
---------------------------------	------	------	------	-------	-------	------	------	------	-------	--

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
E 15	2) ku: 1,00 EntgGr. E 15 nach BesGr. A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor	
E 13	3) ku: 1,00 EntgGr. E 13 nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann	
E 13	4) kw: 0,50 EntgGr. E 13 nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)	
E 12	5) ku: 1,00 EntgGr. E 12 nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann	
E 10	6) ku: 1,00 EntgGr. E 10 nach BesGr. A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär	
E 10	7) ku: 1,00 EntgGr. E 10 nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann	

Einzelplan 7 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber. 271 Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft

I. Stellenbestand

kw 2015/ 16	kw 2017	kw 2018	kw 2019	kw >2019	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen 2,00: Bereich der Beamtinnen/ Beamten 1,00: Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2015/ 16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 3	1,00			0,00	
A 16	3,00			0,00	
A 15	8,00	1,00	1)	0,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor</i>
A 14	6,50			0,00	
A 13	1,00			0,00	
A 13	2,00			0,00	
A 12	8,00			0,00	
A 11	6,00			0,00	
A 10	2,00			0,00	
A 8	1,00			0,00	
A 7	1,00	1,00	2)	0,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär</i>
A 6	1,00	1,00	3)	0,00	<i>ku: 1,00 BesGr. A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär nach BesGr. E 8</i>
Summe:	40,50			0,00	

- B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
- A 16 Leitende Forstdirektorin/ Leitender Forstdirektor (1,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (2,00)
- A 15 Forstdirektorin/ Forstdirektor (1,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (7,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (1,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (5,50)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (2,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (8,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (6,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (2,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)
- A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (1,00)
- A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (1,00)

2015/ 16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 14	1,00			0,00	
A 13	1,00			0,00	
A 12	2,00			0,00	

Einzelplan	7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ AufgBer.	271	Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7400; SNH
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7400; SNH
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 268; Stellentausch ZPMWF
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7400; SNH
A 15				7,00					7,00	Verlagerung von Kapitel 7400; SNH
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7400; SNH
A 14				5,50					5,50	Verlagerung von Kapitel 7400; SNH
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 268; Aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7400; SNH
A 13						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13									-1,00	Verlagerung an Kapitel 268; Aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 13				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 7400; SNH
A 12				8,00					8,00	Verlagerung von Kapitel 7400; SNH
A 11				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 7400; SNH
A 10				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 7400; SNH
A 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7400; SNH
A 7				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7400; SNH
A 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7400; SNH
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>				40,50	-1,00	1,00	0,00	0,00	40,50	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
A 15	1)	kw: 1,00 BesGr. A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor	

Einzelplan	7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber.	271	Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/ 16		Vermerk Nr.	2014	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 10	1,00			0,00	
Summe:	5,00			0,00	

- A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (2,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (0,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)

Einzelplan	7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber.	271	Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2015/ 16				2014	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 14	1,00			0,00	Nr. 7	
A 13	1,00			0,00	Nr. 6	
A 12	1,00			0,00	Nr. 6	
A 12	1,00			0,00	Nr. 5	
A 10	1,00			0,00	Nr. 7	
gesamt:	5,00			0,00		

Einzelplan	7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber.	271	Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/ 16			2014	Vemerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15 ü	0,00			0,00	
E 15	4,00	1,00	4)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 15 nach BesGr. A 15 Landwirtschaftsdirektorin/ Landwirtschaftsdi- rektor</i>
E 14	7,00	3,00	5)	0,00	<i>kw: 3,00 EntgGr. E 14 nach BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat</i>
E 13	10,00			0,00	
E 12	6,00			0,00	
E 11	6,50	1,00	6)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 11</i>
E 10	3,00			0,00	
E 9	5,00			0,00	
E 9	12,00			0,00	
E 8	6,00			0,00	
E 7	5,00			0,00	
E 6	2,00			0,00	
E 5	4,00			0,00	
E 3	0,50			0,00	
Summe:	71,00			0,00	
Nachwuchskräfte (Arbeitnehmer)*					
Nachwuchs mD	2,00			0,00	
Summe:	2,00			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	111,50			0,00	

Einzelplan 7 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./Aufg.Ber. 271 Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15 ü				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7400; SNH
E 15 ü					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 268; Stellentausch WF/ZP
E 15				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 7400; SNH
E 14				8,00					8,00	Verlagerung von Kapitel 7400; SNH
E 14						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 13				10,00					10,00	Verlagerung von Kapitel 7400; SNH
E 12				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 7400; SNH
E 11				6,50					6,50	Verlagerung von Kapitel 7400; SNH
E 10				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 7400; SNH
E 9				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 7400; SNH
E 9				10,65					10,65	Verlagerung von Kapitel 7400; SNH
E 9				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 7400; SNH
E 8				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 7400; SNH
E 7				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 7400; SNH
E 7				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7400; SNH
E 6				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 7400; SNH
E 5				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 7400; SNH
Summe Arbeitnehmer										
	0,00	0,00	0,00	73,15	-1,00	-1,00	0,00	0,00	71,15	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,00	-0,15	0,50	-0,50	0,00	0,00	0,00	-0,15	
Summe Arbeitnehmer insgesamt										
	0,00	0,00	-0,15	73,65	-1,50	-1,00	0,00	0,00	71,00	
Nachwuchs mD				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 7400; SNH
Summe Nachwuchskräfte (Arbeitnehmer)*										
	0,00	0,00	0,00	2,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	0,00	-0,15	114,15	-2,50	0,00	0,00	0,00	111,50	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
E 15	4) ku: 1,00 EntgGr. E 15 nach BesGr. A 15 Landwirtschaftsdirektorin/ Landwirtschaftsdirektor	
E 14	5) ku: 3,00 EntgGr. E 14 nach BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat	
E 11	6) kw: 1,00 EntgGr. E 11	

Einzelplan	7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber.	7000	Zentralverwaltung

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/ 16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 4	0,00			1,00	
A 16	0,00			1,00	
A 15	0,00			4,00	
A 14	0,00			6,50	
A 13	0,00	1,00	1)	5,50	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 13	0,00			4,00	
A 12	0,00	1,00	2)	10,00	<i>Vermerk weggefallen</i>

Einzelplan 7 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
 Kap./ AufgBer. 7000 Zentralverwaltung

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 4					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7300; Aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 15					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7500; Aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7300; Stellentausch IT 26/ZB 12
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7500; Aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 14					-5,50				-5,50	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7200; Aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7300; Stellentausch IT 26/ZB 12
A 13						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 6 Haushaltsbeschluss
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7300; Aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 13					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
A 13					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
A 12					-8,00				-8,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7300; Aus personalwirtschaftlichen Gründen

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
A 13	1); weggefallen	ku: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat nach EntgGr. E 13
A 12	2); weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 12 Amträtin/ Amtrat

Einzelplan 7 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber. 7000 Zentralverwaltung

I. Stellenbestand

2015/ 16			2014		Vemerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 11	0,00			14,00	
A 10	0,00			2,00	
A 9	0,00	1,00	3)	2,50	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 9	0,00			5,30	
A 8	0,00			3,00	
A 7	0,00			1,00	
A 6	0,00			1,00	
Summe:	0,00			60,80	

- B 4 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (0,00)
- A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
- A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (0,00)
- A 14 Akademische Oberrätin/ Akademischer Oberrat (0,00), Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
- A 13 Baurätin/Baurat (0,00), Regierungsrätin/Regierungsrat (0,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (0,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (0,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (0,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (0,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00)
- A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (0,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (0,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (0,00)
- A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (0,00)
- A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (0,00)

2015/ 16			2014		Vemerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 15	0,00			1,00	
A 14	0,00			1,00	
A 13	0,00			0,50	
A 12	0,00			1,00	
A 11	0,00			2,00	
A 10	0,00			2,00	
Summe:	0,00			7,50	

- A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (0,00)
- A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (0,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (0,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00)

Einzelplan	7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber.	7000	Zentralverwaltung

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2015/ 16		Vermerk Nr.	2014	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon			Anzahl	§ 50a (1)
A 15	0,00			1,00	Nr. 6	
A 14	0,00			1,00	Nr. 3	
A 13	0,00			0,50	Nr. 7	
A 12	0,00			1,00	Nr. 7	
A 11	0,00			1,00	Nr. 7	
A 11	0,00			1,00	Nr. 6	
A 10	0,00			2,00	Nr. 6	
gesamt:	0,00			7,50		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				4,00	-35,50	1,00			-30,50	
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7200; Stellentausch V 332/ZV 20
A 11					-13,00				-13,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7200; Stellentausch ZV 20/V 332
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
A 10					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7200; Aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 9					-3,50				-3,50	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
A 9					-5,30				-5,30	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
A 8					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
A 7					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
A 6					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	0,00	0,00	6,00	-68,30	1,00	0,00	0,00	-61,30	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	0,00	-0,50	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	1,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	6,00	-68,80	2,00	0,00	0,00	-60,80	

Einzelplan	7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber.	7000	Zentralverwaltung

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/ 16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15 ü	0,00	1,00	4)	2,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 15	0,00			1,00	
E 14	0,00			4,00	
E 13	0,00			4,00	
E 12	0,00			3,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 11	0,00	2,00	5)	9,50	
E 10	0,00			1,00	
E 9	0,00	1,00	6)	7,00	
		1,00	7)		<i>Vermerk weggefallen</i>
E 9	0,00			1,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 8	0,00			12,00	
E 6	0,00	1,00	8)	13,50	
		1,00	9)		
E 5	0,00	0,50	10)	5,50	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 4	0,00			7,00	
E 3	0,00			6,00	

Einzelplan 7 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
 Kap./ Aufg.Ber. 7000 Zentralverwaltung

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15 ü					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7300; Aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 15 ü					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
E 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
E 14					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
E 13						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 6 Haushaltsbeschluss
E 13						-3,00			-3,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
E 12						-3,00			-3,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
E 11						-9,00			-9,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
E 10						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
E 9						-7,00			-7,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
E 9						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
E 8					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Neustrukturierung der Behörden
E 8						-13,00			-13,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
E 6						-12,50			-12,50	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
E 5			-1,00						-1,00	Aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 5						-4,50			-4,50	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
E 4						-7,00			-7,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
E 3			-1,00						-1,00	Aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 3						-5,00			-5,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
E 15 ü	4) weggefallen	ku: 1,00 EntgGr. E 15 ü nach BesGr. A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor
E 11	5) weggefallen	ku: 2,00 EntgGr. E 11 nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman

Einzelplan	7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber.	7000	Zentralverwaltung

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 2 ü	0,00	1,00	11)	4,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 2	0,00			3,00	
Summe:	0,00			83,50	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00			144,30	

Einzelplan 7 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber. 7000 Zentralverwaltung

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag			-2,00	1,00	-73,00	-1,00			-75,00	
E 2 ü			-1,00						-1,00	Rationalisierung
E 2 ü					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
E 2					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
<i>Summe Arbeitnehmer</i>	0,00	0,00	-3,00	1,00	-79,00	-1,00	0,00	0,00	-82,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,50	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	
Summe Arbeitnehmer insgesamt	0,00	0,00	-3,50	1,00	-79,00	-2,00	0,00	0,00	-83,50	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00	0,00	-3,50	7,00	-147,80	0,00	0,00	0,00	-144,30	

Einzelplan	7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber.	7100	Norddeutsche Zusammenarbeit, Marketing, Tourismus

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/ 16		Vermerk Nr.	2014	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 16	0,00			1,00	
A 15	0,00			0,00	
A 14	0,00			1,00	
A 13	0,00			2,00	

A 13	0,00			1,00	
A 12	0,00			1,00	
A 11	0,00			2,60	
A 10	0,00			0,00	
A 9	0,00			1,00	

A 9	0,00			1,00	
A 7	0,00			1,00	
A 6	0,00			0,00	
Summe:	0,00			11,60	

- A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
- A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (0,00)
- A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat im Verwaltungsdienst (0,00)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (0,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (0,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00)
- A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (0,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (0,00)
- A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (0,00)
- A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (0,00)

Einzelplan	7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ AufgBer.	7100	Norddeutsche Zusammenarbeit, Marketing, Tourismus

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 16										
A 15				1,00	-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
A 15									1,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Interne organisatorische Maßnahme
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7300; Aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 13									-2,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
A 13									-1,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
A 12									-1,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
A 11									-2,60	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7500; Stellentausch RV 223/SB 312
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7500; Stellentausch SB 312/RV 223
A 9									-1,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
A 7									-1,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
A 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7500; Stellentausch RV 21-04/SB 325
A 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	0,00	0,00	3,00	-14,60	0,00	0,00	0,00	-11,60	

Änderung der Amtsbezeichnung

Wertigkeit	Anzahl	neue Bezeichnung	alte Bezeichnung	Begründungen
A 14	1,00	Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat	Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat im Verwaltungsdienst	Umsetzung Dienstrechtsreform - Neuordnung des Hamburgischen Laufbahnrechts vom 01. Januar 2010 (Drucksache 19/3757)

Einzelplan	7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber.	7100	Norddeutsche Zusammenarbeit, Marketing, Tourismus

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/ 16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	0,00			1,00	
E 14	0,00			1,00	
E 13	0,00			2,37	
E 12	0,00			0,80	
E 9	0,00			0,00	
E 8	0,00			2,63	
E 6	0,00			1,00	
E 5	0,00			1,00	
Summe:	0,00			9,80	
Summe (ohne) insgesamt	0,00			21,40	

Einzelplan	7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber.	7100	Norddeutsche Zusammenarbeit, Marketing, Tourismus

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
E 14			-1,00						-1,00	Haushaltskonsolidierung (SB 12)
E 13					-3,22				-3,22	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
E 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
E 8					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
E 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7500; Stellentausch RV 21-04/SB 325
E 5					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
<i>Summe Arbeitnehmer</i>	0,00	0,00	-1,00	0,00	-9,22	0,00	0,00	0,00	-10,22	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	0,00	0,55	-0,13	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,42	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>	0,00	0,55	-1,13	0,00	-9,22	0,00	0,00	0,00	-9,80	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00	0,55	-1,13	3,00	-23,82	0,00	0,00	0,00	-21,40	

Einzelplan	7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber.	7200	Verkehr und Straßenwesen

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/ 16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 6	0,00			1,00	
B 3	0,00			1,00	
B 2	0,00			1,00	
A 16	0,00			3,00	
A 15	0,00			13,00	
A 14	0,00	1,00	1)	20,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	2)		<i>Vermerk weggefallen</i>
A 13	0,00	1,00	3)	11,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	4)		<i>Vermerk weggefallen</i>

Einzelplan 7 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
 Kap./ AufgBer. 7200 Verkehr und Straßenwesen

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 269; SNH
B 3					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 269; SNH
B 2					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7300; Stellentausch V 2/IH
A 16									-3,00	Verlagerung an Kapitel 269; SNH
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7300; Stellentausch V 2/IH
A 16							-1,00		-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 15							-2,00		-2,00	Verlagerung an Kapitel 269; SNH
A 15							-2,00		-2,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 15							-9,00		-9,00	Verlagerung an Kapitel 269; SNH
A 14							-1,00		-1,00	Verlagerung an Kapitel 269; SNH
A 14	-1,00								-1,00	Übertragung der Steuerung des eeH-Projektes auf die Finanzbehörde
A 14							-18,00		-18,00	Verlagerung an Kapitel 269; SNH
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; Aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 13							-2,00		-2,00	Verlagerung an Kapitel 269; SNH
A 13							-2,00		-2,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13	-1,00								-1,00	Beendigung der Vorbereitung und Umsetzung von Erschließungsmaßnahmen im Rahmen der Projekte IBA und IGS
A 13							-7,00		-7,00	Verlagerung an Kapitel 269; SNH

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
A 14	1)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat zum 31.12.2012 nach Beendigung des Projekts erstmalige endgültige Herstellung von Anliegerstraßen
A 14	2)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung des Bauprogramms Bundesfernstraßen, spätestens zum 31.12.2017
A 13	3)	weggefallen	ku: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach BesGr. E 13 nach Freiwerden der Stelle
A 13	4)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung des Bauprogramms Bundesfernstraßen, spätestens zum 31.12.2017

Einzelplan	7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber.	7200	Verkehr und Straßenwesen

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/ 16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 13		1,00	5)		<i>Vermerk weggefallen</i>
A 13	0,00			7,00	
A 12	0,00	1,00	6)	14,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	7)		<i>Vermerk weggefallen</i>
A 11	0,00			14,00	
A 10	0,00			3,00	
A 9	0,00			1,00	
A 8	0,00	1,00	8)	1,00	<i>Vermerk weggefallen</i>

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-2,00			2,00	-45,00	-5,00			-50,00	
A 13					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 269; SNH
A 13					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 269; SNH
A 12					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 269; SNH
A 12	-1,00								-1,00	Beendigung des Projektes Umsetzung der Radwegeverkehrsstrategie des Fahrradforums
A 12					-9,00				-9,00	Verlagerung an Kapitel 269; SNH
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7000; Stellentausch V 332/ZV 20
A 11						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 11					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 269; SNH
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; Stellentausch ZV 20/V 332
A 11						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 11					-8,00				-8,00	Verlagerung an Kapitel 269; SNH
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7401; Stellentausch V 3311/WG 01
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7401; Stellentausch WG 01/V 3311
A 10					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 269; SNH
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7000; Aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 269; SNH

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2015/ 16		alter Vermerk 2014
A 13	5)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat zum 31.12.2012 nach Beendigung der Vorbereitung und Umsetzung von Erschließungsmaßnahmen im Rahmen der Projekte IBA und IGS
A 12	6)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 12 Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat zum 31.12.2012 nach Beendigung des Projektes 'Umsetzung der Radwegeverkehrsstrategie des Fahrradforums', spätestens zum 31.12.2012
A 12	7)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 12 Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat zum 31.12.2013 nach Beendigung des Projekts Umbau des Zentralen Omnibusbahnhofs Barmbek

Einzelplan 7 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber. 7200 Verkehr und Straßenwesen

I. Stellenbestand

2015/ 16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
Summe:	0,00			90,00	

- B 6 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (0,00)
- B 3 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (0,00)
- B 2 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
- A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (0,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
- A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (0,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (0,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
- A 13 Baurätin/ Baurat (0,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
- A 13 Baurätin/Baurat (0,00), Regierungsrätin/Regierungsrat (0,00)
- A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (0,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (0,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (0,00), Technische Amtsfrau/ Technischer Amtmann (0,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (0,00)
- A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (0,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (0,00)

2015/ 16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 16	0,00			1,00	
A 14	0,00			2,00	
A 13	0,00			2,00	
A 6	0,00			1,00	
Summe:	0,00			6,00	

- A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,00)
- A 13 Baurätin/Baurat (0,00)
- A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (0,00)

Einzelplan	7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber.	7200	Verkehr und Straßenwesen

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2015/ 16			2014	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 16	0,00			1,00	Nr. 5	
A 14	0,00			2,00	Nr. 7	
A 13	0,00			2,00	Nr. 7	
A 6	0,00			1,00		H.Beschl.
gesamt:	0,00			6,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	-3,00	0,00	0,00	4,00	-83,00	-7,00	0,00	0,00	-89,00	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>										
	-3,00	0,00	0,00	4,00	-83,00	-8,00	0,00	0,00	-90,00	

Einzelplan	7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber.	7200	Verkehr und Straßenwesen

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/ 16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15 ü	0,00			0,00	
E 15	0,00	1,00	9)	1,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 14	0,00			5,00	
E 13	0,00			2,00	
E 12	0,00	2,00	10)	11,80	<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	11)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		3,00	12)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	13)		<i>Vermerk weggefallen</i>
E 11	0,00	1,00	14)	5,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 10	0,00			0,00	
E 9	0,00			5,50	
E 8	0,00			7,50	

Einzelplan 7 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
 Kap./ Aufg.Ber. 7200 Verkehr und Straßenwesen

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15 ü						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 15 ü					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 269; SNH
E 15									2,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 15					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 269; SNH
E 14		1,00							1,00	gem. Delegationsregelung (V 324)
E 14									2,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 14					-8,00				-8,00	Verlagerung an Kapitel 269; SNH
E 13									1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 13					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 269; SNH
E 12					-11,80				-11,80	Verlagerung an Kapitel 269; SNH
E 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7201; Aufgabenverlagerung TT-SIB
E 11									1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 11					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 269; SNH
E 10									1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 269; SNH
E 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7500; Interne organisatorische Maßnahme
E 9					-4,50				-4,50	Verlagerung an Kapitel 269; SNH
E 8			-1,00						-1,00	Stellenwirtschaftliche Maßnahmen

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
E 15	9)	weggefallen	ku: 1,00 EntgGr. E 15 nach BesGr. A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor
E 12	10)	weggefallen	ku: 2,00 EntgGr. E 12 nach BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt
E 12	11)	weggefallen	ku: 1,00 EntgGr. E 12 nach BesGr. A 10 Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor
E 12	12)	weggefallen	ku: 3,00 EntgGr. E 12 nach BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann
E 12	13)	weggefallen	ku: 1,00 EntgGr. E 12 nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann
E 11	14)	weggefallen	ku: 1,00 EntgGr. E 11 Stellenstreichungen 2004, nach Freiwerden der Stelle

Einzelplan	7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber.	7200	Verkehr und Straßenwesen

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/16			2014	Vemerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 6	0,00			3,50	
E 5	0,00			3,00	
Summe:	0,00			44,30	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00			134,30	

Einzelplan	7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber.	7200	Verkehr und Straßenwesen

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		1,00	-1,00		-39,30	8,00			-31,30	
E 8					-6,50				-6,50	Verlagerung an Kapitel 269; SNH
E 6					-3,50				-3,50	Verlagerung an Kapitel 269; SNH
E 5			-2,00						-2,00	Stellenwirtschaftliche Maßnahmen
E 5					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 269; SNH
<i>Summe Arbeitnehmer</i>	0,00	1,00	-3,00	0,00	-50,30	8,00	0,00	0,00	-44,30	
Summe (ohne *) insgesamt	-3,00	1,00	-3,00	4,00	-133,30	0,00	0,00	0,00	-134,30	

Einzelplan	7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber.	7300	Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/ 16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtenner/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 6	0,00			1,00	
B 2	0,00			0,00	
A 16	0,00			3,00	
A 15	0,00			8,00	
A 14	0,00	1,00	1)	7,50	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 13	0,00	1,00	2)	5,00	<i>Vermerk weggefallen</i>

Einzelplan 7 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ AufgBer. 7300 Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 6										
B 2				1,00	-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 270; SNH
B 2									1,00	Verlagerung von Kapitel 7200; Stellentausch V 2/IH
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 270; SNH
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7200; Stellentausch V 2/IH
A 15									-2,00	Verlagerung an Kapitel 270; SNH
A 14									-1,00	Verlagerung an Kapitel 7000; Aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 14				1,00	-7,00				-7,00	Verlagerung an Kapitel 270; SNH
A 14	-1,00								1,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Aus personalwirtschaftlichen Gründen (IH 43)
A 14									-1,00	gem. Art. 11 Nr. 6 Haushaltsbeschluss
A 14									-1,00	Verlagerung an Kapitel 7000; Stellentausch IT 26/ZB 12
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7100; Aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 13									-7,50	Verlagerung an Kapitel 270; SNH
A 13									-1,00	Verlagerung an Kapitel 7400; Aus personalwirtschaftlichen Gründen (WA 33)
A 13									-2,00	gem. Art. 11 Nr. 3 Haushaltsbeschluss
A 13				1,00					1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13									1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; Stellentausch IT 26/ZB 12
A 13									1,00	gem. Art. 11 Nr. 3 Haushaltsbeschluss
A 13									-1,00	Verlagerung an Kapitel 7000; Aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 13									-5,00	Verlagerung an Kapitel 270; SNH
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Aus personalwirtschaftlichen Gründen

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
A 14	1)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat
A 13	2)	weggefallen	ku: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat nach BesGr. E 13

Einzelplan 7 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber. 7300 Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/ 16		Vermerk Nr.	2014	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 13	0,00			2,00	
A 12	0,00			7,00	
A 11	0,00			3,00	
A 10	0,00			1,00	
A 9	0,00			1,00	
A 9	0,00			3,00	
A 8	0,00			1,00	
A 7	0,00			1,00	
Summe:	0,00			43,50	

- B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (0,00)
- B 2 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
- A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
- A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (0,00)
- A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
- A 13 Regierungsrätin/Regierungsrat (0,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (0,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (0,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00)
- A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (0,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (0,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (0,00)
- A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (0,00)

Wertigkeit	2015/ 16		Vermerk Nr.	2014	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
B 6	0,00			1,00	
A 15	0,00			1,00	
Summe:	0,00			2,00	

- B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (0,00)
- A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (0,00)
- A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
- A 13 Regierungsrätin/Regierungsrat (0,00)

Einzelplan 7 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber. 7300 Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2015/ 16				2014	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
B 6	0,00			1,00	Nr. 5	
A 15	0,00			1,00	Nr. 5	
gesamt:	0,00			2,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-1,00			5,00	-28,50				-24,50	
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7400; Interne organisatorische Maßnahme
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7401; Aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 12					-8,00				-8,00	Verlagerung an Kapitel 270; SNH
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; Aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Interne organisatorische Maßnahme
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7400; Interne organisatorische Maßnahme
A 11					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 270; SNH
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 270; SNH
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 270; SNH
A 9					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 270; SNH
A 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 270; SNH
A 7					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 270; SNH
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>	-1,00	0,00	0,00	7,00	-49,50	0,00	0,00	0,00	-43,50	

Einzelplan	7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber.	7300	Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/ 16			2014	Vemerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15 ü	0,00			0,00	
E 15	0,00	1,00	3)	4,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 14	0,00			4,82	
E 13	0,00	0,50	4)	9,40	<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	5)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	6)		<i>Vermerk weggefallen</i>
E 12	0,00			0,00	
E 11	0,00	1,00	7)	10,00	<i>Vermerk weggefallen</i>

Einzelplan 7 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
 Kap./ Aufg.Ber. 7300 Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15 ü				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; Aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 15 ü								-1,00	-1,00	Interne organisatorische Maßnahme
E 15							1,00		1,00	Tarifrechtliche Bewertung
E 15					-6,00			1,00	-6,00	Verlagerung an Kapitel 270; SNH
E 14							-1,00		-1,00	Interne organisatorische Maßnahme
E 14							1,00		1,00	Tarifrechtliche Neubewertung
E 14					-4,82				-4,82	Verlagerung an Kapitel 270; SNH
E 13						2,00			2,00	gem. Art. 11 Nr. 3 Haushaltsbeschluss
E 13						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 13		1,00							1,00	gem. Delegationsregelung, Weiterentwicklung der Elektromobilität
E 13						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 3 Haushaltsbeschluss
E 13							-1,00		-1,00	Tarifrechtliche Neubewertung
E 13					-8,40				-8,40	Verlagerung an Kapitel 270; SNH
E 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7400; Aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 12							1,00		1,00	Tarifrechtliche Neubewertung
E 12						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 270; SNH
E 11						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 7400; Organisatorische Maßnahme, anlässlich des Prüfberichtes der Innenrevision vom 27.12.11
E 11							-1,00		-1,00	Tarifrechtliche Neubewertung

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
E 15	3)	weggefallen	ku: 1,00 EntgGr. E 15 nach BesGr. A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor
E 13	4)	weggefallen	kw: 0,50 EntgGr. E 13 nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
E 13	5)	weggefallen	ku: 1,00 EntgGr. E 13 nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann
E 13	6)	weggefallen	ku: 1,00 EntgGr. E 13 nach BesGr. A 13 Regierungsrätin/Regierungsrat
E 11	7)	weggefallen	ku: 1,00 EntgGr. E 11 nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann

Einzelplan	7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber.	7300	Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/ 16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 10	0,00	1,00	8)	3,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	9)		<i>Vermerk weggefallen</i>
E 9	0,00	1,00	10)	3,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 8	0,00	2,00	11)	4,65	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 6	0,00	1,00	12)	3,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 5	0,00			3,00	
E 3	0,00	1,00	13)	1,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 2 ü	0,00	1,00	14)	2,50	<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	15)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		0,50	16)		<i>Vermerk weggefallen</i>
Summe:	0,00			48,37	
Summe (ohne) insgesamt	0,00			91,87	

Einzelplan 7 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
 Kap./ Aufg.Ber. 7300 Innovations- und Strukturpolitik, Mittelstand, Hafen

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		1,00		1,00	-22,22				-20,22	
E 11			-2,00						-2,00	Ausscheiden Mitarbeiter
E 11					-6,00				-6,00	Verlagerung an Kapitel 270; SNH
E 10					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 270; SNH
E 9					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 270; SNH
E 8					-4,65				-4,65	Verlagerung an Kapitel 270; SNH
E 6					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 270; SNH
E 5			-1,00						-1,00	Rationalisierung bei Assistenzaufgaben
E 5					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 270; SNH
E 3					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 270; SNH
E 2 ü					-2,50				-2,50	Verlagerung an Kapitel 270; SNH
<i>Summe Arbeitnehmer</i>										
	0,00	1,00	-3,00	1,00	-47,37	0,00	0,00	0,00	-48,37	

Summe (ohne *) insgesamt	-1,00	1,00	-3,00	8,00	-96,87	0,00	0,00	0,00	-91,87	
---------------------------------	-------	------	-------	------	--------	------	------	------	--------	--

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
E 10	8)	weggefallen	ku: 1,00 EntgGr. E 10 nach BesGr. A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär
E 10	9)	weggefallen	ku: 1,00 EntgGr. E 10 nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman

Einzelplan	7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber.	7400	Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft

I. Stellenbestand

2015/ 16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 3	0,00			1,00	
A 16	0,00			2,00	
A 15	0,00			8,00	
A 14	0,00			5,00	
A 13	0,00			4,00	
A 13	0,00			1,00	
A 12	0,00			7,00	
A 11	0,00			6,00	

Einzelplan	7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ AufgBer.	7400	Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 3					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 271; SNH
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 271; SNH
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 271; SNH
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 271; SNH
A 15		1,00							1,00	gem. Art. 11 Nr. 7 Haushaltsbeschluss
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7100; Interne organisatorische Maßnahme
A 15					-7,00				-7,00	Verlagerung an Kapitel 271; SNH
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7300; Aus personalwirtschaftlichen Gründen (IH 43)
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 1100; Stellentausch Senatskanzlei ORR A14/BWVI RR A13
A 14					-5,50				-5,50	Verlagerung an Kapitel 271; SNH
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7300; Aus personalwirtschaftlichen Gründen (WA 33)
A 13						-2,00			-2,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 1100; Stellentausch Senatskanzlei/BWVI
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7300; Aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 271; SNH
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7300; Interne organisatorische Maßnahme
A 13					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 271; SNH
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7401; Aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 12					-8,00				-8,00	Verlagerung an Kapitel 271; SNH
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7300; Interne organisatorische Maßnahme
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7300; Interne organisatorische Maßnahme
A 11					-6,00				-6,00	Verlagerung an Kapitel 271; SNH

Einzelplan	7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber.	7400	Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/ 16		Vermerk Nr.	2014	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 10	0,00	1,00	1)	3,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 9	0,00			1,00	
A 8	0,00			1,00	
A 7	0,00			0,00	
A 6	0,00			0,00	
Summe:	0,00			39,00	

- B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
A 16 Leitende Forstdirektorin/ Leitender Forstdirektor (0,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
A 15 Forstdirektorin/ Forstdirektor (0,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (0,00)
A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (0,00)
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (0,00)
A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00)
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (0,00)
A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (0,00)
A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (0,00)
A 6 Regierungsssekretärin/ Regierungsssekretär (0,00)

Wertigkeit	2015/ 16		Vermerk Nr.	2014	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 12	0,00			2,00	
Summe:	0,00			2,00	

- A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (0,00)
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (0,00)
A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00)

Einzelplan	7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber.	7400	Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2015/ 16			2014	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.		Anzahl	§ 50a (1)
A 12	0,00			2,00	Nr. 6	
gesamt:	0,00			2,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		1,00		5,00	-38,50	-2,00			-34,50	
A 10	-1,00				-2,00				-1,00	gem. Art. 11 Nr. 6 Haushaltsbeschluss
A 10					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 271; SNH
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7401; Stellentausch WL 112/WG 02
A 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 271; SNH
A 7		1,00							1,00	gem. Art. 11 Nr. 7 Haushaltsbeschluss
A 7					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 271; SNH
A 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 271; SNH
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	-1,00	2,00	0,00	5,00	-44,50	-2,00	0,00	0,00	-40,50	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,50	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	1,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>										
	-1,00	2,00	0,00	5,50	-44,50	-1,00	0,00	0,00	-39,00	

Einzelplan	7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber.	7400	Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/ 16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15 ü	0,00			1,00	
E 15	0,00	1,00	3)	4,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 14	0,00	1,00	4)	7,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	5)		<i>Vermerk weggefallen</i>
E 13	0,00			9,00	
E 12	0,00			6,00	
E 11	0,00	1,00	6)	6,50	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 10	0,00			3,00	
E 9	0,00			5,00	
E 9	0,00			2,65	
E 8	0,00			16,00	

Einzelplan 7 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./Aufg.Ber. 7400 Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15 ü					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 271; SNH
E 15					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 271; SNH
E 14							2,00		2,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 14			-1,00						-1,00	Haushaltskonsolidierung Klimaschutzprojekt
E 14									-8,00	Verlagerung an Kapitel 271; SNH
E 13									-10,00	Verlagerung an Kapitel 271; SNH
E 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7300; Aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 12									-6,00	Verlagerung an Kapitel 271; SNH
E 11					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 7300; Organisatorische Maßnahme, anlässlich des Prüfberichtes der Innenrevision vom 27.12.11
E 11			-1,00						-1,00	Aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 11									-6,50	Verlagerung an Kapitel 271; SNH
E 10					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 7401; Stellentausch WG 02/WL 112
E 10			-1,00						-1,00	Stellenwirtschaftliche Maßnahmen
E 10									-3,00	Verlagerung an Kapitel 271; SNH
E 9									-5,00	Verlagerung an Kapitel 271; SNH
E 9									-10,65	Verlagerung an Kapitel 271; SNH
E 9									-2,00	Verlagerung an Kapitel 271; SNH
E 8									-6,00	Verlagerung an Kapitel 271; SNH

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
E 15	3)	weggefallen	ku: 1,00 EntgGr. E 15 nach BesGr. A 15 Landwirtschaftsdirektorin/ Landwirtschaftsdirektor
E 14	4)	weggefallen	ku: 1,00 EntgGr. E 14 nach BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat
E 14	5)	weggefallen	ku: 1,00 EntgGr. E 14 nach BesGr. A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat
E 11	6)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 11

Einzelplan	7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber.	7400	Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/ 16			2014	Vemerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 7	0,00			5,00	
E 6	0,00			3,00	
E 5	0,00			7,00	
E 3	0,00			0,50	
Summe:	0,00			75,65	
Nachwuchskräfte (Arbeitnehmer)*					
Nachwuchs mD	0,00			2,00	
Summe:	0,00			2,00	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00			114,65	

Einzelplan 7 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
 Kap./ Aufg.Ber. 7400 Wirtschaftsförderung, Außenwirtschaft, Agrarwirtschaft

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag			-3,00	3,00	-62,15	2,00			-60,15	
E 7					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 271; SNH
E 7					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 271;SNH
E 6			-1,00						-1,00	Rationalisierung
E 6			-1,00						-1,00	Aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 6					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 271; SNH
E 5			-1,00						-1,00	Aus personalwirtschaftlichen Maßnahmen
E 5					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 271; SNH
<i>Summe Arbeitnehmer</i>	0,00	0,00	-6,00	3,00	-73,15	2,00	0,00	0,00	-74,15	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	0,00	-0,50	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>	0,00	0,00	-6,00	3,00	-73,65	1,00	0,00	0,00	-75,65	
Nachwuchs mD			-1,00						-1,00	Aus personalwirtschaftlichen Gründen
Nachwuchs mD		1,00							1,00	Einrichtung einer Azubi-Stelle Forstwirt
Nachwuchs mD					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 271;SNH
<i>Summe Nachwuchskräfte (Arbeitnehmer)*</i>	0,00	1,00	-1,00	0,00	-2,00	0,00	0,00	0,00	-2,00	
Summe (ohne *) insgesamt	-1,00	2,00	-6,00	8,50	-118,15	0,00	0,00	0,00	-114,65	

Einzelplan	7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber.	7500	Rechtsamt

I. Stellenbestand

2015/ 16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 3	0,00			1,00	
A 16	0,00			2,00	
A 15	0,00			4,00	
A 14	0,00	1,00	1)	6,50	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 13	0,00			3,00	
A 13	0,00			2,00	
A 12	0,00			3,00	
A 11	0,00			4,00	
A 10	0,00			4,50	
A 9	0,00			0,00	
A 8	0,00			2,00	
A 6	0,00			1,00	

Einzelplan 7 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
 Kap./ AufgBer. 7500 Rechtsamt

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 3					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
A 16					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
A 15					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
A 14	-1,50								-1,50	gem. Art. 11 Nr. 6 Haushaltsbeschluss
A 14									-1,00	Verlagerung an Kapitel 7000; Aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7000; Aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 14					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
A 13					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
A 13					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
A 12						1,00			1,00	§ 50a (1) Nr. 6 LHO
A 12					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
A 11					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
A 10		1,00							1,00	gem. Art. 11 Nr. 22 Haushaltsbeschluss
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7100; Stellentausch RV 223/SB 312
A 10					-4,50				-4,50	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7100; Stellentausch SB 312/RV 223
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
A 8					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
A 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7100; Stellentausch RV 21-04/SB 325
A 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
A 14	1); weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat

Einzelplan	7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber.	7500	Rechtsamt

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/ 16		Vermerk Nr.	2014	Vemerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
Summe:	0,00			33,00	

- B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
- A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
- A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (0,00)
- A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (0,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (0,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00)
- A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (0,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (0,00)
- A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (0,00)

Einzelplan	7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber.	7500	Rechtsamt

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	-1,50	1,00	0,00	2,00	-36,50	1,00	0,00	0,00	-34,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,50	0,00	0,50	-0,50	-0,50	0,00	0,00	0,00	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	1,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>										
	-1,50	1,50	0,00	2,50	-37,00	1,50	0,00	0,00	-33,00	

Einzelplan	7	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Kap./ Aufg.Ber.	7500	Rechtsamt

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/ 16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	0,00			1,00	
E 14	0,00	1,00	2)	2,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	3)		<i>Vermerk weggefallen</i>
E 13	0,00			1,00	
E 12	0,00			1,00	
E 11	0,00			3,00	
E 9	0,00	1,00	4)	2,50	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 8	0,00	1,00	5)	11,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 6	0,00			1,00	
Summe:	0,00			22,50	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00			55,50	

Einzelplan 7 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
 Kap./ Aufg.Ber. 7500 Rechtsamt

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
E 14					-2,50				-2,50	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
E 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
E 12							1,00		1,00	Tarifrrechtliche Bewertung
E 12						-1,00			-1,00	§ 50a (1) Nr. 6 LHO
E 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
E 11								-1,00	-1,00	Tarifrrechtliche Bewertung
E 11					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
E 9					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
E 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7200; Interne organisatorische Maßnahme
E 8			-1,00						-1,00	Rationalisierung
E 8					-10,00				-10,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
E 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7100; Stellentausch RV 21-04/SB 325
E 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 268; SNH
Summe Arbeitnehmer										
	0,00	0,00	-1,00	2,00	-22,50	-1,00	0,00	0,00	-22,50	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,50	0,00	0,00	0,00	0,50	0,00	0,00	1,00	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	
Summe Arbeitnehmer insgesamt										
	0,00	0,50	-1,00	2,00	-22,50	-1,50	0,00	0,00	-22,50	
Summe (ohne *) insgesamt										
	-1,50	2,00	-1,00	4,50	-59,50	0,00	0,00	0,00	-55,50	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
E 14	2)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz
E 14	3)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Freiwerden der Stelle

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für die Haushaltsjahre 2015/2016

Wirtschaftsplan

**des Landesbetriebes Straßen, Brücken und Gewässer
(§ 106 LHO)**

Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

Gewinn- und Verlustplan nach dem Gesamtkostenverfahren	
Postenbezeichnung	
1	Umsatzerlöse und Bestandsveränderungen
1.1	Entgelte und Honorare
111	Honorare/Entgelte Wasser
112	Honorare/Entgelte Verkehr
113	Honorare/Entgelte Bund
114	Honorare/Entgelte andere
1.2	Betriebsmittelerstattungen
121	Betriebsmittelerstattungen Wasser und Verkehr
122	Betriebsmittelerstattungen andere
123	Schadenersatzleistungen
2	Sonstige betriebliche Erträge
3	Materialaufwand
3.1	für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe
311	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe
3.2	für bezogene Leistungen
321	für bezogene Leistungen, z.B. Unterhaltung, Instandsetzung
322	für bezogene Leistungen, z.B. Ingenieure, Gutachter
4	Personalaufwand
4.1	Bezüge und Entgelte
411	Beamtenbezüge
412	Beschäftigtenentgelte
4.2	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung
421	Versorgungsaufwendungen Beamte und Beschäftigte
422	Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Beschäftigte
423	Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistungen
424	Personalarückstellungen bis 2014 (Versorgung, Beihilfe)
5	Abschreibungen auf Anlagevermögen
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen
601	Personalbedingte Aufwendungen
602	Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung
603	Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb
604	Übrige sonstige Aufwendungen
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen
9	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Anlage 2.1

Ist	Ist	Plan lfd. Haushaltsjahr	Plan	Plan	Plan	Plan
2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Tsd. EUR						
110.390	109.306	96.550	108.900	110.600	112.000	113.000
65.158	71.344	60.850	73.400	75.100	76.500	77.500
13.598	12.896	10.400	11.500	11.700	11.700	11.700
26.946	23.727	27.150	37.600	38.800	39.800	40.500
22.964	31.660	19.800	21.700	21.800	22.000	22.100
1.651	3.061	3.500	2.600	2.800	3.000	3.200
45.232	37.962	35.700	35.500	35.500	35.500	35.500
31.769	29.190	30.000	30.500	30.500	30.500	30.500
12.129	7.127	4.200	3.500	3.500	3.500	3.500
1.334	1.645	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
3.170	3.629	4.000	2.000	1.800	1.500	1.500
66.158	62.371	55.060	63.200	64.200	65.200	66.200
1.184	1.171	935	1.200	1.200	1.200	1.200
1.184	1.171	935	1.200	1.200	1.200	1.200
64.974	61.200	54.125	62.000	63.000	64.000	65.000
40.509	36.081	35.625	35.000	35.000	35.000	35.000
24.465	25.119	18.500	27.000	28.000	29.000	30.000
35.980	40.515	37.408	37.030	37.800	38.010	38.100
26.871	30.679	27.803	29.330	29.990	30.200	30.280
6.535	6.738	6.540	7.120	7.270	7.320	7.320
20.336	23.941	21.263	22.210	22.720	22.880	22.960
9.109	9.836	9.605	7.700	7.810	7.810	7.820
3.479	3.699	3.755	2.910	2.960	2.960	2.970
3.858	4.036	4.263	4.260	4.320	4.320	4.320
727	828	587	530	530	530	530
1.045	1.273	1.000	0	0	0	0
423	375	388	400	430	430	440
8.441	8.973	6.992	8.300	8.300	8.300	8.300
498	553	503	590	590	590	590
2.849	3.269	3.098	3.140	3.140	3.140	3.140
2.328	2.633	2.142	2.590	2.590	2.590	2.590
2.766	2.518	1.249	1.980	1.980	1.980	1.980
76	266	30	40	30	30	20
10	123	0	10	10	10	10
2.625	844	732	2.000	1.690	1.580	1.470

Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

Gewinn- und Verlustplan nach dem Gesamtkostenverfahren	
Postenbezeichnung	
10	Außerordentliche Erträge
11	Außerordentliche Aufwendungen
12	Außerordentliches Ergebnis
13	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
14	Sonstige Steuern
15	Abführungen an den Haushalt
16	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

Anlage 2.1

Ist	Ist	Plan lfd. Haushaltsjahr	Plan	Plan	Plan	Plan
2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Tsd. EUR						
1.088	1.033	1.000	0	0	0	0
0	0	0	525	250	250	200
1.088	1.033	1.000	-525	-250	-250	-200
8	-2	0	12	12	12	12
9	13	12	20	20	20	20
1.098	1.098	1.098	1.098	1.098	1.098	1.098
2.599	768	622	345	310	200	140

Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

Kapitalflussplan (aggregiert)	
Postenbezeichnung	
1	Periodenergebnis vor außerordentlichen Erträgen / Aufwendungen (+/-)
2	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens (+/-)
3	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse (-)
4	Verlust/Gewinn aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens (+/-)
5	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen (+/-)
6	Abnahme/Zunahme sonstiger Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind (+/-)
7	Zunahme/Abnahme sonstiger Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind (+/-)
8	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge (+/-)
9	Zahlungswirksame außerordentliche Erträge/Aufwendungen (+/-)
Kapitalfluss I aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe 1 bis 9)	
10	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens
11	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen (-)
	davon Einzelmaßnahme "Schiff für die Unterhaltung von Gewässern- und Hochwasserschutz", (AiB: 2011 - 2014), Aktivierung in 2014
	davon
	- Programm
	Immaterielle Vermögensgegenstände
	Container
	Technische Anlagen und Maschinen
	Schiffe, Fahrzeuge und Geräte
	Werkstatt-, Betriebs- und Geschäftsausstattung
	Anlagen im Bau Programm
12.	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens (+)
13.	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen (-)
14.	Einzahlungen aus investiven Zuführungen der FHH
15.	Forderungen/Verbindlichkeiten aus Investitionen (FHH) (+/-)
16.	Einzahlungen aus Zuschüssen Dritter
Kapitalfluss aus Investitionen (Summe 10 bis 19)	
Kapitalfluss II nach Investitionstätigkeit (Kapitalfluss I + Kapitalfluss aus Investitionen)	
17.	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen, z.B. Einlagen der FHH (+)
18.	Ablieferungen an die FHH, z.B. Eigenkapitalrückzahlungen (-)
	<i>davon enthaltene Ablieferung an die FHH</i>
Kapitalfluss aus Finanzierung (Summe 20 bis 23)	
Kapitalfluss III (Kapitalfluss II + Kapitalfluss aus Finanzierung)	

Anlage 2.1

Ist 2012	Ist 2013	Plan lfd. Haushaltsjahr 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Tsd. EUR						
2.599	768	622	345	310	200	140
423	368	388	400	430	430	440
-193	-112	-150	-75	-67	-65	-65
1	2	0	0	0	0	0
3.394	4.962	0	0	0	0	0
-14.262	5.519	-460	0	1.000	1.000	1.000
4.641	-5.269	0	-2.905	-3.533	-2.525	-1.425
-1.088	-1.033	-1.000	525	250	250	200
0	0	0	0	0	0	0
-4.485	5.205	-600	-1.710	-1.610	-710	290
0	0	0	0	0	0	0
-506	-508	-400	-290	-390	-290	-290
-12	-318	0	0	0	0	0
-494	-190	-400	-290	-390	-290	-290
-48	-27	-10	-15	-15	-15	-15
0	0	0	0	0	0	0
-11	0	0	0	0	0	0
-259	-21	-240	-115	-215	-115	-115
-176	-142	-150	-160	-160	-160	-160
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
69	784	0	0	0	0	0
0	-442	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
-437	-166	-400	-290	-390	-290	-290
-4.922	5.039	-1.000	-2.000	-2.000	-1.000	0
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
-4.922	5.039	-1.000	-2.000	-2.000	-1.000	0

Begründung:

Der Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG) übernimmt Beratungs-, Bauherrenkern-, Planungs-, Projektvorbereitungs- und Projektsteuerungsleistungen, Umsetzungsleistungen sowie Betriebs- und Unterhaltungsleistungen für Dienststellen der FHH, die für die Entwicklung und die Funktionsfähigkeit von Infrastrukturgütern, insbesondere in den Bereichen Verkehr und Wasserwirtschaft, zuständig sind.

Nach dem Organisationsmodell des LSBG werden die ministeriellen Funktionen und die Auftraggeberfunktionen eindeutig den Auftraggebern des LSBG als Bedarfsträger zuordnet. Die ausführenden Dienstleistungen sind in einer als Betrieb ausgerichteten, verselbstständigten Organisationseinheit zusammengefasst, deren Organisationsstruktur an das veränderliche Projektgeschäft angepasst ist und damit von der Struktur eines klassischen Amtes abweicht. So können neue Aufgaben oder auch kurzfristige Prioritätenänderungen flexibel umgesetzt werden. Dies konnte der LSBG u.a. bei der Umsetzung der großen IBA-/IGS-Projekte für den Sprung über die Elbe beweisen.

Durch die Organisationsform als Landesbetrieb ist der LSBG einerseits fest an die Entscheidungen von Senat und Bürgerschaft gebunden, andererseits mit Kompetenzen ausgestattet, die es ihm ermöglichen, sich schnell und flexibel auf neue Aufgaben und geänderte Rahmenbedingungen einzustellen. Auch muss der LSBG als hochspezialisierter Betrieb mit knappen Ressourcen geeignete, eigene IT-Systeme nutzen, wie eine Projektsteuerungssoftware und eine sehr
Der Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer wird auf der Grundlage von Aufträgen (Kontrakten) tätig und erhält für die erbrachten Leistungen Honorare im Ingenieurbereich, Entgelte im betrieblichen Bereich sowie Betriebsmittelerstattungen für z.B. bezogene Unterhaltungs- und Reparaturleistungen. Die Auftraggeber der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) veranschlagen die Honorare, Entgelte und Betriebsmittelerstattungen in den eigenen Einzelplänen. Auch für diese finanzwirtschaftliche Abbildung ist die Organisationsform als Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO bzw. § 106 LHO am besten geeignet.

In seiner Organisationsform als Landesbetrieb entwickelt sich der LSBG kontinuierlich zu einem modernen Dienstleister weiter, der das Benchmarking mit anderen öffentlichen Unternehmen und
Da die Planung der Auftraggeber zum Haushalt parallel läuft und sich auch unterjährige Veränderungen ergeben, können bei zusätzlichen Erträgen auch die erforderlichen notwendigen Aufwendungen veranlasst werden.

Erläuterungen

Der Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG) übernimmt Beratungs-, Bauherrenkern-, Planungs-, Projektvorbereitungs- und Projektsteuerungsleistungen, Umsetzungsleistungen sowie Betriebs- und Unterhaltungsleistungen für Dienststellen der FHH, die für die Entwicklung und die Funktionsfähigkeit von Infrastrukturgütern, insbesondere in den Bereichen Verkehr und Wasserwirtschaft, zuständig sind.

Nach dem Organisationsmodell des LSBG werden die ministeriellen Funktionen und die Auftraggeberfunktionen eindeutig den Auftraggebern des LSBG als Bedarfsträger zugeordnet. Die ausführenden Dienstleistungen sind in einer als Betrieb ausgerichteten, verselbstständigten Organisationseinheit zusammengefasst, deren Organisationsstruktur an das veränderliche Projektgeschäft angepasst ist und damit von der Struktur eines klassischen Amtes abweicht. So können neue Aufgaben oder auch kurzfristige Prioritätenänderungen flexibel umgesetzt werden. Dies konnte der LSBG u.a. bei der Umsetzung der großen IBA-/IGS-Projekte für den *Sprung über die Elbe* beweisen.

Durch die Organisationsform als Landesbetrieb ist der LSBG einerseits fest an die Entscheidungen von Senat und Bürgerschaft gebunden, andererseits mit Kompetenzen ausgestattet, die es ihm ermöglichen, sich schnell und flexibel auf neue Aufgaben und geänderte Rahmenbedingungen einzustellen. Auch muss der LSBG als hochspezialisierter Betrieb mit knappen Ressourcen geeignete, eigene IT-Systeme nutzen, wie eine Projektsteuerungssoftware und eine sehr ausgeprägte Kosten- und Leistungsrechnung, um Projekte sowohl wirtschaftlich als auch fachtechnisch sinnvoll zu steuern. Diese, zum Teil speziell auf die Ingenieurbranche zugeschnittenen IT-Systeme stehen im SAP-Mandanten der FHH nicht zur Verfügung.

Der Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer wird auf der Grundlage von Aufträgen (Kontrakten) tätig und erhält für die erbrachten Leistungen Honorare im Ingenieurbereich, Entgelte im betrieblichen Bereich sowie Betriebsmittelerstattungen für z.B. bezogene Unterhaltungs- und Reparaturleistungen. Die Auftraggeber der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) veranschlagen die Honorare, Entgelte und Betriebsmittelerstattungen in den eigenen Einzelplänen. Auch für diese finanzwirtschaftliche Abbildung ist die Organisationsform als Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO bzw. § 106 LHO am besten geeignet.

In seiner Organisationsform als Landesbetrieb entwickelt sich der LSBG kontinuierlich zu einem modernen Dienstleister weiter, der das Benchmarking mit anderen öffentlichen Unternehmen und privaten Ingenieurbüros suchen und bestehen kann.

Der Wirtschaftsplan orientiert sich an den im Haushalt zur Beauftragung zur Verfügung stehenden Entgelten und Honoraren und der derzeit vorausschaubaren Entwicklung der Kontrakte. Da die Planung der Auftraggeber zum Haushalt parallel läuft und sich auch unterjährige Veränderungen ergeben, können bei zusätzlichen Erträgen auch die erforderlichen notwendigen Aufwendungen veranlasst werden.

Für die geplante Entwicklung des LSBG ab den Wirtschaftsjahren 2015 bietet sich insbesondere ein Vergleich mit den Jahren 2012 und 2013 an, da die Plandaten 2014 die aktuelle Entwicklung des LSBG nur eingeschränkt widerspiegeln. In der Aufstellung des Wirtschaftsplans für den Doppelhaushalt 2013/2014 Anfang/Mitte des Jahres 2012 konnten die deutlichen Mittelzuwächse bei den Auftraggebern noch nicht berücksichtigt werden, weil diese Mittel insbesondere durch spätere Drucksachen, etwa im Zusammenhang mit dem Busbeschleunigungsprogramm oder der Erhaltung bzw. Verbesserung der städtischen Infrastruktur zur Verfügung gestellt wurden.

Im Einzelnen werden folgende Positionen erläutert:

Gewinn- und Verlustplanung

- 111 Geplant sind Honorare und Entgelte für Projekte und Aufgaben, die durch das Amt für Umweltschutz (Amt U) der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) im Bereich Gewässer und Hochwasserschutz beauftragt werden. Im Wesentlichen handelt es sich bei den Honoraren um Leistungen im Zusammenhang mit dem Hochwasserschutzprogramm sowie bei den Entgelten um Leistungen der Unterhaltung von Gewässern, Schleusen, Schöpfwerken, Deichsielen, Sperrwerken und sonstigen Hochwasserschutzanlagen. Hinzu kommt die Betreuung von Gewässer- und Bodenverbänden.

Der geplante Rückgang gegenüber 2013 basiert auf den rückläufigen Haushaltsmittelansätzen des Amtes U insbesondere für den Hochwasserschutz.

- 112 Geplant sind Honorare und Entgelte für Projekte und Aufgaben, die durch das Amt für Verkehr und Straßenwesen (Amt V) der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI) in den Bereichen Stadtstraßen (einschl. Velorouten und Radwege), konstruktiver Ingenieurbau und sonstige Infrastruktureinrichtungen beauftragt werden. Neben Honoraren für Großprojekte wie dem Busbeschleunigungsprogramm oder größeren Einzelprojekten, die auch aus dem Programm für die Grundinstandsetzung von Straßen- und Brücken (z. B. dem Erhaltungsmanagement für Hamburgs Straßen (EMS-HH)) sowie Erschließungen resultieren, widmen sich verschiedene Aufträge der Instandsetzung oder Unterhaltung der Infrastrukturanlagen wie Straßen und Brücken und anderen konstruktiven Ingenieurbauwerken. Darüber hinaus sind Entgelte für die in der Zuständigkeit des LSBG beauftragten Leistungen des Betriebs der öffentlichen Beleuchtung und der Lichtsignalanlagen enthalten.

Die Zunahme ab 2015 gegenüber den Wirtschaftsjahren 2012 und 2013 ergibt sich insbesondere durch die insgesamt erhöhte Auftragslage zur Substanzerhaltung im Bereich der hamburgischen Infrastrukturanlagen und dem beauftragten Busbeschleunigungsprogramm.

- 113 Geplant sind Honorare und Entgelte für Projekte und Aufgaben, die durch das Amt V als Auftragsverwaltung des Bundes im Bereich Bundesfernstraßen beauftragt werden. Bei den Honorarleistungen handelt es sich um selbst durchgeführte, größere Bauvorhaben einschl. Lärmschutz, die Mitwirkung an großen Baumaßnahmen, die von der Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH (DEGES) durchgeführt werden, sowie um Instandsetzungsprojekte aus dem Erhaltungsprogramm für Straßen und Brücken an Bundesstraßen, Bundesautobahnen und Brücken sowie der Verkehrsleiteinrichtungen. Die betrieblichen Aufgaben werden durch die Autobahnmeistereien und den Elbtunnelbetrieb wahrgenommen und über den Haushalt anteilig vom Bund finanziert.

Während sich die Entgelte im betrieblichen Bereich durch die Personalkostensteigerungen erhöhen müssen – ein Teil davon wird auf Seiten des Haushalts durch Personalkostenerstattungen des Bundes ausgeglichen – führt insbesondere die geänderte Aufgabenteilung zwischen der DEGES und dem LSBG bei den Honoraren von Großprojekten wie dem geplanten Neubau der A26 oder dem 8-streifigen Ausbau der Hochstraße Elbmarsch, Brückenbauwerk K20, zu einem leichten Rückgang der Honorare gegenüber den bisherigen Ist-Ergebnissen 2012. Das Wirtschaftsjahr 2013 wurde durch viele (Teil-) Schlussrechnungen auch größerer Maßnahmen geprägt und ist als Vergleichsjahr nur eingeschränkt verwendbar.

Den Entgelten 2013 für die Autobahnmeistereien und den Tunnelbetrieb in Höhe von 7.550 Tsd. Euro standen Erstattungen des Bundes, die im Haushalt der BWVI vereinnahmt wurden, von 4.769 Tsd. Euro gegenüber.

- 114 Honorare und Entgelte von Dritten wurden insbesondere für Leistungen gegenüber anderen Dienststellen der FHH (z.B. Bezirksämter oder andere Ämter der BSU) und Dritten abgerechnet. Nach dem Auslaufen der Projekte zum *Sprung über die Elbe* im Rahmen der Internationalen Bauausstellung (IBA 2013) und Internationalen Gartenschau 2013 (IGS 2013) orientiert sich die Planung an der Entwicklung bereits beauftragter oder neuer Kontrakte.

In dieser Position sind auch die Kontrakte erfasst, die zwar von den Ämtern U und V beauftragt, aber direkt mit den Leistungsempfängern abgerechnet werden (z. B. das Projekt SAWA (Strategic Alliance for integrated Water Management Actions) oder die Bearbeitung von Schwertransportanträgen, die vom Landesbetrieb Verkehr beauftragt werden).

Nach dem Abschluss der Leistungen für die Projekte im Rahmen des *Sprungs über die Elbe* stabilisieren sich die Leistungen für Dritte auf einem niedrigeren Niveau, da aufgrund der beschränkten Mitarbeiterkapazitäten im LSBG die Arbeiten auf die Hauptauftraggeber beschränkt bleiben müssen.

- 121 Geplant sind Erstattungen der Ämter U und V für Betriebsmittel. Bei den Maßnahmen des Amtes U handelt es sich um Unterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten sowie den Betrieb von Schleusen, Schöpfwerken, Deichsielen und Sperrwerken und an Gewässern. Die Maßnahmen des Amtes V betreffen Unterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten an Brücken und Tunneln, an Anlagen der öffentlichen Beleuchtung, der Lichtsignalsteuerung einschließlich Verkehrsrechner sowie Arbeiten an Parkuhren, Parkscheinautomaten, Fahrtreppen und Aufzügen.

Die Veranschlagung orientiert sich an den bestehenden Kontrakten, die im Wesentlichen Daueraufgaben beinhalten und fortgeschrieben werden.

- 122 Geplant sind Erstattungen von Betriebsmitteln, aber auch von investiven Baumitteln anderer Auftraggeber, die über den Wirtschaftsplan abgewickelt werden. In der Planung ab 2015 sind überwiegend Erstattungen durch Aufträge Dritter für Arbeiten an Anlagen der öffentlichen Beleuchtung und Lichtsignalanlagen enthalten, die vom LSBG verauslagt und anschließend über Kostenerstattungen gegenüber den Auftraggebern abgerechnet werden.

Die höheren Ist-Werte der Vorjahre ergeben sich insbesondere durch die inzwischen beendeten Maßnahmen im Zusammenhang mit dem *Sprung über die Elbe*, bei denen investive Baumittel über den Wirtschaftsplan abgewickelt wurden.

- 123 Geplant sind Erträge aus Schadenersatzleistungen Dritter durch Beschädigungen am Infrastrukturvermögen der öffentlichen Beleuchtungen oder Lichtsignalanlagen. Die Schadenersatzleistungen decken nur einen Teil des Aufwandes für die Schadenbeseitigung, da nicht alle Schädiger bekannt oder zu ermitteln sind.

- 2 Bei den sonstigen Erträgen handelt es sich im Wesentlichen um Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse, Skontoerträge und Erstattungen von Verwaltungsgemeinkosten. Zusätzlich werden hier die Erträge aus der Auflösung von Drohverlustrückstellungen, die für unfertige Projekte gebildet werden, nachgewiesen. Darüber hinaus ist ein struktureller Zuschuss zu den Mehrkosten aus der Basisabrechnung von Dataport enthalten.

- 311 Geplant sind Aufwendungen für Strom, Karten und drucktechnische Leistungen sowie kleinere Materialbedarfe im Rahmen der Unterhaltung und Instandsetzung.

- 321 Die Aufwendungen für bezogene Leistungen im Rahmen von betrieblichen Unterhaltungs- und Instandsetzungsaufgaben enthalten neben den Aufgaben aus der Beauftragung der Ämter U und V auch Aufwand für die Beseitigung von Schäden an öffentlicher Beleuchtung und Lichtsignalanlagen. Die Veranschlagung ab 2015 orientiert sich an den im Haushalt für die Beauftragung zur Verfügung stehenden Betriebsmitteln und der geplanten Entwicklung der Kontrakte.

In den Ist-Werten der Vorjahre sind Aufwendungen im Zusammenhang mit Projekten zum *Sprung über die Elbe* enthalten, die über den Wirtschaftsplan abgewickelt wurden. Nach der endgültigen Fertigstellung der Maßnahmen kann von einem niedrigeren, konstanten Wert ausgegangen werden.

- 322 Geplant sind Aufwendungen für Honorarleistungen von Ingenieuren und Sachverständigen aus der Abwicklung von investiven Bauprojekten, aber auch bezogene Ingenieurleistungen für betriebliche Unterhaltungs- und Instandsetzungsaufgaben wie Brückenprüfungen und Brückeninstandsetzungen.

Die Ansätze ab 2015 berücksichtigen neben der aktuellen Preissteigerung der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) in 2013 auch den gestiegenen Aufwand durch die insgesamt hohen Vergaben, die aus der prioritären und nicht mit dem verfügbaren Personal bearbeitbaren Auftragsdichte resultieren.

- 411/412 Geplant sind Beamtenbezüge und Beschäftigtenentgelte unter Berücksichtigung der Stellenausstattung einschließlich temporär eingerichteter Stellen für zeitlich befristete Projektmitarbeiter. Die Ansätze enthalten die beschlossenen tariflichen Änderungen und für die Jahre 2015 und 2016 auch eine Tarifierhöhung in Höhe von 1,5 % p.a. Aufgrund von Neueinstellungen, die zu geringeren Eingruppierungen in die jeweiligen Entgeltstufen führen, wird für den Zeitraum von 2017 bis 2019 insgesamt von einer nur geringen Steigerung der Personalaufwendungen ausgegangen. Durch den Verbrauch der Rückstellungen für Altersteilzeit, die zum Ende des Planungszeitraums abnehmen, verändern sich die Personalaufwendungen geringfügig. Dem Verbrauch der Rückstellungen für Altersteilzeit steht eine Abnahme bei den Forderungen aus der Gewährleistungszusage gegenüber (siehe Erläuterung zu Position 10).

Im Wirtschaftsjahr 2013 wurden in der Position 412 erstmalig Urlaubs- und Überstundenrückstellungen von 2.656 Tsd. Euro gebildet. Damit werden die zum 01.01.2015 verbindlich geltenden Vorgaben in der Neuregelung der VV zu § 106 LHO (vormals VV zu § 26 LHO), nach denen die Regelungen des § 249 HGB einschlägig sind, bereits jetzt angewendet. In den Folgejahren werden nur noch geringe Veränderungen in den Rückstellungshöhen abgebildet.

- 421/424 Die Finanzierung der Beamtenversorgung, der Zusatzversorgung für Beschäftigte und der Beihilfeverpflichtungen wurde mit Wirkung zum 31.12.2014 bzw. 01.01.2015 neu geregelt. Landesbetriebe

müssen ab 2015 Zuschlagssätze für die Versorgung von 32 % für Bezüge und von 3 % für Entgelte entrichten. Die in den Vorjahren gebildeten Rückstellungen werden zum 31.12.2014 aufgelöst. Ab 2015 entfällt die Verpflichtung, Rückstellungen für Pensionen und Beihilfe zu bilden.

- 422 Geplant ist der Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung für Beschäftigte unter Berücksichtigung der Stellenausstattung, der entsprechend der zunehmenden Beschäftigtenentgelte ansteigt.
- 423 Geplant ist ab 2015 nur noch der Aufwand, der vom LSBG für seine aktiven Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu tragen ist.
- 5 Die Abschreibungen ergeben sich durch das bestehende und geplante Anlagevermögen des LSBG.
- 601 Geplant sind verschiedene personalbezogene Aufwendungen wie Reisekosten, Fahrgelder und Kilometervergütungen sowie Aus- und Fortbildungskosten.
- 602 Für die Gebäude im Sachsenfeld bzw. Sachsenkamp, am Friedrich-Ebert-Damm und der Tunnelbetriebszentrale sowie der Autobahnmeistereien werden Mieten, Betriebs- und Nebenkosten sowie Wartung und Instandhaltungskosten geplant. Darüber hinaus werden Aufwendungen für den Betrieb und die Unterhaltung von Schiffen, Fahrzeugen und Geräten geplant.
- 603 Geplant werden Aufwendungen für die IT, die insbesondere an Dataport zu entrichten sind, und den allgemeinen Geschäftsbetrieb, wie Büromaterial, Post- und Fernmeldegebühren, Porto und Frachtkosten, Betriebs- und Geschäftsausstattung, Bücher, Zeitschriften und sonstigen Geschäftsbedarf.
- 604 Geplant sind Verwaltungsgemeinkosten für Leistungen der BWVI, der BSU und Erstattungen an hamburgische Dienststellen, wie dem Zentrum für Personaldienste, dem Personalärztlichen Dienst oder der Kasse.Hamburg. Darüber hinaus sind verschiedene sonstige Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb berücksichtigt wie Rechts- und Beratungskosten, Abschluss- und Prüfungskosten oder Erstattungen von Personalkosten der zum LSBG abgeordneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
Außerdem werden Rückstellungen für die spätere Gewährleistungsüberwachung gebildet: Die Abrechnung dieser LSBG-Leistungen erfolgt mit der (Teil-)Schlussrechnung des Projektes, während die entsprechenden Leistungen am Ende des Gewährleistungszeitraumes der Baumaßnahme erbracht werden. Für diesen Honoraranteil werden Rückstellungen gebildet.
Auch werden im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gebildet, da die teilweise pauschalen Honorarsätze des LSBG nicht immer kostendeckend sind. Insgesamt ergibt sich durch die Honorare unverändert eine Kostendeckung.

Die Schwankungen in den Ergebnissen resultieren zum einen aus den Veränderungen bei den Gewährleistungsüberwachungen, da in 2013 weit überdurchschnittlich viele Projekte (teil-) schlussgerechnet wurden. Ab dem Wirtschaftsjahr 2015 kann von einem eingeschwungenen Zustand ausgegangen werden, bei dem sich Verbrauch und Zuführungen annähernd ausgleichen.

Zum anderen werden die Ergebnisse durch die Zuführungen zu Drohverlustrückstellungen beeinflusst, die sich aus dem Honorarschema ergeben. Den planmäßigen Verlusten stehen entsprechende Gewinne aus anderen Projekten gegenüber, die mit der (Teil-)Schlussrechnung realisiert werden. Da sich die Zuführungsbedarfe erst im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten ermitteln lassen, wurde bis 2014 eine Nullposition veranschlagt. Mit der Aufstellung des Wirtschaftsplans 2015 ff. werden die Erfahrungswerte der Vergangenheit zugrunde gelegt.

In der folgenden Tabelle sind die Ansätze aufgeführt:

	Ist 2012	Ist 2013	Plan 2014	Plan ab 2015
Zuführung Drohverlustrückstellungen	1.444	687	0	1.000 (Platzhalter)
Rückstellungen für Gewährleistungsüberwachung	65	721	100	20
Sonstige Aufwendungen	1.257	1.110	1.149	960
Gesamt	2.766	2.518	1.249	1.980

7/8 Zinserträge ergeben sich aus dem positiven Stand des Geschäftskontos und aus der Abzinsung von Rückstellungen. Aufwendungen aus Zinsen resultieren im Wesentlichen aus der Aufzinsung von Rückstellungen.

Die Ergebnisse der Zinserträge und Zinsaufwendungen 2013 resultieren im Wesentlichen aus den geänderten Zuordnungen, die sich im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2013 ergeben haben. Geplant sind für die Jahre ab 2014 Nullpositionen für die Auf- und Abzinsung von Rückstellungen, so dass sich die geplanten Werte aus dem Stand des Geschäftskontos ergeben.

10/11/12 Ab 2015 ist nur noch eine auslaufende Gewährleistungszusage der Finanzbehörde für Altersteilzeitrückstellungen geplant. Die zugehörigen Veränderungen der Altersteilzeitrückstellungen werden unter der Position 412 ausgewiesen (siehe auch die Erläuterungen zu Position 411/412 und 421/424).

13 Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag basieren auf den prognostizierten Ergebnissen für den Betrieb gewerblicher Art.

14 Geplant ist der Bedarf für Kraftfahrzeugsteuern.

15 Die Abführung an den Haushalt beträgt seit 2011 jährlich 1.098 Tsd. Euro als Konsolidierungsbeitrag des LSBG.

Kapitalflussplan

Kapitalfluss I aus laufender Geschäftstätigkeit

- 1 Das Periodenergebnis entspricht dem Jahresergebnis nach Position 16 des Gewinn- und Verlustplans.
- 6 Die geplante Abnahme sonstiger Aktiva ergibt sich durch einen Rückgang der Vorräte.
- 7 Die geplante Abnahme sonstiger Passiva resultiert im Wesentlichen aus einem Rückgang der Verbindlichkeiten aus erhaltenen Anzahlungen durch bedarfsgerechtere Gestaltung der Zahlungspläne in den Kontrakten.
- 8 In dieser Position werden die zahlungsunwirksamen außerordentlichen Erträge und Aufwendungen aus der Gewährleistungszusage der Finanzbehörde ausgewiesen.

Kapitalfluss aus Investitionen

Veranschlagt sind Neu- und Ersatzbeschaffungen beim Anlagevermögen. Die Ansätze ab 2015 spiegeln den Bedarf für das Anlagenvermögen des LSBG wider. Größere Einzelmaßnahmen sind ebenso wie Investitionszuschüsse der FHH nicht geplant.

Erläuterung des Investitionsprogramms/der Investitionsprogramme:

- Immaterielle Vermögensgegenstände werden insbesondere für den Erwerb von Lizenzen geplant. Neben der Finanzierung durch den LSBG besteht weiterhin je nach Einzelfall die Möglichkeit, Beschaffungen aus zentralen IT-Mitteln des Einzelplans 9.2 zu tätigen.

- Baucontainer: Ein Erwerb von Baucontainern ist nicht geplant, daher ist hier eine Leerposition ausgewiesen.
- Technischen Anlagen und Maschinen: Zurzeit sind keine Beschaffungen geplant, daher ist hier eine Leerposition ausgewiesen.
- Schiffe, Fahrzeuge und Geräte: Fahrzeuge werden inzwischen regelhaft durch den LSBG selbst finanziert. Nur größere Anlagegüter wie beispielsweise Schiffe, die insbesondere im betrieblichen Bereich eingesetzt werden, werden zum Teil durch Investitionszuschüsse der Auftraggeber finanziert. Ab 2015 sind im wesentlichen Ersatzbeschaffungen für abgängige Fahrzeuge geplant.
- Werkstatt-, Betriebs- und Geschäftsausstattung: Die Planung erfolgt auf Basis des aktuellen Anlagenbestandes und unter Berücksichtigung der Nutzungsdauer und Abschreibungen.
- Anlagen im Bau: Zum Zeitpunkt der Planung sind keine weiteren neuen Vorhaben geplant. Das Schiff für die Unterhaltung der Gewässer- und Hochwasserschutzanlagen, das in 2013 noch als Anlage im Bau geführt wird, stellt die einzige Einzelmaßnahme dar. Die ursprünglich für 2013 geplante Aktivierung wird in 2014 durchgeführt.

Einzelplan	LAN	Landesbetriebe
Kap./ Aufg.Ber.	L10	Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

I. Stellenbestand

kw 2015/ 16	kw 2017	kw 2018	kw 2019	kw >2019	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen
					13,00	Bereich der Beamtinnen/ Beamten
					73,00	Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	86,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

Wertigkeit	2015/ 16			Vermerk Nr.	2014 Anzahl	Vermerke
	Anzahl	davon				
Beamtinnen/ Beamte Planstellen						
B 6	1,00				0,00	
B 3	2,00				0,00	
A 16	8,00	1,00		1)	0,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor nach Beendigung des Senatsprogramms zur Busbeschleunigung, spätestens 31.12.2018</i>
A 15	17,00	2,00		2)	0,00	<i>kw: 2,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor nach Beendigung des Senatsprogramms zur Busbeschleunigung, spätestens 31.12.2018</i>
		2,00		3)		<i>kw: 2,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz</i>
A 14	25,00	2,00		4)	0,00	<i>kw: 2,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz</i>
		2,00		5)		<i>kw: 2,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung der Maßnahme Neubau und Anschluss der A 26, spätestens 31.12.2018</i>
		1,00		6)		<i>kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung der Baumaßnahme 6/8-streifiger Ausbau A7, spätestens 31.12.2018</i>
A 13	20,00	1,00		7)	0,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung der Maßnahme Neubau und Anschluss der A 26, spätestens 31.12.2018</i>
		1,00		8)		<i>kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung der Baumaßnahme 6/8-streifiger Ausbau A7, spätestens 31.12.2018</i>
		1,00		9)		<i>kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz</i>

Einzelplan LAN Landesbetriebe
Kap./ AufgBer. L10 Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7201; SNH
B 3				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 7201; SNH
A 16				7,00					7,00	Verlagerung von Kapitel 7201; SNH
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7201; SNH
A 15				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 7201; SNH
A 15				15,00					15,00	Verlagerung von Kapitel 7201; SNH
A 14				25,00					25,00	Verlagerung von Kapitel 7201; SNH
A 13				19,00					19,00	Verlagerung von Kapitel 7201; SNH

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
A 16	1) kw: 1,00 BesGr. A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor nach Beendigung des Senatsprogramms zur Busbeschleunigung, spätestens 31.12.2018	
A 15	2) kw: 2,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor nach Beendigung des Senatsprogramms zur Busbeschleunigung, spätestens 31.12.2018	
A 15	3) kw: 2,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz	
A 14	4) kw: 2,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz	
A 14	5) kw: 2,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung der Maßnahme Neubau und Anschluss der A 26, spätestens 31.12.2018	
A 14	6) kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung der Baumaßnahme 6/8-streifiger Ausbau A7, spätestens 31.12.2018	
A 13	7) kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung der Maßnahme Neubau und Anschluss der A 26, spätestens 31.12.2018	
A 13	8) kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung der Baumaßnahme 6/8-streifiger Ausbau A7, spätestens 31.12.2018	
A 13	9) kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz	

Einzelplan	LAN	Landesbetriebe
Kap./ Aufg.Ber.	L10	Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

I. Stellenbestand

2015/ 16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
A 13	9,00			0,00	<i>ku: 1,00 BesGr. A 10 Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor nach EntgGr. E 10</i>
A 12	25,00			0,00	
A 11	25,50			0,00	
A 10	11,00	1,00	10)	0,00	
A 9	2,00			0,00	
A 9	1,00			0,00	<i>ku: 1,00 BesGr. A 8 Oberbrandmeisterin/ Oberbrandmeister nach EntgGr. E 6 nach Freiwerden der Stelle</i>
A 8	6,00	1,00	11)	0,00	
A 7	1,00			0,00	
Summe:	153,50			0,00	

- B 6 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (1,00)
 B 3 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (2,00)
 A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (7,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (15,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (2,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (25,00)
 A 13 Baurätin/ Baurat (19,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
 A 13 Baurätin/Baurat (7,00), Regierungsrätin/Regierungsrat (2,00)
 A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (4,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (21,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (5,50), Technische Amtsfrau/ Technischer Amtmann (20,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (2,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (9,00)
 A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (2,00)
 A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00)
 A 8 Oberbrandmeisterin/ Oberbrandmeister (1,00), Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (5,00)
 A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (1,00)

2015/ 16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
A 13	1,00			0,00	
A 11	1,00			0,00	
Summe:	2,00			0,00	

- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,00)
 A 13 Baurätin/ Baurat (1,00)
 A 11 Technische Amtsfrau/ Technischer Amtmann (1,00)

2015/ 16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Nachwuchskräfte (Beamtinnen/ Beamte)*					
Nachwuchs gD	8,00			0,00	
Summe:	8,00			0,00	

- Nachwuchs gD Technische Oberinspektor-Anwärterin/ Technischer Oberinspektor-Anwärter (8,00)

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2015/ 16				2014	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 13	1,00			0,00	Nr. 5	
A 11	1,00			0,00	Nr. 6	
gesamt:	2,00			0,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwand-lung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				72,00					72,00	
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7201; SNH
A 13				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 7201; SNH
A 13				7,00					7,00	Verlagerung von Kapitel 7201; SNH
A 12				21,00					21,00	Verlagerung von Kapitel 7201; SNH
A 12				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 7201; SNH
A 11				5,50					5,50	Verlagerung von Kapitel 7201; SNH
A 11				20,00					20,00	Verlagerung von Kapitel 7201; SNH
A 10				9,00					9,00	Verlagerung von Kapitel 7201; SNH
A 10				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 7201; SNH
A 9				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 7201; SNH
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7201; SNH
A 8				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 7201; SNH
A 7				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7201; SNH
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>	0,00	0,00	0,00	152,50	0,00	0,00	0,00	0,00	152,50	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	1,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>	0,00	0,00	0,00	152,50	0,00	1,00	0,00	0,00	153,50	
Nachwuchs gD				8,00					8,00	Verlagerung von Kapitel 7201; SNH
<i>Summe Nachwuchskräfte (Beamtinnen/ Beamte)*</i>	0,00	0,00	0,00	8,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8,00	

Einzelplan	LAN	Landesbetriebe
Kap./ Aufg.Ber.	L10	Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.		
Arbeitnehmer					
E 15	3,00			0,00	
E 14	23,00	1,00	12)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 14 Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung des Projektes Brückenbauwerk K 20 kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung der Projekte Autobahnkreuz 26 und Stader Straße kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung des Instandsetzungsmanagement Hauptverkehrsstraßen kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung des Busbeschleunigungsprogramms kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung des Projektes 6/8-streifiger Ausbau der A 7 Zur Forcierung der Radverkehrsförderung und kontinuierlichen Weiterentwicklung des Radverkehrs kw: 3,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Maßnahme 6-streifiger Ausbau BAB A 1</i>
		1,00	13)		
		1,00	14)		
		1,00	15)		
		1,00	16)		
		1,00	17)		
		1,00	18)		
E 13	38,00	3,00	19)	0,00	
		1,00	20)		

Einzelplan LAN Landesbetriebe
Kap./ Aufg.Ber. L10 Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 7201; SNH
E 14				22,00					22,00	Verlagerung von Kapitel 7201; SNH
E 14		1,00							1,00	Fahrradwerkstatt BGM I
E 13				38,00					38,00	Verlagerung von Kapitel 7201; SNH
E 13		1,00							1,00	Projektstelle Schöpfwerk Vier- und Marschlande
E 13	-1,00								-1,00	Projektstelle für befristete wasserwirtschaftliche bzw. hydrologische Projekte
E 13	-1,00								-1,00	Projektstelle 6/8-streifiger Ausbau der A 7
E 13		1,00							1,00	Projektstelle Busbeschleunigungsprogramm

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
E 14	12) kw: 1,00 EntgGr. E 14 Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle	
E 14	13) kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung des Projektes Brückenbauwerk K 20	
E 14	14) kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung der Projekte Autobahnkreuz 26 und Stader Straße	
E 14	15) kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung des Instandsetzungsmanagement Hauptverkehrsstraßen	
E 14	16) kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung des Busbeschleunigungsprogramms	
E 14	17) kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung des Projektes 6/8-streifiger Ausbau der A 7	
E 14	18) 1,00 Zur Forcierung der Radverkehrsförderung und kontinuierlichen Weiterentwicklung des Radverkehrs	
E 13	19) kw: 3,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz	
E 13	20) kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Maßnahme 6-streifiger Ausbau BAB A 1	

Einzelplan	LAN	Landesbetriebe
Kap./ Aufg.Ber.	L10	Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 13		1,00	21)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projekts EG-Hochwassermanagementrichtlinie</i>
		1,00	22)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projekts Deckel A 7</i>
		1,00	23)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projekts 50. Jahrestag der Sturmflutkatastrophe von 1962</i>
		1,00	24)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projekts 6/8-streifiger Ausbau der A 7</i>
		1,00	25)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projekts Nachtragsmanagement im Hochwasserschutz</i>
		1,00	26)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projekts Brücke Hannoversche Straße</i>
		1,00	27)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projektes Mitte Altona</i>
		3,00	28)		<i>kw: 3,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Busbeschleunigungsprogramms</i>
		1,00	29)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Projekte Bahnübergänge Wandsbek und Brückenbauwerk K 20</i>
		1,00	30)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projektes Schöpfwerk Vier- und Marschlande</i>
E 12	78,00	3,00	31)	0,00	<i>kw: 3,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz</i>

Einzelplan LAN Landesbetriebe
Kap./ Aufg.Ber. L10 Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-2,00	3,00		63,00					64,00	
E 12				77,00					77,00	Verlagerung von Kapitel 7201; SNH
E 12		1,00							1,00	Projektstelle Instandsetzungsprogramm und Sofortmaßnahmen von Brücken
E 12		1,00							1,00	Fahrradwerkstatt BGM I
E 12	-1,00								-1,00	Projektstelle Radwegeprogramm
E 12		1,00							1,00	Projektstelle Busbeschleunigung
E 12								-1,00	-1,00	Anteilige Einsparung zugunsten von Stellenschaffungen (Verwendungsnachweis)
E 12		1,00							1,00	Projektstelle Sanierungsprogramm für den Erhalt der ÖB in Hamburg
E 12			-1,00						-1,00	Drucksache 20/6252 Parkraumüberwachung

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
E 13	21) kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projekts EG-Hochwassermanagementrichtlinie	
E 13	22) kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projekts Deckel A 7	
E 13	23) kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projekts 50. Jahrestag der Sturmflutkatastrophe von 1962	
E 13	24) kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projekts 6/8-streifiger Ausbau der A 7	
E 13	25) kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projekts Nachtragsmanagement im Hochwasserschutz	
E 13	26) kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projekts Brücke Hannoversche Straße	
E 13	27) kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projektes Mitte Altona	
E 13	28) kw: 3,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Busbeschleunigungsprogramms	
E 13	29) kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Projekte Bahnübergänge Wandsbek und Brückenbauwerk K 20	
E 13	30) kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projektes Schöpfwerk Vier- und Marschlande	
E 12	31) kw: 3,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz	

Einzelplan	LAN	Landesbetriebe
Kap./ Aufg.Ber.	L10	Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 12		1,00	32)		<i>ku: 1,00 EntgGr. E 12 nach EntgGr. E 11 nach Freierwerden der Stelle</i>
		1,00	33)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung Kampfmittelräumung</i>
		1,00	34)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Projekts Untersuchungsprogramm an Spannbetonbrücken</i>
		1,00	35)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Projekts SIP Winter</i>
		6,00	36)		<i>kw: 6,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Busbeschleunigungsprogramms</i>
		1,00	37)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Projektes Fußgängerbrücke S-Bahn Poppenbüttel</i>
		2,00	38)		<i>kw: 2,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Projektes Mitte Altona</i>
		1,00	39)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Projektes Grundinstandsetzung Scharbeutzer Straße</i>
		1,00	41)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Projektes Instandsetzungsprogramm und Sofortmaßnahmen von Brücken</i>
		1,00	42)		<i>Zur Forcierung der Radverkehrsförderung und kontinuierlichen Weiterentwicklung des Radverkehrs</i>
		1,00	76)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Sanierungsprogramms für den Erhalt der ÖB in Hamburg</i>
E 11	51,50	1,00	43)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz</i>

Einzelplan LAN Landesbetriebe
Kap./ Aufg.Ber. L10 Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-3,00	7,00	-1,00	140,00				-1,00	142,00	
E 11				52,50					52,50	Verlagerung von Kapitel 7201; SNH
E 11	-1,00								-1,00	Projektstelle Busbeschleunigungsprogramm
E 11	-1,00								-1,00	Projektstelle Instandsetzung Brücke Glinder Au
E 11	-1,00								-1,00	Projektstelle SIP Winter
E 11								1,00	1,00	Anteilige Einsparung zugunsten von Stellenschaffungen (Verwendungsnachweis)
E 11		1,00							1,00	Projektstelle Lärmschutz A 25 und Brücke Glinder Au

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
E 12	32) kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach EntgGr. E 11 nach Freiwerden der Stelle	
E 12	33) kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung Kampfmittelräumung	
E 12	34) kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Projekts Untersuchungsprogramm an Spannbetonbrücken	
E 12	35) kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Projekts SIP Winter	
E 12	36) kw: 6,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Busbeschleunigungsprogramms	
E 12	37) kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Projektes Fußgängerbrücke S-Bahn Poppenbüttel	
E 12	38) kw: 2,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Projektes Mitte Altona	
E 12	39) kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Projektes Grundinstandsetzung Scharbeutzer Straße	
E 12	41) kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Projektes Instandsetzungsprogramm und Sofortmaßnahmen von Brücken	
E 12	42) 1,00 Zur Forcierung der Radverkehrsförderung und kontinuierlichen Weiterentwicklung des Radverkehrs	
E 11	43) kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz	
E 12	76) kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Sanierungsprogramms für den Erhalt der ÖB in Hamburg	

Einzelplan	LAN	Landesbetriebe
Kap./ Aufg.Ber.	L10	Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 11		1,00	44)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung der Maßnahme 6-streifiger Ausbau BAB A 1</i>
		1,00	45)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Projekts Sonderuntersuchungen an Brücken</i>
		1,00	46)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Projekts Grundinstandsetzung und Neubau von Holzbrücken</i>
		1,00	47)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Projektes Instandsetzung Wallringtunnel und Deichtortunnel</i>
		1,00	48)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung der zusätzlichen Maßnahmen an LSA und Anlagen der ÖB</i>
		3,00	49)		<i>kw: 3,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Busbeschleunigungsprogramms</i>
		1,00	50)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung der zusätzlich anfallenden Vergabeverfahren</i>
		1,00	51)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung der Projekte Nachrüstprogramm Elbtunnel und 6/8-streifiger Ausbau der A 7</i>
		1,00	52)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Projektes Hochwasserschutz Binnenhafen / Schaartor</i>
		1,00	54)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Projektes Deckensanierung SIP Winter</i>
		1,00	55)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Projektes Nachrüstprogramm Elbtunnel</i>
		1,00	74)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung der Projekte Lärmschutz A 25 und Brücke Gliner Au</i>
E 10	19,00	2,00	56)	0,00	<i>kw: 2,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung des Trainee-Programms</i>

Einzelplan LAN Landesbetriebe
Kap./ Aufg.Ber. L10 Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-6,00	8,00	-1,00	192,50					193,50	
E 10				19,00				-1,00	19,00	Verlagerung von Kapitel 7201; SNH
E 10									-1,00	Neubewertung der Stelle
E 10		1,00							1,00	Fahradwerkstatt BGM I
E 10		1,00							1,00	Projektstelle Realisierung der Veloroute 7
E 10	-1,00								-1,00	Projektstelle Umsetzung der Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie
E 10		1,00							1,00	Projektstelle Untersuchungsprogramm Spannbetonbrücken
E 10	-1,00								-1,00	Projektstelle Lärmschutz A 25 und Brücke Glinder Au

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
E 11	44) kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung der Maßnahme 6-streifiger Ausbau BAB A 1	
E 11	45) kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Projekts Sonderuntersuchungen an Brücken	
E 11	46) kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Projekts Grundinstandsetzung und Neubau von Holzbrücken	
E 11	47) kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Projektes Instandsetzung Wallringtunnel und Deichtortunnel	
E 11	48) kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung der zusätzlichen Maßnahmen an LSA und Anlagen der ÖB	
E 11	49) kw: 3,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Busbeschleunigungsprogramms	
E 11	50) kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung der zusätzlich anfallenden Vergabeverfahren	
E 11	51) kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung der Projekte Nachrüstprogramm Elbtunnel und 6/8-streifiger Ausbau der A 7	
E 11	52) kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Projektes Hochwasserschutz Binnenhafen / Schaarort	
E 11	54) kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Projektes Deckensanierung SIP Winter	
E 11	55) kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Projektes Nachrüstprogramm Elbtunnel	
E 10	56) kw: 2,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung des Trainee-Programms	
E 11	74) kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung der Projekte Lärmschutz A 25 und Brücke Glinder Au	

Einzelplan LAN Landesbetriebe
 Kap./ Aufg.Ber. L10 Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 10		1,00	59)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung des Busbeschleunigungsprogramms</i>
		1,00	62)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung der zusätzlichen Brückenerhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen</i>
		1,00	63)		<i>Zur Forcierung der Radverkehrsförderung und kontinuierlichen Weiterentwicklung des Radverkehrs</i>
		1,00	71)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung des Projektes Realisierung der Veloroute 7</i>
		1,00	73)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung des Projekts Untersuchungsprogramm an Spannbetonbrücken</i>
		3,00	75)		<i>kw: 3,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung des Projektes Großraum- und Schwertransportmanagement (GST)</i>
E 9	7,00			0,00	
E 9	56,00	5,00	64)	0,00	<i>kw: 5,00 EntgGr. E 9 nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz</i>
		1,00	65)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 9 nach Beendigung der zusätzlichen Bauwerksprüfung an Spannbetonbrücken</i>
		1,00	66)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 9 nach Beendigung des Instandsetzungsmanagement Hauptverkehrsstraßen</i>
E 8	25,00	1,00	67)	0,00	<i>Freigestelltes Personalratsmitglied</i>
E 7	10,00			0,00	
E 6	112,00	1,00	69)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 6 nach Beendigung des Projektes EG-Hochwassermanagementrichtlinie</i>

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-8,00	11,00	-1,00	211,50				-1,00	212,50	
E 10		2,00							2,00	Projektstelle Großraum- und Schwertransportmanagement (GST)
E 10	-1,00								-1,00	Projektstelle Stader Straße
E 10		1,00							1,00	Projektstelle Großraum -und Schwertransportmanagement (GST)
E 10			-2,00						-2,00	Drucksache 20/6252 Parkraumüberwachung
E 9				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 7201; SNH
E 9				57,00					57,00	Verlagerung von Kapitel 7201; SNH
E 9	-1,00								-1,00	Projektstelle Ausbauprogramm Hochwasserschutz
E 8				25,00					25,00	Verlagerung von Kapitel 7201; SNH
E 7				10,00					10,00	Verlagerung von Kapitel 7201; SNH
E 6				114,00					114,00	Verlagerung von Kapitel 7201; SNH
E 6	-1,00								-1,00	Projektstelle Grundinstandsetzung von Ufermauern und Uferbefestigungen
E 6	-2,00								-2,00	Projektstelle für zusätzliche Schadensbeseitigungen an wasserwirtschaftlichen Anlagen
E 6		1,00							1,00	Projektstelle EG-Hochwassermanagementrichtlinie
E 6	-1,00								-1,00	Projektstelle für zusätzlich erforderliche Bauwerksprüfungen

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
E 10	59) kw: 1,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung des Busbeschleunigungsprogramms	
E 10	62) kw: 1,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung der zusätzlichen Brückenerhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen	
E 10	63) 1,00 Zur Forcierung der Radverkehrsförderung und kontinuierlichen Weiterentwicklung des Radverkehrs	
E 10	71) kw: 1,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung des Projektes Realisierung der Veloroute 7	
E 10	73) kw: 1,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung des Projekts Untersuchungsprogramm an Spannbetonbrücken	
E 10	75) kw: 3,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung des Projektes Großraum- und Schwertransportmanagement (GST)	

Einzelplan	LAN	Landesbetriebe
Kap./ Aufg.Ber.	L10	Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 6		1,00	72)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 6 nach Beendigung des neuen Bauprogramms Hochwasserschutz</i>
E 5	10,00			0,00	
E 3	1,00			0,00	
E 2 ü	1,00			0,00	
Richtl. eD	0,04			0,00	
Summe:	434,54			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	588,04			0,00	

Einzelplan LAN Landesbetriebe
 Kap./ Aufg.Ber. L10 Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-14,00	15,00	-3,00	423,50				-1,00	420,50	
E 6		1,00							1,00	Projektstelle neues Bauprogramm Hoch- wasserschutz
E 5				28,00					28,00	Verlagerung von Kapitel 7201; SNH
E 5			-18,00						-18,00	Drucksache 20/6252 Parkraumüberwachung
E 3				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 7201; SNH
E 2 ü				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7201; SNH
<i>Summe Arbeitnehmer</i>	-14,00	16,00	-21,00	454,50	0,00	0,00	0,00	-1,00	434,50	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	0,00	0,00	0,00	0,04	0,00	0,00	0,00	0,00	0,04	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	1,00	0,00	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>	-14,00	16,00	-21,00	454,54	0,00	-1,00	0,00	0,00	434,54	
Summe (ohne *) insgesamt	-14,00	16,00	-21,00	607,04	0,00	0,00	0,00	0,00	588,04	

Einzelplan	LAN	Landesbetriebe
Kap./ Aufg.Ber.	7201	Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/ 16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 6	0,00			1,00	
B 3	0,00			2,00	
A 16	0,00	1,00	1)	8,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 15	0,00	1,00	2)	17,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	3)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		2,00	4)		<i>Vermerk weggefallen</i>
A 14	0,00	2,00	5)	25,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	6)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	7)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	8)		<i>Vermerk weggefallen</i>
A 13	0,00	1,00	9)	20,00	<i>Vermerk weggefallen</i>

Einzelplan	LAN	Landesbetriebe
Kap./ AufgBer.	7201	Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel L10; SNH
B 3					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel L10; SNH
A 16					-7,00				-7,00	Verlagerung an Kapitel L10; SNH
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel L10; SNH
A 15					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel L10; SNH
A 15					-15,00				-15,00	Verlagerung an Kapitel L10; SNH
A 14					-25,00				-25,00	Verlagerung an Kapitel L10; SNH
A 13					-19,00				-19,00	Verlagerung an Kapitel L10; SNH

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
A 16	1)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor nach Beendigung der Baumaßnahme Hafenuferspange, spätestens 31.12.2014
A 15	2)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor nach Beendigung der Baumaßnahme Bahnübergänge Wandsbek, spätestens 31.12.2014
A 15	3)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor nach Beendigung der Baumaßnahme Hafenuferspange, spätestens 31.12.2014
A 15	4)	weggefallen	kw: 2,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz
A 14	5)	weggefallen	kw: 2,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz
A 14	6)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung der Maßnahme 6/8-streifiger Ausbau A7, spätestens 31.12.2014
A 14	7)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung der Baumaßnahme 6/8-streifiger Ausbau A7, spätestens 31.12.2014
A 14	8)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung der Maßnahme Neubau und Anschluss der A 26, spätestens 31.12.2014
A 13	9)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung der Maßnahme Neubau und Anschluss der A 26, spätestens 31.12.2014

Einzelplan	LAN	Landesbetriebe
Kap./ Aufg.Ber.	7201	Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

I. Stellenbestand

2015/ 16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 13		1,00	10)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	11)		<i>Vermerk weggefallen</i>
A 13	0,00			9,00	
A 12	0,00			25,00	
A 11	0,00			25,50	
A 10	0,00			8,00	
A 9	0,00			2,00	
A 9	0,00			1,00	
A 8	0,00			5,00	
A 7	0,00			1,00	
Summe:	0,00			149,50	

- B 6 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (0,00)
- B 3 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (0,00)
- A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (0,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
- A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (0,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (0,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,00)
- A 13 Baurätin/ Baurat (0,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
- A 13 Baurätin/Baurat (0,00), Regierungsrätin/Regierungsrat (0,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (0,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (0,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (0,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (0,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (0,00)
- A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (0,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (0,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (0,00)
- A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (0,00)

2015/ 16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 13	0,00			2,00	
A 11	0,00			2,00	
Summe:	0,00			4,00	

- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,00)
- A 13 Baurätin/ Baurat (0,00)
- A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (0,00)

Einzelplan LAN Landesbetriebe
Kap./ Aufg.Ber. 7201 Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag					-72,00				-72,00	
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel L10; SNH
A 13					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel L10; SNH
A 13					-7,00				-7,00	Verlagerung an Kapitel L10; SNH
A 12					-21,00				-21,00	Verlagerung an Kapitel L10; SNH
A 12					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel L10; SNH
A 11					-5,50				-5,50	Verlagerung an Kapitel L10; SNH
A 11					-20,00				-20,00	Verlagerung an Kapitel L10; SNH
A 10					-9,00				-9,00	Verlagerung an Kapitel L10; SNH
A 10					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel L10; SNH
A 9					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel L10; SNH
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel L10; SNH
A 8					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel L10; SNH
A 7					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel L10; SNH
Summe Beamtinnen/ Beamte	0,00	0,00	0,00	0,00	-152,50	0,00	0,00	0,00	-152,50	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00	0,00	0,00	3,00	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt	0,00	0,00	0,00	0,00	-152,50	3,00	0,00	0,00	-149,50	

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2015/ 16			2014	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.		Anzahl	§ 50a (1)
A 13	0,00			1,00	Nr. 6	
A 13	0,00			1,00	Nr. 5	
A 11	0,00			2,00	Nr. 6	
gesamt:	0,00			4,00		

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2015/ 16		alter Vermerk 2014
A 13	10)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung der Baumaßnahme 6/8-streifiger Ausbau A7, spätestens 31.12.2014
A 13	11)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz

Einzelplan	LAN	Landesbetriebe
Kap./ Aufg.Ber.	7201	Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Nachwuchskräfte (Beamtinnen/ Beamte)*					
Nachwuchs gD	0,00			5,00	
Summe:	0,00			5,00	

Nachwuchs gD Technische Oberinspektor-Anwärterin/ Technischer Oberinspektor-Anwärter (0,00)

Einzelplan	LAN	Landesbetriebe
Kap./ Aufg.Ber.	7201	Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Nachwuchs gD		3,00							3,00	Duales Studium
Nachwuchs gD					-8,00				-8,00	Verlagerung an Kapitel L10; SNH
<i>Summe Nachwuchskräfte (Beamtinnen/ Beamte)*</i>										
	0,00	3,00	0,00	0,00	-8,00	0,00	0,00	0,00	-5,00	

Einzelplan	LAN	Landesbetriebe
Kap./ Aufg.Ber.	7201	Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/ 16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15	0,00			3,00	
E 14	0,00	1,00	12)	19,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	13)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	14)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	15)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	16)		<i>Vermerk weggefallen</i>
E 13	0,00	1,00	17)	42,00	<i>Vermerk weggefallen</i>

Einzelplan	LAN	Landesbetriebe
Kap./ Aufg.Ber.	7201	Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel L10; SNH
E 14							3,00		3,00	Anpassung der Entgeltgruppe an die neue Entgeltordnung ab 01.01.2012
E 14					-22,00				-22,00	Verlagerung an Kapitel L10; SNH
E 13	-1,00								-1,00	Projektstelle SAWA
E 13	-1,00								-1,00	Projektstelle Hochwasserschutz Innenstadtbereich
E 13		1,00							1,00	Projektstelle Mitte Altona
E 13			-1,00						-1,00	Einsparung zugunsten von Stellenschaffungen (Verwendungsnachweis)
E 13		1,00							1,00	Projektstelle Busbeschleunigung
E 13	-1,00								-1,00	Projektstelle Konjunkturprogramm II
E 13		1,00							1,00	Projektstelle Bahnübergänge Wandsbek und Brückenbauwerk K 20
E 13		1,00							1,00	Projektstelle Busbeschleunigungsprogramm
E 13							-3,00		-3,00	Anpassung der Entgeltgruppe an die neue Entgeltordnung ab 01.01.2012
E 13	-1,00								-1,00	Projektstelle für zeitlich befristete Wasserbauprojekte
E 13					-38,00				-38,00	Verlagerung an Kapitel L10; SNH

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
E 14	12) weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung des Projektes Brückenbauwerk K 20
E 14	13) weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung der Projekte Autobahnkreuz 26 und Stader Straße
E 14	14) weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung des Instandsetzungsmanagement Hauptverkehrsstraßen
E 14	15) weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung des Busbeschleunigungsprogramms
E 14	16) weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung des Projektes 6/8-streifer Ausbau der A 7
E 13	17) weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 13 Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle

Einzelplan	LAN	Landesbetriebe
Kap./ Aufg.Ber.	7201	Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/ 16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 13		3,00	18)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	19)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	20)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	21)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	22)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	23)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	24)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	25)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	26)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	27)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	28)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	29)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	30)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	31)		<i>Vermerk weggefallen</i>
E 12	0,00	3,00	32)	75,00	<i>Vermerk weggefallen</i>

Einzelplan LAN Landesbetriebe
Kap./ Aufg.Ber. 7201 Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-4,00	4,00	-1,00		-63,00				-64,00	
E 12	-1,00								-1,00	Projektstelle Maßnahme IGS
E 12		1,00							1,00	Projektstelle Mitte Altona
E 12		2,00							2,00	Projektstelle Busbeschleunigung
E 12			-1,00						-1,00	Einsparung zugunsten von Stellenschaffungen (Verwendungsnachweis)
E 12		1,00							1,00	Projektstelle Grundinstandsetzung Scharbeutzer Straße
E 12	-1,00								-1,00	Projektstelle SIP Winter

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
E 13	18)	weggefallen	kw: 3,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz
E 13	19)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projektes SAWA
E 13	20)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Maßnahme 6-streifiger Ausbau BAB A 1
E 13	21)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projekts EG-Hochwassermanagementrichtlinie
E 13	22)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Projekte im Rahmen des Konjunkturprogramms II
E 13	23)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projektes Hochwasserschutz Innenstadtbereich
E 13	24)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projekts Deckel A 7
E 13	25)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der zeitlich befristeten Wasserbauprojekte
E 13	26)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projekts 50. Jahrestag der Sturmflutkatastrophe von 1962
E 13	27)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projekts 6/8-streifiger Ausbau der A 7
E 13	28)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projekts Nachtragsmanagement im Hochwasserschutz
E 13	29)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projekts Brücke Hanoversche Straße
E 13	30)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der befristeten wasserwirtschaftlichen bzw. hydrologischen Projekte
E 13	31)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung des Projektes 6/8-streifiger Ausbau der A 7
E 12	32)	weggefallen	kw: 3,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz

Einzelplan	LAN	Landesbetriebe
Kap./ Aufg.Ber.	7201	Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/ 16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 12		1,00	33)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		2,00	34)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	35)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	36)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		2,00	37)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		3,00	38)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	39)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	40)		<i>Vermerk weggefallen</i>
E 11	0,00	1,00	41)	52,50	<i>Vermerk weggefallen</i>

Einzelplan LAN Landesbetriebe
 Kap./ Aufg.Ber. 7201 Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-6,00	8,00	-2,00		-63,00				-63,00	
E 12	-1,00								-1,00	Projektstelle IGS
E 12					-77,00				-77,00	Verlagerung an Kapitel L10; SNH
E 12		1,00							1,00	Projektstelle Radwegeprogramm
E 12		1,00							1,00	Drucksache 20/6252 Parkraumüberwachung
E 11						-2,00			-2,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 11		1,00							1,00	Projektstelle SIP Winter
E 11		1,00							1,00	Projektstelle Deckensanierung SIP Winter
E 11		2,00							2,00	Projekt Busbeschleunigung
E 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7200; Aufgaben- verlagerung TT-SIB
E 11		1,00							1,00	Projektstelle Busbeschleunigung
E 11	-1,00								-1,00	Projektstelle 6 Klappbrücken im Harburger Binnenhafen
E 11		1,00							1,00	Projektstelle Nachrüstprogramm Elbtunnel
E 11	-1,00								-1,00	Projektstelle Johannissbollwerk und Binnen- hafen

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
E 12	33)	weggefallen	ku: 1,00 EntgGr. E 12 nach BesGr. E 11 nach Freiwerden der Stelle
E 12	34)	weggefallen	kw: 2,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung der Maßnahme IGS
E 12	35)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung Kampfmittelräumung
E 12	36)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Projekts Unters- suchungsprogramm an Spannbetonbrücken
E 12	37)	weggefallen	kw: 2,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Projekts SIP Winter
E 12	38)	weggefallen	kw: 3,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Busbeschleunigungs- programms
E 12	39)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Projektes Fußgänger- brücke S-Bahn Poppenbüttel
E 12	40)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung des Projektes Mitte Altona
E 11	41)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz

Einzelplan	LAN	Landesbetriebe
Kap./ Aufg.Ber.	7201	Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/ 16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 11		1,00	42)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	43)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	44)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	45)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	46)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	47)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	48)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		2,00	49)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	50)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	51)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	52)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	53)		<i>Vermerk weggefallen</i>

Einzelplan	LAN	Landesbetriebe
Kap./ Aufg.Ber.	7201	Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-9,00	16,00	-2,00	1,00	-140,00	-2,00			-136,00	
E 11	-1,00								-1,00	Projektstelle
E 11	-1,00								-1,00	EG-Hochwassermanagementrichtlinie
E 11	-1,00								-1,00	Projektstelle Kampfmittelräumung
E 11					-52,50				-52,50	Projektstelle Hafen-City und Sprung über die Elbe
										Verlagerung an Kapitel L10; SNH

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
E 11	42) weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung der Maßnahme 6-streifiger Ausbau BAB A 1
E 11	43) weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Projekts Sonderuntersuchungen an Brücken
E 11	44) weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Projekts EG-Hochwassermanagementrichtlinie
E 11	45) weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Projekts Grundinstandsetzung und Neubau von Holzbrücken
E 11	46) weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Projektes Instandsetzung Wallringtunnel und Deichtortunnel
E 11	47) weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung Kampfmittelräumung
E 11	48) weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Projekts 6 Klappbrücken im Harburger Binnenhafen
E 11	49) weggefallen	kw: 2,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung der Projekte Hafen City und Sprung über die Elbe
E 11	50) weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung der Projekte Johannishollwerk und Binnenhafen
E 11	51) weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Projekts Instandsetzung Brücke Glinder Au
E 11	52) weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Busbeschleunigungsprogramms
E 11	53) weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung der zusätzlich anfallenden Vergabeverfahren

Einzelplan	LAN	Landesbetriebe
Kap./ Aufg.Ber.	7201	Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/ 16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 11		1,00	54)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	55)		<i>Vermerk weggefallen</i>
E 10	0,00	2,00	56)	18,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	57)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		2,00	58)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	59)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	60)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	61)		<i>Vermerk weggefallen</i>

Einzelplan LAN Landesbetriebe
Kap./ Aufg.Ber. 7201 Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-12,00	16,00	-2,00	1,00	-192,50	-2,00			-191,50	
E 10		1,00					1,00		1,00	Projekt Busbeschleunigung
E 10									1,00	Neubewertung der Stelle
E 10	-2,00								-2,00	Projektstelle für zusätzlich erforderliche Bauwerksprüfungen
E 10	-1,00								-1,00	Projektstelle IGS
E 10						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 3 Haushaltsbeschluss
E 10	-1,00								-1,00	Projektstelle Busbeschleunigung
E 10					-19,00				-19,00	Verlagerung an Kapitel L10; SNH
E 10		1,00							1,00	Projektstelle Lärmschutz A 25 und Brücke Glinger Au
E 10		2,00							2,00	Drucksache 20/6252 Parkraumüberwachung
E 10		1,00							1,00	Projektstelle für zusätzliche Brückenerhal- tungs- und Instandsetzungsmaßnahmen

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
E 11	54)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung der Projekte Nachrüstpro- gramm Elbtunnel und 6/8-streifiger Ausbau der A 7
E 11	55)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung des Projektes Hochwas- serschutz Binnenhafen / Schaartor
E 10	56)	weggefallen	kw: 2,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung des Trainee-Programms
E 10	57)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung der Maßnahme IGS
E 10	58)	weggefallen	kw: 2,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung der zusätzlich erforderlichen Bauwerksprüfungen
E 10	59)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung des Busbeschleunigungs- programms
E 10	60)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung des Projektes Stader Straße
E 10	61)	weggefallen	kw: 1,00 EntgGr. E 10 nach Beendigung der Umsetzung der Hoch- wasserrisikomanagement-Richtlinie

Einzelplan	LAN	Landesbetriebe
Kap./ Aufg.Ber.	7201	Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/ 16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 9	0,00			6,00	
E 9	0,00	1,00	62)	47,00	Vermerk weggefallen
		5,00	63)		Vermerk weggefallen
E 8	0,00	1,00	64)	36,00	Vermerk weggefallen
		1,00	65)		Vermerk weggefallen
E 7	0,00			7,00	
E 6	0,00	1,00	66)	113,00	Vermerk weggefallen
		1,00	67)		Vermerk weggefallen
		1,00	68)		Vermerk weggefallen
		2,00	69)		Vermerk weggefallen
E 5	0,00			11,50	
E 3	0,00			2,00	
E 2 ü	0,00			1,00	
Richtl. eD	0,00			0,04	
Summe:	0,00			433,04	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00			582,54	

Einzelplan LAN Landesbetriebe
 Kap./ Aufg.Ber. 7201 Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-16,00	21,00	-2,00	1,00	-211,50	-3,00	1,00		-209,50	
E 9					-6,00				-6,00	Verlagerung an Kapitel L10; SNH
E 9		1,00							1,00	Projektstelle Ausbauprogramm Hochwasserschutz
E 9					-57,00				-57,00	Verlagerung an Kapitel L10; SNH
E 8		1,00							1,00	Interne Kommunikation
E 8					-25,00				-25,00	Verlagerung an Kapitel L10; SNH
E 7					-10,00				-10,00	Verlagerung an Kapitel L10; SNH
E 6		1,00							1,00	Projektstelle für zusätzlich erforderliche Bauwerksprüfungen
E 6		2,00							2,00	Projektassistenz
E 6	-1,00								-1,00	Projektstelle Digitales Bestandskataster
E 6	-1,00								-1,00	Projektstelle Sprung über die Elbe
E 6					-114,00				-114,00	Verlagerung an Kapitel L10; SNH
E 5					-28,00				-28,00	Verlagerung an Kapitel L10; SNH
E 5		18,00							18,00	Drucksache 20/6252 Parkraumüberwachung
E 3					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel L10; SNH
E 2 ü					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel L10; SNH
<i>Summe Arbeitnehmer</i>	-18,00	44,00	-2,00	1,00	-454,50	-3,00	1,00	0,00	-431,50	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	0,00	0,00	-0,50	0,00	-0,04	0,00	0,00	0,00	-0,54	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	-1,00	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>	-18,00	44,00	-2,50	1,00	-454,54	-3,00	0,00	0,00	-433,04	
Summe (ohne *) insgesamt	-18,00	44,00	-2,50	1,00	-607,04	0,00	0,00	0,00	-582,54	

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für die Haushaltsjahre 2015/2016

Wirtschaftsplan

**des Landesbetriebes Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen
(§ 106 LHO)**

Landesbetrieb Großmarkt, Obst, Gemüse und Blumen

Gewinn- und Verlustplan nach dem Gesamtkostenverfahren	
Postenbezeichnung	
1	Umsatzerlöse
2	Erhöhung oder Verminderung des Bestands zu fertigen und unfertigen Erzeugnissen
3	andere aktivierte Eigenleistungen
4	sonstige betriebliche Erträge
5	Materialaufwand:
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen
6	Personalaufwand:
a)	Löhne und Gehälter
b)	soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung, davon für Altersversorgung
7	Abschreibungen:
a)	auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen
b)	auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten
8	sonstige betriebliche Aufwendungen
9	Erträge aus Beteiligungen, davon aus verbundenen Unternehmen
10	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens, davon aus verbundenen Unternehmen
11	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge, davon aus verbundenen Unternehmen
12	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens
13	Zinsen und ähnliche Aufwendungen, davon an verbundene Unternehmen
14	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
15	außerordentliche Erträge
16	außerordentliche Aufwendungen
17	außerordentliches Ergebnis
18	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
19	sonstige Steuern
20	Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag.

Anlage 2.2

Ist	Ist	Plan lfd.	Plan	Plan	Plan	Plan
2012	2013	Haushaltsjahr	2015	2016	2017	2018
Tsd. EUR						
12.576	12.493	13.313	13.551	13.651	13.754	13.865
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
267	414	174	166	166	166	166
4	6	1	10	10	10	10
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
1.525	1.554	1.613	1.659	1.701	1.743	1.787
908	659	705	688	704	722	740
0	0	0	0	0	0	0
1.075	1.024	1.900	1.230	1.270	1.320	1.370
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
9.701	12.085	15.394	13.217	12.830	8.316	8.418
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
30	13	103	58	48	43	38
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
210	0	0	25	25	25	25
0	0	0	0	0	0	0
-551	-2.408	-6.023	-3.055	-2.674	1.827	1.718
167	49	24	10	10	10	10
116	4	25	50	50	50	50
52	45	-1	-40	-40	-40	-40
0	0	0	0	0	0	0
8	543	544	544	544	544	544
-507	-2.906	-6.568	-3.639	-3.258	1.243	1.134

Landesbetrieb Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen

Kapitalflussplan (aggregiert)	
Postenbezeichnung	
1	Periodenergebnis vor außerordentlichen Erträgen / Aufwendungen
2	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens (+/-)
5	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen (+/-)
6	Abnahme/Zunahme sonstiger Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind (+/-)
Kapitalfluss I aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe 1 bis 9)	
11	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen (-)
	davon
	- Grundstücke und Gebäude
	- Maschinen und technische Anlagen
	- Fahrzeuge
	- Betriebs u. Geschäftsaustg.
	- Anlagen in Bau
	- Erneuerung Zugangssystem
13	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen (-)
	- Software ERP
	- Software CAFM...
Kapitalfluss aus Investitionen (Summe 10 bis 19)	
Kapitalfluss II nach Investitionstätigkeit	
(Kapitalfluss I + Kapitalfluss aus Investitionen)	
21	Ablieferungen an die FHH, z. B. Eigenkapitalrückzahlungen (-)
Kapitalfluss aus Finanzierung (Summe 20 bis 23)	
Kapitalfluss III	
(Kapitalfluss II + Kapitalfluss aus Finanzierung)	

Anlage 2.2

Ist 2012	Ist 2013	Plan lfd. Haushaltsjahr 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Tsd. EUR						
-507	-2.906	-6.568	-3.639	-3.258	1.243	1.134
1.075	1.024	1.900	1.230	1.270	1.320	1.370
1.123	0	0	0	0	0	0
707	-14	-15	-16	-17	-18	-19
2.399	-1.896	-4.683	-2.425	-2.005	2.545	2.485
-414	-465	-1.050	-550	-730	-800	-800
-1	-210	0	0	-230	0	0
-386	-70	-900	-200	-250	-650	-650
-11	-35	0	0	0	0	0
-14	-150	-150	-150	-150	-150	-150
-2	0	0	0	0	0	0
0	0	0	-200	-100	0	0
0	-250	-40	-130	0	0	0
0	-150	-20	-130	0	0	0
0	-100	-20	0	0	0	0
-414	-715	-1.090	-680	-730	-800	-800
1.985	-2.611	-5.773	-3.105	-2.735	1.745	1.685
0	0	0	0	0	0	-200
0	0	0	0	0	0	-200
1.985	-2.611	-5.773	-3.105	-2.735	1.745	1.485

Begründung:

Betriebszweck des LB Großmarkt ist die Stärkung der Leistungskraft und Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittelständischer Unternehmen der Obst-, Gemüse- und Blumenbranche sowie der heimischen Erzeuger. Hierfür sollen geeignete Vermarktungsseinrichtungen an einem zentralen Standort zu vertretbaren Kosten für die Marktnutzer vorgehalten werden. Diese sollen ohne Belastung des Hamburgischen Haushalts nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen unter Berücksichtigung der politischen Rahmen- und Zielvorgaben der Behördenleitung betrieben werden. Die Bevölkerung Hamburgs und der Region soll ganzjährig mit Frischeprodukten aus der gesamten Welt in dem gewohnten Qualitätsstandard versorgt werden. Der Hamburger Großmarkt soll als einer der wenigen „tatsächlichen“ Märkte in Deutschland erhalten werden, auf dem wegen seiner Sortimentsvielfalt und seiner zentralen Lage ein breites Marktgeschehen stattfindet und der dadurch für alle am Handel beteiligten Firmen die unverzichtbare Funktion eines Preisbarometers erfüllt. Wegen der Zweckmäßigkeit einer größeren Flexibilität bei einer betriebswirtschaftlichen Ausrichtung u. a. mit einer kaufmännischen Buchführung wurde zur Erreichung des o. a. Betriebszweckes die Organisationsform als Landesbetrieb gewählt. Die zuständige Behörde hat im Auftrag des Senats im Jahr 2009 die Rechtsform des Großmarktes geprüft. Die als mögliche Alternativen geprüften Rechtsformen „Anstalt des öffentlichen Rechts“ und „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ sind jedoch entweder unwirtschaftlich, steuerlich ungünstig und/oder personalwirtschaftlich problematisch bzw. beihilferechtlich zumindest bedenklich. Die Aufrechterhaltung der Rechtsform als Landesbetrieb ist deshalb die wirtschaftlichste Variante.

Erläuterungen Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

Steigerung durch zusätzliche Einnahmen bei den Benutzungsgebühren in Folge von Nutzungsoptimierungen im Rahmen der Weiterentwicklung des Großmarktes (z. B. Einbau eines Multifunktionstheaters) sowie steigende Einnahmen für die Lieferung von Strom, Wasser und Heizung. Eine Erhöhung der allgemeinen Benutzungsgebühren erfolgte gestaffelt über drei Jahre im Zeitraum 2011-2013.

Personalaufwand

Der Personalbestand beträgt aktuell 40 Mitarbeiter. Bekannte Personalveränderungen und entsprechende Besoldungserhöhungen und Tarifentwicklungen wurden berücksichtigt.

Abschreibungen

Die Berechnungen ergeben sich durch Zugänge und die entsprechenden Abschreibungsvorausberechnungen. Die Abschreibungen erfolgen linear gemäß den amtlichen Afa-Tabellen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die regelmäßig anfallenden sonstigen betrieblichen Aufwendungen resultieren im Wesentlichen aus Verbrauchskosten (Strom, Gas, Wasser) sowie den Kosten für die Bewirtschaftung und Instandhaltung der Gebäude und Grundstücke und den Kosten für die Instandhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Darüber hinaus wird bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen der jährlich anfallende Sanierungsaufwand gemäß der Drucksachen 18/7047 und 19/1442 ausgewiesen. In den Jahren 2015 und 2016 werden folgende bereits begonnenen Maßnahmen fortgesetzt (Ziel: Abschluss des Sanierungsprozesses Ende 2016):

Sanierung Rampenniederfahrten in das Untergeschoss (UG) der Großmarkthalle

Die Zufahrten zum UG der Großmarkthalle (Auslastung über 80%) erfolgen über vier Rampenniederfahrten. Die Nutzung des UG ist für die ansässigen Unternehmen logistisch wesentlich (Lager- und Kühlräume, Kommissionierungsflächen). Die Rampenwände sind biegesteif mit der Sohle verbunden. Die Belastung durch jahrzehntelangen LKW-Verkehr im Bereich der Rampenelemente führte zur Durchbiegung der Rampenwände, die sich zum Teil bereits leicht zur Fahrbahn neigen. Der Beton weist darüber hinaus an diversen Stellen bereits Rissbildungen aus, die teilweise durch die gesamten Bauteilquerschnitte verlaufen und auf Dauer die Tragfähigkeit der Bauteile schädigen. Die Sanierung der Rampenniederfahrten erfolgt mit der Herstellung einer nachhaltigen Standfestigkeit unter Berücksichtigung aktueller baustatischer Erkenntnisse/Möglichkeiten. Zur Aufrechterhaltung der Markt-abläufe können die Rampenniederfahrten nicht zeitgleich saniert werden.

Sanierung der Beton-Unterzüge der Großmarkthalle

Die statisch relevanten Beton-Unterzüge der Großmarkthalle sind zum Teil stark Chlorid geschädigt und müssen saniert werden. Die Sanierung erfolgt unter Einsatz des kathodischen Korrosionsschutzes für eine möglichst zerstörungssarme Sanierung (kein Totalabbruch) sowie zur Vermeidung weiterer Korrosionsschäden in der Zukunft. Zur Aufrechterhaltung der Marktbläufe können die Unterzüge nur in Bauabschnitten saniert werden.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen insgesamt sind die Besonderheiten durch das 27,3 ha große Großmarktgeländes sowie die vorhandene Gebäudestruktur im Eigentum des Landesbetriebes (u. a. die denkmalgeschützte, voll unterkellerte Großmarkthalle mit 40.000 m² Grundfläche) zu berücksichtigen.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Zinsaufwendungen resultieren aus der Aufzinsung von im Voraus gezahlten Mieten. Im Rahmen der für das Wirtschaftsjahr 2012 erstmalig erfolgten Prüfung des Jahresabschlusses durch ein Wirtschaftsprüfungsunternehmen mussten Korrekturen vorgenommen werden, die für das Jahr 2012 zu einem erhöhten Zinsaufwand führten. Für die Folgejahre wurde die Zinsberechnung unter Berücksichtigung der durch den Senat ausgesprochenen Standortgarantie bis 2034 neu berechnet und liegt bei 25.000 Euro jährlich.

Der Landesbetrieb verfügt über eine ausreichende Liquidität, um die negativen Jahresergebnisse ohne zusätzliche Zinsbelastung über das Eigenkapital auszugleichen.

Erläuterungen Kapitalflussplan

Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen

2015:	Grundstückserwerb Teilfläche Lippeltstraße / Banksstraße	200 Tsd. Euro
	Betriebs- und Geschäftsausstattung SAP (ERP inkl. CAFM)	150 Tsd. Euro 130 Tsd. Euro
	Erneuerung Zugangssystem	200 Tsd. Euro
2016:	Errichtung einer WC-Anlage	230 Tsd. Euro
	Ausbau Heizwerk	250 Tsd. Euro
	Betriebs- u. Geschäftsausstattung	150 Tsd. Euro
	Erneuerung Zugangssystem	100 Tsd. Euro

Die Ansätze für Investitionen im Plan für die Jahre 2017-2019 basieren zunächst auf dem Durchschnittswert aus den Vorjahren. Die Festlegungen erfolgen unter Berücksichtigung der entsprechenden Erforderlichkeiten mit dem jeweiligen Wirtschaftsplan.

Einzelplan	LAN	Landesbetriebe
Kap./ Aufg.Ber.	L18	Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen

I. Stellenbestand

kw 2015/ 16	kw 2017	kw 2018	kw 2019	kw >2019	kw o.T.	Vermerke
					1,00	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2015/ 16				2014	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 15	1,00			0,00	
A 13	1,00			0,00	
A 11	1,00			0,00	
A 10	1,00			0,00	
A 9	3,00			0,00	
A 8	0,00			0,00	
Summe:	7,00			0,00	

- A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (1,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (3,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (0,00)

Einzelplan LAN Landesbetriebe
 Kap./ AufgBer. L18 Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7401; SNH
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7401; SNH
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7401; SNH
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7401; SNH
A 9				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 7401; SNH
A 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7401; SNH
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	0,00	0,00	8,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8,00	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	8,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	7,00	

Einzelplan LAN Landesbetriebe
 Kap./ Aufg.Ber. L18 Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 12	2,00			0,00	
E 9	5,00			0,00	
E 9	1,00	1,00	2)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 9 nach BesGr. A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär</i>
E 8	9,00			0,00	
E 7	2,00			0,00	
E 6	9,00	1,00	1)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 6</i>
E 5	2,00			0,00	
E 4	4,00			0,00	
Summe:	34,00			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	41,00			0,00	

Einzelplan LAN Landesbetriebe
Kap./ Aufg.Ber. L18 Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 12				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 7401; SNH
E 9				5,00					5,00	Verlagerung von Kapitel 7401; SNH
E 8				9,00					9,00	Verlagerung von Kapitel 7401; SNH
E 7				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 7401; SNH
E 6				9,00					9,00	Verlagerung von Kapitel 7401; SNH
E 5				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 7401; SNH
E 4				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 7401; SNH
Summe Arbeitnehmer	0,00	0,00	0,00	33,00	0,00	0,00	0,00	0,00	33,00	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	1,00	
Summe Arbeitnehmer insgesamt	0,00	0,00	0,00	33,00	0,00	1,00	0,00	0,00	34,00	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00	0,00	0,00	41,00	0,00	0,00	0,00	0,00	41,00	

Einzelplan	LAN	Landesbetriebe
Kap./ Aufg.Ber.	7401	Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/ 16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 15	0,00			1,00	
A 13	0,00	1,00	1)	1,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 12	0,00			1,00	
A 11	0,00			1,00	
A 10	0,00			1,00	
A 9	0,00			2,00	
A 8	0,00			1,00	
Summe:	0,00			8,00	

- A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (0,00)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (0,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (0,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (0,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (0,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (0,00)

Einzelplan LAN Landesbetriebe
 Kap./ AufgBer. 7401 Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel L18; SNH
A 13						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 6 Haushaltsbeschluss
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7300; Aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 13						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel L18; SNH
A 12						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 7400; Aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 11						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel L18; SNH
A 10						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 7200; Stellentausch WG 01/V 3311
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7200; Stellentausch V 3311/WG 01
A 10						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel L18; SNH
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7400; Stellentausch WL 112/WG 02
A 9						-3,00			-3,00	Verlagerung an Kapitel L18; SNH
A 8						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel L18; SNH
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	0,00	0,00	3,00	-10,00	-1,00	0,00	0,00	-8,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2015/ 16	alter Vermerk 2014
A 13	1)	weggefallen	ku: 1,00 BesGr. A 13 Regierungsrätin/Regierungsrat nach BesGr. E 12

Einzelplan	LAN	Landesbetriebe
Kap./ Aufg.Ber.	7401	Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2015/16			2014	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 12	0,00			2,00	
E 10	0,00			1,00	
E 9	0,00			5,00	
E 8	0,00			8,00	
E 7	0,00			2,00	
E 6	0,00	1,00	2)	9,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
E 5	0,00			3,00	
E 4	0,00			4,00	
E 3	0,00			1,00	
Summe:	0,00			35,00	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00			43,00	

Einzelplan LAN Landesbetriebe
 Kap./ Aufg.Ber. 7401 Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 12						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 6 Haushaltsbeschluss
E 12			-1,00						-1,00	Aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 12					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel L18; SNH
E 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7400; Stellentausch WG 02/WL 112
E 9					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel L18; SNH
E 8					-9,00				-9,00	Verlagerung an Kapitel L18; SNH
E 7					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel L18; SNH
E 6					-9,00				-9,00	Verlagerung an Kapitel L18; SNH
E 5					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel L18; SNH
E 4					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel L18; SNH
E 3			-1,00						-1,00	Einsparung
<i>Summe Arbeitnehmer</i>										
	0,00	0,00	-2,00	0,00	-34,00	1,00	0,00	0,00	-35,00	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>										
	0,00	0,00	-2,00	0,00	-34,00	1,00	0,00	0,00	-35,00	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	0,00	-2,00	3,00	-44,00	0,00	0,00	0,00	-43,00	

Übersicht über die Erträge und Aufwendungen der juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die von der FHH ganz oder zum Teil unterhalten werden und der Stellen außerhalb der Verwaltung, die von der FHH Zuwendungen zur Deckung der gesamten Aufwendungen oder eines nicht abgegrenzten Teils der Aufwendungen erhalten (§ 26 Absatz 2 LHO)

Hamburg Convention Bureau GmbH (HCB)

Produktgruppe	Ist 2012	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
- Nummer: 268.02					
- Bezeichnung: Norddt. Zus.arbeit, Marketing, Tourism.	Tsd. Euro				
Erträge					
Umsatzerlöse					
Mitgliedsbeiträge, Spenden	150		2.873	1.098	1.098
Zuwendungen der FHH					
Zuwendungen des Bundes					
Übrige Erträge	875	1.525	730	730	730
Summe Erträge	1.025	1.525	3.603	1.828	1.828
Aufwendungen					
Personalaufwendungen	406	565	839	813	813
Abschreibungen	12	125	19	19	19
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-5	8	0		
Übrige Aufwendungen	608	827	2.745	996	996
Summe Aufwendungen	1.021	1.525	3.603	1.828	1.828
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	4	0	0	0	0

Besonderheiten: Der Ausweis "Zuwendungen der FHH" in 2014 beinhaltet Mittel aus der Kultur- und Tourismussteuer (KTT) in Höhe von 2.117 Tsd. Euro.

Hamburg Marketing GmbH (HMG)

Produktgruppe - Nummer: 268.02 - Bezeichnung: Norddt. Zus.arbeit, Marketing, Tourism.	Ist 2012	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
	Tsd. Euro				
Erträge					
Umsatzerlöse	35	52	60	60	60
Mitgliedsbeiträge, Spenden	390	390	430	430	430
Zuwendungen der FHH	3.735	4.233	7.787	3.106	3.106
Zuwendungen des Bundes	0	0	0	0	0
Übrige Erträge	1.623	2.092	2.653	2.653	2.653
Summe Erträge	5.783	6.767	10.930	6.249	6.249
Aufwendungen					
Personalaufwendungen	2.677	2.979	3.146	3.237	3.331
Abschreibungen	143	17	135	43	43
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	19	-41	10	10	10
Übrige Aufwendungen	2.944	3.812	7.639	2.959	2.865
Summe Aufwendungen	5.783	6.767	10.930	6.249	6.249
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0	0	0

Besonderheiten: Der Ausweis "Zuwendungen der FHH" in 2013 beinhaltet Mittel der Kultur- und Tourismustaxe (KTT) in Höhe von 500 Tsd. Euro. Im Ausweis für 2014 sind Mittel aus der KTT in Höhe von 1.430 Tsd. Euro sowie Mittel zur Durchführung des Umzugs der Marketinggesellschaften in die Wexstraße 4 in Höhe von 3.122 Tsd. Euro enthalten.

Hamburg Tourismus GmbH (HHT)

Produktgruppe - Nummer: 268.02 - Bezeichnung: Norddt. Zus.arbeit, Marketing, Tourism.	Ist 2012	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
	Tsd. Euro				
Erträge					
Umsatzerlöse	7.357	8.950	9.362	9.362	9.362
Mitgliedsbeiträge, Spenden	0	0	0	0	0
Zuwendungen der FHH	2.252	4.755	4.736	2.252	2.252
Zuwendungen des Bundes	0	0	0	0	0
Übrige Erträge	1.156	1.414	1.271	1.266	1.266
Summe Erträge	10.765	15.119	15.369	12.880	12.880
Aufwendungen					
Personalaufwendungen	3.223	3.400	3.843	3.491	3.491
Abschreibungen	128	128	123	123	123
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-80	333	320	320	320
Übrige Aufwendungen	7.515	11.255	11.083	8.946	8.946
Summe Aufwendungen	10.786	15.116	15.369	12.880	12.880
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-21	3	0	0	0

Besonderheiten: Der Ausweis "Zuwendungen der FHH" in 2013 beinhaltet Mittel der Kultur- und Tourismustaxe (KTT) in Höhe von 2.503 Tsd. Euro. Im Ausweis für 2014 sind Mittel aus der KTT in Höhe von 2.484 Tsd. Euro enthalten.

AKN Eisenbahn AG (Güterverkehr)

Produktgruppe	Ist	Ist	Plan	Plan	Plan
- Nummer: 269.01	2012	2013	2014	2015	2016
- Bezeichnung: Überg. Verkehrsang., -entwickl., Mobilität	Tsd. Euro				
Erträge					
Umsatzerlöse	464	395	393	393	393
Mitgliedsbeiträge, Spenden	0	0	0	0	0
Zuwendungen der FHH	403	230	752	507	522
Zuwendungen des Bundes	0	0	0	0	0
Übrige Erträge	306	453	197	197	197
Summe Erträge	1.173	1.078	1.342	1.097	1.112
Aufwendungen					
Personalaufwendungen	422	445	412	417	427
Abschreibungen	50	65	90	103	102
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	9	14	30	30	32
Übrige Aufwendungen	692	554	810	547	551
Summe Aufwendungen	1.173	1.078	1.342	1.097	1.112
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0	0	0

Besonderheiten: Es ist der hamburgische Anteil dargestellt.

AKN Eisenbahn AG (Personenverkehr)

Produktgruppe	Ist	Ist	Plan	Plan	Plan
- Nummer: 269.01	2012	2013	2014	2015	2016
- Bezeichnung: Überg. Verkehrsang., -entwickl., Mobilität	Tsd. Euro				
Erträge					
Umsatzerlöse	1.744	1.958	1.862	1.893	1.925
Mitgliedsbeiträge, Spenden	0	0	0	0	0
Zuwendungen der FHH	3.217	3.745	3.178	3.998	4.289
Zuwendungen des Bundes	0	0	0	0	0
Übrige Erträge	1.270	1.201	794	422	424
Summe Erträge	6.231	6.904	5.834	6.313	6.638
Aufwendungen					
Personalaufwendungen	2.260	2.021	1.845	1.852	1.914
Abschreibungen	906	834	848	1.159	1.321
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	737	991	662	702	746
Übrige Aufwendungen	2.328	3.058	2.479	2.600	2.657
Summe Aufwendungen	6.231	6.904	5.834	6.313	6.638
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0	0	0

Besonderheiten: Es ist der hamburgische Anteil dargestellt.

Hamburger Verkehrsverbund GmbH (HVV)

Produktgruppe	Ist	Ist*	Plan	Plan	Plan
- Nummer: 269.01	2012	2013	2014	2015	2016
- Bezeichnung: Überg. Verkehrsang., -entwickl., Mobilität	Tsd. Euro				
Erträge					
Umsatzerlöse	4.474	4.680	5.204	5.880	6.461
Mitgliedsbeiträge, Spenden	0	0	0	0	0
Zuwendungen der FHH**	4.623	4.863	5.461	5.617	5.839
Zuwendungen des Bundes***	718	0	0	0	0
Übrige Erträge**	1.059	824	926	953	990
Summe Erträge	10.874	10.367	11.591	12.450	13.290
Aufwendungen					
Personalaufwendungen	4.730	4.748	5.264	5.392	5.563
Abschreibungen	173	177	208	226	229
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	166	167	159	160	160
Übrige Aufwendungen	5.805	5.275	5.960	6.672	7.338
Summe Aufwendungen	10.874	10.367	11.591	12.450	13.290
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0	0	0

Besonderheiten:

* Ist 2013 vorläufig

** incl. Mwst.

*** 2012 Abrechnung der Bundesfördermittel für das Projekt E-Ticketing

Cluster Life Science Nord / Norgenta

Produktgruppe	Ist	Ist	Plan	Plan	Plan
- Nummer: 270.02	2012	2013	2014	2015	2016
- Bezeichnung: Innovation, Technologie und Cluster	Tsd. Euro				
Erträge					
Umsatzerlöse	209	96	151	79	81
Mitgliedsbeiträge, Spenden	44	64	70	70	70
Zuwendungen der FHH					
institutionelle Zuwendung FHH	509	409	409	409	409
Projektförderung FHH	65		60	60	60
Zuwendungen des Bundes	8	3	0	0	0
Übrige Erträge	620	594	485	415	415
Summe Erträge	1.455	1.166	1.175	1.033	1.035
Aufwendungen					
Personalaufwendungen	526	527	512	482	489
Abschreibungen	10	13			
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	0			
Übrige Aufwendungen	917	624	663	551	546
Summe Aufwendungen	1.454	1.164	1.175	1.033	1.035
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1	2	0	0	0

Cluster Erneuerbare Energien

Produktgruppe	Ist 2012	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
- Nummer: 270.02					
- Bezeichnung: Innovation, Technologie, Cluster	Tsd. Euro				
Erträge					
Umsatzerlöse	249	226	150	209	212
Mitgliedsbeiträge, Spenden			197	190	230
Zuwendungen der FHH	636	572	591	589	569
Zuwendungen des Bundes					
Übrige Erträge	16	24			
Summe Erträge	901	822	938	988	1.011
Aufwendungen					
Personalaufwendungen	324	343	384	449	461
Abschreibungen	16	21			
Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
Übrige Aufwendungen	561	458	554	539	550
Summe Aufwendungen	901	822	938	988	1.011
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0	0	0

Luftfahrtcluster/ Hamburg Aviation

Produktgruppe	Ist 2012	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
- Nummer: 270.02					
- Bezeichnung: Innovation, Technologie, Cluster	Tsd. Euro				
Erträge					
Umsatzerlöse	27	42	18	18	18
Mitgliedsbeiträge, Spenden	3	17	22	22	22
Zuwendungen der FHH	596	636	806	806	806
Zuwendungen des Bundes	42	19	3	3	3
Übrige Erträge	174	75	96	96	96
Summe Erträge	842	789	945	945	945
Aufwendungen					
Personalaufwendungen	181	399	545	545	545
Abschreibungen	4	3	3	3	3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0	0
Übrige Aufwendungen	626	336	397	397	397
Summe Aufwendungen	811	738	945	945	945
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	31	51	0	0	0

Gemäß Zuwendungsbescheid werden nicht verwendete Fördermittel als Rücklage eingestellt, der Anteil der ESF-Förderung wird in "übrige Erträge" hinzugerechnet; Zuwendungen FHH beinhalten institutionelle Förderung und Projektförderungen.

HPA

Produktgruppe - Nummer: 270.05 - Bezeichnung: Hafen	Ist 2012	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
	Tsd. Euro				
Erträge					
Umsatzerlöse	158.058	280.680	175.892	200.226	192.236
Mitgliedsbeiträge, Spenden	0	0	0	0	0
Zuwendungen der FHH	37.276	47.011	36.317	135.207	135.962
Zuwendungen des Bundes	0	0	0	0	0
Übrige Erträge	48.321	-48.381	36.622	43.594	38.096
Summe Erträge	243.655	279.310	248.831	379.027	366.294
Aufwendungen					
Personalaufwendungen	99.872	105.250	105.406	106.200	105.200
Abschreibungen	43.466	46.415	47.094	48.916	49.369
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	12.185	15.831	10.939	12.231	13.747
Übrige Aufwendungen	196.497	198.399	237.259	208.406	193.341
Summe Aufwendungen	352.020	365.895	400.698	375.753	361.657
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-108.365	-86.585	-151.867	3.274	4.637

Besonderheiten:

Ab 2015 werden der HPA aus dem Haushalt der FHH erneute Mittel per Zuwendungen zur Verfügung gestellt. Bis 2014 hat die HPA Kapitalzuführungen (sogenannte HHLA-Milliarde) erhalten, die auch zur Deckung des Jahresfehlbetrages verwendet wurde.

Die Zeilen „Zuwendungen FHH“ und „Übrige Aufwendungen“ enthalten nur diejenigen Positionen aus der Gewinn- und Verlustrechnung der HPA, die entsprechend den Vorgaben des HGB Zuwendungen für verschiedene betriebliche Aufgaben sowie die aus dem Haushalt finanzierten Aufwandsanteile der verschiedenen HPA-Projekten abbilden.

In 2013 gibt es bei den Positionen Umsatzerlöse und übrige Erträge Sondereffekte aus aperiodischen Erlösen durch Neuvermietung von Kaimauern.

Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung

Produktgruppe	Ist	Ist	Plan	Plan	Plan
- Nummer: 271.02	2012	2013	2014	2015	2016
- Bezeichnung: Wirtschaftsförderung	Tsd. Euro				
Erträge					
Umsatzerlöse	0	0	88	0	0
Mitgliedsbeiträge, Spenden	0	0	0	0	0
Zuwendungen der FHH	2.397	2.776	2.892	3.106	3.176
Zuwendungen des Bundes	0	0	0	0	0
Übrige Erträge	255	444	324	324	324
Summe Erträge	2.652	3.220	3.304	3.430	3.500
Aufwendungen					
Personalaufwendungen	1.374	1.675	1.425	1.556	1.626
Abschreibungen	70	22	9	9	9
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-225	50	2	2	2
Übrige Aufwendungen	1.422	1.623	1.868	1.863	1.863
Summe Aufwendungen	2.641	3.370	3.304	3.430	3.500
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	11	-150	0	0	0

Besonderheiten: In 2014 ist in der institutionellen Förderung eine einmalige Zuwendung i.H.v. 105 Tsd. Euro (25 Tsd. Euro für den Deutsch-Brasilianischen Wirtschaftstag, 80 Tsd. Euro für die Projektentwicklung Neuland 23) enthalten.

Anlage 3.2

Liste der Zuwendungsempfänger, die Zuwendungen bis zu 100.000 Euro im Einzelfall zur Deckung der gesamten Aufwendungen oder eines nicht abgegrenzten Teils der Aufwendungen erhalten (Nr. 3 VV zu § 26 Absatz 2 LHO)

Produktgruppe Nummer und Bezeichnung	Zuwendungsempfänger	Art der Zuwendung	Höhe der Zuwendungen			
			Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Tsd. Euro						
270.03 - Strukturpolitik, Mittelstand, Dienstleistungen	DHI - Deutsches Handwerksinstitut	institutionelle Zuwendung	14	15	15	15
271.03 - Agrarwirtschaft	Landwirtschaftskammer Niedersachsen	institutionelle Zuwendung	44	44	44	44
271.03 - Agrarwirtschaft	Landesjagd- und Naturschutzverband Freie und Hansestadt Hamburg e.V.	institutionelle Zuwendung	54,5	49,5	49	49

Erfolgsplan

Flughafen Hamburg GmbH

FHG

(mit der Flughafen Hamburg Konsortial- und Service GmbH & Co. oHG besteht ein Beherrschungs- und ein Gewinnabführungsvertrag)

	Ergebnis GJ 2013 TEUR	Erfolgsplan GJ 2014 TEUR	Vorschau GJ 2015 TEUR	Vorschau GJ 2016 TEUR
	1	2	3	4
1. Erträge	177.603	184.301	204.675	210.818
1.1 Verkehrsabhängige Erlöse	76.863	76.605	79.226	81.333
1.2 Nicht verkehrsabhängige Erlöse	10.269	7.463	3.143	2.500
1.3 Sonstige betriebliche Erträge				
Summe der Erträge	264.735	268.369	287.044	294.651
2. Aufwendungen				
2.1 Materialaufwand				
2.1.1 Aufwendungen für Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe	7.433	6.729	7.061	7.251
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	101.813	103.099	109.919	112.481
2.2 Personalaufwand				
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	38.296	40.211	40.813	41.670
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	3.626	5.033	5.358	5.494
2.3 Abschreibungen	30.756	31.761	32.966	35.482
2.4 Mieten und Pachten	13.262	13.687	13.753	14.834
2.5 Sonstige betriebliche Aufwendungen	17.030	15.592	16.126	16.470
Summe der Aufwendungen	212.216	216.112	225.996	233.682
3. Beteiligungsergebnis	1.174	1.163	1.187	1.210
4. Zinsergebnis (inkl. Aufzinsung Pensionsrückstellungen BilMoG)	-12.544	-13.387	-13.189	-13.640
5. Außerordentliches Ergebnis	-704	-704	-704	-704
6. Steuern v. Einkommen u. v. Ertrag (Vorjahre)	13			
7. Sonstige Steuern	-3.161	-2.322	-2.393	-2.453
8. Unternehmensergebnis	37.296	37.007	45.949	45.381
9. HGV-Anteil an der Gewinnabführung ¹⁾	6.335	6.815	10.739	10.889

¹⁾ Unter Berücksichtigung u.a. dem operativen Ergebnis, Zinsen auf Gesellschafterdarlehen und dem Gewerbesteueraufwand der FHK. (Grundsätzlich würde die HGV 51% des FHG Ergebnisses erhalten. Dieses wird jedoch vollständig an die FHK abgeführt)

Anlage 4.1

FHG

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2014 (haushaltswirksam 2014) gegenüber 2013
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 2)

Für 2014 wird ein Wachstum der Passagiermenge auf 14,3 Mio. Passagiere erwartet. Im Einklang mit der Verkehrsmengenentwicklung ist eine Erhöhung der verkehrsbezogenen Umsatzerlöse um 6,7 Mio. EUR (3,8 %) auf 184,3 Mio. EUR geplant, die insbesondere auf eine Erhöhung der Aviation-Erlöse um 5,4 Mio. EUR zurückzuführen ist. Bei den Erlösen im Bereich Ground Handling wird lediglich ein leichter Anstieg prognostiziert. Dabei wird (in Erwartung eines durchschnittlich kalten Winters) ein Rückgang der Enteisungserlöse durch verkehrsmengenbedingt höhere Erlöse „Rampe“ überkompensiert. Während der Marktanteil im Bereich Bodenverkehrsdienste mit 91,9 % nahezu unverändert bleibt, steigen die Flugbewegungen am Standort Hamburg und damit die Abfertigungen an.

Das Geschäftsjahr 2013 der FHG war durch hohe sonstige betriebliche Erträge (10,3 Mio. EUR) positiv beeinflusst, die u. a. aus der Teilauflösung der Lärmschutzrückstellungen und der Wertaufholung auf Grundstücke resultieren. Für das Jahr 2014 erwartet die FHG deutlich geringere sonstige betriebliche Erträge i. H. v. 7,5 Mio. EUR.

Innerhalb der betrieblichen Aufwendungen wird ein Rückgang bei den bezogenen Waren um 0,7 Mio. EUR auf 6,7 Mio. EUR erwartet. Aufgrund des langen und harten Winters war der Verbrauch von Streu-, Sprüh- und Enteisungsmitteln im Jahr 2013 stark erhöht. Der Anstieg der Aufwendungen für bezogene Leistungen um 1,3 Mio. EUR (1,3 %) auf 103,1 Mio. EUR resultiert insbesondere aus einer Zunahme der von den Bodenverkehrsdienstbeteiligungen bezogenen Aviation-Leistungen. Dieser Effekt basiert neben dem Anstieg der Flugbewegungen und damit der Abfertigungsmengen auch auf der Erweiterung der Leistungspakete für einzelne Airlines. Darüber hinaus ist eine Erhöhung der Aufwendungen für Instandhaltung geplant.

Innerhalb des Personalaufwandes plant die FHG einen Anstieg der Vergütungen und gesetzlichen Sozialaufwendungen um 1,9 Mio. EUR (5,0 %) auf 40,2 Mio. EUR, insbesondere bedingt durch eine erwartete Tarifierhöhung im TVöD ab dem 01.03.14 und die Einstellung neuer Mitarbeiter. Darüber hinaus wird ein Anstieg der Aufwendungen für Altersversorgung (1,4 Mio. EUR) prognostiziert, der in einer Zunahme der Pensionsrückstellung infolge einer weiteren Verringerung des Rechnungszinssatzes (der für die Rückstellungsbewertung maßgeblich ist) begründet ist. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen vermindern sich voraussichtlich um 1,4 Mio. EUR (8,4 %) auf 15,6 Mio. EUR. Grund dafür sind Einsparmaßnahmen, sowie ein Basiseffekt, der im Jahr 2013 zu erhöhten Verlusten aus Anlagenabgängen führte (0,6 Mio. EUR durch den Abriss P1).

Für 2014 sind Investitionen im Volumen von rund 72 Mio. EUR vorgesehen, die zu einem Anstieg der Abschreibungen (2,3) um 1,0 Mio. EUR (3,3 %) auf 31,8 Mio. EUR führen. Die Verschlechterung des Zinsergebnisses um 0,8 Mio. EUR auf 13,4 Mio. EUR (4.) ist in der Aufnahme neuer Darlehen zur Finanzierung der hohen Investitionen begründet.

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2015 (haushaltswirksam 2015) gegenüber 2014
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 4 gegenüber Spalte 3)

Die bestehende Mittelfristplanung der FHG (Stand Nov. 2013) sieht für das Jahr 2015 im Vergleich zu 2014 ein weiteres, starkes Passagierwachstum um +4,9 % auf 15,1 Mio. Passagiere vor, da sich der Basiseffekt der 2014 unterjährig eröffneten easyJet Basis auswirken wird. Gleichzeitig wird der Marktanteil im Bereich Bodenverkehrsdienste unverändert zur Planung 2014 i. H. v. 91,9 % erwartet. Diese Planungsannahmen führen folgerichtig zu stark steigenden verkehrsbezogenen Erlösen, die sich in der Planung um 20,4 Mio. EUR (11,1 %) auf 204,7 Mio. EUR erhöhen. Hinsichtlich der Aviation-Entgelte ist unterstellt, dass der Ende 2014 auslaufende Regulierungsvertrag (Price-Cap-Vertrag) ab 2015 zu höheren Preisen verlängert wird. Gleichzeitig wird angenommen, dass sich die nicht verkehrsabhängigen Erlöse (insb. die Einnahmen aus Einzelhandel, Gastronomie und Werbung) um 2,6 Mio. EUR auf 79,2 Mio. EUR erhöhen. Bei den betrieblichen Aufwendungen wird ein Anstieg um 9,9 Mio. EUR (4,6 %) auf 226,0 Mio. EUR prognostiziert, der insbesondere auf höhere Aufwendungen für bezogene Leistungen und Abschreibungen (im Zusammenhang mit dem hohen Investitionsvolumen von 55 Mio. EUR) zurückzuführen ist. Vor diesem Hintergrund erwartet die FHG ein Ergebnis (8.) i.H.v. 45,9 Mio. EUR, das damit um 8,9 Mio. EUR (24,2 %) über dem geplanten Ergebnis 2014 liegt.

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2016 (haushaltswirksam 2016) gegenüber 2015
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 5 gegenüber Spalte 4)

Die bestehende Mittelfristplanung der FHG (Stand Nov. 2013) sieht für das Jahr 2016 im Vergleich zu 2015 ein weiteres, starkes Passagierwachstum um +3,8 % auf 15,6 Mio. Passagiere vor. Der Marktanteil im Bereich Bodenverkehrsdienste verringert sich jedoch leicht um 0,9 %-Punkte auf 91,0 %. Diese Planungsannahmen führen zu steigenden verkehrsbezogenen Erlösen, die sich in der Planung um 6,1 Mio. EUR (3,0 %) auf 210,8 Mio. EUR erhöhen. Gleichzeitig wird unterstellt, dass sich die nicht verkehrsabhängigen Erlöse (insb. die Einnahmen aus Einzelhandel, Gastronomie und Werbung) um weitere 2,1 Mio. EUR auf 81,3 Mio. EUR erhöhen, während die Summe der betrieblichen Aufwendungen um 7,7 Mio. EUR (3,4 %) auf 233,7 Mio. EUR steigt. Grund für den Anstieg der betrieblichen Aufwendungen sind im Wesentlichen höhere Aufwendungen für bezogene Fremdleistungen, Abschreibungen sowie Mieten und Pachten. Die Mieten und Pachten (2.4) erhöhen sich, da für die Erbbauzinsen eine Steigerung um jeweils 10 % vorgesehen ist, sobald die vertragsgemäßen Schwellenwerte der Preissteigerungsraten i. H. v. ebenfalls 10 % überschritten werden, was im Jahr 2016 erwartet wird. Saldiert erwartet die FHG ein Ergebnis (8.) i. H. v. 45,4 Mio. EUR und damit um 0,6 Mio. EUR (1,2 %) leicht unter dem geplanten Ergebnis 2014.

Erfolgsplan

HGL Hamburger Gesellschaft für Luftverkehrsanlagen mbH

HGL

(mit der HGV besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag)

	Ergebnis GJ 2013 Tsd. Euro	Erfolgsplan GJ 2014 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2015 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2016 Tsd. Euro
1	2	3	4	5
1. Erträge				
1.1 Umsatzerlöse	2.480	2.468	2.468	2.468
1.2 Sonstige Umsatzerlöse				
1.3 Sonstige betriebliche Erträge				
Summe der Erträge	2.480	2.468	2.468	2.468
2. Aufwendungen				
2.1 Materialaufwand				
2.1.1 Aufwendungen für Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe				
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen				
2.2 Personalaufwand				
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand				
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen				
2.3 Abschreibungen	965	964	953	953
2.4 Mieten und Pachten				
2.5 Sonstige betriebliche Aufwendungen *)	697	681	681	681
Summe der Aufwendungen	1.662	1.645	1.634	1.634
3. Beteiligungsergebnis				
4. Finanzergebnis	-582	-543	-509	-324
5. Außerordentliches Ergebnis	-110	-110	-110	-110
6. Ergebnisübernahme durch die HGV	126	170	215	400

Anlage 4.2

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2014 (haushaltswirksam 2014) gegenüber 2013
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 2)

Die Umsatzerlöse resultieren ausschließlich aus den beiden in 2010 angepassten Mietverträgen mit Airbus Operations GmbH (vormals Airbus Deutschland GmbH) und bleiben 2014 ggü. 2013 nahezu unverändert. Die Abschreibungen werden auf Vorjahresniveau erwartet, während bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ein leichter Rückgang um 16 TEUR prognostiziert wird. Die planmäßige Tilgung der bestehenden Darlehen ist ursächlich für ein verbessertes Finanzergebnis. Vor diesem Hintergrund erwartet die HGL für 2014 ein positives Jahresergebnis i. H. v. 170 TEUR, das durch die HGV vereinnahmt wird.

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2015 (haushaltswirksam 2015) gegenüber 2014
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 4 gegenüber Spalte 3)

Die Umsatzerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Während die sonstigen betrieblichen Aufwendungen konstant bleiben, wird bei den Abschreibungen ein leichter Rückgang erwartet. Die planmäßige Tilgung der bestehenden Darlehen ist ursächlich für das verbesserte Finanzergebnis. Insgesamt wird für 2015 ein Jahresüberschuss i.H.v. 215 TEUR erwartet, der durch die HGV vereinnahmt wird.

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2016 (haushaltswirksam 2016) gegenüber 2015
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 5 gegenüber Spalte 4)

Die Umsatzerlöse mit Airbus bleiben 2016 ggü. 2015 konstant. Unverändert bleiben auch die Abschreibungen und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Die planmäßige Tilgung der bestehenden Darlehen ist ursächlich für das verbesserte Finanzergebnis. Die HGL erwartet für 2016 ein positives Ergebnis i.H.v. 400 TEUR, das durch die HGV vereinnahmt wird.

Erfolgsplan

Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft (HHA)

(mit der HGv besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag)

	Ist GJ 2013 Tsd. Euro	Erfolgsplan GJ 2014 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2015 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2016 Tsd. Euro
1	2	3	4	5
1. Erträge				
1.1 Verkehrseinnahmen	387.178	398.490	411.840	425.950
1.2 Miet- und Pachteinnahmen	14.141	14.390	14.840	15.230
1.3 Sonstige betriebliche Erträge	86.060	84.380	92.380	95.640
Summe der Erträge	487.379	497.260	519.060	536.820
2. Aufwendungen				
2.1 Materialaufwand				
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	57.193	56.430	59.320	61.230
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	155.520	162.260	169.120	174.140
2.2 Personalaufwand				
2.2.1 Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand	206.763	212.980	220.750	226.060
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	7.209	8.120	8.310	8.490
2.3 Abschreibungen	60.520	63.980	68.930	74.280
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	37.623	40.270	40.320	40.370
Summe der Aufwendungen	524.828	544.040	566.750	584.570
3. Beteiligungsergebnis	4.497	8.880	9.470	10.090
4. Finanzergebnis	- 19.650	- 20.990	- 21.470	- 22.830
5. Außerordentliches Ergebnis	98	10	10	10
6. Verlustübernahme durch die HGv	53.500	59.800	60.600	61.400
Kostendeckungsgrad	90,3 %	89,5 %	89,8 %	89,9 %

Anlage 4.3

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen im Jahr 2014 (haushaltswirksam 2014) gegenüber dem Ergebnis im Jahr 2013 (Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 2)

	<u>Tsd. Euro</u>
1.1 Verkehrseinnahmen	
Der Anstieg der Verkehrseinnahmen im Erfolgsplan des Jahres 2014 gegenüber dem Ergebnis für das Jahr 2013 resultiert im Wesentlichen aus der Tarifsteigerung zum 01.01.2014 in Höhe von 3,2% sowie aus einer Fahrgastzahlensteigerung in Höhe von 2,0 %. Gegenläufig wirkt sich ein aperiodischer Erlös in 2013 in Höhe von 5,1 Mio. € aus.	+ 11.312
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	
Die erhöhten Aufwendungen entstehen in erster Linie im Rahmen der Laufleistungsverlängerung des U-Bahn-Fahrzeugs DT3 sowie des barrierefreien Ausbaus auf U-Bahn-Haltestellen. Zudem steigen die Kosten im Betriebszweig Bus für Wartung und Instandhaltung aufgrund einer gestiegenen Leistung und geänderten Flottenstruktur.	+ 6.740
2.2 Personalaufwand	
Der Anstieg der Aufwendungen resultiert aus der Vollauswirkung der Tarifierhöhung zum 01.07.2013 sowie einer geplanten Tarifierhöhung zum 01.07.2014. Des Weiteren sind die erhöhten Aufwendungen in einem höheren Mitarbeiterbestand begründet.	+ 7.128
2.3 Abschreibungen	
Höhere Abschreibungen resultieren v.a. aus den Projekten DT5, Busbeschaffung und Stellwerk Barmbek. Gegenläufig wirkt eine außerplanmäßige Abschreibung im Jahr 2013 auf eine U-Bahn Fahrzeugeinheit in Höhe von 1,4 Mio. €.	+ 3.460
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	
In 2013 entstanden einmalige Aufwendungen infolge der vorzeitigen Beendigung einer Cross-Border-Lease-Transaktion. In 2014 wird mit höheren Kosten für Untersuchungen von Werkstätten-, Lager-, Personal- und Arbeitszeitmodellen im Bereich der U-Bahn Werkstätten gerechnet. Darüber hinaus werden höhere Kosten im Rahmen von ZVU-Leistungen erwartet.	+ 2.647
3 Beteiligungsergebnis	
Aufgrund des Wegfalls der in 2013 einmalig vorgenommenen außerplanmäßigen Abschreibung auf den Beteiligungsbuchwert der BeNEX wird für das Jahr 2014 ein Anstieg des Beteiligungsergebnisses erwartet.	+ 4.383

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen im Jahr 2015 (haushaltswirksam 2015) gegenüber dem Jahr 2014 (Veränderungen Spalte 4 gegenüber Spalte 3)

	<u>Tsd. Euro</u>
1.1 Verkehrseinnahmen	
Für das Jahr 2015 wird eine Tarifierpassung gemäß HVV-Vorgabe von +2,0 % zum 01.01. des Jahres sowie eine Nachfragesteigerung von +2,0 % unterstellt.	+ 13.350
1.3 Sonstige betriebliche Erträge	
Der Anstieg der Erträge begründet sich größtenteils aus gestiegenen Weiterberechnungen an Dritte. Zudem ist ein Anstieg bei den aktivierten Eigenleistungen zu verzeichnen.	+ 8.000
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	
Steigende Beschaffungspreise für Diesel und Strom sowie ein erhöhter Verbrauch infolge der geplanten Leistungssteigerung führen zu steigenden Energiekosten.	+ 2.890
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	
Hervorgerufen durch die geplante Leistungssteigerung ergeben sich erhöhte Kosten für Wartung und Instandhaltung der Busse sowie steigende Aufwendungen für Busfremdunternehmerleistungen.	+ 6.860
2.2 Personalaufwand	
Es wird mit einem erhöhten Personalaufwand infolge moderater Tarifierpassungen und eines Personalaufbaus im Betriebsdienst gerechnet.	+ 7.960
2.3 Abschreibungen	
Steigende Abschreibungen ergeben sich insbesondere als Folge der Beschaffung von U-Bahn Fahrzeugen des Typs DT5 und Bussen mit alternativen Antriebstechnologien.	+ 4.950

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen im Jahr 2016 (haushaltswirksam 2016) gegenüber dem Jahr 2015 (Veränderungen Spalte 5 gegenüber Spalte 4)

	<u>Tsd. Euro</u>
1.1 Verkehrseinnahmen	
Für das Jahr 2016 wird eine Tarifierpassung gemäß HVV-Vorgabe von +2,0 % zum 01.01. des Jahres sowie eine Nachfragesteigerung von 2,0 % unterstellt.	+ 14.110
1.3 Sonstige betriebliche Erträge	
Der Anstieg der Erträge begründet sich größtenteils aus gestiegenen Weiterberechnungen an Dritte. Zudem ist ein Anstieg bei den aktivierten Eigenleistungen zu verzeichnen.	+ 3.260
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	
Steigende Beschaffungspreise für Diesel sowie ein erhöhter Verbrauch infolge der geplanten Leistungssteigerungen im Bus- und U-Bahnverkehr führen zu steigenden Energiekosten.	+ 1.910
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	
Hervorgerufen durch die geplante Leistungssteigerung ergeben sich erhöhte Kosten für Wartung und Instandhaltung der Busse sowie steigende Aufwendungen für Busfremdunternehmerleistungen.	+ 5.020
2.2 Personalaufwand	
Aufgrund der geplanten Leistungssteigerung wird mit einem erhöhten Personalaufwand in den Betriebszweigen Bus und U-Bahn gerechnet. Des Weiteren wurde eine moderate Tarifierpassung berücksichtigt.	+ 5.490
2.3 Abschreibungen	
Es werden steigende Abschreibungen insbesondere als Folge der Beschaffung von U-Bahn Fahrzeugen des Typs DT5 und Bussen mit alternativen Antriebstechnologien erwartet.	+ 5.350

Anlage 4.3

Erfolgsplan

P+R-Betriebsgesellschaft mbH

(mit der HGV besteht ein Gewinnabführungsvertrag)

		Ergebnis GJ 2013 Tsd. Euro	Erfolgsplan GJ 2014 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2015 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2016 Tsd. Euro
	1	2	3	4	5
1.	Erträge				
1.1	Umsatzerlöse	1.374,0	1.591,6	2.572,2	3.014,6
1.2	Sonstige Umsatzerlöse	0	0	0	0
1.3	Sonstige betriebliche Erträge	1.507,0	3.283,0	3.100,0	2.104,0
	Summe der Erträge	2.881,0	4.874,6	5.672,2	5.028,6
2.	Aufwendungen				
2.1	Materialaufwand				
2.1.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	341,4	332,3	374,2	395,9
2.1.2	Aufwand für bezogene Leistungen	2.589,6	4.727,0	4.782,5	3.947,2
2.2	Personalaufwand				
2.2.1	Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	223,9	222,2	226,6	231,1
2.2.2	Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	0	0	0	0
2.3	Abschreibungen	48,2	73,2	227,3	436,7
2.4	Sonstige betriebliche Aufwendungen	197,4	181,1	185,7	190,3
	Summe der Aufwendungen	3.400,5	5.532,8	5.796,3	5.201,2
3.	Beteiligungsergebnis	-519,5	-658,2	-124,1	-172,6
4.	Finanzergebnis	-1,2	-11,5	-107,5	-127,1
5.	Außerordentliches Ergebnis	-520,7	-669,7	-231,6	-299,7
6.	Verlustübernahme durch die HGV	520,7	669,7	231,6	299,7

Anlage 4.4

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2014 (haushaltswirksam 2014) gegenüber 2013
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 2)

		Tsd. Euro
1.1	Umsatzerlöse	
	Erhöhung durch Erträge der Entgeltspflicht ab August 2014	+217,6
1.3	Sonstige betriebliche Erträge	
	U. a. Verschiebung von Zuschüssen für Instandsetzungsmaßnahmen in der P+R-Anlage Elbgaustraße von 2013 von 2014. Die Aufwendungen für Elbgaustraße finden sich in Pos. 2.1.2.	+436,0
2.1.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	
	Wegfall von Stromabrechnungen aus Vorjahren.	-9,1
2.1.2	Aufwand für bezogene Leistungen	
	Erhöhung hauptsächlich durch die Verschiebung von bezuschussten Instandsetzungsmaßnahmen in der P+R-Anlage Elbgaustraße (s. hierzu Pos. 1.3) sowie durch Betriebskosten für die Entgelterhebung.	+794,4
2.3	Abschreibungen	
	Erhöhung durch Abschreibungen für Anschaffungen und Installationen von Parkscheinautomaten für die Entgelterhebung mit P+R-Mitteln ab Juli 2014.	+25,0
2.4	Sonstige betriebliche Aufwendungen	
	Insbesondere Minderung um die Prozesskosten Rahlstedt. Annahme des Abschlusses des Verfahrens.	-16,3

Anlage 4.4

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2015 (haushaltswirksam 2015) gegenüber 2014
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 4 gegenüber Spalte 3)

		TEUR
1.1	Umsatzerlöse Erhöhung aufgrund Ausweitung der Entgeltspflicht auf weitere P+R-Anlagen und aufgrund der Kostenbeteiligung der VU für die P+R-Anlagen Poppenbüttel und Ochsenzoll. Weitere Annahme von Stellplatzvermietungen auf den ersten 5 übernommenen bezirklichen P+R-Anlagen.	+ 980,6
1.3	Sonstige betriebliche Erträge Erhöhung von Zuschüssen im Rahmen von Grundinstandsetzungsmaßnahmen; hauptsächlich für die zu übernehmenden bezirklichen P+R-Anlagen. Der Aufwand hierzu befindet sich in Pos. 2.1.2	+1.157,0
2.1.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe Kostensteigerung durch die Inbetriebnahme der P+R- Anlagen Poppenbüttel und Ochsenzoll.	+41,9
2.1.2	Aufwand für bezogene Leistungen Kostensteigerung durch die Inbetriebnahme der P+R- Anlagen Poppenbüttel und Ochsenzoll, durch die Betriebskosten der Entgeltspflicht sowie aufgrund von Grundinstandsetzungsmaßnahmen, hauptsächlich für die zu übernehmenden bezirklichen P+R-Anlagen. (Erträge hierzu in Pos. 1.3)	+1.398,5
2.2.1	Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand Erhöhung aufgrund allgemeiner Tarifierpassung	+4,4
2.3	Abschreibungen Erhöhung der Abschreibungen aufgrund der Anschaffung weiterer Parkscheinautomaten für die Ausweitung der Entgeltspflicht, durch die Erhöhung von Qualitätsstandards für die ersten 5 übernommenen bezirklichen P+R-Anlagen sowie durch die Erhöhung der Qualitätsstandards auf vorhandenen P+R-Anlagen (Video, Notruf, Beleuchtung).	+154,1
2.4	Sonstige betriebliche Aufwendungen Erhöhung der Pauschale für die Geschäftsbesorgung der Hochbahn, der Versicherung aufgrund der Inbetriebnahme der P+R-Anlagen Poppenbüttel und Ochsenzoll	+4,6
4.	Finanzergebnis Erhöhung des Zinsaufwandes aufgrund Ausweitung der Entgeltspflicht auf weitere P+R-Anlagen.	+102,0

Anlage 4.4

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2016 (haushaltswirksam 2016) gegenüber 2015
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 5 gegenüber Spalte 4)

		TEUR
1.1	Umsatzerlöse Erhöhung aufgrund Ausweitung der Entgeltspflicht auf weitere P+R-Anlagen und Ausweitung von Stellplatzvermietungen auf weiteren 5 übernommenen bezirklichen P+R- Anlagen.	442,4
1.3	Sonstige betriebliche Erträge Reduzierung von Zuschüssen im Rahmen von Grundinstandsetzungsmaßnahmen. Der Aufwand hierzu befindet sich in Pos. 2.1.2	-1.086,0
2.1.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe Kostensteigerung aufgrund allgemeiner Tarif- und Preisanpassungen.	+21,7
2.1.2	Aufwand für bezogene Leistungen Einerseits Kostensteigerung aufgrund der Betriebskosten durch die Ausweitung der Entgeltspflicht und durch die Betriebskosten weiterer 5 übernommener bezirklicher P+R-Anlagen. Andererseits Reduzierung des Aufwandes im Rahmen von betrieblichen Grundinstandsetzungsmaßnahmen.	-835,3
2.2.1	Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand Erhöhung aufgrund allgemeiner Tarifierpassung	+4,5
2.3	Abschreibungen Erhöhung der Abschreibungen aufgrund der Anschaffung weiterer Parkscheinautomaten für die Ausweitung der Entgeltspflicht, durch die Erhöhung von Qualitätsstandards für weitere 5 übernommene bezirkliche P+R-Anlagen sowie durch die Erhöhung der Qualitätsstandards auf vorhandenen P+R-Anlagen (Video, Notruf, Beleuchtung).	+209,4
2.4	Sonstige betriebliche Aufwendungen Erhöhung der Pauschale für die Geschäftsbesorgung der Hochbahn.	+4,6
4.	Finanzergebnis Erhöhung des Zinsaufwandes aufgrund Ausweitung der Entgeltspflicht auf weitere P+R-Anlagen.	+19,6

Erfolgsplan

Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein AG (VHH)

(mit der HGV besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag)

		Ergebnis	Erfolgsplan	Vorschau	Vorschau
		GJ 2013	GJ 2014	GJ 2015	GJ 2016
		Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro
		1	2	3	4
		5			
1.	Erträge				
1.1	Umsatzerlöse	107.548	104.049	100.816	103.133
1.2	Sonstige Umsatzerlöse	885	861	879	896
1.3	Sonstige betriebliche Erträge	8.752	5.799	5.376	5.471
	Summe der Erträge	117.185	110.709	107.071	109.500
2.	Aufwendungen				
2.1	Materialaufwand				
2.1.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	24.260	22.728	22.278	23.133
2.1.2	Aufwendungen für bezogene Leistungen	16.959	11.849	12.086	12.328
2.2	Personalaufwand				
2.2.1	Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand	61.483	67.333	66.914	68.269
2.2.2	Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	2.082	1.884	1.992	1.960
2.3	Abschreibungen	12.835	15.251	17.056	18.397
2.4	Sonstige betriebliche Aufwendungen	10.029	10.534	10.506	10.712
	Summe der Aufwendungen	127.648	129.579	130.832	134.799
3.	Beteiligungsergebnis	131	128	128	128
4.	Finanzergebnis	-4.074	-4.875	-5.388	-5.540
5.	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0
6.	Verlustübernahme durch die HGV	-14.406	-23.617	-29.021	-30.711

Anlage 4.5

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen im Jahr 2014 (haushaltswirksam 2014) gegenüber dem Ergebnis im Jahr 2013 (Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 2)

	<u>Tsd. Euro</u>
1.1 Umsatzerlöse	
In 2014 werden keine wesentlichen Veränderungen in den bestehenden Verkehren erwartet. Der Erlösanstieg in 2013 resultiert im Wesentlichen dem in 2013 hohen Niveau an Schienenersatzverkehr von rd. TEUR 2.645.	+3.499
1.3 Sonstige betriebliche Erträge	
Das Ergebnis 2013 ist durch Einmaleffekte bei den außerordentlichen Erträgen geprägt. (Auflösung Versicherungsrückstellungen, Verkauf Gleisanlagen). Die Planung 2014 kann diese Effekte nicht unterstellen.	+ 2.953
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	
Die oben genannte Entwicklung geht in 2014 von einem leichten Rückgang des Dieselpreises, bei gleichbleibendem Verbrauch, aus.	- 1.532
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	
Bei den bezogenen Leistungen werden insbesondere eine Erhöhung der ZVU-Aufwendungen sowie allgemeine Preissteigerungen für Strom, Gas und Wasser angenommen. Den Aufwands erhöhungen stehen Erhöhungen der Eigenerbringungsquote in der Instandhaltung und im Fahrdienst gegenüber und führen in 2014 zu einem geringeren Planwert.	-5.110
2.2 Personalaufwand	
Grundlage der Planung 2014 war der erwartete Tarifabschluss. Obwohl der Tarifvertrag zum 30.09.2013 seitens der Arbeitnehmervertreter gekündigt wurde, konnten bis zum Planungsschluss die Tarifverhandlungen nicht begonnen werden. Im Rahmen der Planung wurde ein Tarifabschuss von 3,0% zum 01.10.2013 und zusätzlich zum 01.07.2014 von 1,5% unterstellt. Die Altersrückstellungen wurden auf Basis der Prognose des Versicherungsmathematikers kalkuliert. Die Entwicklung der Altersversorgung in 2013 ist zusätzlich durch Sondereffekte in Höhe von TEUR 230 geprägt und führt insgesamt zu einer Aufwandssteigerung in 2014.	+5.652
2.3 Abschreibungen	
Ein wesentlicher Faktor für den Anstieg der Abschreibungen 2013 gegenüber 2014 ist die verspätete Lieferung von Gelenkbussen aus 2013, die erst Anfang 2014 erfolgte. Die damit verbundenen Abschreibungen entstehen erst 2014. Durch die Beschaffung von 10 Volvo-Hybridbussen Ende 2013, deren Einkaufspreis deutlich oberhalb der Preise von Standard-Dieselmotoren liegt, erhöhen sich die Abschreibungen auch in den Folgejahren. Zum Teil konnten die Mehrkosten durch Förderung aufgefangen werden.. Zudem bindet das ITCS-Projekt Kapazitäten und führt zu einer Verlagerung diverser Projekte nach 2014.	+ 2.416
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	+505
Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen 2013 sind geprägt von den möglichen Zuführungen zu Pensionsrückstellungen (1/15 für 4 Jahre) i.H.v. TEUR 2.683 sowie TEUR 600 für die mögliche Zuführung zum Überleitungslohn tarif.	
3. Beteiligungsergebnis	
Das Beteiligungsergebnis bleibt auf Grund der Planung des Reiserings fast unverändert.	+3
4. Finanzergebnis	
Das Finanzergebnis beinhaltet im Wesentlichen den Aufzinsungseffekt aus dem Rechnungszins für Pensionsrückstellungen.	+801

Anlage 4.5

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen im Jahr 2015 (haushaltswirksam 2015) gegenüber dem Ergebnis im Jahr 2014 (Veränderungen Spalte 4 gegenüber Spalte 3)

	<u>Tsd. Euro</u>
1.1 Umsatzerlöse	
Dem erwarteten Anstieg der Linieneinnahmen von rd. 3,0% p.a. und anderen Verkehrseinnahmen von rd. 2,0% steht der Rückgang der Einnahmen (TEUR 5.494) durch den Verkauf der Betriebsstätte Neumünster in 2015 mit gegenüber.	-3.233
2.1 Materialaufwand	
Für 2015 wurde ein Dieselpreis von 1,15 €/l angenommen. Zusätzlich wurde eine allgemeine Preissteigerung im Materialaufwand von 2% p.a. angesetzt. Der Verkauf der Betriebsstätte Neumünster wirkt sich aufwandsreduzierend, besonders beim Treibstoffverbrauch, aus, so dass die Planungsannahme leicht unter dem Vorjahreswert liegt.	+213
2.2 Personalaufwand	
Es wird ein Lohnstarifanstieg von rd. 2% p.a. erwartet. Ein Teil des Anstiegs wird durch das eingeleitete Restrukturierungsprogramm kompensiert.	-311
2.3 Abschreibungen	
Anstieg der Abschreibungen als Folge der geplanten Investitionstätigkeit.	+1.805
3. Beteiligungsergebnis	
Das Beteiligungsergebnis bleibt auf Grund der Planung des Reiserings unverändert.	0

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen im Jahr 2016 (haushaltswirksam 2016) gegenüber dem Ergebnis im Jahr 2015 (Veränderungen Spalte 5 gegenüber Spalte 4)

	<u>Tsd. Euro</u>
1.1 Umsatzerlöse	
Der Anstieg der Linieneinnahmen wird mit rd. 3,0% p.a. angenommen. Bei den anderen Verkehrseinnahmen wurde eine Steigerung von rd. 2,0% angesetzt.	+2.317
2.1 Materialaufwand	
Es wurde ein Dieselpreis von 1,20 €/l angenommen. Zusätzlich wurde eine allgemeine Preissteigerung im Materialaufwand von 2% p.a. angesetzt.	+1.097
2.2 Personalaufwand	
Es wird ein Lohnstarifanstieg von rd. 2% p.a. erwartet.	+1.323
2.3 Abschreibungen	
Anstieg der Abschreibungen als Folge der geplanten Investitionstätigkeit.	+1.341
3. Beteiligungsergebnis	
Das Beteiligungsergebnis bleibt auf Grund der Planung des Reiserings unverändert	0

Anlage 4.6

Erfolgsplan

HADAG – Seetouristik und Fährdienst AG

(mit der HGV besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag)

		Ergebnis GJ 2013 Tsd. Euro	Erfolgsplan GJ 2014 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2015 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2016 Tsd. Euro
	1	2	3	4	5
1.	Erträge				
1.1	Umsatzerlöse	8.259	8.088	8.685	8.904
1.2	Sonstige Umsatzerlöse	23	17	17	17
1.3	Sonstige betriebliche Erträge	446	204	183	184
	Summe der Erträge	8.728	8.309	8.885	9.105
2.	Aufwendungen				
2.1	Materialaufwand	11.117	11.623	12.331	13.351
2.1.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	3.751	3.553	3.951	4.284
2.1.2	Aufwand für bezogene Leistungen	7.366	8.070	8.380	9.067
2.2	Personalaufwand	1.124	782	705	656
2.2.1	Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	613	642	565	516
2.2.2	Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	511	140	140	140
2.3	Abschreibungen	1.749	1.573	1.678	1.790
2.4	Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.505	2.419	2.453	2.516
2.5	Steuern	2			
	Summe der Aufwendungen	16.495	16.397	17.167	18.313
3.	Beteiligungsergebnis	163	172	192	204
4.	Finanzergebnis	-671	-868	-961	-948
5.	Außerordentliches Ergebnis	-95	-95	-95	-95
6.	Verlustübernahme durch die HGV	8.370	8.879	9.146	10.047

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2014 (haushaltswirksam 2014) gegenüber 2013
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 2)

	<u>Tsd. Euro</u>
1.1 Umsatzerlöse	
HVV-Nachzahlung für 2012 in 2013, kein vergleichbarer Effekt in 2014	-171
1.3 Sonstige betriebliche Erträge	
Rückgang auf Normalniveau, nachdem 2013 höhere Erträge aufgrund zusätzlicher Weiterberechnungen für werbliche Schiffsanstriche erzielt worden sind.	-242
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	
Hauptsächlich höhere Reparaturen und Instandhaltungen sowie höhere Anmietung von Personal der HADAG Verkehrsdienste GmbH	+704
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	
Reduzierung des Personalbestandes.	+ 16
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	
Niedrigere Auflösung Pensionsrückstellung, (Aufzinsung für Pensionsrückstellungen und a. o. Aufwand aufgrund Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) saldiert mit Auflösung Rückstellung).	-770
2.3 Abschreibungen	
Sonderabschreibung auf ein im Bau befindliches Schiff in 2013 wegen Insolvenz der Schiffswerft	-176
4. Finanzergebnis	
Die Erhöhung ist auf Investitionsfinanzierungen (Schiffsneubau) zurückzuführen	+197

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2015 (haushaltswirksam 2015) gegenüber 2014
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 4 gegenüber Spalte 3)

1.1 Umsatzerlöse	
Höhere HVV-Zuscheidungen und höhere Touristikeinnahmen aufgrund Preiserhöhung.	+196
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	
Höhere Treibstoffkosten durch einen höheren Dieselölpreis.	-442
2.1.2 Aufwand für bezogene Leistungen	
Erhöhung durch die Anmietung von Personal der HADAG Verkehrsdienste GmbH, höhere Reparaturen und Instandhaltungen sowie allgemeine Kostensteigerung in Höhe von 2%.	-654
2.3 Abschreibungen	
Höhere Abschreibungen durch Schiffsneubauten.	-147
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	
Kostensteigerung i.H. von 2%	- 37
4. Finanzergebnis	
Erhöhung der Zinsaufwendungen für die Liquiditätshilfe durch die HGV. Die Erhöhung ist auf einen höheren Zinssatz sowie Investitionsfinanzierung (Schiffsneubau) zurückzuführen.	-102

Anlage 4.6

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2016 (haushaltswirksam 2016) gegenüber 2015
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 5 gegenüber Spalte 4)

1.1	Umsatzerlöse	
	Höhere HVV-Zuscheidungen.	+140
2.1.1.	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	
	Höhere Treibstoffkosten durch einen höheren Dieselölpreis.	-239
2.1.2	Aufwand für bezogene Leistungen	
	Erhöhung durch die Anmietung von Personal der HADAG Verkehrsdienste GmbH sowie allgemeine Kostensteigerung in Höhe von 2%.	-209
2.4	Sonstige betriebliche Aufwendungen	
	Kostensteigerung i.H. von 2%	- 35

Erfolgsplan

Hamburg Verkehrsanlagen GmbH (HHVA)

Die Gesellschaftsanteile der HHVA sind rückwirkend zum 01.01.2014 von der Vattenfall GmbH auf die HGV übergegangen. Mit der HGV besteht kein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag.

		Ergebnis GJ 2013 Tsd. Euro	Erfolgsplan GJ 2014 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2015 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2016 Tsd. Euro
	1	2	3	4	5
1.	Erträge				
1.1	Umsatzerlöse	40.964	39.115	39.193	39.224
1.2	Sonstige Umsatzerlöse(Aktiv. Eigenleistungen)	36	0		
1.3	Sonstige betriebliche Erträge	233	109		
	Summe der Erträge	41.233	39.224	39.193	39.224
2.	Aufwendungen				
2.1	Materialaufwand				
2.1.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-13.002	-13.537	-13.592	-13.079
2.1.2	Aufwand für bezogene Leistungen	-8.106	-7.339	-6.764	-6.632
2.2	Personalaufwand	-11.942	-12.050	-11.944	-12.555
2.2.1	Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand				
2.2.2	Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen				
2.3	Abschreibungen	- 29	- 82	-41	-42
2.4	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-6.608	-4.506	-5.289	-5.169
	Summe der Aufwendungen	-39.687	-37.514	-37.630	-37.477
3.	Zinsergebnis	-990	-1.088	-874	-860
4.	Steuern	0	-499	-554	-622
5.	Gewinnabführung	-556	0	0	0
6.	Jahresüberschuss	0	123	135	265

Anlage 4.7

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2014 gegenüber 2013 (Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 2)

		Tsd. Euro
1.1	Umsatzerlöse	-1.849
	Reduzierung basiert im Wesentlichen auf einem Rückgang der Umsatzerlöse im Bereich Bau	
1.3	Sonstige betriebliche Erträge	-124
	Reduzierung aufgrund des Entfalls des Materialverkaufes an Dritte	
2.1.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	+535
	Erhöhung durch angesetzten stärkeren Materialeinsatz	
2.1.2	Aufwand für bezogene Leistungen	-767
	Reduzierung aufgrund des geringeren Bauumsatzes	
2.2	Personalaufwand	-108
	Erhöhung durch Übernahme der ATZ-Mitarbeiter wird fast vollständig durch geringere Zuführung zu Pensionsrückstellungen kompensiert	
2.3	Abschreibungen	+53
	Erhöhung durch höhere Investitionen im Bereich der Betriebs- und Geschäftsausstattung	
2.4	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.102
	Reduzierungen im Wesentlichen durch den fallenden Aufwand für die Verrechnung der ATZ-Mitarbeiter sowie durch die Reduzierung der Leistungen des Vattenfall Konzerns	

Anlage 4.7

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2015 gegenüber 2014 (Veränderungen Spalte 4 gegenüber Spalte 3)

		Tsd. Euro
1.1	Umsatzerlöse	+78
	Im Wesentlichen wird von einer stabilen Auftragslage ausgegangen, die einer Inflation von 2% unterliegt.	
1.3	Sonstige betriebliche Erträge	-109
	Keine Verkäufe von Materialien an Nachunternehmer (neues Logistikkonzept) sowie an Vattenfall-Firmen.	
2.1.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	+55
	Im Wesentlichen wird von einem stabilen Materialbedarf ausgegangen, der mit 2% inflationiert wurde.	
2.1.2	Aufwand für bezogene Leistungen	-575
	Zyklus bedingter Rückgang der betrieblich bezogenen Leistungen.	
2.2	Personalaufwand	-106
	Rückgang des Personalaufwands, da Verrechnung der ATZ-Mitarbeiter unter „Sonstigen betrieblichen Aufwendungen“ geplant ist (in 2014 im Personalaufwand); Tarifabschluss von 2 % und 1 % Karrierefaktor angesetzt.	
2.3	Abschreibungen	-41
	Abschreibungen auf durchschnittlichem Niveau angesetzt.	
2.4	Sonstige betriebliche Aufwendungen	+783
	Verrechnung der ATZ-Mitarbeiter unter sonstigen betrieblichen Aufwendungen geplant; Planung beinhaltet einen höheren Umfang an Leistungen des Vattenfall-Konzerns	

Anlage 4.7

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2016 gegenüber 2015 (Veränderungen Spalte 5 gegenüber Spalte 4)

		Tsd. Euro
1.1	Umsatzerlöse	+31
	Stabile Auftragslage mit leichter Erhöhung angesetzt, sinkende Bauumsätze werden durch steigende Betriebserlöse leicht überkompensiert.	
1.3	Sonstige betriebliche Erträge	0
	Fortschreibung des Effekts aus 2015.	
2.1.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-513
	Abfallen der Bautätigkeit und somit Rückgang des Materialanteils.	
2.1.2	Aufwand für bezogene Leistungen	-132
	Abfallen der Bautätigkeit und somit Rückgang der bezogenen Leistungen.	
2.2	Personalaufwand	+611
	Kompensation der ATZ-Abgänge durch Neueinstellungen, Tarifabschluss von 2 % und 1 % Karrierefaktor angesetzt.	
2.3	Abschreibungen	+1
	Im Wesentlichen keine Veränderungen.	
2.4	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-120
	Reduzierung der Verrechnung der ATZ-Mitarbeiter aufgrund des altersbedingten Ausscheidens von ATZ-Mitarbeitern.	

Erfolgsplan

Hamburg Messe und Congress GmbH

HMC

(mit der HGV besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisübernahmevertrag)

	Ergebnis GJ 2013 Tsd. Euro	Erfolgsplan GJ 2014 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2015 Tsd. Euro	Vorschau GJ 2016 Tsd. Euro
1	2	3	4	5
1. Erträge				
1.1 Vertrieb Messe Eigenveranstaltungen	19.068	49.682	20.760	54.398
1.2 Vertrieb Messe Gastveranstaltungen	9.500	7.559	9.989	9.290
1.3 Vertrieb CCH	10.738	9.921	8.678	9.249
1.4 Vertrieb Ausland	6.317	6.955	8.011	7.839
1.5 Services	8.033	17.143	9.135	18.392
1.6 Besitz Messe	1.892	2.086	1.981	2.131
1.7 Besitz CCH	1.032	1.202	1.087	1.095
1.8 Sonstige betriebliche Erträge	1.809	988	1.109	1.082
Summe der Erträge	58.389	95.536	60.750	103.476
2. Aufwendungen				
2.1 Materialaufwand	-27.849	-42.182	-29.101	-44.850
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe				
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen				
2.2 Personalaufwand				
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	-15.538	-16.925	-17.165	-17.583
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	-740	-955	-970	-990
2.3 Abschreibungen	-5.210	-5.100	-5.100	-5.100
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-38.904	-40.944	-40.365	-38.929
Summe der Aufwendungen	-88.241	-106.156	-92.701	-107.452
3. Beteiligungsergebnis				
4. Finanzergebnis	-3.166	-3.301	-3.805	-3.650
5. Außerordentliches Ergebnis				
6. Gewinnabführung an bzw. Verlustübernahme durch die HGV (-)	-33.018	-13.921	-35.756	-7.626

Anlage 4.8

HMC

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen

1.1 Erträge Vertrieb Messe

Im Messegeschäft der HMC sind schon seit langem Umsatzschwankungen zu verzeichnen, die insbesondere dadurch entstehen, dass in geraden Jahren eine höhere Anzahl von Messen stattfindet.

1.4 Erträge Vertrieb Ausland

In 2014 führt die HMC im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) die deutsche Beteiligung an der Expo in Korea durch.

1.5 Erträge Services

Die Umsatzschwankungen gehen mit der höheren Anzahl von Messen in geraden Jahren einher (vgl. Punkt 1.1).

1.8 Sonstige betriebliche Erträge

Die in 2013 höheren sonstigen betrieblichen Erträge resultieren im Wesentlichen aus einem positiven Effekt aus der Beendigung des Rechtsstreites mit der ARGE CCH-Erweiterung.

2.1 Materialaufwand

Die Schwankungen in den Aufwendungen korrespondieren mit den turnusbedingten Ertragsschwankungen.

2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist u.a. die Immobilienleasingrate (21,7 Mio. €) enthalten.

Das Ergebnis 2015 und 2016 wird durch folgende Sonderfaktoren, die den sonstigen betrieblichen Aufwendungen zuzuordnen sind, beeinflusst:

Sonderfaktoren	2015	2016
	(in Tsd. Euro)	
Sanierung der Hallen B1-B3	4.870	
Notfallmittel CCH	600	600
Revitalisierung CCH*	65	135
Ersatzlösung CCH in Halle A3**	30	2.808

*) Es sind Aufwendungen für die Projektsteuerung und Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit vorgesehen.

**) Um Stammkunden halten zu können, sind Aufwendungen für eine Übergangslösung für Veranstaltungen in Hamburg vorgesehen. In 2016 werden dafür schwerpunktmäßig Mittel benötigt.